2. überarbeitete Auflage

A 20111 F

Flechtheim

Zukunft der Politik I

Hobsbawm

Imperialismusdebatte

Mansilla

Bolivien — revolutionäre Strategie

Müller

Arbeitswerttheorie bei Habermas

Rabehl

Rätedemokratie

SOZIALISTISCHE POLITIK

Herausgegeben am Otto-Suhr-Institut

1 Berlin 33 - Ihnestr. 21

Wolfgang Albrs

SOZIALISTISCHE POLITIK

1. Jahrgang Nr. 1 April 1969

			Seite
Diskussion	Johannes Agnoli	Zur Parlamentarismus-Diskussion in der Bundesrepublik	1
	Gerd Weghorn	Kritik der Waffe: OSI - Satzung	4
Aufsätze	Ossip K. Flechtheim	Die Politik der Zukunft und die Zukunft der Politik I	9
	Eric Hobsbawm	Die Imperialismusdebatte in der Geschichtsschreibung	15
	Bernd Rabehl	Rätedemokratie in der hochindustrialisierten Gesellschaft	25
	Wolfgang Müller	Habermas und die Anwendbarkeit der Arbeitswerttheorie	44
	H.C.F. Mansilla	Bolivien, Debray und revolutionäre Strategie	59
Rezensionen	Frank Dingel	Revolution und Räte I	66
	H.C.F. Mansilla	Kofler: Lukacs	70
	Wolfgang Müller	Zeleny: Wissenschaftslogik bei Marx	71
	Sybille Plogstedt	Hensel: CSSR	73
	Bärbel Gafert	Baran/Fried: Intellektuelle und Sozialismus	74
	Dietmar Albrecht	Mao Tse-tung, 'Lenin unserer Zeit'	75
	Bassam Tibi	Henle: Naher Osten	78
	Rudi Schmidt	Moore	79

Hiermit legen wir eine zweite überarbeitete Ausgabe der SOZIALISTISCHEN POLITIK 1/69 vor.

Verlag und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK

1 Berlin 33, Ihnestraße 21
Postscheckkonto Berlin-West 62010
Anzeigenpreisliste 1/69

Herausgegeben am Otto-Suhr-Institut vom Redaktionskollektiv:

Bernard Langfermann, Susanne Piening, Frank Stern, Hella Stern, Frank Unger,

Einzelheft DM 3,–; Jahresabonnement incl. Porto DM 12,–; ermäßigtes Abonnement DM 8,– (Studenten, Schüler, Lehrlinge u.a. gegen Nachweis). Abonnementlieferungen nur direkt über die Redaktion.

Nachdruck ist nach Absprache mit dem Redaktionskollektiv möglich. Für unverlangt eingesandte Bücher und Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Cover
Gil Funccius

Druck
Verlag + Druck Westberlin

Johannes Agnoli

Zur Parlamentarismus-Diskussion in der Bundesrepublik

Thesen für die Tagung der Sektion "Theorie" der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (Oktober 1968 in Erlangen)

I

Ein "Forschungsbericht" über den Stand der Parlamentarismus-Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland, der der Sektion "Theorie" vorgelegt werden soll (und nicht etwa der Sektion 'Innenpolitik"), muß sich vorbehaltlich einer Klärung des Begriffes Theorie und seiner politologisch-gesellschaftswissenschaftlichen Implikationen – wohl mit der Diskussion über "Wesen und Wert" (wie Kelsen sagen würde), das heißt, über Struktur und Funktion des parlamentarischen Regierungssystems beschäftigen.

(Leider muß der Referent gleich eingangs feststellen, daß es in dieser Hinsicht zwar viel zu erforschen, aber sehr wenig zu berichten gibt.)

Kennzeichnend dafür ist die knappe Seitenzahl, die Kurt Kluxen in seinem Parlamentarismus-Band[1] (einem idealtypischen Abriß der Parlamentarismus-Diskussion) der "Theorie des Parlamentarismus" einräumt. Ebenso kennzeichnend ist der historische Charakter und die Dürftigkeit der dort abgedruckten Beiträge ("...und die ganze Wahrheit ... besagt, daß repräsentatives self-government ein hohes und edles Bemühen ist", E.Barker, bei Kluxen S.63); und nicht minder interessant endlich, daß so wichtige theoretische Arbeiten wie die von Leibholz, Friesenhahn und Schumpeter als spezielle Abhandlungen, und nicht als theoretische Parlamentarismus-Analysen erscheinen.

Dürftigkeit zeichnete aber auch die Parlamentarismus-Diskussion auf der Heidelberger Tagung der Vereinigung aus. All diesen Bemühungen gemeinsam ist die deutliche Scheu vor einer Theorie, die, als Theorie, welche einzelne Ergebnisse in einem gesamtgesellschaftlichen Bezugsrahmen auswertet, zweierlei leisten sollte:

Erstens, eine genaue Fassung der Funktion der einzelnen Organe eines bürgerlich verfaßten Staates und der Funktion des Staates in der bürgerlichen Gesellschaft liefern[2] – wobei die Strukturen dieser Organe nicht anhand verfassungsrechtlicher oder geschäftsordnungsmäßiger Maßstäbe aufgezeigt werden sollten, sondern eben im Blick auf ihre Funktion,
zweitens, und gerade in dieser Perspektive der gesellschaftlichen Funktion die übliche Orientierung am "Unterschied zwischen Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit " als belanglos ansehen und statt dessen zwischen Verfassungsregeln und Entscheidungsmechanismus; zwischen Verfassungsstruktur und Herrschaftsstruktur unterscheiden und sich mit dem wichtigeren, konkreten Teil dieser Begriffs- und Sachverhaltspaare beschäftigen.

II

Die Scheu vor der Theorie hat teils ideologische, teils methodologische Gründe. In den Kontext der Ideologie gehört auch die sozialpsychologisch verständliche Wendung der älteren Politologie zur Affirmation der konstituierten Ordnung. Es handelt sich um einen eigentümlichen Gewissens-Konflikt (deutlich bei E.Fraenkel, in geringerem Maße bei Löwenthal zu beobachten): um die Befürchtung, die kritische Haltung der Wissenschaft in der Weimarer Zeit gegenüber den Problemen des Parlamentarismus, die damals geäußerten Zweifel, das Fehlen des vorbehaltlosen Bekenntnisses zum Verfassungsstaat und zu dessen Organen habe zum Untergang der ersten deutschen parlamentarischen Demokratie beigetragen. Bei den jüngeren Politologen könnte das Desinteresse am Grundsatzproblem mit dem Desinteresse an Strukturveränderungen des politischen Systems

1 Kurt Kluxen (Hg.): Parlamentarismus, Reihe: Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Geschichte, Köln, Berlin: Kiepenheuer und Witsch, 1967.

2 Ad exemplum: K. Loewensteins Definitionen der "echten parlamentarischen Regierung" (bei Kluxen unter "Theorie des Parlamentarismus" figurierend auf S. 66) ist glänzend-klassisch. Sie beschreibt aber nur die statische Zuordnung von Organen, ohne über deren soziale Funktion und deren Stellenwert im politischen Entscheidungsprozeß etwas auszusagen.

zusammenhängen. Wichtiger ist für die Ergebnisse – die fraglos politisch als sinnvoll erscheinende, weil konservative, beinahe durchgängige Identifikation der Wissenschaft mit ihrem institutionell vorgegebenen Gegenstand der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung' das ist konkret: mit dem konstituierten (und konstitutionellen) Herrschaftsapparat. Nicht etwa, daß dadurch Problematisierung gänzlich ausgeschlossen wäre. Nur wird die Affirmation und die affirmative Wissenschaft sich sehr selten um gesamtgesellschaftliche Analysen kümmern, da die Beschäftigung mit politischen Praktiken sich vorwiegend an geglaubten Normen orientiert oder an Normen, an denen man auf Grund der politischen Opportunität festhält. Sie wird sich vielmehr die größere Effizienz des Apparates zum Gegenstand machen, sei es in normativer Absicht (etwa Hennis' moralisierende Reformanalysen), sei es in technologischer Perspektive (Verbesserung der Arbeitsmethode der Verfassungsorgane und technologisch adäquate Formen der Interorganbeziehungen - etwa bei Friedrich, Lohmar, Altmann, zum Teil auch in Voegelins politischer Theologie, die wiederum erstaunlich modern-technokratisch ist).

Daß aber die wissenschaftliche Arbeit (die recht umfangreiche, wenn man auch die Referate der Studenten, die Diplomarbeiten, die Dissertationen dazurechnet) keinen theoretischen Charakter hat; daß viel über Parlamente, Regierungen, Gesetzgebungsarbeit, Einflüsse etc. geforscht und geschrieben wird, wenig über Parlamentarismus; daß sich aus der Fülle der Monographien keine konkret-allgemeinen Folgerungen ziehen lassen, scheint mir methodologische Gründe zu haben. Eine Diskussion darüber impliziert freilich eine Diskussion über den logischen Empirismus, über Dialektik – und am Ende darüber, ob Theorie sinnvoll ist.

Empirische Analyse – deren Wert für wissenschaftliche Arbeit gar nicht bestritten wird, deren Stellenwert allerdings genauer untersucht werden müßte hat immer Verfahren, Tatbestände, Mechanismen und Institutionen als Gegenstand. Daher auch ihre reichen Beiträge zur Strukturklärung, vor allem hinsichtlich des Funktionierens einzelner staatlicher Institutionen und Organe. Eine Klärung der Funktion solcher Organe im politischen Entscheidungsprozeß (und das ist m.E. die wesentliche Basis einer Theorie des Parlamentarismus) kann sie nicht leisten. Sie will es vermutlich auch nicht weil Funktionsanalyse zuweilen zur Negation führt. Gemeint ist hier natürlich die gesellschaftlich-materiale, nicht die formal-institutionelle Funktion. Eine Ausnahme bildet hier Kirchheimer, der allerdings den Parlamentarismus in seiner jetzigen Form keineswegs umumfassend betrachtet.

Gerade die mangelnde theoretische Perspektive der politologischen ' Empirie" und der "empirisch gesicherten Befunde" bewirkt sozusagen als Nebeneffekt den wissenschaftlichen Leerlauf in den vielfältigen Untersuchungen; anders gesagt. den Charakter des Wissenschaftsbetriebs. Politologen schreiben für Politologen. Nebenbei muß in diesem Zusammenhang auch die Diskrepanz zwischen den reichen Verbalismus der empirischen Methodologie und dem beinahe grob sinnlichen Empirismus der Monographien erwähnt werden – auch eine Folge, eine methodologisch vermittelte, der fehlenden Parlamentarismusdiskussion.

III

Ideologie und Methodologie widerspiegeln objektive Verhältnisse. Das Zurücktreten der theoretischen Diskussion zu Gunsten empirisch begründeter Reformvorschläge und einer auf erhöhte Effizienz ausgehenden Forschungsarbeit hat Ursachen, die die Wissenschaft transzendieren. Hier findet sich auch der wesentliche Unterschied zur Lage der politischen Reflexion (und der Staatswissenschaften) der Weimarer Zeit.

Von einem Sekundärbereich ausgehend: Affirmation (und Absage an kritische Forschung über das "System") in der Wissenschaft reproduziert die Zustimmung zu konstituierter Ordnung, wie sie in der öffentlichen Meinung auftritt. Im Primärbereich, an der Basis der Gesellschaft: Es scheint in Westdeutschland zu einer "Versöhnung" zwischen Kapitalismus und bürgerlich verfaßtem Staat gekommen zu sein, die die westdeutsche Gesellschaft auf das Niveau anderer bürgerlicher Gesellschaften gehoben hat. Das scheint allerdings nicht ohne Forderungen des Kapitals an den Staat (dies als abgekürzte Formel) gegangen zu sein. Die sogenannte Verlagerung der Entscheidungsbe-

fugnisse vom Parlament auf das Kabinett im englischen Regierungssystem ist in der Politologie bekannt. Nicht immer bekannt ist indessen, daß solche Verlagerung sehr genau zusammenstimmt mit dem Prozeß einer zunehmend staatlich gesicherten Verwertung des Kapitals. Diese Verwertung – immer weniger marktautomatisch, immer mehr technologisch bedingt und geplant – macht eine Form der staatlichen Vermittlung notwendig, die den herkömmlichen Verfassungsrahmen des parlamentarischen Regierungssystems sprengt. Die Reform des Parlamentarismus geht in dieser Richtung – in Richtung einer ideologisch und institutionell tragbaren Verbindung von Parlamentarismus und Technokratie. Aber auch hier wirkt sich das Verhältnis in theoriefeindlicher Weise aus: Die technokratische Wendung scheint mit der ideologisch-wissenschaftlichen Aufrechterhaltung parlamentarischer Fiktionen verbunden zu sein – d.h.: sie verlangt erst recht, daß über den Parlamentarismus nicht diskutiert wird. Dies ist übrigens in Westdeutschland der Fall, weniger in Frankreich.

Eine Parlamentarismus-Diskussion findet sich am ehesten noch in jenen Randbezirken der Sozialwissenschaften, die unter dem Namen "kritische Theorie" bekannt sind. Es handelt sich um kritische Ansätze, die – eine praxisbezogene Parlamentarismus-Theorie intendierend – zugleich auf eine Revision der herkömmlichen Parlamentarismus-Vorstellungen des Marxismus aus sind: also Revision der Marxschen, noch mehr der Engelsschen Ansichten über die "demokratische Republik" und deren klassenkampfgünstigen politischen Charakter; aber ebenso Revision der parlamentarismusfreundlichen Anleitungen des Leninismus. Damit verbunden ist eine Differenzierung in der Diskussion, die auch politische Aspekte hat. Die "institutionalisierte" marxistische Parlamentarismus-Theorie kennt jedenfalls noch keine neue Funktionsanalyse und bleibt immer noch bei den alten Schemata eines "sowohl guten wie schlechten" parlamentarischen Systems stecken ("Imperialismus heute"; "Die Macht der Hundert"). Bezeichnenderweise stimmt der tradierte Marxismus allmählich mit der Methodologie der politologischen Affirmation überein und will z.B. den kapitalistischen Charakter des Bundestages an den empirisch-quantitativ meßbaren Daten seiner sozialen Zusammensetzung; an der Zusammenarbeit von Parlamentsausschüssen und Lobbys; an dem ebenso quantitativ feststellbaren Übergewicht der Exekutive usw. verifizieren. Nebenher zeigt diese Diskussion eine neue Form des Auseinanderfallens der Theorie und Praxis in der marxistisch orientierten Emanzipationsbewegung: Auf der einen Seite parlamentarisieren sich die westlichen kommunistischen Parteien zusehends; auf der anderen Seite entdeckt die kritische Theorie des Parlamentarismus die außerparlamentarische Strategie. Eine Annäherung scheint sich in der Folge der CSSR-Ereignisse anzubahnen. Die Orientierung an der tradierten Strategie bewirkte ein affirmatives Verhalten, das nunmehr erschüttert wurde. Daher die, nach dem heutigen Stand der Parlamentarismus-Diskussion in der deutschen Politologie gänzlich unerwartete Wendung: daß gerade die sowjetische Intervention gegen den "Reformkommunismus" in der kommunistischen Bewegung des Westens keineswegs zu einer Stärkung der Parlamentsorientierung geführt hat, sondern dazu, daß wieder "auf die Revolution gesetzt" wird.

Der Referent will damit auf den (in gewisser Hinsicht, die nicht die seine ist) unerfreulichen Sachverhalt hinweisen, daß die kritische Parlamentarismus-Theorie dabei ist, einen Zugang zur politischen Praxis zu finden.

4/69 (Dez.)	A. Blechschmidt: Zum BRD-Imperialismus / R. Damus: Habermas und der 'heimliche Positivismus' bei Marx / D. Haensch: Zerschlagt die Kleinfamilie? / S. Herkommer: Politisierung technischer Intelligenz II / C. Rolshausen: Technik und Wissenschaft als Ideologie / A. Schubert: KP Kubas / F. Unger: Zur Übergangsgesellschaft / B. Tibi: Militär und Nationalismus in den arabischen Ländern
5/70 (März)	E. Altvater: Zur Konjunkturlage Westdeutschlands Anfang 1970 / E. Hildebrandt: Septemberstreiks 1969 / W. D. Gudopp: Elemente des 'linken Antikommunismus'/ P. R. Schilling: Brasilien. Der beschleunigte Ausverkauf / A. Schubert: Warenzirkulation und die Formen des Geldes

Ausführlicher Index zu SOPO 1-4/69 über den Verlag zu erhalten.

Gerd Weghorn
ad-hoc-Gruppe

Kritik der Waffe: OSI-Satzung [1)]

"Reform als Alternative" heißt der Titel eines politologischen Analyseversuchs der Studentenrevolte, der kürzlich von den durch die OSI-Reform maßgeblich betroffenen Professoren Schwan und Sontheimer als zugleich auch politische Stellungnahme einer sich liberal verstehenden Gruppe von westdeutschen Akademikern ediert worden ist.

"Reform als Waffe" lautete die Formel der ad-hoc-Gruppe, mit der sie die Motive für ihre Beteiligung an der Urabstimmung und ihre Zustimmung zur Fortführung des Satzungs-Experimentes für das SS 69 umschrieb.(2)

"Reform = Revisionismus" ist der nicht neue und zu stark verkürzte Erkenntnisstand einer anderen studentischen Gruppe, die in den ersten Monaten dieses Jahres maßgeblich Gegenstand und Formen der studentischen Streikmaßnahmen an der Freien Universität Berlin bestimmt hatte.(3)

In diesen politischen Kontext soll im Folgenden eine Analyse der Ausgangssituation und der Realisierung des "Reformmodells" gegeben sowie eine Perspektive für die theoretische und praktisch-politische Arbeit der ad-hoc-Gruppen vorgestellt werden.

I. Ausgangssituation: Die Entwicklung der ad-hoc-Gruppe des OSI

Die Kanalisierung der Diskussionen und Aktionen (Besetzung von Instituten) am OSI in den Tagen vor und nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze mittels einer Satzungsvorlage der SPD-Betriebsgruppe läßt einige Rückschlüsse auf den Charakter der politischen Auseinandersetzungen zu, die bis zu jenem Zeitpunkt zwischen den "progressiven" Flügeln unter den Studenten, den Assistenten und Dozenten stattgefunden hatten. Die **Praxis** der ad-hoc-Gruppe seit ihrer Konstituierung im Juni 1967 hatte darin bestanden, das Verhalten professoraler Autoritäten durch Spielregelverletzung und der konkreten Infragestellung ihrer methodischen, didaktischen und theoretischen Fähigkeiten als autoritär zu entlarven, um über diese "sinnliche Erfahrung" mit den Studenten die Diskussion und Analyse der **autoritären Struktur** des einzelnen und der kapitalistischen Gesellschaft beginnen zu können.

Das Vermittlungsangebot der Betriebsgruppe konnte die ad-hoc-Gruppe als Erfolg ihrer "Entlarvungspolitik" bewerten und die Zustimmung zur Drittelparität damals als die objektiv richtige Fortführung und Transzendierungsmöglichkeit ihrer "Konfliktstrategie" interpretieren.(4)

Begründet wurde dieser Schritt damit, daß das OSI-Modell

1. durch drittelparitätische Mitbestimmung und den Zwang zur Öffentlichkeit aller Entscheidungen das Ordinarienprinzip abschaffen würde, es
2. darüber hinaus die Möglichkeit böte, eine Lehr- und Forschungsgruppe ohne Hochschullehrer bilden zu können (§ 4, Abs. 5 der Satzung), die die Ordinarienmacht konkret negieren würde.

In der **"Demokratisierung"** aller Entscheidungsgremien sah die ad-hoc-Gruppe einen Hebel zur Aufhebung des affirmativen Lehrbetriebes zur Schaffung eines materialistischen Problembewußtseins unter den Studenten und Assistenten – eine Möglichkeit zur Politisierung des Instituts also; in der **Minderheitenschutzklausel** sah und sieht sie die Chance, das durch die Infragestellung der unkritischen Verwaltungslehre Politologie sowie durch die allgemeinen antibürokratischen Aktionen sich herausbildende kritische Potential von Studenten und Assistenten auf neue und relevante Projekte zu konzentrieren. Wie hat die ad-hoc-Gruppe diese Möglichkeiten wahrgenommen, ihre Intentionen über die Institutionen der Satzung realisiert (oder überhaupt realisieren können)? (5)

1 OSI-Satzung: Siehe **Berliner Zeitschrift für POLITOLOGIE**, Nr.2/1968.
2 Die Urabstimmung wird vom Vorschaltgesetz des Berliner Abgeordnetenhauses, das die Satzung rechtskräftig werden ließ, zwingend nach einem Semester vorgeschrieben. Die für die Fortführung des Experiments notwendige absolute Mehrheit jeweils in allen "funktionalen Gruppen" wurde erreicht.
3 Die Parole der ad-hoc-Gruppe der Germanisten lautet gegenwärtig :"Satzungsdiskussion-Ja,Satzung-Nein!"
4 Siehe u.a.: **Blätter für deutsche und internationale Politik**, Nr.9/68,S. 982 ff.
5 In der ersten Phase (bis zum 10.12.68) stellte die ad-hoc-Gruppe 8 von 11 studentischen Mitgliedern des Institutsrates.

II. Antiautoritärer Kampf im institutionellen Rahmen

An drei exemplarischen Bezugspunkten soll im folgenden der Versuch unternommen werden, den Stellenwert einer Mitwirkung in einem Gremium, das nach "funktionalen Gruppen", d. h. auch relational statisch gegliedert ist, für eine – wie oben skizzierte – sozialistische Strategie herauszuarbeiten.

1. In der Diskussion über den Charakter der neu zu bildenden **Facheinheiten**, bei der die ad-hoc-Gruppe forderte, das affirmative Politologiestudium durch eine an sozialen Konflikten orientierte und auf ihre Aufhebung hinzielende neue Organisierung der wissenschaftlichen Arbeit zu negieren, lernte sie, daß Grundsatzdiskussionen über den Abbau von überflüssiger Herrschaft mit Professoren nur dann nützlich sind, wenn dies vor einer großen studentischen Öffentlichkeit geschieht. Die Hochschullehrer und die Mehrheit der Assistentenvertreter argumentierten, wenn überhaupt, technizistisch und konservierten die traditionelle Aufsplitterung und "Zuordnung" der Lehrstühle nach dem starren Prinzip der sogenannten "Wissenschaftssystematik" – die es genau bei einer Reform in Frage zu stellen galt. Nach Ablauf eines Semesters kann behauptet werden, daß sich an der Perspektivlosigkeit und Unwissenschaftlichkeit des politologischen Studiums nichts geändert hat.

Besonders eindrucksvoll läßt sich diese Behauptung am Beispiel der Lehrplangestaltung illustrieren, die auch heute noch durchweg von den Lehrstuhlinhabern bestimmt wird. Die hier offenbar werdende Gleichgültigkeit der Studenten gegenüber den "Chancen der Leistungssteigerung" durch die "Diskussionsmöglichkeiten" in den Fachkommissionen resultiert nicht zuletzt aus der resignativen Erfahrung, daß die Lehrenden untereinander selbst zu fachlichen Gesprächen nicht fähig oder bereit sind, so daß deshalb – natürlich auch aufgrund des "Methoden-" und "Interessenpluralismus" – **problemorientiertes** Teamwork zwischen den Lehrstühlen illusionär ist und noch lange Zeit bleiben wird – von kollektiver Arbeit gar nicht zu sprechen.

Die jetzige Form der **Verwaltung** von isoliert ausgedachten und durchgeführten Arbeitsprojekten wird die Apathie, die Vereinzelung und Kommunikationsunfähigkeit von Studenten **und** Lehrenden nicht überwinden können. Solange damit das Studium nur Examensrelevanz behält ("Prüfung als Praxis") – und das ist vorherrschende Realität am OSI – ist die Mitwirkung der Studenten an der Lehrplangestaltung solange sinnlos, als sie nicht ihre Entsprechung in einer Neubestimmung der Studienziele findet, einer Anpassung der Prüfungsordnung an neue, emanzipative Berufsperspektiven.

2. In einer Kampagne der ad-hoc-Gruppe unter betroffenen Studenten gegen den Selektionscharakter einer Zwischenprüfung, deren Existenz überdies nur als Versuch der Rechtfertigung eines unsystematischen "Grundstudiums" decouvriert werden kann, hat der Fachschaftsrat[6] partielle Öffentlichkeit durch den und im Institutsrat herstellen können. Nicht erreicht wurde jedoch die Abschaffung der Zwischenprüfung als Pflichtübung, als ein Instrument der Machtausübung von ordinarialem "Sachzwang", das den Prüfling zeitlich absorbiert und psychisch verunsichert, das dem "Geprüften" dennoch keine reale Kontrolle seiner Fähigkeiten und "Leistungen" zu geben vermag – einzig vielleicht eine Portion falschen Selbstbewußtseins.

3. Nur in einem Fall konnte die "konstitutionelle Ordinarchie" (Blanke) nach langwierigen Kämpfen in einem für die ad-hoc-Gruppe sehr wesentlichen Punkt eingeschränkt und damit die Satzungsintention partiell realisiert werden: über die **Bewertung von Seminarscheinen** eines "Autonomen Seminars", welches ohne Hochschullehrer arbeitete, entschied die betreffende (drittelparitätisch besetzte) Fachkommission.[7]

Die essentielle Bedeutung dieser Regelung für die ad-hoc-Gruppe auf dem Weg zur Abschaffung von benoteten Scheinen, d. h. der Aufhebung der bisherigen Trennung von Übungen und Seminaren, wird deutlich, wenn man den Zusammenhang sieht: die Bildung einer "autonomen" Lehr- und Forschungsgruppe im SS 69 – die sich allerdings massenhafter die Anerkennung eines studentischen Rechtes auf Seminarscheine bei Projekten ohne Hochschullehrer wird erkämpfen müssen. Aus die-

---

6 hier: Fraktion der ad-hoc-Gruppe im Institutsrat.
7 Beschluß des Institutsrat vom 31.1.69.

sem Grunde legte der Fachschaftsrat im Dezember 68, als diese Forderung zum ersten Mal erhoben und im Institutsrat auf Ablehnung gestoßen war, sein Mandat nieder – und blockierte damit die weitere Arbeit dieser Institution. Mit der Androhung dieses spektakulären Schrittes gelang es der ad-hoc-Gruppe für die beiden entscheidenden Sitzungen des Institutsrates bis zu 300 Studenten zur aktiven Teilnahme zu mobilisieren.

Exkurs: Über das Verhältnis von Fachschaftsrat zur übrigen ad-hoc-Gruppe

Unbestritten hat die Tätigkeit des Fachschaftsrates die Aktivitäten und Diskussionen der ad-hoc-Gruppe beherrscht, zumal alle ihre "Autoritäten" auch im Institutsrat saßen. Die ad-hoc-Gruppe von etwa 20 arbeitenden Genossen verstand sich bis zur Aufkündigung der Mitarbeit im Institutsrat als Diskussionsforum und Vorbereitungsgremium für dessen Sitzungen und studentischen Vollversammlungen zu aktuellen Problemen. Viel zu tun gab es zu dieser Zeit allerdings nicht mehr, verloren doch die Vollversammlungen an Anziehungskraft; ad-hoc-Projekte gegen Form und Inhalt bestimmter Lehrveranstaltungen entschliefen mangels Interesse und Fähigkeiten.

Unmißverständlich wurde hingegen die Forderung gerade der jungen Genossen nach Aufarbeitung der vergangenen Agitation erhoben und in über 20 Projektgruppen eingelöst, die sich sowohl mit der bei Marx im "Kapital" entwickelten Methode als auch mit Formierungstendenzen im Spätkapitalismus beschäftigten. Da diesem Trend 'ad fontes' am OSI personell entsprochen werden konnte, und somit die Arbeit vielen Genossen erstmals sinnvoll erschien und intensiv betrieben wurde, weil sie ihnen einen Ansatz bot, ihre Konsumentenhaltung auch und nicht zuletzt in der ad-hoc-Gruppe aufzuheben – ergab sich in der Streikphase ein handfester **Interessenkonflikt** zwischen "Theoriebedürfnis" und der Notwendigkeit einer Widerstands-"Praxis". Diese Kontroverse reicht bis in die Diskussion über Sinn und Funktion der Sozialistischen Lehr- und Forschungsgruppe. Deren Organisierung hat an diesen Bedürfnissen und Interessen anzusetzen, die Widersprüche bewußt zu machen und auszutragen – nicht aber sie bürokratisch oder aktionistisch zu verdrängen oder zu versuchen, sie autoritär-phraseologisch "aufzulösen". Allein dadurch ist die Forderung nach "Vergesellschaftung der linken Autoritäten" progressiv zu realisieren.

Als Resumé unserer Arbeit im Institutsrat kann man festhalten, daß

1. die Satzung die Ordinarienmacht nirgends ernsthaft tangiert, da es für jeden Ordinarius immer noch die Möglichkeit gibt, sich auf "übergeordnetes Recht" – hier das Hochschullehrergesetz zurückzuziehen;
2. im Gegenteil die Satzung die Ordinarienmacht wird stabilisieren können, wenn im Institutsrat statt der Fundamentalopposition der ad-hoc-Gruppe eine "funktionale" studentische "Opposition" vertreten wäre, die den Majoritätsbeschlüssen dann nur noch die "demokratische Legitimation" verliehe;
3. der Institutsrat nur noch **marginal** als Hebel in einer sozialistischen Veränderungsstrategie einsetzbar sein wird, da die sogenannten Reformer als zugleich "autoritär und zynisch resignativ entlarvt" und die Grenzen ihrer Reformbereitschaft abgesteckt sind; daß die Argumente und Möglichkeiten zur Druckausübung des Fachschaftsrates im formalen Rahmen dieses Gremiums sich zunehmend zu verdinglichen und ritualisieren drohen;
4. die Arbeit in einem durch das Mittel der Repräsentation rationalisierten Ständesystem die politische Indifferenz und Apathie der Studenten nur kurzfristig zu erschüttern vermag, sie aber dauerhaft befestigen wird, wenn Politik einzig oder auch nur primär in und mit dieser Institution betrieben werden würde!

Da die ad-hoc-Gruppe zu keiner Zeit einen Zweifel daran gelassen hat, daß sie die Satzung als **ein** Mittel ansieht, die autoritäre Struktur der Universität radikal zu verändern, muß sie die satzungsgemäßen Organe und Rechte transzendieren und bessere Formen für die Verwirklichung ihrer Intentionen finden.(8) Diese Minderheit **hat** die Legitimation, zur Mehrheit zu werden.

8 "Wenn endlich die Marxisten in diesen Lehr- und Forschungsgruppen ihren Begriff von kollektiver Wissenschaftspraxis zu verwirklichen beginnen, wird sich zeigen, daß diese Satzung mit ihren liberalen Forderungen, werden sie konsequent ausgenutzt, revolutionär wird."(**FU-Spiegel** Juni/Juli 1968).

III. Die Perspektive am OSI: Sozialistische Lehr- und Forschungsgruppe

1. Die Lehren aus dem FU-Streik

Durch den Rücktritt des Fachschaftsrats am 10.12.68 existierte der Institutsrat praktisch nicht mehr und konnte somit auch nicht in die Auseinandersetzung eingreifen, die sich an der FU vor allem seit Anfang Januar abgespielt haben. Den politisierten Studenten aller Fakultäten gelang es innerhalb kurzer Zeit fast alle Institute zu bestreiken, d. h. den Lehrbetrieb lahmzulegen. Diese Maßnahme war primär gedacht als Manifestation des Widerstandswillens gegen die Disziplinierungsversuche der universitären und städtischen Administrationen; sie erwies sich jedoch mit der Zeit – da weder die eingeleiteten Relegationsverfahren eingestellt, noch die Polizei den Widerstand zu brechen versucht hatte – zunehmend als Bumerang. Die zwiespältige Einstellung der Mehrheit, der liberalen Studenten, zum Streik der ad-hoc-Gruppen der FU zeigte sich besonders deutlich am OSI: die Gruppe derer, die die Hörsäle verbarrikadierten, fand weder Widerstand noch nennenswerte Unterstützung – und dennoch entfielen bei den Fachschaftsratswahlen, die gerade nach der Verschärfung des Streiks am OSI stattfanden, 52 % der Stimmen auf die ad-hoc-Gruppe bei einer Wahlbeteiligung von 67 %![9]

Daraus kann geschlossen werden, daß die meisten Studenten die Notwendigkeit von Widerstand in Form des Streiks gegen politische Disziplinierungsversuche eingesehen hatten, daß sie den Streik **in dieser Form** aber für ein untaugliches Mittel zur Verwirklichung ihrer Arbeitsinteressen erachteten – ohne ein besseres anbieten zu können! Was hier als Gegensatz auftrat waren die beiden notwendigen Merkmale des Streiks: Widerstand **und** Konsolidierung der Basis. Daß diese zusammengehörenden Funktionen überhaupt praktische Gegensätze werden konnten, bezeichnet die strukturelle Schwäche der gegenwärtigen studentischen Politik. Konsolidierung der Basis kann zur Zeit nur heißen: Organisierung der revolutionären Kader **an** der Universität **für** eine das Studium transzendierende Praxis. Die Diskussion über sozialistische Berufsperspektiven ("Syndikalisierung der Überbauberufe" etc.) war der richtige erste Schritt in dieser Richtung. Warum wurde er ansatzweise nur bei den Philosophen, Soziologen und Politologen konkretisiert?

Die Strategie der ad-hoc-Gruppe am OSI versuchte insofern beiden Funktionen von Anfang an gerecht zu werden, als sie in der ersten Phase des Streiks die **"Umwandlung"** der Lehrveranstaltungen in Diskussionsforen über die Satzungsrealität und alle die Berufsperspektive tangierenden Probleme postulierte und dadurch die Lahmlegung des affirmativen Lehrbetriebes in der zweiten Phase vor den Studenten vermitteln konnte. Die inhaltliche Füllung des Streiks am OSI stellte insofern für die Hochschulpolitik eine neue Qualität dar, als sie die in einzelnen Arbeitsgruppen begonnene Ausbildungsveränderung organisatorisch zu wenden begann. Nur wer die Bedeutung der technologischen Hochschulreform für die Konservierung des Systems der kapitalistischen Verwertung von Wissenschaft kennt, wird in einem Streik, der zur Zeit gesamtuniversitär kaum mehr sein kann als eine **Ausbildungsverweigerung**, eine Widerstandsmaßnahme gegen technokratische Disziplinierungsversuche erkennen können. Obwohl dieser Streik – wenn auch als **erzwungene** Ausbildungsverweigerung – temporär seine Widerstandsfunktion erfüllt hat, so muß klar werden, daß sich die Voraussetzungen für einen sinnvollen Streik in der Zukunft, der wesentlich **Ausbildungsveränderung** sein muß, sich nicht mehr allein oder primär durch die "Propaganda der Tat" gewinnen lassen. Hier muß systematisch, d. h. langfristig projektiert und sinnvoll organisiert, analytisch gearbeitet werden. Wer sich bei der "Aufklärung" über das Wesen des autoritären Staates immer noch nur auf Professoren und Polizei stützen kann, gerät immer mehr in Gefahr, von deren Taktik abhängig zu werden und wird politisch über kurz oder lang bankrott gehen!

2. Die Sozialistische Lehr- und Forschungsgruppe: Form der Vermittlung von Theorie und Praxis

Geht man davon aus, daß Politologie in ihrer gegenwärtigen Struktur und Zielprojektion einzig eine affirmative, überflüssige Herrschaft und damit Unterdrückung und Ausbeutung perpetuierende Funktion besitzt, daß sie allenthalben zur unkritischen und opportunistischen Lehre vom "Machterwerb und Machtzerfall", zu einer "Statistik von Machtlagen" (Hennis) depraviert ist, daß Polito-

---

9 Gegenwärtig stellt die ad-hoc-Gruppe 10 von 11 studentischen Mitgliedern des Institutsrats.

logie den elitär gesinnten **Sozialtechniker** par excellence produziert – so haben wir uns als Sozialisten allerdings die Frage nach dem Sinn einer "politologischen" Ausbildung zu stellen und zu beantworten! Will Politologie den Anspruch einer Wissenschaft einlösen, so hat sie von **Theorien** über den Charakter ihres Gegenstands Gesellschaft und deren Elemente auszugehen, hat seine historischen Bedingtheiten und seine sozioökonomischen Erscheinungsformen einschließlich der psychologischen Auswirkungen unter den verschiedensten praktischen Fragestellungen zu analysieren, um dann – und nicht wie selbstverständlich – nach Instrumenten zu fragen, nach Denkansätzen und organisatorischen Hebeln zur Veränderung der schlechten Zustände.

Da dies Politologie erklärtermaßen aber gar nicht will, werden wir diese Institution zur Vermittlung von Herrschaftswissen und Herrschaftstechniken konkret negieren. Hauptinstrument dazu wird uns die Organisierung unseres Arbeitsprozesses und der Verwertung unserer Arbeitsprodukte in Form einer Sozialistischen Lehr- und Forschungsgruppe werden. Dieses Projekt von bisher ca. 250 Studenten und 6 Assistenten ist der bereits im WS 68/69 eingeleitete Versuch, finanziell abgesichert im SS 69 und darüber hinaus selbst gewählte Projekte nach Leistungs- und Nützlichkeitskriterien durchzuführen, die sozialistischen Zielprojektionen entnommen sind.

Bestimmung und Reflexion dieser Kriterien wird eine der wichtigsten Aufgaben sein, die die **Projektgruppen** wahrnehmen können. Die bisher etwa 30 projektierten Gruppen sind auf fünf **Sektionen** konzentriert, die zum Thema haben:

1. Sozialistische Berufspraxis (Lehrer, Sozialarbeiter etc.)
2. Grundlagen zur Kritik der bürgerlichen Ökonomie
3. Politische Ökonomie der BRD
4. Arbeiterbewußtsein
5. Imperialismusanalysen

Die Koordination des Arbeitsprozesses (vor allem die Diskussion didaktischer Probleme) und die Publizierung bestimmter Ergebnisse wird durch sektionseigene **Referate** unternommen. Für die Formulierung der Zielprojektionen, für die Entscheidung über die "Erfordernisse sozialistischer Praxis" wird es einen **Delegiertenrat** geben, dessen wichtigste Aufgabe darin bestehen wird, politisches Bewußtsein über eine verbindliche und solidarische Praxis unter sozialistischen (und linksliberalen) Studenten und Assistenten zu schaffen. Dies wird uns allerdings nur dann gelingen, wenn wir konkrete Bezüge für unser Studium, unseren späteren Beruf, über die Arbeit und durch die Bildung von Betriebsbasisgruppen in der Stadt und von ad-hoc-Gruppen in relevanten Konfliktzonen der Gesellschaft herzustellen vermögen: ohne diese allgemeinere politische Dimension und Praxis werden die Sozialistische Lehr- und Forschungsgruppe wie ihr organisierendes Zentrum Delegiertenrat als ein exotisches Spielwiesen-Projekt in die Annalen eingehen.

JUERGENS BUCHLADEN

nahe U-Bahn **Dahlem-Dorf** 796 16 25

Königin-Luise-Str. 40

Kritische Literatur · Poster & Grafik

Ossip K. Flechtheim

Die Politik der Zukunft und die Zukunft der Politik I

Während Bismarck[1] einmal erklärt hat: "Die Politik ist keine Wissenschaft, wohl aber eine Kunst, zu deren Ausübung Erfahrung gehört", um ein andermal von der "Politik als einer Wissenschaft des Möglichen" zu sprechen, war für Karl Liebknecht[2] Politik stets die "Kunst des Unmöglichen". Die Entwicklung "zur Realisierung der äußersten Möglichkeit treiben", könne man nur, indem man "Ziel und Richtung noch weit über diese äußerste Möglichkeit" nehme: "Das Mögliche ist nur erreichbar durch Erstreben des Unmöglichen. Die realisierte Möglichkeit ist die Diagonale von Unmöglichkeiten".

Die Frage nach dem Möglichen in der Politik ist aber zugleich auch die Frage nach der Zukunft menschlichen Verhaltens überhaupt. Nicht zu unrecht hat Ernst Bloch[3] auf die Kategorie der Möglichkeit als den entscheidenden Begriff zum Verständnis der Zukunft verwiesen: "Das Nicht als prozessuales Noch-Nicht macht so Utopie zum Realzustand der Unfertigkeit, des erst fragmenthaften Wesens in allen Objekten". Oder: "Das Noch-Nicht, dies eigentlich Zeithafte, nämlich Heraufkommende in der Zeit, öffnet sich als immer noch mögliches Novum, in echter Zukunft". So kann der Bloch-Interpret Hans Heinz Holz[4] erklären, Bloch ginge es darum, "die Prinzipien der docta spes, der zur Wissenschaft gewordenen Utopie aufzudecken in einer Philosophie des Noch-nicht-Seins, das werden kann und werden soll. Zum erstenmal tritt bei ihm die Zukunft als der grundsätzliche Inhalt einer Philosophie des Geistes auf, der so zu einer Philosophie der Möglichkeit, der Humanisierung der menschlichen Verhältnisse, des revolutionären Bewußtseins wird". Die Futurologie[5] als Zukunftsforschung, -gestaltung und -kritik oder Prognose, Planung und Philosophie der Zukunft hat es daher nicht nur mit dem Wirklichen und Notwendigen, sondern auch mit dem Möglichen und Gewollten zu tun. Sie kann sich nicht damit begnügen, nur zu prognostizieren, was mit an Sicherheit grenzender oder doch größter Wahrscheinlichkeit auf uns zukommen wird. Sie muß es wagen, auch von dem zu sprechen, was wir wünschen und wollen, erhoffen und erharren. Die Zukunft umfaßt das, was möglich ist oder auch erst möglich werden soll, obzwar es vielleicht noch als unmöglich erscheint.

Indirekt bestätigen das auch die Kritiker der Futurologie, die diese nicht zufällig sowohl von rechts wie auch von links angreifen. Von "links" her rügt Claus Koch[6], die "Botschaft der Futurologie" sei die

> "Botschaft des aufgeklärten, organisierten Kapitalismus im Schatten der Bombe. Die Erforschung der Zukunft soll ihm zeigen, wie er aus eigener Kraft der Neigung zur Katastrophe sich entreißen kann. Er muß nur lernen, sich der Dynamik des durch ihn entfesselten technischen Fortschritts bewußt zu werden, dann wird er seine Widersprüche selber lösen können ... Die Futurologie – oder wie sonst ihre verschiedenen Namen lauten – ist zum einen sozialtechnische Methode der Generalstrategie plankapitalistischer Krisenverhinderung; sie ist zum anderen, da sie nicht kritisch noch politisch werden will, ideologische Bestätigung einer Ordnung, die den Schleier des Neuen vorzieht, um alles beim Alten zu lassen ... Was sie will, ist nur, zu realistischem Handeln als solchem anzuleiten. Dieses aussichtslose Verfahren, mit dem die Futurologie sich praxisgerecht und doch politikfrei erhalten möchte, hat natürlich bis heute keine einzige Vorhersage erbringen können, die für einen größeren gesellschaftlichen Zusammenhang wirklich Neues sichtbar machte. Verbietet der Futurologie ihre ängstliche Methode, die immer um den Nachweis ihrer empirischen Ordentlichkeit bemüht bleiben muß, jedes Ausgreifen sozialer Phantasie – weshalb sie über das so oft beschworene 'Wünschbare' nichts zu sagen weiß –, so erklärt sie auch dem praktischen sozialen Handeln nichts, was es nicht mithilfe herkömmlicher Analyse in Erfahrung bringen könnte. Da sie nicht kritisch

1 Hier zitiert nach G. Büchmann, **Geflügelte Worte,** 4. Auflage der Volksausgabe, Berlin 1962, S. 263.
2 K. Liebknecht, **Studien über die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung,** München 1922, S. 358 ff.; vgl. auch O.K. Flechtheim, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, in: **Gewerkschaftliche Monatshefte,** Jg. 20, 1969, S. 5 ff.
3 Auswahl aus seinen Schriften, Fischer-Bücherei, Frankfurt 1967, S. 47, 53.
4 Der Philosoph des revolutionären Bewußtseins, in: **Frankfurter Rundschau** vom 14.10.1967.
5 Vgl. hierzu O.K. Flechtheim, **Eine Welt oder keine?** Frankfurt 1964, S. 31 ff.; derselbe, **History and Futurology,** Meisenheim am Glan 1966, derselbe, **Futurologie – Möglichkeiten und Grenzen** (Projekte und Modelle 3), Frankfurt 1968; derselbe, Warum Futurologie? in: **Futurum,** Band 1, 1968, S. 1 ff.
6 Kritik der Futurologie, in: **Kursbuch** 14, 1968, S. 2, 4, 8.

werden, auf Politik sich nicht einlassen will, bleibt also die Futurologie in ohnmächtiger Distanz gleichermaßen zur Praxis wie zur Theorie, zur Wissenschaft" ... Mit der "Bösartigkeit" ihres "hemmungslosen Technizismus" errichtet die Futurologie "Teilrationalisierungen und Stückwerkstechnologien, die in ihrer Summe die katastrophale Gegenwart befestigen und gegen die Zukunft abschließen. Die gewaltigste dieser Stückwerkstechnologien ist schließlich das geschlossene Sicherheitsgefüge der atomaren Abschreckung. Als Komplizin der Methode hat die Futurologie, auch wenn sie das nicht wahrhaben will, ihr Teil an der Rechtfertigung und der Perpetuierung der organisierten Kriegs- wie Friedensverhinderung".

Hier deckt sich die Kritik Kochs mit der Behauptung des Altstalinisten Nikolai Gribatschew[7], der in der "Prawda" dem Verfasser dieser Zeilen als einem Begründer der Futurologie vorgeworfen hat, er und andere "stille Kreuzfahrer" gegen die Sowjetunion bereiteten ideologisch den Angriff auf diese vor und seien sogar verantwortlich dafür, daß die so friedliebende Sowjetunion nun ihre Verteidigungsausgaben erhöhen müsse.

Was nun die Kochsche Kritik anlangt, so verschweigt dieser zunächst einmal, daß er selbst es war, der die von ihm als Kronzeugen für die antihumane Tendenz der Futurologie zitierten konservativen Futurologen Ozbekhan oder Olaf Helmer in der von ihm selber redigierten Zeitschrift "Atomzeitalter" ohne Widerspruch hat zu Worte kommen lassen. Koch unterläßt es auch zu erwähnen, daß er selber in dem repräsentativen, von Mundt und Jungk herausgegebenen futurologischen Sammelwerk "Modelle für eine neue Welt" ganz andere Töne angeschlagen hat. Dort hat er an die soziale Phantasie der Politiker wie der Wissenschaftler appelliert:

"Nur wenn gesellschaftliche Pläne entwickelt werden, können sich die Wissenschaften aus Selbstgenügsamkeit einerseits, aus der aufgezwungenen Interessensituation andererseits befreien und ihre gemäße Funktion suchen. Ebenso kann die Politik nicht zu Urteil und Entscheidung über die sozial wünschbaren Ziele der Forschung finden, wenn sie aufs Planemachen verzichtet, das erst die Orientierungspunkte setzt".

Als Vorbilder für eine langfristig planende Forschungspolitik wurden damals kleinere Länder wie Schweden, Israel oder die Niederlande genannt[8]. Da wurde also nicht gerade auf Maos China, Castros Kuba oder Ho Tschi-minhs Vietnam Kurs genommen – anders als im "Kursbuch".

Sind für den Koch[9] von 1968 Futurologen ausgesprochene Komplizen der Friedensverhinderung, ist für ihn die Futurologie "nur eine große Apologetik der Gegenwart" und "herrschaftsblind", so erhebt Hermann Lübbe[10] den entgegengesetzten Vorwurf gegen die Futurologie. Vergeblich sei die Hoffnung, "daß sich die Futurologie zur Kunst entwickeln könnte, die Utopie zur Wissenschaft zu machen." Eine Zukunft hätte die Futurologie nur dann, wenn sie pragmatisch im technologisch beherrschbaren Detail zur Verlängerung unserer Handlungsketten beitrüge. So habe die Futurologie nur die Funktion, "die Stabilität der Basis zukunftsbezogener Entscheidungen mit künstlichen Mitteln der Wissenschaft mindestens partiell wiederherzustellen." Manche Futurologen wollten sich damit aber nicht mehr begnügen:

"Die futurologische Phantasie greift auf den künftigen gesellschaftlichen Gesamtzustand aus; sie möchte ein Bild der Welt von morgen; die Futurologie gilt für eine Verheißung wissenschaftlich konkretisierbarer Utopie. Die sogenannte konkrete Utopie hat gegenwärtig hohen intellektuellen Marktwert. Das aber bedeutet für den Futurologen die schwer widerstehbare Verlockung, der Utopie gegenüber die publizitätsträchtige Rolle des beglaubigenden Wissenschaftlers einzunehmen".

Der "futurologisch enthusiasmierte konkrete Utopismus unserer pseudo-revolutionären Jugendbewegung" lebe aus dubiosen Antrieben:

"Hinter der Hoffnung, das, was bislang Utopie war, endlich futurologisch-wissenschaftlich konkretisieren zu können, verbirgt sich die Weigerung, es hinzunehmen, daß der gesellschaftliche Gesamtprozeß von Plänen und Handlungen, die ihn als Ganzen beherrschten, nicht mehr eingeholt werden kann. Im Grunde ist diese Weigerung ein regressiver Akt. Das zeigt sich auch darin, daß er eine sektenstiftende Wirkung hat. Die Futurologie wird zum Medium der Bildung eines sektiererischen Bewußtseins, das vermeint, mit Hilfe der Zukunftsforschung noch einmal die Gesellschaft zum Subjekt und Herrn ihrer eigenen Geschichte machen zu können. In dieser Meinung verbindet sich die Futurologie gern mit dem Marxismus, der aus dem 19. Jahrhundert heraus die geschichtsphilosophische These bis heute tradiert und konserviert hat, es ließe sich ein kollektives Subjekt des Geschichtsprozesses identifizieren und schließlich dazu ermächtigen, endlich in ungeteiltem, uneingeschränktem Sinn Subjekt seiner eigenen Geschichte zu werden".

---

7 Tichie Krestonoszy (Stille Kreuzfahrer), in: **Prawda** vom 29.9.1967, S. 4.

8 C. Koch, Staatliche Forschung und Planung, in: R. Jungk und H.J. Mundt (Hg.), **Modelle für eine neue Welt – Der Griff nach der Zukunft**, München 1964, S. 395, 387.

9 A.a.O., S. 14.

10 Vom Geist der Zeit – Ernst und Unernst der Zukunftsforschung, Hessischer Rundfunk, 5.1.1969, Manuskript S. 3, 5 f.

Erstaunlicherweise wird die Futurologie, wie sie etwa vom Verfasser dieser Zeilen vertreten wird, in der DDR erheblich differenzierter und adäquater bewertet. So widmete die in Ostberlin erscheinende "Deutsche Zeitschrift für Philosophie" ihren ersten Beitrag zum 7. Parteitag der SED dem "Zukunftsdenken im Kampf der Ideologien – einer Kritik der Futurologie". Die Verfasser dieses Artikels stellten nicht ohne Skepsis die Frage, ob die Futurologie "eine vorübergehende Modeströmung oder eine ernstzunehmende Erscheinung" ist. Ihre Antwort ist eindeutig:

> "Daß die bürgerliche Zukunftsforschung nicht einfach als Modeströmung, Phantasterei, bloße Utopie und Spekulation abgetan oder gar negiert werden kann, darauf weisen sowohl ihr Umfang als auch die Namen ihrer Vertreter hin ...". (11)

Und in dem 1967 in Ostberlin erschienenen "Kleinen Politischen Wörterbuch", das bereits ein Jahr vor der westdeutschen Brockhaus Enzyklopädie ein Stichwort "Futurologie" brachte, heißt es von dieser:

> "Bezeichnung der mit den Regulierungs- und Planungsversuchen imperialistischer Staaten etwa 1950 einsetzenden Bemühungen zahlreicher bürgerlicher Wissenschaftler, zukünftige Entwicklungen ihrer Bereiche zu prognostizieren. In der F. überschneiden bzw. durchkreuzen sich zwei Bestrebungen: einerseits das Bestreben, Wirtschaft und Gesellschaft zentral zu regulieren, um die imperialistischen Machtverhältnisse zu stabilisieren, und andererseits das Bestreben, die Entwicklung des Imperialismus demokratisch zu beeinflussen. Bei den Versuchen, durch die wissenschaftlich-technische Revolution hervorgerufene künftige Entwicklungen zu erkennen, stößt die F. auf die Grenzen des imperialistischen Systems und deckt eine Reihe von Widersprüchen auf. Die daraus folgende Kritik an verschiedenen Aspekten der imperialistischen Gesellschaftsordnung beruht jedoch häufig auf der Theorie des 'dritten Weges', der Industriegesellschaft. Nur wo Zukunftsforschung mit der Ausarbeitung konkreter Maßnahmen gegen den Abbau der Demokratie, gegen den Militarismus und gegen die Manipulierung des Menschen im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem verbunden wird und zugleich auf die gesellschaftlichen Kräfte orientiert, die diese Forderungen durchzusetzen vermögen, wo sich ihre Vertreter selbst in den Kampf der Arbeiterklasse, der demokratischen Intelligenz und der Gewerkschaften einreihen, kann die F. eine wirksame Rolle in der antiimperialistischen Bewegung spielen".

II

Diese so unterschiedlichen Beurteilungen laufen auf eines hinaus: Die Futurologie hat sich nicht nur weitgehend durchgesetzt – im Verlauf ihres raschen Wachstums hat sie sich so differenziert, daß ein sachgerechter Kritiker zumindest zwischen zwei oder gar drei Hauptströmungen unterscheiden muß. Im Westen herrscht wohl eine stark technokratisch-neokonservativ orientierte Richtung vor; im Osten erfreut sich eine "soziale Prognostik", die zumindest in den offiziellen Verlautbarungen betont, daß die theoretische Grundlage der marxistischen Prognose der dialektische und historische Materialismus ist, wachsender Popularität. Schließlich darf man aber auch nicht verschweigen, daß es im Westen (und sogar auch schon im Osten) eine Anzahl von Futurologen gibt, die in der Futurologie vor allem auch einen Ansatz zu einer zukunftsorientiert-kritischen Überwindung des status quo im Westen wie im Osten sehen. Ihnen geht es nicht so sehr um die systematische Sammlung und Sichtung von Projektionen und Korrelationen oder um die sorgfältige Planung und Programmierung – hier haben wir es mit einer bestimmten Haltung, mit einem Denkansatz, mit einem "approach", ja mit einer "Philosophie" zu tun, die sich sowohl von dem positivistischen Szientismus des Westens wie aber auch von dem dogmatischen Materialismus des Ostens abhebt und sehr wohl als Dritter Weg charakterisiert werden kann.

Schon Karl Mannheim(12) hat zwischen der Ideologie als der Rechtfertigung und Verherrlichung der bestehenden, von der Vergangenheit her bestimmten Gesellschaftsordnung einerseits, der Utopie als der Verwerfung und Überwindung des status quo andererseits unterschieden. Später fand die klassische Utopie der Menschlichkeit ihr Gegenstück in der Gegenutopie der Unmenschlichkeit eines Jack London, E. Semjatin oder George Orwell. War die Utopie vor allem ein Kampfruf gegen die ideologische Verabsolutierung von Vergangenheit und Gegenwart, so die Gegenutopie ein Verzweiflungsschrei angesichts des Versagens der zukunftstrunkenen Utopie. Inzwischen ist die sogenannte "Entideologisierung" hinzugekommen, die vielen als die einzig mögliche Antwort auf alle drei gescheiterten Denkentwürfe und Weltbilder erscheint, die sich bei näherem Zusehen allerdings

11 F. Fiedler und W. Müller in der **Deutschen Zeitschrift für Philosophie,** Jg. 1967, S. 253 ff.

12 **Ideologie und Utopie,** 3. Aufl., Frankfurt 1952, S. 49 ff. und 169 ff.; vgl. L. Kolakowski, **Der Mensch ohne Alternative,** München 1960, S. 24 ff.

doch weitgehend als eine Restauration der ursprünglichen Ideologie enthüllt. In dem Maße, wie zunächst einmal im Westen die politischen Richtungen und Parteien – zeitweise – aneinanderrücken, scheinen hier die Gegensätze von kapitalistisch und sozialistisch, von konservativ und liberal, von christlich und weltlich zu verschwimmen – es bildet sich so eine Art konservativer Einheitsideologie nach amerikanischem Vorbild. Diese "Entideologisierung" stellt allerdings nicht mehr als einen Trend dar; es wäre übertrieben zu behaupten, der Westen sei in toto konservativ – "unideologisch" geworden. So stark die traditionalistischen oder reaktionären Institutionen und Gruppen hier (und nicht nur hier!) auch sein mögen – dynamische und zukunftsorientierte Kräfte, die die vorherrschenden Verhaltensweisen und Denkschemata kritisieren und bekämpfen, treten ihnen immer wieder entgegen.

Erweisen sich im Lichte einer futurologischen Kritik Ideologie und Utopie, Gegenutopie und "Entideologisierung" alle vier als Phänomene der Entfremdung und Verdinglichung – wenn auch Inhalt, Form und Funktion je verschieden sind –, so deshalb, weil die Futurologie die Zukunft als entscheidende Kategorie ins Bewußtsein zu heben sucht. Gegenüber der Ideologie – sowohl in ihrer ursprünglichen, wie in ihrer "entideologisierten" Gestalt – führt die Orientierung der Gegenwart an der offenen Zukunft zur radikalen Kritik des status quo. Anders als in der Utopie wird aber zugleich die Zukunft nicht zum Paradies überhöht, im Gegensatz zur die Utopie relativierenden Gegenutopie freilich auch nicht auf eine Hölle reduziert. Die Bedeutung von Utopie und Gegenutopie sieht die Futurologie darin, daß jene als "Als-ob" –Kategorien bestimmte Möglichkeiten besonders deutlich zu machen haben: Die Gegenutopie symbolisiert die ständige nihilistische Bedrohung, die Utopie, die nie gegeben, wohl aber stets aufgegeben bleibt, die Chance der Humanisierung. Die Futurologie wird hierbei den relativen Vorrang der Utopie gegenüber der Ideologie, der Antithese gegenüber der These, der "Linken" gegenüber der "Rechten", der Jugend gegenüber dem Alter, insbesondere in dynamischen Epochen vertreten.

Die Zukunft wird so als der mögliche Handlungsspielraum des Menschen erscheinen, innerhalb dessen dieser versucht, die Herrschaft der "Unwerte" – Unfriede und Ungerechtigkeit, Unfreiheit und Unwahrheit – und der sich mit diesen identifizierenden Kräften zu reduzieren und die Macht der "Grundwerte" – Friede und Gerechtigkeit, Freiheit und vor allem Wahrheit – zu maximieren, d. h. dem Leben gegenüber dem Tod zu einem, wenn auch noch so prekären und ephemeren Triumph zu verhelfen. Die Verwirklichung dieser Werte ist stets ein Vorstoß in die Zukunft, Antizipation einer besseren Welt, Sieg der Utopie über die Ideologie. Dieser Sieg muß immer wieder neu errungen werden – wobei der Weg kaum weniger wichtig ist als das Ziel, die Mittel ähnlich bedeutsam sind wie der Zweck, es aber andererseits doch nicht einfach darum gehen kann, Ideologie und Utopie à tout prix in der Mitte zu versöhnen. Der Futurologie erscheint nämlich die radikal-utopische Haltung als ein stets bedrohtes, nur hier und da zum Durchbruch kommendes Kulturprodukt, das konservativ-ideologische Verhalten dagegen als ein ursprünglich-natürliches Moment, das sich stets von neuem ohne unser Zutun automatisch und instinktiv restauriert, so wie sich Herrschaft, autoritäre Führung und Gewaltsamkeit immer wieder "naturnotwendig" gegenüber Genossenschaft, funktionaler Leitung und Gewaltlosigkeit durchgesetzt haben und wohl auch noch auf lange Zeit durchsetzen werden. Angesichts dieser unterschiedlichen Stellenwerte von Ideologie und Utopie kann diese nur "aufgehoben" werden durch ihre rationale und kritische Fortbildung zur Futurologie als einer "konkreten" oder "positiven realen Utopie". So verstanden wird die Futurologie in der Tat auch zu einem "dritten Weg" zwischen Ideologie und Utopie, zu einer "dritten Kraft" zwischen Kapitalismus und Kommunismus.(13)

---

13 Vgl. auch O.K. Flechtheim, Futurologie und demokratischer Humanismus – Brücke zwischen Ost und West, in: G. Szczesny (Hg.), Club Voltaire. **Jahrbuch für kritische Aufklärung III**, München 1967, S. 189 ff. – Die Vorstellung einer dritten Kraft oder eines dritten Weges wird nicht nur vom orthodoxen Kommunismus bekämpft – in gleicher Weise wird diese Idee von der kapitalistischen Gegenseite abgelehnt. So heißt es etwa: "... Die Arbeitnehmerorganisationen ... steuern einen dritten Weg zwischen West und Ost an, der in bürokratischer planwirtschaftlicher Unbeweglichkeit enden muß." (Partnerschaft oder Konflikt – Eine Stellungnahme der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz zur Ausdehnung der paritätischen Mitbestimmung, Düsseldorf, o.J., S. 41.

Bevor wir dieses Problem weiter verfolgen, ist hier ein Wort über das Verhältnis Politik und Zeit am Platze. Natürlich ist die Politik ähnlich wie die Arbeit oder jedes sonstige zweckgerichtete Verhalten des Menschen in gewisser Weise stets zukunftsorientiert gewesen. Um Ellwein[14] zu zitieren:

> "Politik ist abstrakt ein Komplex menschlichen Handelns und der dieses bestimmenden Bedingungen, der zwar nicht ausschließend, wohl aber entscheidend dadurch definiert ist, daß er es mit der Zukunft des Verbandes zu tun hat, innerhalb dessen und für den diese Politik betrieben wird."

Diesen Gedanken variiert Thomas Ellwein[15], wenn er an anderer Stelle erklärt, Regieren habe es stets mit der Zukunft zu tun gehabt, worauf "die häufige Verwendung des Begriffes von Staatsschiff oder die spezifisch politischen Bewertungen wie weit vorausschauende, weitsichtige, zukunftsorientierte, zukunftsgestaltende Politik" deute. Vergessen wir aber nicht, daß es dabei doch in der Regel um die in den Kategorien der Vergangenheit konzipierte Durchsetzung der Interessen der einen Gruppe im Gegensatz zu denen der anderen in der Zukunft ging, d.h. auch mehr um Personalpolitik ("politics") als um echte Gesellschaftspolitik ("policy"). Solange die Politik noch um das Verhältnis von Machthaber und Machtsubjekt (oder besser: -objekt) oder auch um den Kampf der Machthaber miteinander zentriert ist, wobei sich diese Auseinandersetzung auf drei Ebenen - erstens auf der von komplexen Einheiten (Staaten, Nationen, Kirchen usw.), zweitens auf der der Klassen und Schichten innerhalb dieser Einheiten und drittens auf der von "Elite" und "Masse" innerhalb einer Klasse, Schicht usw. - abspielt, bleibt Politik immer von der Vergangenheit beherrschte Machtpolitik.

Kam man in der traditionellen Politik kaum je dazu, die ephemeren Interessen einer eng begrenzten Gruppe, die im Gegensatz zu denen der anderen Gruppen standen, zu transzendieren, so tendierte in einer solchen Kampfsituation die Macht dazu, sich dem Menschen zu entfremden und sich zu verewigen, wie umgekehrt die Fixierung der Kämpfenden an die tradierten Formen des Machtkampfes die schöpferisch-freie, d.h. rationale und gewaltlose Lösung der Konflikte unmöglich machte oder doch erschwerte. Diese Art des Kampfes hat zugleich eine Konzentration der Macht bei den Führungen zur Folge: Der Kampf zwischen den Staaten, Armeen, Parteien, Fraktionen, Verbänden usw. legt es den Machthabern nahe, ihre Herrschaft auch gegenüber ihren eigenen Machtobjekten zu maximieren, - die "Gefolgschaften" können sogar äußerstenfalls als Material oder Mittel mehr oder weniger bedenkenlos geopfert werden. Die Realisierung und Sicherung eines hohen Maßes an Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit innerhalb der Gruppe bleibt prekär, solange diese in einem Kampf auf Leben und Tod mit den anderen Gruppen steht. So gewinnt das autokratisch-militärische Organisationsprinzip immer wieder Oberhand gegenüber dem demokratisch-genossenschaftlichen.

Diese Problematik ist typisch für die Kerninstitution der Herrschaft im 20. Jahrhundert - den modernen demokratischen Staat. Der Staat - er sei hier als diejenige Assoziation-Institution einer Klassengesellschaft bestimmt, die für sich allein "legitime" körperliche Gewaltanwendung innerhalb eines begrenzten Gebietes beansprucht[16] - war sogar die längste Zeit fast ausschließlich Macht-, wenn nicht sogar Gewaltorganisation, d.h. Polizei- und Militärstaat. Die fünf klassischen Ministerien (Kriegs-, Außen-, Innen-, Justiz- und Finanzministerium) waren überwiegend der Aufrechterhaltung und Vergrößerung der Macht nach innen und außen - zum großen Teil sogar mittels physischer Gewaltanwendung - sowie der Finanzierung dieser Aufgaben gewidmet.

---

14 Th. Ellwein, **Politik und Planung**, Stuttgart 1968, S. 10.

15 **Einführung in die Regierungs- und Verwaltungslehre**, Stuttgart 1966, S. 129.

16 Diese Definition kombiniert Elemente von M. Weber und K. Marx. Marx und Engels mögen die Rolle des Klassenkampfes überschätzt haben und andere Formen des Konflikts übersehen haben, aber auch der ganz anders eingestellte Soziologe R.M. MacIver (**The Web of Government**, New York 1947, S. 117 und S. 14) betont, "daß alle großen Staaten der Geschichte als klassengebundene, von einer herrschenden Klasse organisierte und kontrollierte Staaten entstanden" und daß "im Verlauf der Geschichte die meisten Regierungen in den Händen herrschender Gruppen oder Klassen gewesen sind". Auch heute ist der Staat immer noch Klassenstaat, wenn er auch zugleich zum Massen- und Parteienstaat wird (O.K. Flechtheim, die Institutionalisierung der Parteien, in: **Zeitschrift für Politik**, Jg. 9 (N.F.), 1962, S. 101.)

Der Machtanspruch des Staates war nur die Kehrseite des Umstandes, daß, wie schon John Dewey [17] richtig gesehen hat,

> "der Bereich des Staates irgendwo zwischen begrenzten, engen und intimen Vereinigungen einerseits, und Menschengruppen, die so weit voneinander entfernt sind, daß sie nur selten und zufällig miteinander in Berührung geraten, andererseits liegt".

Die Menschheit und die Erde waren also bisher noch nie in einem einzigen Weltstaat integriert - und selbst die bisher höchste Integrationseinheit der Lokalitäten und Regionen, der Schichten und Klassen, der Eliten und Massen, die "Übermacht" des 20. Jahrhunderts, steht gerade als solche in einem ständigen Machtkampf mit anderen Mächten. So sind diese Glieder eines Systems von "contending states"[18] und tendieren als solche dazu, nicht nur als Macht-, sondern auch als ausgesprochene Kriegsstaaten zu operieren.

Nun hatte aber schon Marx[19] früh darauf hingewiesen, daß die politische Revolution, die den modernen bürgerlich-demokratischen Staat konstituiert, zwar die bürgerliche Gesellschaft atomisiert, zugleich aber den politischen Geist aus der Zerstreuung sammelt;

> "sie befreite ihn von seiner Vermischung mit dem bürgerlichen Leben und konstituierte ihn als die Sphäre des Gemeinwesens, der allgemeinen Volksangelegenheit idealer Unabhängigkeit von jenen besonderen Elementen des bürgerlichen Lebens. Die bestimmte Lebenstätigkeit und die bestimmte Lebenssituation sanken zu einer nur individuellen Bedeutung herab. Sie bildeten nicht mehr das allgemeine Verhältnis des Individuums zum Staatsganzen. Die öffentliche Angelegenheit als solche ward vielmehr zur allgemeinen Angelegenheit jedes Individuums und die politische Funktion zu seiner allgemeinen Funktion".

In Fortführung dieses Gedankens ist für Max Adler[20] der Staat "so in einem gedacht als widersprüchlicher und insofern sich selbst aufhebender Vorgriff auf eine solidarische Form von Gesellschaft wie als ideologisches Herrschaftsinstrument des Sonderinteresses der jeweils herrschenden Klasse". Die Staatsform "ist widerspruchsvoll, weil sie ihrer Form nach stets auf die Allgemeinheit der Gemeinschaft gerichtet ist, ihrem Inhalte nach aber stets nur Partialinteressen vertritt".

Heute erreicht diese Ambivalenz des Staates ihre Zuspitzung im Widerspruch zwischen Weltgesellschaft und Großmacht einerseits, Wohlfahrts- und Militärstaat andererseits. Hinter der Maske des welfare state verbirgt sich immer noch die Fratze des warfare state. Mehr denn je ist heute die ultima ratio des Großstaates die Rüstung, die jeden Tag in den Krieg umschlagen kann. Dank den Mitteln modernster Technik und Organisation werden Krieg und Ausrottung, Hinrichtung und Tortur perfektioniert - Verdun und Dresden, Hiroshima und Nagasaki, Amritsar und Biafra, Workuta und Auschwitz sind Symbole für die Zerstörungskraft der modernen Politik. Sie sind aber auch Zeichen an der Wand, die die Legitimation des Staates wie noch nie in Frage stellen. Gerade der demokratische Staat muß sich daher stets erneut zu Frieden und Freiheit, Wohlfahrt und Wahrheit bekennen. Schließlich wollen die Massen nicht mehr den Heldentod sterben – sie wollen leben und überleben.

Kann man aber die tödliche Gefahr von Rüstung und Krieg nicht einfach verschweigen, so verführt die Maximierung der "Verteidigungsbereitschaft" dazu, daß man sich und die anderen davon "überzeugt", auch im sogenannten Ernstfall werde die bestgerüstete Nation schon noch überleben[21]. Damit wird aber die Versuchung immer größer, ähnlich wie in Orwells "1984" die Lüge als Wahrheit, die Kriegsbereitschaft, wenn auch nicht den Krieg, als Frieden und wenn auch nicht Terror und Tortur, so doch Reglementierung und Manipulierung als Freiheit auszugeben.

---

17 **The Public and Its Problems,** New York 1927, S. 43.
18 A. Toynbee, **A Study of History** (One – Volume ed. by D.C. Somerwell), London 1960, S. 831.
19 Zur Judenfrage, hier zitiert nach F. Diederich (Hg.), **Geschichtliche Tat,** Berlin 1918, S. 17 f.
20 **Die Staatsauffassung des Marxismus,** Darmstadt 1964, S. 50 ff.
21 Vgl. hierzu O.K. Flechtheim, Widerstände gegen Abrüstung, in: **Frankfurter Hefte,** Jg. 21, 1966, S. 463.

Eric Hobsbawm

Die Imperialismusdebatte in der Geschichtsschreibung

Der Begriff des Imperialismus

Der ideologisch-politische Streit ist aus der Geschichte nicht wegzudenken. Der Historiker kann den Kontroversen seiner eigenen Zeit und Welt nicht ausweichen. Karl Mannheim's freischwebende Intelligenz' existiert ebensowenig wie der abgeklärte, keiner Sache außer der Wahrheit verpflichtete Gelehrte; was natürlich nicht heißt, daß der Historiker nicht verpflichtet ist, sich dem Zwang der Tatsachen oder der bewiesenen Hypothesen zu unterwerfen. Doch diese allgemeine Feststellung genügt nicht. Es gibt selbst in den Sozialwissenschaften, die, verglichen mit den Naturwissenschaften, der ideologischen Debatte immer einen sehr großen Spielraum liefern, doch wissenschaftliche Fragen, die ganz besonders politisch anfällig sind. Die Frage des Imperialismus gehört zu diesen, wie auch die meisten andern, bei denen das Vokabular der wissenschaftlichen Analyse mit dem der politischen Diskussion zusammenfällt. Es ist nun einmal der Fall, daß die Analyse der modernen kapitalistischen Gesellschaft, ihres Ursprungs, ihrer Geschichte und ihrer dynamischen Struktur, zum großen Teil von den Kritikern dieses Gesellschaftssystems herstammt, deren Gedankengänge von Marx zusammengefaßt, erweitert und fortgeführt wurden. Daher die Vielzahl zweckloser Debatten. Man kennt Historiker, die an der Existenz der industriellen Revolution des 18. Jahrhunderts zweifelten, weil ihnen der Begriff einer Revolution staatsgefährdend schien und daher unzulässig, auch in der harmlosen Atmosphäre der Geschichte. Die Existenz des Kapitalismus ist aus ähnlichen Gründen oft angezweifelt worden, bzw. der Begriff wurde so erweitert, daß er alles historisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich Spezifische verlor. So kam es zur These vom altägyptischen oder altindischen Kapitalismus.

Solche Argumente sind, trotz aller Spitzfindigkeit, die in sie gesteckt wurde, Unsinn. Sie können und wollen ja nicht abstreiten, daß England sich Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts in ein paar Jahrzehnten revolutionär veränderte, oder daß die Wirtschaft der USA im 19. Jahrhundert wenig mit der der Pharaonen gemeinsam hatte. Sie wollen bloß eine Terminologie ändern, die ihnen aus verschiedenen Rücksichten unerwünscht ist. Ähnlich verhält es sich mit der Debatte um den Imperialismus.

Dieser ist als Begriff und Terminus allerdings nicht marxistischer Abstammung. Er ist bei Marx selbst nicht zu finden. Die Bezeichnung wurde nicht einmal von der Linken erfunden. Im Gegenteil, es scheint, als ob der Begriff (wenn nicht die Bezeichnung) von den Imperialisten selbst ab Ende der 1860er Jahre in Umlauf gebracht wurde, obwohl er ziemlich bald die bekannte antiimperialistische Färbung annahm, zum Unterschied vom Wort 'empire', das keine kritischen Untertöne hatte. (Ich behandle hier hauptsächlich den britischen Imperialismus da sich sowohl in der politischen Wirklichkeit wie in der Geschichte des Begriffs die andern modernen Imperialismen erst später als der britische – sozusagen im Vergleich mit diesem – entwickelten und die Diskussion über das Thema bis Ende des 19. Jahrhunderts sich fast ausschließlich mit Großbritannien befaßte). Auf jeden Fall steht es fest daß in seiner Entstehungsphase - sagen wir von 1880 bis 1914 - an der Existenz des Imperialismus von keiner Seite gezweifelt wurde. Man war dafür oder dagegen; und die dafür waren fanden es noch nicht einmal notwendig, sich die verschiedenen Feigenblätter einer politisch harmloseren Nomenklatur umzubinden. Kolonien waren noch Kolonien, nicht einmal Mandate, Empires trugen noch stolz ihre Namen und waren noch nicht in Britische Commonwealths, Französische Unionen, Japanische Coprosperity Spheres, bzw. amerikanische Freie Welten umgetauft.

Allerdings, ab 1900 wurde der Imperialismus nicht nur Gegenstand des Stolzes oder der Ablehnung, sondern der Analyse. Und diese Analyse kam fast durchgehend von Seite der **Anti-Imperialisten** und wurde immer mehr – was ursprünglich durchaus nicht der Fall war – der sozialistischen und revolutionären Bewegung einverleibt. Das klassische Beispiel ist Lenin[1], dessen kleines Buch ja zum großen Teil auf dem gleichnamigen Buch des Linksliberalen Hobson[2] fußt. Die Hobson-Leninsche Hypothese wurde durch die bolschewistische Revolution zur bekanntesten Variante der Imperialismuskritik. Seit 1917 ist es diese These, die die Debatte beherrscht. Wenn seit 1917 nicht nur über die Analyse des Imperialismus gestritten wird, sondern seine Existenz theoretisch bestritten wird, so ist das in steigendem Maße den revolutionären Folgerungen zuzuschreiben, die seit 1917 aus der Imperialismuskritik gezogen werden. Den Imperialismus darf es überhaupt nicht geben (oder nicht mehr geben, außer etwa unter den Russen und Chinesen), weil diese revolutionären Folgerungen unerwünscht sind. Daher hat der Historiker eine doppelte Aufgabe: einerseits die Tatsache des modernen Imperialismus als historische Erscheinung erneut festzustellen; andererseits die Analysen, die ihn zu erklären versuchen, kritisch zu untersuchen.

Entwicklung der Imperialismus-Theorien

Gibt es den Imperialismus also eigentlich? Die Tatsache, daß das Wort 'imperium', aus dem römischen Reich übernommen, seit 2000 Jahren im Umlauf ist, macht es leicht möglich, Dutzende von Imperia und daher abgeleiteten Imperialismen zu entdecken und daher das Spezifische am modernen Imperialismus abzustreiten. Man nennt **Imperium** jedes große Reich, jede Politik der militärischen Eroberung und territorialen Ausbreitung, jedes staatliche Gefüge, in dem gewisse Gebiete einem Zentralterritorium untergeordnet sind, jedes, das Anspruch auf Weltmacht oder Weltgeltung macht. Ebenso kann **Kolonie**, ein Terminus, der auch seit der Antike bekannt ist, jede Siedlung und Niederlassung außerhalb der normalen Grenzen eines Staatswesens, insbesondere Übersee, bedeuten. Man kann also behaupten, die Empires des späten 19. Jahrhunderts und der Imperialismus wären nichts Neues, sondern bestenfalls Varianten einer weitverbreiteten historischen Erscheinung. Ja man kann den Imperialismus sogar wie Schumpeter[3] nicht als Resultat des Kapitalismus, sondern umgekehrt als vorkapitalistisches Überbleibsel betrachten, das mit der vollen Entwicklung des eigentlichen (d.h. liberalen) Kapitalismus verschwindet. Diese These, die eine bekannte Methode in der Marxpolemik darstellt (Anerkennung der marxistischen Fragestellung, Umstülpung der marxistischen Antwort), spielt heute in der Polemik keine Rolle mehr.

Solche Argumente sind nicht sehr ernst zu nehmen. Seriöser ist die Feststellung, daß der Imperialismus als Phänomen der wirtschaftlichen Ausbeutung fremder (meist überseeischer) Gebiete an sich nicht neu zu sein scheint. Wir brauchen nicht einmal an Erscheinungen zu denken, die an sich nichts mit dem modernen Imperialismus zu tun haben (wenn sie sich auch, wie die **white settlers** in Afrika, in ihn einfügen lassen), so z.B. die Eroberung neuer Ländereien für feudale Grundherrschaften oder Bauernsiedlung. Die **spanische Reconquista** ist offensichtlich kein moderner Imperialismus und die Conquista Lateinamerikas im 16. Jahrhundert auch nicht. Andererseits finden wir in den Kolonialsystemen Hollands, Englands und z. T. auch Frankreichs im 17. bis 18. Jahrhundert, deren Territorien ja direkt in die der modernen Empires übergingen, doch wirtschaftliche Ausbeutung im Zuge einer kapitalistischen Entwicklung, die sowohl durch wie für Händler und Industrielle stattfand. Ebenso steht es fest, daß die Beziehungen zwischen dem englischen Kapitalismus und den 'unterentwickelten', besonders den außereuropäischen, Ländern schon vor Ende des 19. Jahrhunderts sehr viele Züge des Imperialismus vorwegnahmen, was übrigens Lenin selbst erwähnt. Das sind Tatsachen, denen die moderne Imperialismusanalyse Rechnung tragen muß. Ob man andererseits, wie Gallagher und Robinson[4], von einem 'Freihandelsimperialismus' sprechen kann, der schon immer eine Politik der bewußten Kontrolle ausführte – wenn möglich ohne,

1 Lenin,W.I.: **Der Imperialismus als höchstes Staduim des Kapitalismus**, (1916), Berlin 1952.
2 Hobson,J.A.: **Der Imperialismus**, London, New York 1902.
3 Schumpeter,J.: "Zur Soziologie der Imperialismen " (1919), in: **Aufsätze zur Soziologie**, Tübingen 1953, S. 72 - 146.
4 Gallagher,J.; Robinson, R.: **Africa and the Victorians**, London 1961.

wenn nötig mit formalem Eingriff der englischen Regierungsmacht – ist nicht ganz klar. D.C.M.Platt[5] hat es abgestritten, ohne sich aber mit dem Kernproblem Indien zu befassen. Man kann ihm aber nur zustimmen, wenn er feststellt, daß ab 1880 eine tiefgreifende Änderung in der englischen Politik gegenüber den Kolonialgebieten stattfand. Allgemein steht fest, daß sich im Vierteljahrhundert nach 1870 die Struktur der wirtschaftlichen und politischen Außenbeziehungen der kapitalistischen Kernländer grundlegend änderte. Hier ist der Ansatzpunkt jeder ernsthaften Analyse des Imperialismus.

Die Terminologie beleuchtet auch diese Feststellung. Wie schon erwähnt, gibt es den Imperialismus im modernen Sinne bei Marx nicht. Wir finden bei ihm kein besonderes Interesse für die wirtschaftlichen Fragen, die später die Analytiker des Imperialismus so beschäftigen, so z. B. die Kapitalausfuhr; ja nicht einmal die These, die so eng mit der Diskussion des Imperialismus zusammenhängt, daß die Gründe internationaler Kriege auf wirtschaftlichem Gebiet zu suchen seien. Zu Marx' Lebzeiten war dies eine These der Proudhonisten. Dreißig Jahre später diskutierte die ganze Welt über den Imperialismus; genau genommen liegt der Beginn dieser Diskussion zwischen 1898 und 1902. Es bestand kein Zweifel an der Neuheit sowohl des Begriffes wie auch der politischen Wirklichkeit. Der Begriff des Imperialismus als einer Politik der geschichtlichen Mission gewisser Völker oder Rassen, andere zu beherrschen und große Reiche zu erhalten bzw. zu vergrößern – man dachte vorwiegend an die Germanen und im engeren Sinne die Angelsachsen –, findet sich zuerst gegen Ende der 60er Jahre in kleineren Kreisen englischer Intellektueller, und seine demagogischen Möglichkeiten werden in den 70er Jahren von Disraeli (der sich früher nie um das britische Weltreich gekümmert hatte) systematisch in die Politik eingeführt. Noch 1878 betrachtete ein Kollege Disraelis das Wort Imperialismus als einen Neologismus. Gegen Mitte der 1890er Jahre bekam der Terminus seine wirtschaftliche Orientierung, die er später nie verlor, und wurde in den nächsten Jahren von einem rein britischen zu einem multinationalen und internationalen Begriff.

Zwischen 1898 und 1906 wurde der Versuch unternommen, diese neue und neuentdeckte politische Wirklichkeit systematisch zu beschreiben und zu analysieren. Es handelt sich natürlich nicht einfach um die Annexion von Kolonien, sondern um die Analyse einer offenbar neuen Phase in der wirtschaftlich-politischen Entwicklung, die auf die klassische Epoche der freien, freihändlerischen Konkurrenz und der staatlichen Zurückhaltung folgt. Für die bürgerlichen Analytiker, wie Schulze-Gaevernitz, Erich Marcks[6] und andere in Frankreich, Belgien und Italien, handelt es sich ziemlich allgemein um eine neue Ära der politisch-wirtschaftlichen Ausdehnung, in der das politische und wirtschaftliche Element zusammenflossen und sozusagen neumerkantilistisch zusammenarbeiteten. Für die Nichtengländer unter ihnen schien die Moral der Geschichte die zu sein, daß, wer noch kein Imperialist war, es schnell werden mußte. Trotzdem sah man auch schon die Gefahr eines Weltkrieges um die Weltherrschaft, die aus dieser Lage entsprang (so z. B. Schmoller). Dies war um so natürlicher, als die Weltkriegsgefahr seit den 1890er Jahren ja eines der neuen Momente in der Wirklichkeit war, die eben, zusammen mit Kolonialeroberungen und anderen Dingen, zu erklären und in ein System zu bringen waren. Es bestand wenig Zweifel, daß die Gründe dieser neuen Tendenzen in der Wirtschaft zu suchen waren.

Für die Sozialisten fußte die neue Analyse natürlich konkret auf der Untersuchung des Kapitalismus. Die erste wirklich systematische Analyse dieser Art war die des englischen Radikalliberalen und Privatsozialisten Hobson, der ganz klar den Imperialismus als **Stadium des Kapitalismus** behandelte und dessen Buch (1902) grundlegend für die spätere Imperialismuskritik wurde und noch heute ist. Leider führte ihn sein Studium des südafrikanischen Problems zur einseitigen Überbetonung des Moments der Kapitalausfuhr, aus Gründen, die uns hier nicht weiter interessieren, aber die spätere Diskussion stark beeinflußten. Aber gleichzeitig entwickelte sich unter kontinentalen Marxisten, wie Rosa Luxemburg[7] (1899) und Kautsky[8] (1902), die Überzeugung, daß der Kapi-

---

5 Platt, D.C.M. in: **Economic History Review**, August 1968.

6 Schulze-Gaevernitz: **Britischer Imperialismus und englischer Freihandel zu Beginn des 20.Jahrhunderts**, Leipzig 1906. Marcks,E.: **Englands Machtpolitik** (Aufsätze und Vorträge zum britischen Imperialismus aus den Jahren 1903 - 1923), Stuttgart, Berlin 1940.

7 Luxemburg,R.: **Sozialreform oder Revolution?** (erste Ausgabe; geschrieben 1899), in: **Politische Schriften I**, Frankfurt/M. 1966.

8 Kautsky, K., "Krisentheorien", in: **Die neue Zeit**, Jg.XX, Bd.2 (1901/02) (bes.S.140-143).

talismus nun in ein politisch-militaristisches Stadium eintrete; der Terminus 'Imperialismus' wurde noch nicht verwendet. Sehr schnell ging dieser, wohl über die Hobsonschen Schriften, in den Marxismus über. Schon 1905 finden sich in Hilferdings damals verfaßtem, aber noch nicht veröffentlichtem Finanzkapital[9] die Hauptlinien der späteren marxistischen Analyse, und Rosa Luxemburg[10] brachte ihre Fassung einer solchen Analyse 1913 in die Öffentlichkeit.

Die **Theorie des Imperialismus** wuchs also aus der Wirklichkeit, die gegen Ende der 90er Jahre offensichtlich einer Erklärung bedurfte. Sie befaßte sich durchaus nicht nur mit der Problematik des Kolonialismus, sondern versuchte eine Reihe von neuen Fakten auf einen analytischen Nenner zu bringen. Dies waren:

1. Die Änderung in der Struktur des Kapitalismus, d.h. der Aufstieg der Monopole und des Finanzkapitals.
2. Die Änderungen in der inneren Wirtschafts- und Sozialpolitik der Staaten, d.h. die Abkehr vom wirtschaftlichen Liberalismus.
3. Der neue Kolonialismus und die Aufteilung der Welt.
4. Die internationalen Spannungen und die neue Kriegsgefahr.
5. Bei Lenin auch das Eindringen des Reformismus in die internationale Arbeiterbewegung.

Alle diese Erscheinungen wurden von Zeitgenossen als in irgendeinem Sinn zusammenhängend betrachtet.

Ob sie wirklich so zusammenhängen, d.h. ein 'Syndrom' bilden, läßt sich allerdings nicht beweisen. Jede wissenschaftliche Analyse wird wohl instinktiv zu dieser Annahme neigen, eben weil eine Hypothese, die die möglichst große Zahl von verschiedenen Dingen zugleich erklären kann, den ästhetischen Sinn der Wissenschaft immer stark anspricht. Schöne und elegante Theorien werden ihren Konkurrentinnen immer vorgezogen. Aber – und ich erwähne das aus methodologischem Pflichtgefühl – solche Zusammenhänge können auch zufällig sein. Es wäre theoretisch durchaus möglich, daß es keine Verbindung zwischen den fünf erwähnten Momenten der Entwicklung im späten 19. Jahrhundert gäbe, sondern nur zufällige Konvergenz; genauso wie es theoretisch möglich ist, daß es im Kapitalismus keine zyklischen Krisen gibt, sondern nur wiederholte, aber rein fallweise erklärbare Zusammenbrüche. Das ist an sich unwahrscheinlich, aber nicht ausgeschlossen. Weniger unwahrscheinlich ist, daß ein oder das andere Moment aus dem Syndrom auszuschließen ist. Dagegen ist unzweifelhaft:

Erstens, daß der Imperialismus Anfang des 20. Jahrhunderts nicht nur als Novum, sondern als neue Phase der gesamtkapitalistischen Entwicklung empfunden wurde und daher nicht mit Hinweisen auf die Römer oder Napoleon abzuweisen ist.

Zweitens, daß die Theorie des Imperialismus nicht nur eine Erklärung der kolonialen Ausbeutung sein will, sondern die Analyse eben dieser neuen Phase der kapitalistischen Entwicklung in ihrer Gesamtheit und daher nicht durch Einzelargumente über Kolonien zu widerlegen ist.

Die Rolle wirtschaftlicher Faktoren

Wir brauchen uns im Augenblick nicht weiter mit der Frage, ob der Imperialismus wirklich existiert, zu befassen. Wenden wir uns nun dem zweiten Fragenkomplex zu. Was steht hinter dem Imperialismus, insbesondere, was ist die **Rolle wirtschaftlicher Faktoren** in ihm? Diese Fragen werden oft, ja sogar meist, falsch gestellt, als ob es sich um die Alternative: entweder Wirtschaft oder Politik handelte. Aber das ist schon auf den ersten Blick unsinnig. Erst einmal behauptet überhaupt niemand, mit Ausnahme einiger amerikanischer Sozialwissenschaftler, die simple Abhängigkeit jedes nichtwirtschaftlichen Phänomens von einem wirtschaftlichen; eine Behauptung, die übrigens methodologisch eine scharfe Trennung zwischen wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Erscheinungen voraussetzt, welche vielleicht analytisch zulässig, aber in der Wirklichkeit nicht vorhanden ist. Die Frage, ob der Imperialismus rein wirtschaftliche Gründe hat, ist also

9 Hilferding, R.: **Das Finanzkapital** (1910). Berlin 1947.
10 Luxemburg, R.: **Die Akkumulation des Kapitals, ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus** (1913), Frankfurt/M. 1966.

ein Pseudoproblem, genau wie die Frage, ob die Reformation ein rein religiöses Phänomen war.

Zweitens, um von der Methodologie zu den Tatsachen zu kommen, entstammt der Imperialismus einer politischen Sachlage; nämlich der, daß sich der **Kapitalismus** in national-politischen Einheiten entwickelt hat und daher als konkurrierender britischer, deutscher, französischer, amerikanischer usw. Kapitalismus auftrat. Ohne diese historische Eigenart gäbe es wohl vieles, was später in die Rubrik 'Imperialismus' eingereiht wurde, aber doch kaum das Gesamtphänomen des Imperialismus, mit dem sich die Debatte befaßt. Es gäbe sicherlich den grundlegenden wirtschaftlichen Unterschied zwischen dem 'entwickelten' Sektor der Weltwirtschaft und der 'unterentwickelten' Welt, der westeuropäisch-nordamerikanischen Metropole und von ihr beherrschten und gelenkten **dependent economies.**

Dieser Unterschied geht tief in die Geschichte zurück, der Kapitalismus – wenigstens der britische – beruht auf ihm und hat an sich nichts mit der Epoche der Monopole und des Finanzkapitals zu tun. In diesem Sinne kann man mit Lenin schon Mitte des 19. Jahrhunderts von 'bestimmten Charakteristiken des Imperialismus' in der britischen – und damals der einzig entwickelten kapitalistischen Wirtschaft reden. Weiter ist es möglich, daß es ohne die Konkurrenz nationaler Kapitalismen etwa auch den Neokolonialismus, bzw. in der Kautskyschen Fassung, den **Supraimperialismus** gäbe, in dem entweder ein dominanter Nationalkapitalismus, wie z. B. der der heutigen USA, oder ein Komplex von internationalen Riesenkonzernen (deren nationale Zugehörigkeit nebensächlich ist) die Herrschaft über die unterentwickelte Welt übernimmt Ich lasse dahingestellt, ob dies wirklich den Tatsachen entspricht, aber das gehört in eine andere Diskussion. Jedoch das, was sich Anfang dieses Jahrhunderts als 'Imperialismus' entwickelte und übrigens auch historisch den Neokolonialismus gezeugt hat, ist aus der Konkurrenz verschiedener nationaler Kapitalismen entstanden und einige seiner markantesten Züge, wie z. B. die politische Aufteilung der Welt in Kolonien und Einflußsphären und die militärisch-politischen Spannungen, sind ohne eine solche Konkurrenz von Staatswesen überhaupt unerklärlich. Unter diesen Umständen ist es völlig unmöglich, die Politik aus dem Imperialismus auszuklammern. Ohne sie gäbe es ihn nicht.

Man kann wohl fragen, ob die Koexistenz konkurrierender Nationalstaaten nicht schon an und für sich genügt hätte, um diese Aspekte des Imperialismus zu erklären, d.h. wozu es notwendig ist, sie mit deren kapitalistischer Entwicklung in Verbindung zu bringen. Nur wenn man von den wichtigen, und offensichtlich wirtschaftlichen, Seiten des Imperialismus abstrahiert, d.h. wenn man die Fragen der Monopolisierung, des Finanzkapitals, der allgemeinen Abkehr vom wirtschaftlichen Liberalismus usw. beiseite läßt und sich rein auf Fragen der internationalen Diplomatie und deren Konflikte beschränkt, läßt sich diese Frage stellen und positiv beantworten. Die Argumente, die heute meist ins Feld geführt werden, legen eben deswegen ihren Schwerpunkt auf **politisch-diplomatische Thesen**. So behaupten Gallagher und Robinson[11], es habe Anfang der 1880er Jahre keinen besonderen wirtschaftlichen Anlaß zur Teilung Afrikas gegeben; dagegen ließe sich die britische Afrikapolitik lediglich aus außenpolitischen Gründen erklären – hauptsächlich aus denen, die aus der Verteidigung Indiens entspringen.

D. K. Fieldhouse behauptet geradezu:

> "Das Hauptcharakteristikum der neuen Situation (nach 1870) war, daß nun wieder wirtschaftliche Momente den politischen untergeordnet wurden, und hinter der Sorge um die nationale Verteidigung, die Militärmacht und das Prestige zurücktraten." (12)

Einerseits fallen diese Thesen unter den Tisch, weil sich, wie gesagt, eine solche scharfe Trennung zwischen Wirtschaft und Politik einfach nicht herstellen läßt. So braucht man sich bloß zu fragen, warum denn die Verteidigung Indiens im 19. Jahrhundert eine so ungeheuer wichtige Rolle in der englischen Außen- und Militär- bzw. Flottenpolitik spielte. Eben weil dieses bekannte "leuchtendste Kronjuwel Englands", wie jeder Experte in der Geschichte des englischen Handels, des internationalen Zahlungssystems und der Baumwollindustrie weiß, eine absolute Schlüsselstellung besetzte, die; aus hier nicht weiter zu erörternden Gründen, eine direkte Besetzung und Verwaltung durch England zu erfordern schien. Ob man die Besetzung Ägyptens oder Ugandas aus lokalen

---

11 Gallagher / Robinson, a.a.O.
12 Fieldhouse, D.K. in: **Economic History Review**, XIV, 2, 1961, S. 204.

wirtschaftlichen Gründen erklären kann oder nicht, fest steht, daß, insofern als sie aus den Problemen der Indienpolitik entsprangen, man sie nicht als 'politische' Eroberungen einem 'wirtschaftlichen' Imperialismus gegenüberstellen kann. Es ist übrigens auf jeden Fall unzulässig, jedenfalls in der englischen Außenpolitik, das wirtschaftliche Moment zu vernachlässigen. D.C. Platt's neues Buch[13] erinnert daran, daß das britische Außenministerium selbstverständlich die Pflicht anerkannte, dem englischen Handel neue Märkte zu eröffnen und nach deren Eröffnung zugänglich zu halten; was ja nicht unerwartet ist. Zweitens aber zerfällt die rein diplomatische These, wenn sie behauptet, es hätte um diese Zeit keinen besonderen wirtschaftlichen Anlaß zu Kolonialabenteuern und Konflikten gegeben. Anlaß gab es genug, z. B. in der sogenannten **Großen Depression,** jener Zeitspanne von 1873 bis 1896, die nicht nur englischen Wirtschaftshistorikern geläufig sein dürfte, diese aber ganz besonders intensiv, wenn auch nicht immer nutzbringend beschäftigt hat. Die Krise der 70er Jahre brachte den guten Bürgern, die ihr Geld in fremde Fonds investiert hatten, nichts als Tränen. Überseeische Regierungen stellten die Zahlung teilweise oder gänzlich ein; der Kollaps der türkischen Finanzen im Jahre 1876 z. B. hatte katastrophale Folgen "Equipagen wurden aufgegeben, Diener entlassen, und in Kurorten und ähnlichen Zentren hörte die Bautätigkeit zeitweise auf. Noch bis 1882 machten sich diese Schwierigkeiten in Rentierkreisen bemerkbar" schreibt Prof. Checkland, eine zeitgenössische Quelle zitierend. Es nimmt nicht wunder, daß sich um eben diese Zeit jene schlachtlustigen Kapitalisten mit ausländischen Anlagen formierten, die z. B. in der Geschichte der Besetzung Ägyptens eine Rolle spielen. Zweitens, und noch wichtiger, brachte die Große Depression das Ende des internationalen Freihandels und die Rückkehr zu Schutzzöllen mit sich; besonders nach 1879. Schon dies allein erklärt die positivere Unterstützung von Annexionen, wie sie sich seit 1885 in der englischen Außenpolitik bemerkbar macht. Wie Lord Salisbury dem französischen Botschafter im Jahre 1897 erklärte: "Wenn ihr Franzosen keine so rasenden Schutzzöllner wärt, dann würdet ihr auch bei uns weniger Gier nach neuen Territorien entdecken"[14].

Die rein politische These klappt also nicht. Die Kritiker verlegen sich also auf die Vulgärsoziologie. Wenden wir uns nun einer solchen **soziologischen These** zu: der Behauptung, daß der Imperialismus eine Massenbewegung gewesen sei -- um wieder mit Fieldhouse zu sprechen —"der erste der irrationalen Mythen, welche die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts beherrschen"; "ein soziologisches Phänomen mit politischen Wurzeln, das man am besten im Sinne der gleichen gesellschaftlichen Hysterie versteht, die später andere und schlimmere Formen des aggressiven Nationalismus gezeugt hat"[15].

Daß der Imperialismus viel mit dem späteren Faschismus gemein hatte, ist unzweifelhaft und für England auch in Semmels Buch[16] belegt. Man könnte eine ganze Anthologie nicht nur der Rassentheorie im allgemeinen, sondern auch im besonderen der geschichtlichen Mission der blonden und blau-äugigen Nordischen Rasse, sich die Untermenschen zu unterwerfen, aus den Jahren 1890-1900 anlegen. Daß vieles am Phänomen Imperialismus irrational war und daß eben diese **irrationalen Elemente** von Anfang an durch Disraeli demagogisch gegen die Liberalen und später von der Konservativen Partei gegen Liberale und Sozialisten ausgebeutet wurden, ist fraglos. Fahne, Volk und Reich wurden zum Monopol der Konservativen Partei, eben weil diese sich als die 'imperial party' ausgab; es fehlte bloß der Führer, obwohl eine bewußt ritualisierte und vergötterte Monarchie ihn funktionell oft vertreten konnte. Aber das beweist durchaus nicht, daß der Imperialismus ursprünglich eine Massenbewegung war.

Hier begeben wir uns allerdings auf ziemlich unbekanntes Gebiet. Die geschichtliche Forschung über die öffentliche Meinung steht noch zum großen Teil aus. Trotzdem lassen sich einige Behauptungen ziemlich sicher aufstellen. Zum Beispiel: Erstens, daß für das überseeische Imperium im 19. Jahrhundert nicht viel Interesse existierte. Eine Inhaltsanalyse der drei größten Massenzeitungen der 60er bis 80er Jahre ergibt, wie zu erwarten, viel Stolz über die Leistung der englischen Seefahrt (wobei kein besonderer Unterschied zwischen Handels- und Kriegsmarine gezogen wird),

13 Platt, D.C.M.: **Finance, Trade and Politics in British Foreign Policy 1815 - 1914,** Oxford 1968.
14 Siehe Blake,R.: **Sunday Times,** 5.5.1968.
15 Fieldhouse, a.a.O., S. 209.
16 Semmel,B.: **Imperialism and Social Reform (1895-1914),** London 1960.

aber ein gänzliches Manko an Begeisterung für die Kolonien, ja sogar für Indien. Kipling und die gesamte Indienromantik haben den Arbeitern nichts bedeutet. Zweitens, daß die bekannte Episode des **Jingoismus** im Jahre 1878, die in den Büchern immer als Massenausbruch des Chauvinismus behandelt wird, kein Massenphänomen gewesen ist, wie kürzlich durch einen jungen Forscher erwiesen wurde. Drittens beweist die statistische Analyse der Freiwilligen, die in den Burenkrieg zogen, daß die Kurve der Arbeiter unter ihnen lediglich die normale Konjunktur (insbesondere die Bewegung der Arbeitslosigkeit) wiederspiegelt und eine Korrelation mit der Kurve des Patriotismus (z. B. der Anstieg der Meldungen nach britischen Niederlagen) hauptsächlich bei den Kleinbürgern, Büroangestellten usw. existiert. Ich schließe aus solchen Teilresultaten, die noch ungedruckt sind, daß es zumindest verfrüht ist, den Imperialismus in seiner aggressiven und kampflustigen Jugend als eine Massenbewegung in der Metropole zu betrachten. Das ist auch unwahrscheinlich. Eine Massenbewegung im Mittelstand war er allerdings. Aber die hysterische Begeisterung unter jungen Börsenmaklern und älteren Gymnasialprofessoren ist nicht mit einer Bewegung des englischen Volkes, d.h. der englischen Arbeiterklasse, zu verwechseln.

Die soziologische These fällt also auch unter den Tisch. Es bleibt noch die sozusagen **technologische These**, die wir bei John Roberts finden. Er nimmt einfach an, daß

> "um diese Zeit gewisse Dinge die Expansion Europas mehr begünstigten als früher. Es wurde damals möglich, größere Kapitalien effektiv zu mobilisieren; Fortschritte im Transportwesen, in der Medizin und im Militärwesen fanden damals statt" usw.(17).

Möglich, aber unwahrscheinlich. Die Technologie um 1840 genügte vollauf für die Eroberung und Besetzung großer überseeischer Gebiete durch westliche Mächte, wie z. B. die Geschichte Indiens beweist. Zweifellos war die Besetzung des Sudan anno 1898 leichter als die Abessiniens durch General Napier anno 1868, aber sie gelang auch 1868. Man kann technologische Neuerungen in diesem Sinne nicht für den Imperialismus verantwortlich machen; was nicht besagt, daß sie keine Rolle spielten.

Die Alternativen zur 'wirtschaftlichen' Erklärung des Imperialismus sind also nicht schlagkräftig. Noch viel weniger ist es die These, die behauptet, es wäre überhaupt nichts Neues am Imperialismus, da er nur eine Episode in der 400jährigen Eroberung der Außenwelt durch den Westen darstelle, bzw. da die englische Wirtschaft auch schon vor 1880 vom Empire abhing. Beide Feststellungen sind richtig. Doch weder die eine noch die andere kann bestreiten, daß wir es Ende des 19. Jahrhunderts mit einem Novum zu tun haben und eben dies der Erklärung bedarf.

Imperialismus und kapitalistische Entwicklung

Ist es nun schwer, eine Beziehung zwischen Imperialismus und allgemeiner kapitalistischer Entwicklung Ende des 19. Jahrhunderts zu formulieren? Keineswegs. Man braucht nicht einmal Marxist zu sein, sondern lediglich Wirtschaftshistoriker. So hat z. B. Professor David Landes aus Harvard (der unter anderem wichtige Studien über die Ausbeutung Ägyptens veröffentlicht hat) ein interessantes Modell eines solchen Zusammenhangs. Erstens läßt sich ab 1870 eine gewisse Erschöpfung der technologischen Möglichkeiten, die durch die erste industrielle Revolution eröffnet worden waren, feststellen. Zweitens hatte der Kapitalismus des 19. Jahrhunderts, und ganz besonders der englische, die Eigenheit, ein dauerndes Nachhinken der Nachfrage hinter dem Angebot aufzuweisen und daher – auch wieder ganz besonders für Großbritannien – eine dauernde Tendenz zur Expansion nach Übersee. Drittens war es um 1870 mit dem englischen Wirtschaftsmonopol zu Ende. Die britische Wirtschaft hatte nun Konkurrenten.

> "Diese Wendung vom Monopol zur Konkurrenz war wohl der wichtigste Faktor, der die Atmosphäre des europäischen Handels und der europäischen Industrie bestimmte. Wirtschaftliches Wachstum war von nun an gleichzeitig Wirtschaftskampf – ein Kampf, der die Starken von den Schwachen schied. . . Was nun vorherrschte, war nicht mehr der optimistische Glaube an eine Zukunft des grenzenlosen Fortschritts, sondern Unsicherheit und tödliches Ringen. Alle diese Faktoren verstärkten die politischen Konflikte und

17 Roberts, J.: **History of Europe 1880 - 1945**, London 1967, S. 103.

wurden auch durch sie verstärkt. Beide Formen der Konkurrenz verschmolzen in jenem letzten Ausbruch des Landhungers und der Jagd nach 'Einflußsphären', die man den 'Neuen Imperialismus' nennt". (18)

Die Erschöpfung der 'ersten' industriellen Revolution führte zu weiteren technischen Fortschritten, die ab 1890 spürbar werden; die Suche nach Märkten nicht nur auswärts, sondern auch nach innen, zur Entwicklung des Massenmarktes im Land selbst. Diese, verbunden mit der neuen Atmosphäre des internationalen Wirtschaftskampfes, bedeutete eine scharfe Abwendung vom wirtschaftlichen Liberalismus, d.h. einerseits, der Ummauerung einzelner Nationalmärkte durch Schutzzölle usw., andererseits der Beschränkung der Konkurrenz durch wirtschaftliche Konzentration, Kartelle usw. Die innerlichen strukturellen Änderungen des Kapitalismus werden so mit den Änderungen in der Beziehung der kapitalistischen Staaten zueinander und zur unterentwickelten Welt in Zusammenhang gebracht.

Ich habe das Argument Landes' hier skizziert, nicht so sehr, um ihm als ganzem zuzustimmen, sondern einfach um zu beweisen, daß eine Analyse, die vom Mechanismus der kapitalistischen Entwicklung ausgeht, es leicht findet, den Gesamtkomplex des Imperialismus zu erklären. Das heißt erstens dessen Neuheit, zweitens jede einzelne der Erscheinungen, die der Erklärung bedürfen – Kolonialismus, Kriegsspannungen, wirtschaftliche Konzentration usw. – und drittens den Zusammenhang zwischen diesen Aspekten. Man müßte nur hinzufügen – ob man die Landes'sche Erklärung oder eine mehr marxistische annimmt –, daß in diesem Gesamtkomplex Großbritannien natürlich eine eigenartige, ja paradoxe Stellung einnimmt. Für den britischen Kapitalismus bedeutete die Epoche des Imperialismus eine Defensivaktion: Rückzug vom Weltmonopol aufs Monopol eines Viertels der Welt. Zur gleichen Zeit waren, aus Gründen, die hier nicht näher zu untersuchen sind, die Reserven des britischen Kapitalismus weit größer und daher der Druck zur strukturellen Änderung – z. B. zur Konzentration – weit schwächer. Erst nach dem ersten Weltkrieg wurde England in diesem Sinne eine typische Wirtschaft der Epoche des Imperialismus. Hier liegt mir natürlich nicht daran, eine Analyse des Imperialismus zu bringen, sondern lediglich daran, gewisse Thesen aus der Diskussion hervorzuheben, andere als würdige Diskussionspartner anzuerkennen.

Zur Marxistischen Imperialismustheorie

Unter diesen würdigen Diskussionspartnern nimmt die klassische Hobson-Hilferding-Lenin'sche These (mit oder ohne Ausarbeitung durch Grossman, Sternberg, Sweezy[19] und andere) noch immer eine Ehrenstellung ein. Das bedeutet aber nicht, daß sie kritiklos anzunehmen ist. Sie ist in doppelter Hinsicht angreifbar: erstens in ihrer spezifischen Analyse des Mechanismus, der den Kapitalismus in die Kolonialgebiete trieb und zweitens in gewissen Werturteilen über die Epoche des Imperialismus.

Die Hobson-Lenin'sche Theorie ist eine **Kapitalausfuhrtheorie.** Sie ist, wenigstens in der Lenin'schen Fassung, interessant, weil sie – wie M.Barratt Brown[20] bemerkt – die Zukunft richtig voraussagt. Sie paßt auf das britische Imperium zwischen den beiden Weltkriegen. Andererseits paßt sie weniger auf die Zeispanne 1880-1914, mit der sich Lenin selbst beschäftigte. Lenin, sagt Barratt Brown, mit Recht, "beschreibt Großbritannien in den 1920er Jahren, die USA in den 1950er Jahren, weit besser als Großbritannien, Deutschland und die USA vor 1913". Ich möchte diese Linie der Kritik hier nicht weiter verfolgen. Es braucht nur festgestellt zu werden, daß z. B. die Kapitalausfuhr ins Empire nach den großen Annexionen der 1880er Jahre nicht besonders zunahm und die unentwickelten Kolonialgebiete wenig an ihr beteiligt waren. Die Hauptausfuhr ging nach wie vor in relativ entwickelte Länder mit weißer Bevölkerung, ob industrialisiert (wie die USA) oder nicht, ob technisch unter britischer Herrschaft (wie Australien) oder nicht (wie Argentinien). Übrigens ist es theoretisch nicht notwendig, eine **marxistische Imperialismustheorie** lediglich oder hauptsächlich auf der Kapitalausfuhr aufzubauen. Rosa Luxemburg bietet das Beispiel einer unter verschiedenen anderen Möglichkeiten.

18 Landes, D.:"The Rise of Capitalism", in: **Cambridge Economic History of Europe,** 6.Halbband 1, Cambridge 1965, S.468.

19 Grossmann, H.: **Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems,** Leipzig 1929, Sternberg, F.: **Der Imperialismus,** Berlin 1926. Sweezy, P.: **Theorie der kapitalistischen Entwicklung,** (1942), Köln 1959.

20 Barrat-Brown,M.: **After Imperialism,** London 1963.

Zwei weitere Elemente wurden in die Hobson-Lenin'sche Theorie hineingelesen, die nicht unbedingt zu ihr gehören: erstens die These, daß Imperialismus nicht nur das höchste und letzte Stadium des Kapitalismus wäre, sondern auch in gewissem Sinne ein Stadium der Stagnation und des Rückschritts; zweitens, daß sich nur aus ihm die Superprofite erklären ließen, die es, mittels einer Arbeiteraristokratie, dem Bürgertum ermöglichten, die revolutionären Tendenzen der Arbeiterklasse zu zähmen. Die erste These hält ganz einfach den Tatsachen nicht stand, obwohl sie auf den britischen Imperialismus vor dem ersten Weltkrieg nicht schlecht zu passen schien. Man könnte auch hier eine ganze Anthologie von zeitgenössischen Urteilen finden, von Hobson und Clarke bis Bernhard Shaw, die wohl Lenin später beeinflußten. Im Gegenteil. Die Epoche des Imperialismus ist in der Geschichte des Kapitalismus die der zweiten -- auf wissenschaftlicher Technologie begründeten industriellen Revolution und wenn wir sie als deren 'letztes' Stadium betrachten, dann ist es nicht, weil der Kapitalismus unfähig geworden ist, die Produktion weiter vorwärts zu treiben, sondern eben weil er in dieser Epoche innere und äußere Widersprüche entwickelte, die sich in den großen Revolutionen, Krisen und Kriegen Luft machten.

Die zweite These ist auf einem falschen Postulat aufgebaut, nämlich auf der Annahme, daß die Unempfänglichkeit des westlichen Proletariats gegenüber revolutionären Bewegungen auf der Korruption durch Superprofite fußt und diese sich nur durch Kolonialausbeutung erklären lassen. Diese Annahme ist nicht notwendig; daher ist es auch nicht notwendig, diese These in die Imperialismustheorie einzubauen. Was selbstverständlich nicht bedeutet, daß die Arbeiter in gewissen Metropolen aus deren Stellung keinen Vorteil gezogen hätten.

Zusammenfassung der Imperialismusdebatte 1870 – 1914

Erstens: Die Debatte über den Imperialismus ist eine ideologische Debatte, die bis heute die wissenschaftliche Analyse dieses Phänomens mehr gehemmt als gefördert hat, da sie sich aus vorwiegend politischen Gründen gegen die einzig wertvolle Fragestellung gestemmt hat, weil diese von den Gegnern des Imperialismus formuliert und ausgearbeitet wurde. Sich mit dieser Debatte abzugeben ist zeitraubend, aber leider wenig ergiebig. Andererseits müssen wir eingestehen, daß bis vor 10 bis 15 Jahren auch die Analyse, welche auf der ursprünglichen Fragestellung fußte, verknöcherte und ihre Anhänger -- d.h. die meisten Marxisten und Anti-Imperialisten – wenig über Hobson, Hilferding, Rosa Luxemburg und Lenin hinausgingen und deren Schwächen nicht genügend kritisierten.

Zweitens: Der Imperialismus ist als Gesamtkomplex zu analysieren - als System', um mit der modernen Theorie zu reden -- und nicht als Summe von Teilproblemen mit den Titeln Politik, Soziologie, Ideologie, Wirtschaft, bzw. britischer, französischer, deutscher Imperialismus usw. Teilaspekte sind in der Analyse vom Allgemeinkomplex zu unterscheiden und es besteht kein Grund anzunehmen, daß sie alle sozusagen Miniaturversionen des Allgemeinproblems darstellen. Was für Motive z. B. bei der Annexion Indochinas ausschlaggebend waren, ist eine Frage; warum zur gleichen Zeit unter anderem die Aufteilung der Welt vorgenommen wurde, ist eine andere -- und übergeordnete.

Drittens: Die richtige Fragestellung muß vor allem den Gesamtprozeß der kapitalistischen Entwicklung im Auge behalten, und zwar in allen seinen Aspekten, zu denen die Konkurrenz politisch unabhängiger Nationalwirtschaften gehört. Sie darf den Imperialismus nicht als gänzliches Novum betrachten, da von Anfang an die Beziehungen zwischen 'entwickelten' und 'unentwickelten' Ländern, d.h. die Ausdehnung des kapitalistischen Weltmarkts, für die kapitalistische Entwicklung grundlegend sind; was ja besonders im Fall Großbritanniens klar wird. Der Imperialismus bedeutet eine historische Wendung in diesen Beziehungen wie auch in der Gesamtstruktur des Weltkapitalismus, nicht aber etwa eine völlige Neuentdeckung etwa der Kolonialausbeutung. Diese Wendung -- also was zwischen ca. 1870 und ca. 1914 in der Welt vor sich ging – ist der Hauptgegenstand der historischen Untersuchung des Imperialismus, ob man den Namen benutzen will oder nicht.

Viertens: Diese Fragestellung läßt aber noch manche Probleme ziemlich offen; zum großen Teil leider – weil die Debatte über den Imperialismus bis jetzt und auf beiden Seiten von der politisch-ideologischen Polemik beherrscht wurde. Zum Beispiel die genaue Rolle, die in dieser geschichtlichen Wendung des Kapitalismus dem Kolonialproblem zufällt, und dessen absolute und relative Bedeutung für die kapitalistische Entwicklung sind noch weitgehend zu untersuchen. Sie sind auf jeden Fall nicht so leicht aus bestimmten Spezialfällen abzuleiten. Die Tatsache, daß sich aus verschiedenen Gründen die Analyse des Imperialismus gegen Ende der 1890er Jahre entwickelte und auf der Basis der afrikanischen, besonders der südafrikanischen, Unternehmungen des englischen Kapitalismus, muß den Historiker interessieren genau wie die Tatsache, daß sich die kommunistische Kolonialtheorie in den 1920er Jahren hauptsächlich auf Grund bestimmter asiatischer Erfahrungen weiterentwickelte. Sie darf aber den Theoretiker nicht irreführen.

Es könnte sich übrigens durchaus herausstellen, daß die Kolonialfrage ein verhältnismäßig untergeordneter Aspekt des Gesamtkomplexes 'neue Epoche des Kapitalismus' darstellt, wenigstens für die Metropolen. Für diese können eventuell schon Ende des 19. Jahrhunderts andere Aspekte schwerer ins Gewicht fallen, die auch aus der neuen Epoche der internationalen kapitalistischen Konkurrenz abzuleiten sind. Ich denke z.B. an die neuen Verbindungen zwischen Staat und Rüstungsindustrie einerseits, Staat und revolutionärer Technik andererseits, die charakteristische Formen der heutigen kapitalistischen Wirtschaft vorwegnehmen. Ihre Verbindung mit dem Imperialismus im engeren Sinne des Wortes ist übrigens ziemlich klar; man braucht bloß das Wort Petroleum zu erwähnen. Andererseits möchte ich mit diesen Bemerkungen die Wichtigkeit der Kolonialfrage nicht unterschätzen. Sie ist unzweifelhaft entscheidend für die Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. Nicht weil etwa Indochina oder China je von grundlegender Bedeutung für die Wirtschaft der englischen, französischen oder amerikanischen Metropolen waren, sondern umgekehrt, weil diese von ganz einschneidender Bedeutung für die chinesische und indonesische Gesellschaft waren und daher die großen Revolutionen auslösten, die unsere Welt verändern.

Eine letzte und offene Frage darf ich vielleicht kurz andeuten: die nach der weiteren Entwicklung des Imperialismus. Es ist offensichtlich, daß sich das geschichtliche Bild des Imperialismus seit 1914 weitgehend geändert hat. Auch hier haben sich ideologische Momente als störend erwiesen – einerseits die Tendenz westlicher Forscher, den Imperialismus zu begraben bzw. ihn lediglich bei Rußland und China anzuerkennen, andererseits die der Marxisten und der ideologisch ziemlich konfusen befreiten Kolonialvölker, keinerlei ernstliche Änderungen im Imperialismus anerkennen zu wollen. Ich denke hier z. B. an die Tatsache, daß die heutige Analyse der Beziehung zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern fast genau den entgegengesetzten Standpunkt einnimmt wie die Hobsons oder Lenins. Sie unterstreicht nämlich nicht den Kapitalexport an die unterentwickelten Länder, sondern im Gegenteil den Kapitalimport aus diesen Ländern. Ich habe mich hier bewußt nicht mit der späteren Entwicklung des Imperialismus beschäftigt. Die historische Debatte, in die ich mir hier einen kurzen Eingriff gestattet habe, hat sich bis jetzt hauptsächlich mit der Zeitspanne 1870 - 1914 beschäftigt, und ich habe auch diese Grenzen beibehalten.

2/69 (Juni) 2. Aufl.	E. Altvater: Krise der europäischen Währungen / O. K. Flechtheim: Politik der Zukunft II / P. Gibbon, F. Unger: Nordirland / ISO: Palästina-Problem / U. Kadritzke: Studentenbewegung in der empirischen Sozialforschung / B. Tibi: Fanons Gewalttheorie
3/69 (Okt.) 2. Aufl.	B. Blanke: Faschismus-Diskussion / S. Herkommer: Politisierung technischer Intelligenz I / P. Hess: Kapitalistisches Wachstum / H. Hüppauff: Fordstreik und der Mythos der Militanz / F. Unger: New Left in Großbritannien / Literatur zur technischen Intelligenz

Bernd Rabehl

Rätedemokratie in der hochindustrialisierten Gesellschaft

Der Streit mit den akademischen Weihepriestern des kapitalistischen Systems über das Problem der Rätedemokratie ist von Anfang an vergebliche Mühe. Ihr Urteil steht fest wie das ‚Amen' in der Kirche: die Räte sind haltlose Utopien, Phantastereien, letztlich aber Verführungsideologien totalitärer Regime, die den Ewigkeitscharakter der freiheitlichen Grundordnung der harmonischen Gesellschaft der Sozialpartner im Monopolkapitalismus untergraben sollen. Den Apologeten des Kapitals ist kein Pathos, keine Lüge und keine Verleumdung zu viel, um ihre Aufgabe zu erfüllen.

Ernst zu nehmen ist hingegen die Kritik an der **Theorie der Rätedemokratie,** die davon ausgeht, daß eine Rätedemokratie, organisiert sie sich nach den Maßstäben des Syndikalismus, die einheitliche Produktionsstruktur der spätkapitalistischen Gesellschaft zugunsten kleinerer Produktionseinheiten zergliedert und damit die Produktionskapazitäten der modernen Industrie stark beeinträchtigt. Diese Form der Rätedemokratie baut eine Seite des gesellschaftlichen Fortschritts, die Produktivität der automatisierten Industrieanlagen, ab, um scheinbar die andere Seite zur vollen Entfaltung zu bringen, die direkte Demokratie am Arbeitsplatz, Arbeiterkontrolle in den einzelnen Betrieben und die Aufhebung der menschlichen Selbstentfremdung in der Produktion. Man kann der Kritik an dieser Form der Rätegesellschaft folgen, daß in Wirklichkeit der Betriebsegoismus der Produzenten der expansiven Industriezweige an die Stelle der weitgehend staatlich beaufsichtigten Monopolwirtschaft einen Produzentenkapitalismus niederen Organisationstypus entstehen läßt. Es entwickelt sich dann nicht nur der Widerspruch zwischen Produzenten und Konsumenten, sondern zugleich auch zwischen expansiven und stagnierenden Wirtschaftszweigen, so daß die Aufgaben der Reproduktion dieser Gesellschaft ihren Zerfall hervorrufen, werden nicht kurzfristig Faktoren der Zentralisation, der gesellschaftlichen Gesamtrechnung und der einheitlichen Planung eingeführt. Diese Maßnahmen würden sich dann im Gegensatz zu den Prinzipien der Rätedemokratie in dieser Form befinden.

Eine Rätedemokratie, die dagegen die Organisationsstruktur der modernen kapitalistischen Kartellindustrie übernehmen will, diese nach der Verstaatlichung der Kommandohöhen zur materiellen Grundlage macht, unterliegt der technokratischen Tendenz der zentralen Aufgaben der Kontrolle, Lenkung, Planung und Informationsvermittlung der einzelnen wirtschaftlichen Bereiche zu ‚verbürokratisieren', wird diese Tendenz nicht beständig aufgehoben durch periodische Auswechslung der technischen Kader und durch öffentliche Diskussion in den einzelnen wirtschaftlichen Sektoren über die gesellschaftlichen Produktions- und Distributionsziele. Das hätte einen hohen Bildungsstand aller Produzenten zur Voraussetzung und eine **Rätestruktur,** die parallel zum wirtschaftlich zentralen Aufbau der Gesellschaft verläuft, trotzdem aber in der Lage ist, die Kontrolle von unten nach oben zu gewährleisten. Nach der Kritik an dieser Form der Rätedemokratie besteht die Gefahr, daß an die Stelle der monopolkapitalistischen Bürokratien der Wirtschaft, der Verbände, des Staates und der Parteien eine technokratische Bürokratie der Rätegesellschaft gesetzt wird, die zwar

die gewaltigen ‚toten' Kosten der disfunktionalen Lumpenbürokratie des monopolkapitalistischen Staates und seiner ihm angeschlossenen Organe nicht kennt — in dieser Hinsicht wirtschaftlich rationell ist, die aber auf Grund der spezifisch ökonomischen Probleme, aus Gründen der Struktur der gesellschaftlichen Produktion, sich zu verselbständigen droht. Der Grundsatz der Arbeiterkontrolle kann nach dieser Kritik in der hochindustrialisierten Gesellschaft nicht durchgeführt werden.

II

> „Bereits ein oberflächlicher Vergleich der tatsächlichen Geschichte der Pariser Kommune mit der Marx'schen Schrift (BÜRGERKRIEG IN FRANKREICH B. R.) zeigt, daß sein Kommunebild mit der Wirklichkeit nur teilweise übereinstimmte. Indem Marx bestimmte Züge der Kommune hervorhob, andere verschwieg oder in seinem Sinn umdeutete, schuf er das Bild einer idealisierten „marxistischen Kommune", das sich in seine Geschichts- und Revolutionsauffassung einfügen sollte" [1].

Wie ist die **marxistische Kritik** der politischen Ökonomie mit den utopischen Proklamationen aus dem BÜRGERKRIEG IN FRANKREICH in Einklang zu bringen, wonach ein Staat nach dem Typus der Pariser Kommune „die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte" [2], war? Es ist an dieser Stelle weiter zu fragen, ob die marxistische Theorie wirtschaftlich den Sozialismus ableiten kann, so daß die These, daß die Übergangsperiode, die die Pariser Kommune andeutete, die Klassengesellschaft abbaut und, nachdem der kapitalistische Staatsapparat „zerschlagen" wurde, das „Absterben" der Funktionen des Staates in der Gesellschaft einleitet, im Zusammenhang steht mit der höchsten Form des Kapitalismus, dem Monopolkapital?

Der Ausgangspunkt der Kritik der politischen Ökonomie, die MARX im KAPITAL leistete, ist die Darstellung der Form-Inhalt-Dialektik der Ware. Auf den verschiedenen Stufen der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion vermag er der Entfaltung des Widerspruchs der kapitalistischen Gesellschaft zwischen Gebrauchswert und Tauschwert zu folgen. Dadurch kann er die Entwicklung der Gesellschaft als geschichtlichen Prozeß, nicht als Modell, und den kapitalistischen Produktionsprozeß als **Einheit von technischem Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß** aufzeichnen. Das Mittel, womit er den mystifizierenden Charakter der Tauschwertkategorie, die „Naturnotwendigkeit" der kapitalistischen Ordnung durchschaut, sind die Gebrauchswerte, der stoffliche Reichtum der Gesellschaft, die unter den kapitalistischen Produktionsverhältnissen im technischen Arbeitsprozeß unabhängig von den Formen der Verwertung aufgebaut werden. Im technischen Arbeitsprozeß werden die Produktionsmittel, die Roh- und Hilfsstoffe, durch die menschliche Betätigung in stoffliche Produkte, Gebrauchswerte verwandelt, während im Verwertungsprozeß neue **Werte** geschaffen werden, deren Überschuß nach der Ersetzung der in der Produktion verbrauchten Werte (Material- und Lohnkosten, Verschleiß an Maschinerie und Gebäuden, Transport, Steuern etc.) den Mehrwert und seine Derivate Industrieprofit, Grundrente, Handelsgewinn, Zins ergibt. Dieser Doppelcharakter der kapitalistischen Produktion äußert sich nach MARX nun nicht nur in der Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, die bedingt ist durch das gegenseitige Verhältnis der Wertbestandteile des gesellschaftlichen Produkts wie durch ihren Gebrauch, der Doppelcharakter zeigt sich auch in der Kategorie des Kapitels selbst, im Unterschied der Ersatzweise des fixen und des zirkulierenden Kapitals, aber auch in der organischen Zusammensetzung des Kapitals als Wertzusammensetzung — des constanten Kapital zum variablen (C : V) und als technische Zusammensetzung, Produktionsmittel zur Arbeit (Pm : A). MARX kann durch diese angedeutete

[1] Oskar Anweiler: *Die Rätebewegung in Rußland 1905—1921*, Linden S. 21.
[2] Karl Marx: „Der Bürgerkrieg in Frankreich", *MEW*. 17 S. 591 ff.

Methode der Analyse, der Methode des historischen Vergleichs der Periode der Warenproduktion mit früheren Perioden und der Methode des Vergleichs verschiedener Seiten innerhalb der Warenproduktion selbst, der Wertseite mit der Gebrauchswertseite, des Verwertungsprozesses mit dem Arbeitsprozeß, die Widersprüche der kapitalistischen Produktion auf den verschiedenen Akkumulationsstufen verfolgen [3].

Für unser Thema ist in der MARXschen Theorie von besonderer Bedeutung, daß er in diesem kapitalistischen Produktionsprozeß nicht nur die Notwendigkeit der Arbeitsteilung, sondern auch im wachsenden Umfang die Anwendung der technischen Produktionsmittel entdeckt, die die Produktivität steigern, die die rapide Vergrößerung des Warenausstoßes pro Zeit- und pro Arbeitseinheit verursachen, gleichzeitig auch die Abnahme des produzierten Mehrwerts pro Ware, weil in ihr der Anteil der geleisteten Arbeit zurückgeht. Aus dieser Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Produktion — steigende Produktivität der Arbeit, wachsender gesellschaftlicher Reichtum bei gleichzeitiger Verwertungsschwierigkeit — ergibt sich die „sinkende Durchschnittsprofitrate", die im Verlaufe der Produktion auf dieser Stufe der „tendenzielle Fall der Profitrate" ausmacht und die vorläufig nur ausgeglichen werden kann durch den Zwang der Kontrolle der kapitalistischen Wirtschaft, durch die monopolkapitalistische Zentralisation und die Einsetzung des Staates als zentraler Lenkungs- und Kontrollinstanz der Wirtschaft im Interesse der einflußreichsten Industrieverbände. Um die Schranken — die Periode der Verwertungsschwierigkeiten — der kapitalistischen Produktion anzugeben, muß eingegangen werden auf die Akkumulationsstufe des Kapitals, auf der die Strukturen der monopolkapitalistischen Gesellschaft nicht mehr den rationalen Kriterien der Produktionssteigerung untergeordnet sind, sondern sich orientieren an der **Profitmaximierung der Monopole**, die weitgehend durch die staatliche Wirtschaftspolitik zugunsten dieser mächtigsten Monopole bestimmt wird. Die zunehmende Zentralisation der Wirtschaft und die Verwandlung des Staates zum „Sozialstaat", der alle gesellschaftlichen Bereiche kontrolliert, die Einpassung der Parteien und Verbände in diese Staatspolitik, die Verschränkung von Staat und Wirtschaft, die Aufhebung der parlamentarischen Demokratie zugunsten der bürokratischen Kontrolle, alle diese Maßnahmen geben gleichzeitig die Irrationalität dieses Systems an, vergleicht man es mit dem gesellschaftlichen Reichtum, mit der konkret möglichen Verwendung der modernen Technik. Die „Schranken" des kapitalistischen Systems sind in dem Moment erreicht, „wenn alle Mittel zur Entwicklung der Produktion ... in Beherrschungs- und Ploitationsmittel der Produzenten" (umschlagen) „und alle Methoden zur Produktion des Mehrwerts ... zugleich Methoden der Akkumulation" (sind) „und jede Akkumulation umgekehrt zur Entwicklung jener Methoden" (wird) [4], d. h. durch die Abnahme des Profits als des regulierenden und gleichzeitig treibenden Faktors des kapitalistischen Mechanismus wird dieser Mechanismus durch die Masse der Gebrauchswerte tendenziell aufgehoben; an seine Stelle treten die Zwangsmaßnahmen des Staates. Die verschiedenen Methoden der staatlichen Lenkung, „die konzertierte Aktion", „die Planification" oder die „staatliche Einkommenspolitik" der Labourregierung, die ‚produktive Vergeudung', die „toten Kosten" der Bürokratien, der Rüstung und der Raketenprogramme, die verschiedenen staatlichen Finanzoperationen etc. können zwar die Geschwindigkeit dieses Prozesses aufhalten, sie sind jedoch nicht in der Lage, global und damit punktuell das Wert-

[3] Henryk Grossmann: *Marx, die klassische Nationalökonomie und das Problem der Dynamik*, New York, etwa 1942, vor allem S. 19 ff;
I. I. Rubin: *Marx Lehre von der Produktion und der Konsumtion*, Moskva, 1930 (russisch) und Rosdolsky, Roman: „Karl Marx und das Problem des Gebrauchswerts in der politischen Ökonomie", in: *Zur Entstehungsgeschichte des Kapitals, Bd. I*, vor allem S. 107, 109 ff.

[4] Karl Marx: *Kapital I*, S. 679 ff.

gesetz aufzuheben [5]. Es ist einsichtig, daß in dieser monopolkapitalistischen Gesellschaft die Entfremdung zunimmt, indem durch eine gelenkte Bedürfnisdeckung und -erweckung die psychologische Struktur der Menschen dieser „Überflußgesellschaft" angepaßt wird. Für unser Thema ist wichtig, daß die Vorstellungen der Realpolitik dieser gleichen Entfremdung unterliegen, wenn Illusionen über die demokratische Verfassung entstehen, die Verteidigung der Demokratie als „revolutionäre" Transformation der Gesellschaft gewertet wird [6].

> „Als das rastlose Streben nach der allgemeinen Form des Reichtums ... treibt das Kapital die Arbeit über die Grenzen ihrer Naturbedürftigkeit hinaus und schafft so die materiellen Elemente für die Entwicklung der reichen Individualität, die ebenso allseitig in ihrer Produktion als Konsumtion ist, und deren Arbeit daher auch nicht mehr als Arbeit, sondern als volle Entwicklung der Tätigkeit selbst erscheint, in der die Naturnotwendigkeit in ihrer unmittelbaren Form verschwunden ist, weil an die Stelle des Naturbedürfnisses ein geschichtlich erzeugtes getreten ist. Daher ist das Kapital produktiv; d. h. ein wesentliches Verhältnis für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Es hört erst auf als solches zu sein, wo die Entwicklung dieser Produktivkräfte an dem Kapital selbst seine Schranke findet" [7].

Die Schranke des Kapitalismus ist nicht definiert durch den Zusammenbruch in einer allgemeinen Weltwirtschaftskrise, sondern sie zeigt sich da, wo der Kapitalismus die gesellschaftliche Entwicklung aufhält, wo im Interesse der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse der Staat in den Produktionsprozeß eingreift, wo die wirtschaftlichen Verwertungsschwierigkeiten transformiert werden, etwa in staatliche Zwangsmaßnahmen oder in die Politik des Neokolonialismus. Nicht nur der staatliche Zwangsapparat, sondern auch die Organisationsstrukturen der Wirtschaft werden laufend irrationaler für eine sozialistische Gesellschaft. Um diese Irrationalität zu entlarven, kann eine Klassenkampfbewegung sich nicht der herrschenden Realpolitik, den demokratischen Formen anvertrauen, sie muß alle Symbole der sozialistischen Gesellschaft, alle Versuche des Widerstandes propagandistisch aufnehmen, um ein Selbstbewußtsein über das anzustrebende Ziel der gesellschaftlichen Umwandlung zu bekommen. Die MARXsche Analyse der Pariser Kommune stand deshalb in keinem Widerspruch zu seiner Kritik der politischen Ökonomie. Was die radikalen Sozialisten dem kämpfenden Proletariat klar machen müssen, ist, daß nicht nur der monopolkapitalistische Staat zerschlagen werden muß, sondern auch die disfunktionalen Bestandteile der monopolkapitalistischen Wirtschaftsbürokratie [8].

Die erste Voraussetzung der Rätebewegung war eine radikale Linke, die sich nicht nur von den Illusionen der Realpolitik der sozialdemokratischen Parteien getrennt, sondern sich gleichzeitig soweit organisatorisch gefestigt hatte, um in den Aktionen die Identifikationen der Arbeiter mit diesen Parteien aufzuheben, d. h. konkret die Alternative zum bestehenden System praktisch und theoretisch aufzuzeichnen. Gerade die Dialektik von Realpolitik und Provokation bei genauer Berücksichtigung der revolutionären Entwicklung auf der Grundlage der monopolkapitalistischen Politik ermöglichte es den **Bolschewiki**, sich an die Spitze der Rätebewegung zu stellen, und ermöglichte es der Linken in der USPD, die Mobilisierung und die Aufklärung der Arbeiter in der Aktion bis zur Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes 1920 voran-

[5] Habermas: *Theorie und Praxis;* Baran und Sweezy: *Monopolkapital;* Werner Hofmann: *Sozialökonomische Studientexte*, Hersg. von Werner Hofmann im dritten Abschnitt, „Vollendung der Arbeitswertlehre zur Theorie der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung", vor allem S. 99, dagegen Mandel, Ernest: *Marxistische Wirtschaftstheorie*, S. 574 ff.

[6] *Imperialismus heute*, Berlin 1968, S. 691 ff.
Dieter Klein: „Karl Marx und die Widersprüche des modernen Imperialismus", in: *Forum* 7/8/9, 1968, vor allem 8, S. 10.

[7] Karl Marx: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, Berlin 1953, S. 231.

[8] Dazu Arkadij Gurland: *Marxismus und Diktatur*, 1930, vor allem S. 47 ff.

zutreiben. Beiden, den Bolschewiki und der Rätebewegung in Deutschland, deren Vorstellung der Rätedemokratie sich erst in den Niederlagen konkretisierte, fehlte eine genaue Analyse der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur, um das Rätesystem funktional in den Produktionsprozeß einzuordnen, ohne die irrationalen Elemente des Monopolkapitalismus zu übernehmen, so daß die Bolschewiki durch die Anregungen von BUCHARIN, LARIN und LENIN ihr Vorbild im LUDENDORFF'schen „Kriegssozialismus" sahen, während die deutsche Rätebewegung teilweise den Sozialisierungsvorstellungen WISSELLs und COHENs in der Form der „Gemeinwirtschaft" und der „Wirtschaftsdemokratie" Glauben schenkte oder taktisch die Betriebsräte als das letzte Zugeständnis der bürgerlich-sozialdemokratischen Koalitionsregierung annahm, in der Hoffnung, daß sich hieraus ein neuer Konflikt zwischen Kapital und Lohnarbeit ergeben würde. In den Räteschulen und der Räteakademie Frankfurt wurde nachträglich der Versuch unternommen, das kollektive Bewußtsein der Arbeiter zu bilden und konkrete Utopien einer Rätegesellschaft aufzuzeigen.

Die Rätebewegung beginnt mit der radikalen Infragestellung der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft, beginnt in der wissenschaftlichen Ausarbeitung des Unterschiedes von Gebrauchs- und Tauschwert im kapitalistischen Produktionsprozeß, was nichts anderes heißt, als daß auf der Grundlage des modernen Produktionsapparates gezeigt wird, wie die Reduktion der notwendigen Arbeit der Gesellschaft auf ein Minimum geschehen kann, d. h. wie die kapitalistischen Strukturen beseitigt werden können. Die Entlarvung der **Parole der Mitbestimmung** als Integrationsmittel, weil sie seit 50 Jahren Bestandteil der Zusammenarbeit von Gewerkschaftsbürokratie und Unternehmerverbänden in den „Arbeitsgemeinschaften" gegen die Forderungen der Arbeiter ist, kann den revolutionären Inhalt der Arbeiterkontrolle aufzeigen, weil diese das ganze kapitalistische System in Frage stellen muß. Die subversive oder revolutionäre Wissenschaft definiert sich heute darin, daß Wissenschaft, vermag sie sich der Aufgabenstellung und den Anforderungen des Verwertungsprozesses des Kapitals zu entziehen, Produktivkraft ist, zum technischen Arbeitsprozeß gehört, die konkrete Utopie am konkreten Beispiel aufzeigen kann. Die wissenschaftliche Arbeit an der Universität für die relevanten gesellschaftlichen Bereiche, Kritik der kapitalistischen Anwendung der Technik, der Bürokratie, der kapitalistischen und der sozialistischen Wirtschaftsmodelle, der Pädagogik, um die hauptsächlichen zu nennen, ist damit revolutionäre Vorbereitungszeit, die nur in wissenschaftlichen Kollektiven geleistet werden kann. Zu dieser wissenschaftlichen Arbeit gehört zugleich die provokative Politik, d. h. Aufklärung spezifischer Schichten der Gesellschaft und Entlarvung des monopolkapitalistischen Staats und der Wirtschaftsstrukturen in der Aktion.

Die letzten Ausführungen sollen verdeutlichen, daß die Vorstellung der Rätedemokratie sich nicht an historischen Beispielen orientiert, sondern sich herleiten muß aus der Kritik dieser Rätebewegungen, aus der Analyse der modernen Wirtschaft und der praktischen Tätigkeit, sei es in der Entlarvung des „autoritären" Staates oder in der Zusammenarbeit mit den Fraktionen der Arbeiter, die potentiell in der Lage sind, beispielhaft für die Arbeiterkontrolle „Aktionen" durchzuführen, um bei den anderen Gruppierungen der Arbeiter die Identifizierung mit dem „System" zu beseitigen, um eine **Klassenkampfbewegung** in Gang zu bringen.

III

Aus der MARXschen Darstellungsweise des kapitalistischen Produktions- und Akkumulationsprozesses geht hervor, daß der technische Prozeß der Arbeit und die volle Ausnutzung der Produktionsmittel die Grundlage der sozialistischen Gesellschaft abgeben. Das Verständnis der nichtentfremdeten, produktiven Arbeit als

Bedingung der „Entfaltung der menschlichen Individualität" und der „Befriedigung aller menschlichen Bedürfnisse" setzt eine Organisationsstruktur der sozialistischen Wirtschaft voraus, die zwei Grundfaktoren des Sozialismus erfüllen muß: der Arbeiter wird zum bewußten Dirigenten des Produktionsprozesses, gleichzeitig beschränkt sich seine Tätigkeit immer mehr auf bloße Überwachungsfunktionen der automatischen Maschinerie; die **Arbeit als bewußte Tätigkeit** läßt durch ihren unmittelbar gesellschaftlichen Charakter eine Entfremdung der Arbeiter im Produktionsprozeß nicht zu.

Die vollständige Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die gesellschaftliche Produktion nach den Kriterien der gesellschaftlichen Bedürfnisse schafft in dieser Gesellschaftsform das Wertgesetz ab, dessen Aufgabe es war im Austauschprozeß der Waren zwischen den isolierten Privatarbeiten zu vermitteln, ihnen gesellschaftliche Funktionen zu geben. Soll der Arbeiter zum bewußten Dirigenten des Produktionsprozesses werden, so müssen die Produktionsziele und der Maßstab der Verteilung der Produktionsergebnisse festliegen; dieser komplizierte Gesellschaftszusammenhang von Produktion und Distribution muß außerdem Gegenstand der öffentlichen Kontrolle und Diskussion sein, was nichts anderes bedeutet, als daß die Kontrolle der Plan- und Verteilerziffern bei den Produzenten die wissenschaftliche Einsicht in den Produktionsapparat verlangt und die permanente Ersetzung und Austauschbarkeit der technokratischen Informationsträger erfordert. Die Trennung von geistiger und manueller Arbeit wird nach MARX im Sozialismus tendenziell aufgehoben. Die Fabriken sind nicht nur Produktionsstätten, sondern auch Erziehungsinstitute, denn die Universitäten beweisen ihren Zusammenhang mit der Basis der Produktion, gliedern sie sich in die Großfabriken ein: die wissenschaftliche Arbeit, die produktive Tätigkeit und die Befriedigung der Bedürfnisse, die „unverdrängte" Lebenstätigkeit, bilden eine Einheit, so wie es keinen Unterschied mehr gibt zwischen wissenschaftlichem Seminar, Arbeitskollektiv und Gemeinschaften der Freundschaft. Das **kollektive Bewußtsein des Einzelnen** bildet sich nicht allein in der Arbeitszeit, sondern vor allem in der wachsenden Mußezeit, die diesen Rollenwechsel von Wissenschaftler, Arbeiter, Bauer und Verwaltungsfachmann durch die intensive Bildung erst zuläßt.

Aber die sozialistische Gesellschaft entwickelt sich nicht auf ihrer eigenen Grundlage, das hebt MARX immer wieder hervor, wenn er gerade den Erziehungsprozeß in der Übergangsgesellschaft betont, denn diese Übergangsgesellschaft ist „In jeder Beziehung ökonomisch, sittlich, geistig noch behaftet ... mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie kommt". Die Produktion und die Verteilung ist noch gekennzeichnet durch die Produktionsstrukturen des Kapitals, aber auch vom psychologischen Verhalten der im Kapitalismus „erzogenen und geschulten" Trägern der Ware Arbeitskraft. Die Verteilung erfolgt noch nach dem bürgerlichen Recht, der Einzelne erhält nach den gesellschaftlich notwendigen Abzügen das zurück, was er im Produktionsprozeß geleistet hat. Die Abzüge setzen sich aus folgenden Bestandteilen zusammen: „1. Deckung zum Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel; 2. zusätzlicher Teil für die Ausdehnung der Produktion; 3. Reserve oder Assekuranzfonds gegen Mißfälle, Störungen durch Naturereignisse." Weiter gehen von diesem Gesamtprodukt ab: „1. die allgemeinen, nicht zur Produktion gehörigen Verwaltungskosten; 2. was zur gemeinschaftlichen Befriedigung von Bedürfnissen bestimmt ist, wie Schulen, Gesundheitsvorrichtungen usw.; 3. Fonds für Arbeitsunfähige usw." [9]. Erst nach diesen Abzügen kann der Einzelne mit einem Anrechtschein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln dies

[9] Karl Marx: „Zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms", *Ausgewählte Schriften*, Bd. II, S. 14/15.

fordern, was gleich viel Arbeit kostet wie seine in der Produktion verausgabte Arbeit. Die Bemessung der Arbeit nach der Arbeitszeit bestimmen die Planziffern, um im Produktionsprozeß das Quantum der zur Erzeugung der Güter erforderlichen lebendigen Arbeit festzuhalten, um Vergleiche in der Gesamtplanung anstellen zu können und um die jährliche Zuwachsrate der Produktionssteigerung messen zu können, die gerade wieder wichtig ist für die gesamtgesellschaftliche Distribution, aber auch um dem einzelnen Produzenten nach seinen „Leistungen" und nach seinen „Fähigkeiten" und später nach seinen Bedürfnissen Anteile am konsumierbaren gesellschaftlichen Produkt zuteilen zu können.

Den Aufbau dieser Gesellschaft, sollen all die aufgezählten Bedingungen eingehalten werden, kann man sich folgendermaßen vorstellen: Ein **zentrales Planungsbüro** sammelt alle Daten der Produktion und errechnet nach der Produktionskapazität der einzelnen Industriezweige den tendenziellen Anstieg der Produktion, um dann die Kennziffern der Produktion in die einzelnen Betriebe oder Wirtschaftsbranchen weiterzuleiten. Nach jeder Produktionsperiode oder jedem Planungsabschnitt wird die tatsächliche Produktion gemessen und nach den gesellschaftlich notwendigen Abzügen ein gesellschaftlicher Verteilerschlüssel erstellt, der den Rest des Gesamtprodukts je nach den gesellschaftlichen Bedürfnissen verteilen soll. Ein Investitionsbüro, das die Produktionsanteile für die Ausdehnung der Produktion sammelt, berechnet den Verschleiß der Produktionsmittel und den Nutzen neuer Produktionsanlagen, wobei es sich bemüht, die gesellschaftlichen Ungleichzeitigkeiten zwischen Landwirtschaft und Industrie, industriellen Ballungsgebieten und industriearmen Gebieten, expansiven und technologisch veralteten Produktionsanlagen etc. aufzuheben. Ein zentrales Verteilungsbüro verteilt proportional auf die einzelnen Konsumentenorganisationen den gesellschaftlich produzierten Reichtum, wobei es in der ersten Phase die Funktion des Amtes übernimmt, das die Anteilscheine nach den Leistungen des Einzelnen ausgibt. Allein die abstrakten Andeutungen dieser Gesellschaftsstruktur lassen einen bürokratischen Apparat erahnen, — werden nicht umgekehrt in den einzelnen Betrieben und Produktionseinheiten die gleichen Funktionen wahrgenommen, d. h. für den einzelnen Betrieb von den Produzenten die mögliche Produktionskapazität errechnet und die Planziffern erstellt, die dann konfrontiert werden mit denen des zentralen Planungsbüros. Die Kontrolle von unten verlangt auch, daß diese zentralen Büros der Planung und Distribution untergliedert werden, entweder auf Bezirksebene, nach Industriegebieten oder nach den einzelnen Industriebranchen, wohin die Betriebe dann ihre Vertreter schicken, die wiederum nach einer Produktionsperiode ihre Vertreter in das zentrale Büro und in einen „Zentralrat" in einem Industriegebiet oder Branchenrat zur Kontrolle der technokratischen Funktionen der Büros entsenden. Das Verhältnis von technokratischen Kadern und wissenschaftlichen Produzenten soll nach MARX gelöst werden durch die allseitige Ausbildung in den **„Universitätsfabriken"**. Die Schaffung „des neuen, selbstbewußten Menschen" ist letztlich die Garantie für das Funktionieren eines solchen Modells [10]. Die Auflösung des Gegensatzes von Dezentralisierung, um die Beteiligung aller an der Kontrolle zu gewährleisten, und Zentralisation, um die Arbeitsproduktivität im technischen Arbeitsprozeß zu steigern, geschieht schon vorher im konkreten Klassenkampf und hat vor allem zur Vorbedingung, daß:

1. die Arbeiter fähig sind, sich von den alten Gesellschaftsstrukturen psychologisch und bewußtseinsmäßig zu trennen, also auch von den reformistischen Organisationen, die zu Ordnungsfaktoren der bürgerlichen Gesellschaft geworden sind, und daß

[10] Roman Rosdolsky, s. o., „Die historische Schranke des Wertgesetzes, Marx über die sozialistische Gesellschaftsordnung", vor allem S. 504 ff.

2. die wissenschaftliche Intelligenz sich der neuen Gesellschaft anschließt, diese wissenschaftlich schon „verformuliert" und „berechnet" hat, um auf der gegenwärtigen Produktionsstufe die moderne Technik im vollen Umfang für den Sozialismus anwenden zu können.

Die Arbeiter erkämpfen sich die Kontrolle, während die Wissenschaftler ihnen die Möglichkeiten der Produktion aufzeigen. Die Taktik der Realpolitik und der Provokation, das Verhältnis von Reform und Revolution unter den monopolkapitalistischen Bedingungen, sind Voraussetzung für Kampagnen unter den Arbeitern zum Problem der „Arbeiterkontrolle" und für die subversive Wissenschaft in den Institutionen und Universitäten. Die Rätetheorie ist solange Utopie, solange sich ihre Verwirklichung nicht aus den konkreten Klassenkämpfen ergibt.

Dieser Diskussionsbeitrag zum Problem der Rätedemokratie ist in seiner Disposition inkonsequent und mit Wiederholungen versehen. Sein erster Teil entstand vor dem Streik an der Freien Universität, der zweite Teil wurde in großer Eile geschrieben und steht unter dem Einfluß der Diskussion über revolutionäre Wissenschaft und Berufspraxis. Der Grund des Scheiterns aller Rätebewegungen wird gesehen in ihrem Mangel an "kulturrevolutionären" Momenten und im Fehlen eines Übergangsprogramms, das die revolutionäre Struktur im Zusammenhang mit dem Stand der Industrialisierung und des technischen Arbeitsprozesses sieht und das deshalb die nächsten Aufgaben formulieren kann, indem es unterscheidet zwischen den Herrschaftsstrukturen des Staatskapitalismus und der technisch und ökonomisch notwendigen Zentralisation. Diese Unterscheidung ist die Vorbedingung der Einführung der Rätedemokratie, der Anwendung einer Wissenschaft, die den Arbeitermassen dient, die die technischen Errungenschaften für die Befreiung des Menschen ausnutzt. Diese revolutionäre Wissenschaft, die Teilnahme der Ingenieure, Lehrer und Ärzte an der proletarischen Revolution, war bisher nicht das Kennzeichen der Rätebewegung.

IV

In der Abstraktion definierte Marx den Hauptwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise, und er deutet damit die Aufgaben der **proletarischen Revolution** an:

> "In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die in einer bestimmten Entwicklungsstufe ihren materiellen Produktivkräften entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, daß ihr Sein, sondern umgekehrt, ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln um. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsam oder rascher um."(1)

Die Elemente dieser revolutionären Umwälzung der Gesellschaft sind 1 die soziale Revolution, die Zerstörung der ökonomischen Herrschaftsstrukturen, 2. die politische Revolution, die Zerschlagung des Staatsapparates und der politischen Ideologien, 3. die kulturelle Revolution die Aufhebung der bürgerlichen Kulturwerte und Verhaltensnormen, die Erziehung der Massen für den Sozialismus und die Erziehung der Erzieher durch die Massen, um die Verselbständigung des sozialistischen Machtapparates zu verhindern. Die Aktionen in diesen drei gesellschaftlichen Bereichen geben die Garantie, daß der Sprung aus den kapitalistischen Herrschaftsstrukturen in die sozialistische Freiheit gelingt und der Komplex der ökonomischen und staatlichen "Notwendigkeiten" zur Aufrechterhaltung der Produktion und Reproduktion der Gesellschaft nicht die Tendenzen der "Bürokratisierung" und "Oligarchisierung" verstärkt. Um der Utopie des "wahren" Sozialismus zu entgehen, orientiert Marx die Dialektik von Wirklichkeit und Möglichkeit des materiellen Produktionsprozesses am Begriff der Produktivkräfte, um so die Aussage treffen zu können, wann die Produktionsverhältnisse notwendig der Entwicklung der Produktivkräfte entsprechen und wann diese Verhältnisse diese Entwicklung aufhalten oder gar sabotieren:

---

1 Marx: "Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie", Berlin 1963, S. 15.

"Die Produktivkraft der Arbeit ist durch mannigfache Umstände bestimmt, unter anderen durch den Durchschnittsgrad des Geschickes der Arbeiter, die Entwicklungsstufe der Wissenschaft und ihrer technologischen Anwendbarkeit, die gesellschaftliche Kombination des Produktionsprozesses, den Umfang und die Wirkungsfähigkeit der Produktionsmittel und durch Naturverhältnisse. . . . Produktivkraft ist natürlich stets Produktivkraft nützlicher, konkreter Arbeit, und bestimmt in der Tat nur den Wirkungsgrad zweckmäßiger produktiver Tätigkeit in gegebenem Zeitraum. Die nützliche Arbeit wird daher reichere oder dürftigere Produktenquelle im direkten Verhältnis zum Steigen oder Fallen der Produktivkraft. Dagegen trifft ein Wechsel der Produktivkraft die in Wert dargestellte Arbeit an und für sich gar nicht. Da die Produktivkraft der konkreten, nützlichen Form der Arbeit angehört, kann sie natürlich die Arbeit nicht mehr berühren, sobald von ihrer konkreten, nützlichen Form abstrahiert wird. Dieselbe Arbeit ergibt daher in denselben Zeiträumen stets dieselbe Wertgröße, wie immer die Produktivkraft wechsle. Aber sie liefert in demselben Zeitraum verschiedene Quanta Gebrauchswerte, mehr, wenn die Produktivkraft steigt, weniger, wenn sie sinkt. Derselbe Wechsel der Produktivkraft, der die Fruchtbarkeit der Arbeit und daher die Masse der von ihr gelieferten Gebrauchswerte mehrt, vermindert also die Wertgröße dieser vermehrten Gesamtmasse, wenn er die Summe der zu ihrer Produktion notwendigen Arbeitszeit abkürzt."(2)

Das **revolutionäre Bewußtsein** und die **revolutionäre Aktion** sind die entscheidenden Produktivkräfte, denn sie versuchen, den materiellen Reichtum der Gesellschaft, die technischen Errungenschaften für die unterdrückten Klassen voll auszuschöpfen, indem die bestehenden Herrschaftsstrukturen, die Produktionsverhältnisse, zerschlagen werden. Das revolutionäre Bewußtsein setzt sich vergleichbar zum Stand der Produktivkräfte zusammen aus dem Selbstbewußtsein der Arbeiter, die in ihrer Sphäre den Produktionsprozeß überschauen und die revoltieren gegen die degradierende Stellung innerhalb der gesellschaftlichen Produktion, gegen die Maßnahmen der wirtschaftlichen und staatlichen Bürokratien. Dies revolutionäre Bewußtsein ist zugleich die wissenschaftliche Einsicht der revolutionären Intelligenz in den technischen Arbeitsprozeß, in die materiellen Möglichkeiten der Veränderung der Gesellschaft. Der spontane Widerstand der Arbeiter, Ausdruck der Bewegungsgesetze des Verwertungsprozesses des Kapitals, also Reaktion auf die Verwertungsschwierigkeiten und ihrer Kompension in sozialstaatliche, bürokratische Maßnahmen und die revolutionäre Wissenschaft werden erst in der Aktion vermittelt. Aktion ist Entlarvung der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse und Loslösung von den Identifikationen mit dem bürgerlichen System und seiner Kultur. Der Prozeß der Revolutionierung beginnt bei den unmittelbaren Bedürfnissen der spezifischen Fraktionen der Klassen. Der Lernprozeß hebt an mit der Enthüllung der unmittelbaren autoritären Borniertheit von Funktionsträgern des kapitalistischen Systems, um schließlich über die Etappen des spontanen Aufbegehrens und der Artikulation der eigenen Bedürfnisse, die kulturellen und herrschaftstechnischen Normen der Gesellschaft bloßzulegen, deren kulturrevolutionäre Überwindung schließlich die sozialrevolutionäre Dimension der Expropriierung der materiellen Errungenschaften der Gesellschaft eröffnet. Die revolutionäre Spontanität setzt sich zusammen aus den verschiedenen Komponenten der Revolution, sie ist aber abhängig von den spezifischen Konflikten und Widersprüchen, und ist in erster Linie kulturrevolutionär, bis sie auch den Umfang der sozialen und politischen Revolution erfassen kann. Die konkrete Vermittlung von revolutionärer, klassenspezifischer Spontanität und revolutionärer Wissenschaft, von Theorie und Praxis, ist die revolutionäre Organisation. Die Entfremdung der Produzenten und der Wissenschaftler durch die kapitalistische Form der Arbeitsteilung und ihrer Stellung im Produktionsprozeß definiert diese Organisation als antibürgerlich, d.h. ihre Struktur reproduziert nicht die bürgerlichen Herrschaftsverhältnisse, sondern als "Mittel der Aktion" unterstützt sie die Loslösung der verschiedenen Fraktionen der Klassen von den Entfremdungsmechanismen ihrer Produktionsebene, indem sie als Koalition der Aktionen die revolutionäre Perspektive gibt.

Durch diese Kennzeichnung der **revolutionären Organisation** ist der Unterschied zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Revolution angegeben. Die bürgerliche Revolution war sozial, politisch und kulturell darauf begründet, daß die feudal absolutistische Struktur unterlaufen war durch die Entwicklung der kapitalistischen Produktion, die Produktionsverhältnisse schuf, die bei Strafe des Zusammenbruchs der gesellschaftlichen Produktion nicht abgeschafft werden durften, sondern vom feudalen System nur anerkannt und ein wenig modifiziert werden konnten. Das wirklich revolutionäre Element der bürgerlichen Revolution ist nicht deren Ideologie der "Gleich-

2 Marx: **Kapital**, Bd. I, Berlin 1962, S. 54, S. 60/61.

heit, Freiheit und Brüderlichkeit" gegen die feudalen Privilegien, sondern sind die Produktivkräfte, d.h. der technische Fortschritt, die ökonomische Umwandlung der feudalen Produktionsordnung in kapitalistische, die sich vollziehen kann, ohne daß die Revolution die feudalen Überreste hinwegfegt, indem diese kapitalistische Umformung der Gesellschaft den feudalen Überbau als Hemmnis der Produktion verändert und integriert in den Mechanismus der kapitalistischen Akkumulation. Während also der Kapitalismus sich als Wirtschaftsstruktur bereits innerhalb des Feudalismus entwickelt, werden im Kapitalismus durch den technischen Arbeitsprozeß nur die objektiven Möglichkeiten für den Sozialismus geschaffen. Durch die proletarischen Aktionen wird die konkrete Möglichkeit des technologischen Fortschritts für den Sozialismus aufgedeckt, weil der technische Fortschritt per se in den Verwertungsprozeß des Kapitals eingegliedert ist und nur als technische Errungenschaft für den Kapitalismus erscheint. Der Irrtum der Marxisten der II. und III. Internationale war, daß sie in der Herausbildung der Monopole und Trusts, in den Methoden der hochkapitalistischen Wirtschaftsführung bereits die Grundlage des Sozialismus erblickten (Plechanov, Lenin, Kautsky, Hilferding).

> "Das Mysteriöse und Mystifizierende der Warenproduktion kommt offenbar nicht von der Gebrauchswertseite der Waren her, ist vielmehr nur mit dem Austauschprozeß und Tauschwert verknüpft."

Es besteht im Kapitalismus ein enger Zusammenhang zwischen dem Austausch- und Verwertungsprozeß des Kapitals und der Struktur der Produktionsverhältnisse, d.h. zwischen der Krisenanfälligkeit der hochmodernen Wirtschaft und der staatlichen Planung und Lenkung, der Verselbständigung des Staatsapparates und seiner politischen Organe im Interesse der prinzipiellen Aufrechterhaltung dieser Produktionsverhältnisse. Parallel dazu wird die Entfremdung der Produzenten im Produktions- und Distributionsprozeß angereichert durch die spezifische Staatsideologie nationalistischer, patriotistischer, chauvinistischer, rassistischer oder sozialstaatlicher Prägung.

> "Diese bestimmten sozialen Charaktere entspringen also keineswegs aus der menschlichen Individualität überhaupt, sondern aus dem Austauschverhältnis von Menschen, die ihre Produkte in der bestimmten Form der Ware produzieren. Es sind so wenig rein individuelle Verhältnisse, die sich im Verhältnis des Käufers und Verkäufers ausdrücken, daß beide nur in diese Beziehung treten, soweit ihre individuelle Arbeit verneint, nämlich als Arbeit keines Individuums Geld wird. So albern es daher ist, diese ökonomisch bürgerlichen Charaktere von Käufer und Verkäufer als ewige gesellschaftliche Formen der menschlichen Individualität aufzufassen, ebenso verkehrt ist es, sie als Aufhebung der Individualität zu beträhen."(4)

> "Das Geheimnisvolle der Warenform besteht also einfach darin, daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eigenen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt, daher auch das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen. Durch dies Quidproquo werden die Arbeitsprodukte Waren, sinnlich übersinnliche oder gesellschaftliche Dinge."(5)

V

Die Aktionen der Arbeiterklasse haben zum Ziel, diese Entfremdung, diese Charaktermaske der Produktion zu durchbrechen und die Stellung im Produktionsprozeß den Arbeitern bewußt werden zu lassen, was zugleich heißt, daß die Möglichkeit der sozialistischen Produktion geschaffen wird. Alle Streiks der hochindustrialisierten Länder tragen in sich die Tendenz der "proletarischen Aktion", weil die Ausweitung dieser Streiks über den tradeunionistischen Rahmen hinaus, die Repression des Staatsapparates hinaufbeschwört. Die Fabrikbesetzungen und der direkte Kampf mit der Staatsgewalt lassen "Organe" der Proletarischen Aktion entstehen, die selbst in rudimentärer Form die **Doppelherrschaft** zur kapitalistischen Herrschaft erkennen lassen und die sich im Kampf zu Strukturen der sozialistischen Gesellschaft entwickeln. In der Aktion durchstoßen die einzelnen Fraktionen der Arbeiterklasse nicht nur ihre spezifische Entfremdung, sondern sie errichten zugleich die sozialistische Gesellschaft. Da diese Aktionen in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen stattfinden, Fabriken, Schulen Universitäten und an ihr sich die verschiedenen Fraktionen innerhalb der Arbeiterklasse der verschiedenen ungleichzeitig entwickelten Industriebranchen beteiligen, entstehen neben der richtigen Einsicht in die kapitalistische Produktion die verschiedenen

---

4 Marx: zur Kritik . . ebd. S. 95.
5 Marx: **Kapital**, Bd. I ebd. S. 86.

Illusionen, die selbst noch Momente der Entfremdung sind. Die revolutionären Aktionen finden ihre Motivationen in revolutionärem Pathos und Moral, in wissenschaftlicher Analyse, Erkenntnis und Utopie. Nicht zufällig faßte der "linke" Kommunist Lukács Anfang 1920, nach dem Scheitern der politischen Rätebewegung in Deutschland, den Arbeiterrat als moralische und erzieherische Instanz zugleich auf:

> "Der revolutionäre Arbeiterrat ... ist eine der Formen, um die das Bewußtsein der proletarischen Klasse seit ihrem Entstehen unablässig gerungen hat. Sein Dasein, seine stetige Entwicklung zeigen, daß das Proletariat bereits an der Schwelle seines eigenen Bewußtseins und damit an der Schwelle des Sieges steht. Denn der Arbeiterrat ist die politisch-wirtschaftliche Überwindung der kapitalistischen Verdinglichung. So wie er im Zustand nach der Diktatur die bourgeoise Teilung von Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung überwinden soll, so ist er im Kampfe um die Herrschaft berufen, einerseits die raumzeitliche Zersplitterung des Proletariats, andererseits Wirtschaft und Politik zur wahren Einheit des proletarischen Handelns zusammenzubringen und auf diese Weise den dialektischen Zwiespalt von unmittelbarem Interesse und Endziel zu versöhnen."(6)

In den Aktionen vor der Revolution sind die **Räte** oder Fabrikkomitees Organe der Spontaneität, Institutionen, in denen die Arbeiter im Klassenkampf ihr revolutionäres Bewußtsein formen indem sie die Fabriken als "ihr" Eigentum betrachten, sich vorbereiten, die Produktion zu kontrollieren, und sich durch ihre Forderungen, Streiks und Demonstrationen in direkter Konfrontation mit dem kapitalistischen Staatsapparat befinden; diese Arbeiterorganisationen sind Mittel der Mobilisierung der Arbeiter und gleichzeitig der Doppelherrschaft. Nach der Revolution haben die Räte nicht nur die Funktion der Mobilisierung der Arbeiter für den Sozialismus, sondern auch die Funktion der Integration dieser Räte in den materiellen Zusammenhang des technischen Arbeitsprozesses. Die schöpferische Initiative der Arbeiter und Wissenschaftler in der Produktion enthüllt erst die Möglichkeit der gesellschaftlichen Produktion. Das impliziert, daß der sozialistische Staat der Übergangsgesellschaft einer radikalen Kritik von seiten der Produzenten unterzogen werden muß, während umgekehrt die Arbeiter informiert, geschult und wissenschaftlich qualifiziert werden, in zunehmendem Maße zur wissenschaftlichen Kontrolle der Produktion sich befähigen, um dadurch zur Einsicht in die Notwendigkeit der Zentralisation der Produktion zu gelangen, aber auch, um sich die temporären Schranken der materiellen Basis für die Entfaltung der sozialistischen Gesellschaft bewußt zu machen. Die Ausrichtung der revolutionären Theorie des Marxismus auf die Produktivkräfte erlaubt vor der Revolution, den Akkumulationsprozeß des Kapitals in Zusammenhang zu bringen mit der revolutionären Realpolitik des Klassenkampfes. Nach der Revolution bedeutet die Festlegung der revolutionären Realpolitik der Transformationsperiode auf die Dialektik von Wirklichkeit und Möglichkeit der Entfaltung der Produktivkräfte, daß die notwendigen Mischformen von Räte- und Staatsstrukturen die Mobilisierung der Arbeiter voraussetzen, weil der Staat als zentrales Planungs- und Verteilungsbüro für Produktion und Distribution und als Militärmaschinerie der "Volksarmee" den Tendenzen der "Verselbständigung' gegenüber der Arbeiterklasse unterliegt. Die Teilnahme der Produzenten an der Kontrolle der Produktion, Distribution, Armee und Politik wirkt den Tendenzen der Verselbständigung entgegen.

Die Aktionen der Arbeiter im Sozialismus, sind dann nicht nur Ausdruck eines hohen Klassenbewußtseins, einer wissenschaftlichen Berufsausbildung, sondern auch Grundlage für die sprunghafte Entfaltung der Produktivkräfte. Die Übernahme der Produktionsmethoden der technologisch am weitesten fortgeschrittenen Länder verlangt die Erarbeitung einer "revolutionären" Technologie, die wiederum die schöpferische Initiative der Produzenten voraussetzt, denn die bloße Orientierung an den kapitalistischen Produktionsmitteln verfällt wieder der Fetischisierung der Ware und der Aufbau des Sozialismus ist dann nur noch bezogen auf das "Ein- und Überholen der kapitalistischen Staaten", vom kapitalistischen Weltmarkt und der kapitalistischen Produktionsordnung definiert, ohne, je nach dem Stand der Produktivkräfte, die sozialistische Gesellschaft zu verwirklichen. Es existiert kein Idealtypus einer **Rätedemokratie** oder einer sozialistischen Gesellschaft, es gibt auch keine Modelle oder Formeln, nach denen sie aufgebaut werden muß, sondern im Klassenkampf wird der technische Arbeitsprozeß, der Gebrauchswert des gesellschaftlichen Reichtums, für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in das Bewußtsein der Produzenten, der Arbeiter und Wissenschaftler gehoben und damit aus der kapitalistischen Form gelöst. Das Verhältnis von Spontaneität der Arbeiter, der Arbeiterorganisation als Mittel der Aktion und der Rolle der Partei in

6 Georg Lukacs: **Geschichte und Klassenbewußtsein,** Berlin 1923, S. 93.

der sozialistischen Gesellschaft wird bestimmt durch die Produktivkräfte, denn die sozialistischen Produktionsverhältnisse müssen den bestimmten Produktivkräften entsprechen, damit diese neue Gesellschaft nicht zusammenbricht:
Die Aufhebung des Wertgesetzes erfolgt nach Marx auf der Grundlage der allseitig entfalteten Produktivkräfte, auf der Grundlage der Industriegesellschaft, die alle Stufen der Akkumulation durch laufen hat:

> "Es kann also nichts falscher und abgeschmackter sein, als auf der Grundlage des Tauschwertes, des Geldes (d.h. auf der Grundlage eines niedrigen Standes der Produktivkräfte B.R.), die Kontrolle der vereinigten Individuen über die Gesamtproduktion vorauszusetzen."(7)

Eine zentralisierte Wirtschaft, die sich nicht auf eine industrielle Basis stützen kann, die außerdem nicht kontrolliert werden kann durch ein selbstbewußtes Proletariat, die also allein durch eine zentrale Planbehörde oder durch eine Zentralbank die Produktion und Distribution regelt, wird nach Marx zu diktatorischen Maßnahmen greifen müssen, indem sie sich den Aufgaben der Akkumulation des Kapitals widmet, gleichzeitig die vorkapitalistischen Klassen und Schichten für diese Aufgaben erzieht und aus ihnen Mehrwert herauspreßt, d.h. indem sie die proklamierten sozialistischen Prinzipien aufgeben muß:

> "In der Tat wäre sie entweder die despotische Regierung der Produktion und Verwalterin der Distribution oder sie wäre in der Tat nichts als ein board was für die gemeinsam arbeitende Gesellschaft Buch und Rechnung führte. Die Gemeinsamkeit als Produktionsmittel etc. etc. ist vorausgesetzt."(8)

Proletarische Organisationen als Mittel der Aktion sind die Vorbedingung der sozialistischen Transformation der Gesellschaft. Sie sind Mittel der Entlarvung der revolutionären Tendenzen innerhalb des technischen Arbeitsprozesses, sie sind Mittel der Loslösung der Arbeiter und Wissenschaftler von den Normen der bürgerlichen Gesellschaft und sie sind Organe der Erziehung, der Mündigmachung der Arbeiter für den Sozialismus:

> "Die wirkliche Ökonomie ... besteht in der Ersparung von Arbeitszeit .... diese Ersparung aber identisch mit der Entwicklung der Produktivkraft. Also keineswegs Entsagung von Genuß, sondern Entwickeln von power, von Fähigkeiten zur Produktion und daher sowohl der Fähigkeiten wie der Mittel des Genusses ... und diese Fähigkeit ist Entwicklung einer individuellen Anlage, Produktivkraft. Die Ersparung von Arbeitszeit gleich Vermehren der freien Zeit, d.h. Zeit für die volle Entwicklung des Individiums, die selbst wieder die größte Produktivkraft zurückwirkt auf die Produktivkraft der Arbeit. Sie kann vom Standpunkt des unmittelbaren Produktionsprozesses aus betrachtet werden als Produktion von c a p i t a l f i x e ; dies capital fixe by man himself ... Die freie Zeit – die sowohl Mußezeit als Zeit für höhere Tätigkeit ist – hat ihren Besitzer natürlich in ein anderes Subjekt verwandelt und als dies andere Subjekt tritt er dann auch in den unmittelbaren Produktionsprozeß. Es ist dieser zugleich Disziplin, mit Bezug auf den werdenden Menschen betrachtet, wie Ausübung, Experimentalwissenschaft, materiell schöpferische und sich vergegenständlichende Wissenschaft mit Bezug auf den gewordenen Menschen, in dessen Kopf das akkumulierte Wissen der Gesellschaft existiert."(9)

Die proletarischen Organisationen als Parteiungen des Klassenkampfes vermögen sich der reformistischen Realpolitik zu entziehen, haben sie sich von vornherein die Aufgabe der Umwälzung der Gesellschaft gestellt und sehen sie im bürgerlichen Staatsapparat und in seinen Formen des Parlamentarismus und der Öffentlichkeit den Machtapparat zur Niederhaltung der unteren Klassen. Nur als Organe der revolutionären Realpolitik, die die einzelnen Etappen des Kampfes, Tradeunionismus und Parlamentarismus, nur als Etappen der Aufklärung über die bürgerliche Reformpolitik betrachten, vermögen sie ihre Funktion der Mobilisierung und Erziehung der Arbeiter, der Einbeziehung der verschiedenen Fraktionen dieser Klasse und Schichten des 'Volkes' durch spezifische Kampagnen im strategischen Kontext wahrzunehmen. Der Klassenkampf als Kampf der Klasse konzentriert sich in den hochindustrialisierten Ländern nur bedingt auf den Kampf der Partei, die dem staatlichen Machtapparat entgegensteht und die als Avantgarde den spontanen Widerstandsaktionen der Arbeiter die revolutionären Ziele der Umwalzung vermitteln, sondern er bezieht sich hauptsächlich auf die einzelnen Fraktionen der Klassen: er verlangt Organe des Kampfes an den Universitäten, an den Schulen und anderen Überbaubereichen und in den unterschiedlichen Betrieben und Wirtschaftsbranchen.

Erst die Koordination dieser verschiedenen Aktionsorgane bringt die revolutionäre Partei der Industrieländer hervor. Die revolutionäre Umwandlung der verschiedenen Ebenen der Gesellschaft

7 Karl Marx: **Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie,** Berlin 1953, S. 76.
8 ebd. S. 73.
9 ebd. S. 599.

macht verständlich, warum der Generalstreik, das zentrale Streikkomitee die Rücknahme der Staatsgewalt in die Gesellschaft bedeutet, warum die unterschiedlichen Aktionen die Produktionsverhältnisse ihres parasitären Charakters überführen, warum sie den Sprung nach vorn, die Entfaltung der Produktivkräfte, erst ermöglichen:

> "So wie die Staatsmaschine und der Parlamentarismus nicht das wirkliche Leben der herrschenden Klassen, sondern nur die organisierten allgemeinen Organe ihrer Herrschaft, die politischen Garantien, Formen und Ausdrucksweisen der alten Ordnung der Dinge sind, so ist die Kommune nicht die soziale Bewegung der Arbeiterklasse und folglich nicht die Bewegung einer allgemeinen Erneuerung der Menschheit, sondern ihr organisiertes Mittel der Aktion. Die Kommune beseitigt nicht den Klassenkampf, durch den die arbeitenden Klassen die Abschaffung aller Klassen und folglich aller Klassenherrschaft erreichen wollen ... aber sie schafft das rationale Zwischenstadium, in welchem dieser Klassenkampf seine verschiedensten Phasen auf rationellste und humanste Weise durchlaufen kann."(10)

Der Unterschied der proletarischen Partei der hochindustriellen Länder zur proletarischen Partei der unterentwickelten Länder liegt nicht allein darin, daß die letztere sich gegen einen zentralistischen Staatsapparat behaupten muß, ohne im großen Umfang auf Massenstreiks der Arbeiter in den wenigen Industriezweigen zu rechnen, oder darin, daß diese revolutionäre Partei eine besondere Bündnispolitik mit der Bauernschaft und Teilen der nationalen Bourgeoisie eingehen muß, sondern darin, daß diese Partei die kapitalistische Akkumulation im Falle der Machtergreifung vollziehen muß. Die materiellen Bedingungen gestatten nur im engen Rahmen die Entwicklung der sozialistischen Demokratie:

> "Und aus diesen Grundsätzen folgt, daß es ein reaktionärer Gedanke ist, die Erlösung der Arbeiterklasse in irgend etwas anderem zu suchen als in der weiteren Entwicklung des Kapitalismus. Darum ist die Arbeiterklasse an der breitesten, freiesten und schnellsten Entwicklung des Kapitalismus unbedingt interessiert. Die Beseitigung aller Überreste der alten Zeit, die der breiten, freien und schnellen Entwicklung des Kapitalismus hinderlich sind, ist für die Arbeiterklasse unbedingt von Vorteil."(11)

VI

Der russische Marxismus, formuliert von Plechanov, Martov und Lenin, ist einerseits eine Übernahme der wissenschaftlichen Interpretation des Marxismus durch die Theoretiker der II. Internationale, Kautsky, Hilferding, Otto Bauer, andererseits eine eigenständige Weiterentwicklung des Marxismus, um unter russischen Verhältnissen eine revolutionäre Realpolitik entwerfen zu können. Der Gegensatz im russischen Marxismus ist die Hinnahme des orthodoxen Marxismus Westeuropas, der unter dem Einfluß der stürmischen Industrialisierung und der Teilnahme der sozialdemokratischen Parteien am Parlamentarismus und der bürgerlichen Reformpolitik zur Ideologie der Akkumulation und der Entwicklung des Sozialismus im Schoße des Kapitalismus, bürgerliche Wissenschaft, Bekenntnis zum Fatalismus und zum revolutionären Pathos wird(12), der den parti - kularistischen Praktizismus des Reformismus und die Definition der eigenständigen revolutionären Realpolitik verdeckt(13), um durch die Mobilisierung der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche den zaristischen Staat zu bekämpfen. Der ehemalige Bakunist Plechanov löste den scholastischen Widerspruch des Anarchismus, der unterscheidet zwischen politischer Praxis als Integrationstaktik und sozialer Revolution als einzige Möglichkeit der menschlichen Emanzipation, indem Plechanov **anerkennt, daß in Rußland der Kapitalismus sich durchsetzt und die kapitalistischen Bewegungsgesetze die russische Bauernwirtschaft erfassen werden, daß die Grundlage der sozialistischen Gesellschaft nicht die Anarchie der Bauerngemeinde sein kann, sondern die moderne Großindustrie daß aber in Rußland die Tendenz der Industrialisierung nicht die Politik auf Evolution festlegt,**

10 Karl Marx: Erster Entwurf zum Bürgerkrieg in Frankreich, **MEW.**, Bd. 17, S. 545.
11 W.I. Lenin: Zwei Taktiken, in Lenin, **Ausgewählte Werke in zwei Bänden**. Bd. I, Moskau 1946, S. 450.
12 siehe Karl Korsch: **Marxismus und Philosophie,** Leipzig 1930, S. 79 ff. und Karl Korsch: **Die materialistische Geschichtsauffassung,** Leipzig 1929, S. 17-37.
13 siehe S.H. Baron, Plekhanov: **The father of Russian Marxism,** Stanford-California 1963, S. 70 ff.; G. Plechanov: **Grundprobleme des Marxismus,** Berlin 1929, S. 62 ff.

sondern die Vorbereitung der Revolution erfordert, um die Hindernisse der forcierten Industrialisierung zu zerstören, die zaristischen Herrschaftsverhältnisse. Indem die russischen Marxisten das Verhältnis von bürgerlicher und proletarischer Revolution und die Rolle des Staates diskutieren, ist für sie eindeutig, daß nicht ein abstraktes Gesetz der gesellschaftlichen Entwicklung das friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus erlaubt, sondern konkrete Klassenkämpfe und Bündnispolitik mit den verschiedenen Schichten des Volkes den gewaltsamen Sturz des Zarismus ermöglichen. Alle spontanen Formen des Widerstandes werden akzeptiert – sind die Mittel der Zerstörung des zaristischen Herrschaftssystems. Erst nach der Machtübernahme mußte der Gegensatz im theoretischen Selbstverständnis sich zum Widerspruch in der proletarischen Politik der Übergangsperiode entfalten, stand das Problem auf der Tagesordnung: ursprüngliche Akkumulation oder zugleich auch Schaffung der sozialistischen Demokratie. Plechanov erfaßt die Hegelsche Dialektik auf Marxsche Weise; in der konkreten Geschichte mußte "die allmähliche Veränderung notwendigerweise zu einem Sprung führen"(14), der die proletarische Revolution enthielt. Er begriff den Historischen Materialismus als eine "Prolegomena" der künftigen Lehre von der menschlichen Gesellschaft. Seine Analyse des Feuerbachschen Materialismus war darauf gerichtet, die Umwandlung dieses Materialismus in den dialektischen Materialismus durch Marx nachvollziehen zu können, aber zugleich, um gegenüber dem dogmatischen Marxismus das Verhältnis von Theorie und Praxis neu durchdenken zu können. Die russischen Marxisten sind in ihrer marxistischen Theorie orientiert auf Praxis und die philosophische Beziehung von Marx und Feuerbach werden gesehen unter einer Einheit von anthroposophisch orientierter Erkenntnistheorie und sozialer Ethik.(15) Diese Neubestimmung von Theorie und Praxis überwindet den dogmatischen Ansatz der "orthodoxen" Marxismus und erlaubt die Bestimmung der Revolutionäre als Avantgarde der proletarischen Klasse, die nicht nur im Interesse des "Fortschritts" die Revolution durchführen wollen, sondern die auch in ihre revolutionäre Realpolitik die konkreten Bedürfnisse der einzelnen Volksschichten aufnehmen, eine Volksrevolution unter der Führung derProletariats überhaupt erst ermöglichen, weil dieses den Bedürfnissen der Bauern dient, diese aber zugleich für den Sozialismus erzieht. Mit dieser Fragestellung kann der qualitative Unterschied der sozialistischen zur kapitalistischen Gesellschaft verdeutlicht werden, der im orthodoxen Marxismus vollkommen verwischt wurde. Der historische Materialismus ist deshalb eine revolutionäre Wissenschaft, weil er den Prozeß der Veränderung erkennt und dabei die ökonomische Notwendigkeit inhaltlich in die Dialektik von Wirklichkeit und Möglichkeit stellt. Der russische Marxismus von Plechanov und Lenin vermag mit diesem Selbstbewußtsein das Verhältnis von Liberalismus und Proletariat, von Marxismus und Revisionismus, von bürgerlicher und proletarischer Revolution zu diskutieren und organisatorische Konsequenzen zu ziehen, er begreift im Gegensatz zum westlichen Marxismus der II. Internationale den Marxismus als revolutionäre Wissenschaft, ohne Theorie der Akkumulation als Bestandteil dieser Wissenschaft, die Industrialisierung als widersprüchliche Entwicklung der Produktivkräfte zu fassen, d.h. die Strukturen der "Notwendigkeit" der ökonomischen Akkumulation des Kapitals auf den verschiedenen Stufen als "rationelle" Herschaftsverhältnisse des Kapitalismus zu sehen, die Tendenz zur Konzentration der Wirtschaft nicht nur aus der ökonomischen Konzentration zu erklären, sondern auch als herrschaftstechnischen Maßnahme der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktion. Bei Lenin wird das Problem der proletarischen Revolution zum Zentralproblem der Klassenanalyse, die deshalb auch die Akkumulation des Kapitals, die Entstehung des Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus aufnimmt, die politischen Formen der Verbindung von Wirtschaft und Staat untersucht, ohne die Kartellisierung und Vertrustung der Wirtschaft – Elemente des herrschaftstechnischen Mißbrauchs der Technologie, eine Ideologisierung der Naturwissenschaft und der technischen Forschung zu sehen. Diese gegensätzliche Dualität von revolutionärer Wissenschaft und bürgerlicher Wissenschaft beeinflußte deshalb letzt-

---

14 G. Plechanov: Zu Hegels sechzigsten Todestag, **Neue Zeit**, X, 1, 1891/92, S. 279

15 siehe Alfred Schmidt in Ludwig Feuerbach: Anthropologischer Materialismus, **Ausgewählte Schriften**, Bd. I, Frankfurt 1967, S. 52 ff.

lich die revolutionäre Realpolitik. Kautsky hatte bürgerliche Wissenschaft und sozialistisches Bewußtsein in ein direktes Verhältnis gesetzt, was für die deutsche Situation der bürgerlichen Sozialdemokratie mit ihrer Wissenschaftsgläubigkeit, der Kehrseite des Geschichtsfatalismus, legitim war, was in Rußland einige Verwirrung stiften mußte.

> "Das moderne sozialistische Bewußtsein kann nur entstehen auf Grund tiefer wissenschaftlicher Einsicht. In der Tat bildet die heutige ökonomische Wissenschaft ebenso eine Vorbedingung sozialistischer Produktion, wie etwa die heutige Technik, nur kann das Proletariat beim besten Willen die eine ebenso wenig schaffen wie die andere . . . das sozialistische Bewußtsein ist also etwas in den Klassenkampf des Proletariats von außen Hineingetragenes, nicht etwa aus ihm urwüchsig Entstandenes."(16)

Dieser Begriff der wertfreien und reinen Wissenschaft, der die Intellektuellen selbst zu einem allgemeinen Stand erhob, zu gelehrigen Schiedsrichtern der gesellschaftlichen Entwicklung, die deshalb mit dem Proletariat nur noch sympatisieren, weil diese Klasse den gesellschaftlichen "Fortschritt" verkörperte(17), war vollkommen unkritisch der bürgerlichen politischen Ökonomie gegenüber. Diese "Wissenschaft" war Bestandteil der bürgerlichen Ideologie. Plechanov und auch Lenin haben bewiesen, daß eine theoretisch dialektische und praktisch revolutionäre Wissenschaft keine isolierten, selbständigen Einzelwissenschaften kennt, keine von der revolutionären Praxis getrennten, voraussetzungslosen, wertfreien oder intuitionsreichen Wissenschaften, Morallehren und philosophischen Systeme akzeptiert. Der Marxismus als Entwicklungssystem, umkränzt von vielen Spezialgebieten, die untereinander kaum "Querlinien" aufweisen, wird zu einer ökonomistischen, biologischen und geographischen Entwicklungslehre, die als Regieanweisung der Technokraten und als Nachschlagwerk für Politiker durch die "reflektierende Urteilskraft" Kants und durch die Ethik des "guten" Menschen erweitert werden muß damit überhaupt noch gesagt werden kann, wohin Fortschritt führen soll. Ein fester Bestandteil der Leninschen Klassen- und Revolutionstheorie wurde die Hilferdingsche Kategorie des "Finanzkapital" und des "Staatskapitalismus", die sich hinderlich für die konkrete Erfassung der Wirklichkeit in der Situation nach der Revolution auswirken mußte.

Für die Verwirklichung der Rätedemokratie in den spezifischen Gesellschaftsformen (Rußland, Deutschland, England 1918) ist neben der Frage nach dem Stand der Produktivkräfte und den sich daraus ableitenden Aufgaben für die sozialistische Gesellschaft die Frage nach der revolutionären antiautoritären Erziehung der Arbeiter durch die verschiedenen Etappen der Klassenkämpfe, nach ihrer Vorbereitung für die Übernahme der Betriebe und nach der Rolle der Partei als Mittel der Aktion statthaft. Gerade wenn man wie Marx die Partei als Mittel der Aktion, Mittel der Volksrevolution auffaßt, ist es wichtig, danach zu fragen, welches Selbstverständnis diese Partei von sich hat, da sie in bestimmten Phasen die Massen für den Sozialismus mobilisieren muß, also alleinige Garantie für die Weiterführung der Revolution ist. Hierin sehe ich die Berechtigung, das Theorie-Praxis-Verhältnis im Rahmen einer anthroposophisch orientierten Erkenntnistheorie und einer sozialen Ethik zu sehen, wie es vor allem Plechanov unternimmt. Demnach erlaubt der Sozialismus die volle Entfaltung des Menschen, er ist die tendenzielle Aufhebung von Herrschaft durch die Einbeziehung der Massen an Entscheidungsprozessen in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Die Lebendigkeit des Leninismus kommt nach der Februarrevolution zur vollen Geltung, als die Liberalen und die Sozialdemokraten sich mit der Provisorischen Regierung identifizieren, die den imperialistischen Krieg weiterführt, den Bauern kein Land gibt und die Betriebskomitees verfolgt, die die Betriebe besetzen und die Produktion weiterführen, weil die Unternehmer das Risiko für die Produktion und Investitionen nicht mehr tragen wollen. Die Selbstentlarvung dieses Regierungssystems treibt die "Kulturrevolution" im russischen Volk voran. Die spontanen Betriebsbesetzungen waren für Lenin richtungsweisend für die nächste Etappe der Revolution, weshalb

16 zu dieser Unterscheidung siehe Anton Pannekoek: **Lenin als Philosoph,** Amsterdam 1936, S. 47 ff.

17 Karl Kautsky: in **Neue Zeit,** XX, 1, 1901/02, S. 79, Entwurf zum Programm der österreichischen Sozialdemokratie, dazu die Konzeption einer "wertfreien" bürgerlichen Wissenschaft, die orientiert war an einem abstrakten Entwicklungsbegriff und Fortschrittsglauben: Rudolf Hilferding: **Das Finanzkapital,** Berlin 1947, S. XLVI, u. S. 533 ff., Otto Bauer; **Der Weg zum Sozialismus,** Berlin 1919, S. 11 ff., Karl Renner; **Österreichs Erneuerung,** S. 69 ff.; zur Kritik der sozialdemokratischen und parteikommunistischen bürgerlichen Wissenschaft siehe Karl Korsch ebd. und Hans-Josef Steinberg: **Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie,** Hannover 1967.

er selbst Abstand nahm zu seiner Parole der demokratischen Diktatur des Proletariats und der armen Bauern, die er 1905 aufgestellt hatte:

> "Die 'revolutionär demokratische Diktatur des Proletariats und der armen Bauernschaft' ist in der russischen Revolution schon Wirklichkeit geworden denn diese Formel beinhaltet lediglich das Wechselverhältnis der Klassen, nicht aber die konkrete politische Institution, die dieses Verhältnis, dieses Zusammenwirken realisiert. Der 'Sowjet der Arbeiter und Soldatendeputierten – da habt ihr die vom Leben bereits verwirklichte revolutionäre – demokratische Diktatur des Proletariats und der armen Bauernschaft'. Diese Formel ist bereits veraltet . . . Auf der Tagesordnung steht bereits eine andere, eine neue Aufgabe: die Abspaltung der proletarischen (die Vaterlandsverteidigung verwerfenden, internationalistischen, "kommunistischen", für den Übergang zur Kommune eintretenden) Elemente . . . von den kleinbürgerlichen Elementen."(18)

Mit dieser Wendung zur radikalen sozialistischen Demokratie mußte der Konservatismus innerhalb der Bolschewiki bekämpft werden, denn die jetzt noch den alten Standpunkt vertraten, waren faktisch zum Kleinbürgertum übergetreten, sie gehörten nach Lenin in ein Archiv für 'bolschewistische' vorrevolutionäre Raritäten. "Archiv alter Bolschewiki könnte man es nennen." (ebd.) Aber schon zu diesem Zeitpunkt, wo Lenin alle Organisationsformen des Proletariats unterstützte, die die Revolutionierung der Gesellschaft vorantrieben, die die Bolschewiki selbst umorganisierten und die diese Partei erst zum Mittel der Aktion und zur Avantgarde werden ließen, bleiben seine ökonomischen Vorstellungen der Entwicklung Rußlands im Rahmen der sozialdemokratischen 'Wissenschaft', seine politische Konzeption der Räte wird letztlich definiert durch den Begriff des Staatskapitalismus, der langfristig die Konzeption der Arbeiterkontrolle überführen mußte in eine bürokratisch hierarchische Kontrolle der Verwaltung der Großindustrie; das Programm der Rechnungsführung der staatlichen Syndikate steht synonym für bürokratische Kontrolle:

> "...die wichtigsten Maßnahmen sind:
> 1. Vereinigung aller Banken zu einer einzigen Bank und staatliche Kontrolle über ihre Operation oder Nationalisierung der Banken.
> 2. Nationalisierung der Syndikate, d.h. der größten, der monopolistischen Verbände....
> 3. Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses.
> 4. Zwangssyndizierung ... der Industriellen, Kaufleute und Unternehmer überhaupt.
> 5. Zwangsvereinigung der Bevölkerung in Konsumgenossenschaften."(19)

Hier überträgt Lenin unkritisch das Beispiel der staatskapitalistischen Kriegswirtschaft Deutschlands auf Rußland, ohne genau aufzuweisen, daß nicht nur die drohende Katastrophe des Zusammenbruchs der Wirtschaft abgewendet werden mußte, sondern in die Organisation der Wirtschaft die Elemente der Arbeiterkontrolle eingegliedert werden mußten. Er sieht in den bestehenden Herrschafts-Verhältnissen unter der Provisorischen Regierung ein Haupthindernis gegen den Aufbau der Wirtschaft und hofft auf "die heroische Unterstützung der Massen" während der Umstrukturierung der Wirtschaft zur zentralen Regulierung, ohne zu bedenken, daß dadurch genau die Interessen dieser Betriebskomitees, dieser Massen, beschnitten werden. Der Gegensatz in der revolutionären Theorie, der hier der Gegensatz der konkreten Situation zugleich ist, wird noch überdeckt durch das Vertrauen in die Spontaneität der revolutionären Massen, die ihre Organisationen bedingungslos in die staatskapitalistische Struktur einbeziehen werden:

> "Die Macht den Sowjets, das bedeutet die radikale Umgestaltung des ganzen Staatsapparates, dieses Bürokraten-Apparates, der alles Demokratische hemmt, das bedeutet diesen Apparat zu beseitigen und durch einen neuen, einen Apparat des Volkes, zu ersetzen, d.h. durch den wahrhaft demokratischen Apparat der Sowjets, d.h. der organisierten und bewaffneten Mehrheit des Volkes, der Arbeiter, Soldaten und Bauern, das bedeutet der Mehrheit des Volkes Initiative und Selbständigkeit zu gewähren, nicht nur bei der Wahl der Deputierten, sondern auch bei der Verwaltung des Staates, bei der Durchführung der Reformen und Umgestaltungen."(20)

Bei einem weiteren Zerfall der Wirtschaft als Folge des Krieges, der Flucht der Kapitalisten und Bürokraten, Ingenieure und Techniker fiel die Wucht der Verantwortung – die Wirtschaft in Gang zu setzen, eine Hungersnot zu vermeiden, die Konterrevolution zu bekämpfen – auf die Partei zurück, die in der Periode des Chaos, der Loslösung der Bauern von einem gesellschaftlichen Zusammenhang (Rückkehr zur Naturalwirtschaft), der Demoralisierung der Arbeiter etc. zu einem Staatssymbol und Ordnungsfaktor werden mußte. Hier wird wichtig, inwieweit ist die "Kulturrevo-

18 Lenin, Über Taktik, Werke, Bd. 26, S. 27.
19 Lenin, Die drohende Katastrophe, Werke, Bd. 25, S. 337 ff.
20 Lenin, Kernfragen der Revolution, ibid., S. 380.

lution" im Volk und in der Partei vorgedrungen, daß diese Aufgaben bewältigt werden können. Die rechte Fraktion der Partei, wie die Sozialdemokratie, orientierte sich nach dem Stand der Industrialisierung, wonach ökonomisch und politisch die bürgerliche Revolution unter der Hegemonie der Arbeiter auf der Tagesordnung stand. In der Krisensituation mußte aus diesem Verständnis die technokratische Anweisung der Weiterführung der Wirtschaft kommen; die Rettung wurde gesehen in der bürgerlichen Ökonomie der Wirtschaftsführung. Das theoretische Dilemma der Bolschewiki, aber auch der Betriebskomitees ist, daß die politische Überzeugung vorhanden ist, daß keine Macht in Rußland kurzfristig den Zusammenbruch der Produktion aufhalten kann, noch überwinden kann, daß nur die sozialistische Revolution als Alternative zu einer Militärdiktatur à la Kornilov besteht, aber es gibt kein Übergangsprogramm, das die zentrale Wirtschaftsführung und die Rätedemokratie miteinander vermittelt:

> "Aber wenn wir uns selbst fragen, wie sich vor dem 25. Oktober unsere Partei das System der Arbeiterkontrolle insgesamt vorstellte, auf der Grundlage welcher Wirtschaftsordnung man es errichten wollte, so finden wir nirgends eine klare Antwort."(21)

Vorerst lieferten die radikalen Betriebskomitees mit ihren Forderungen die Grundlage des ökonomischen Programms der Bolschewiki. Auf der Stadtkonferenz der Betriebskomitees im Juni 1917 grenzte Lenin den Begriff der Arbeiterkontrolle ab gegen die Auffassung von Kontrolle, wie ihn die Menschewiki vertraten, die die Kontrolle von der Staatsmacht durchgeführt wissen wollten, allerdings unter breiter Mitwirkung der demokratischen Schichten des Volkes. Lenin trat für eine Dezentralisierung der Industrie in Branchen ein und verlangte die Einführung der Arbeiterkontrolle über Produktion und Distribution in den einzelnen Betrieben, die sich in ihrer Branche zu einem Rätesystem organisieren sollten. In diesem Begriff von Arbeiterkontrolle deutete sich eine Rätegesellschaft an, in der ein zentraler Staat als militärische und planungstechnische Instanz für Produktion, Akkumulation und Distribution kontrolliert wird durch den Zentralrat der Branchenräte. In der späteren Diskussion wurde diese Position ausdefiniert durch die "demokratischen Zentralisten"(22) um Ossinski, die die Zentralisation in ihrer ökonomischen und technischen Notwendigkeit anerkannten, aber für weitgehende Dezentralisierung da eintraten, wo die Effektivität der Kontrolle garantiert wurde. Die einzelnen Branchenräte der Distrikte zerstörten den Betriebspartikularismus, ohne die Übersichtlichkeit der ökonomischen und politischen Fragestellungen zu verdecken. Die Ingenieure und Wissenschaftler arbeiteten autonom, waren aber nach einer bestimmten Planungsfrist den Arbeitern verantwortlich. Der Staat als Planungsbehörde arbeitete die Planziffern aus und propagierte sie, während umgekehrt die Arbeiter, auf Grund ihrer Einsichten diese spezifischen Ziffern überprüften und revidierten. Den dezentralisierten Zentralen wurden zentrale Erziehungskampagnen beigegeben, die einerseits die Arbeiter mit modernen Produktionsmethoden bekannt machten, sie wissenschaftlich schulten, andererseits auf die Bürokraten zurückwirkten, bürgerliche Schlamperei und Borniertheiten aufdeckten und die Bürokratisierung verhinderten. In dieser Konferenz wird offen diskutiert, daß nicht nur der kapitalistische Staatsapparat zerschlagen werden mußte(23), sondern auch der ökonomische Apparat als Unterdrückungs- und Ausbeutungsapparat. In "Staat und Revolution" taucht dieser neue Ansatz der Vermittlung von Zentralisation und Arbeiterkontrolle nicht auf.

Das Versäumnis, das revolutionär Neue der Betriebskomitees nicht analysiert zu haben, mag daran liegen, daß die Bolschewiki in der Bewegung der Betriebsbesetzungen durch die Betriebskomitees vorerst nur die Massenbasis für die Durchführung der Revolution sahen, denn theoretisch waren sie sich mit den Menschewiki einig, "daß eine sofortige Einführung des Sozialismus in Rußland unmöglich ist."(24) Als auf dem 6. Parteitag Stalin in seinem Rechenschaftsbericht aus den Maß-

---

21 Ossinsky: **Stroitelstvo socialisma,** Moskva 1918, S. 34.

22 siehe Ossinski: "Über den Aufbau des Sozialismus", in: **Dokumente der Weltrevolution, Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur,** Olten 1967, S. 92, Arkadij Gurland: **Marxismus und Diktatur,** Berlin 1930, S. 78, 81, Richard Lorenz: **Anfänge der bolschewistischen Industriepolitik,** Köln 1965, S. 59 ff., Lenin, zum Problem der Zerschlagung der irrationalen Herrschaftsstrukturen des Monopolkapitalismus, die in keiner Beziehung zum technischen Arbeitsprozeß, zum Gebrauchswert, stehen, in Werke, Bd. 24, Resolution über ökonomische Kampfmaßnahmen gegen die Zerrüttung, S. 516-518.

23 Lenin, Werke, Bd. 25, S. 57/59, dazu Richard Lorenz ebd. S. 72

24 (s. 18 hinter "als Utopist zurückgewiesen", Protokoll, Sestoj s'eszd RSDDRP(B)? August 1917, Moskva 1958, S. 111.

nahmen zur vorgestellten Aufhebung der Zerrüttung der Wirtschaft gleichzeitig ein Übergangsprogramm zum Sozialismus ableiten wollte, wurde er von den Rechten um Nogin aber auch von den Linken um Bucharin und Preobrashenski als Utopist zurückgewiesen. Nur Miljutin versuchte in seinem Hauptreferat ein System der Arbeiterkontrolle im proletarischen Staat zu entwerfen.

Kurz vor der Oktoberrevolution existierten abstrakt theoretische Ableitungen über Staat und Revolution, über die Rätedemokratie, während die konkret revolutionäre Realpoltik sich konzentrieren muß auf die Überwindung der wirtschaftlichen Zerrüttung, Beendigung des Krieges, Verteilung des Landes an die Bauern etc.

Wenn im Zuge der ersten Revolutionsjahre unterstellt wird, daß die kapitalistische Wirtschaftsführung der hochindustrialisierten Länder des Westens den Funktionsmechanismus der Kontrolle des proletarischen Staates vereinfacht, die Übernahme westlicher Wirtschaftsmethoden als Fortschritt gewertet wird, das staatskapitalistische Monopol als Grundlage und Voraussetzung des Sozialismus angenommen wird, dann wird ein Hindernis der Entwicklung der Produktivkräfte ersetzt durch einen rationelleren Organisationstyp, ohne die Qualität einer sozialistischen Gesellschaft zu erreichen oder tendenziell anzustreben. Die Aufgaben der Sowjetmacht hinsichtlich der Arbeiter und Bauern reduzieren sich in erster Linie auf deren Erziehung zur Arbeit, zur Disziplin. Die Räteorgane werden nicht Mittel der Aktion, der Kritik an bürokratischen Verfestigungen des Staatsapparates, der Kontrolle, Mittel der Erziehung, um die Entfremdung der Arbeiter aufzuheben, sondern Instrumente der Erziehung zur Arbeitsmoral, die funktional abhängig sind vom zentralisierten Wirtschaftsapparat. Die Dezentralisation durch die Kontrolle der Massen ist in diesem Moment undurchführbar. Die proletarische Revolution wird überdeckt durch die Volksrevolution eines unterentwickelten Landes, in der den verschiedenen kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten des Volkes die "schöpferische Kraft" der Partei entgegengehalten wird, die die verschiedenen Interessen und Illusionen aufnimmt und für die historische Aufgabe der Industrialisierung ausnutzt. Durch die Militarisierung der Gesellschaft, Erfordernisse des wirtschaftlichen Zusammenbruchs und des Bürgerkrieges verkümmert der "russische Marxismus" zur Anleitung der Industrialisierung:

> "Wenn wir (nach den Worten von Marx) als Arbeiterklasse uns einfach mechanisch des alten Apparates der Staatsgewalt nicht bemächtigen können, so bedeutet das keineswegs, daß wir ohne alle Elemente, die den Bestand des alten Apparates der Staatsgewalt ausmachten, auskommen können . . . aber es ist notwendig, dem Fachmann die Möglichkeit einer freien Tätigkeit, eines freien Schaffens zu überlassen, weil kein einziger irgenwie fähiger begabter Fachmann auf seinem Gebiet arbeiten kann, wenn er bei seiner Spezialarbeit einem Kollegium von Menschen, die dieses Gebiet nicht kennen, untergeordnet ist. Eine politisch kollegiale Sowjetkontrolle soll überall sein, aber für ausübende Funktionen ist es notwendig, Spezialisten und Techniker zu ernennen, sie auf verantwortliche Posten zu stellen und ihnen die Verantwortung aufzuerlegen."(25)

Diese Übergangslösung der Gewinnung bürgerlicher Spezialisten für den Sozialismus zeigt an, in welchem geringen Maße die technische Intelligenz auf der Seite der Revolution stand, daß das Verhältnis von technischer Intelligenz und Arbeiterkontrolle nicht einmal als Problem auftauchte. Auch die linke Opposition, die sich anläßlich des Friedens von Brest-Litovsk formierte, konnte nur in Ansätzen ein sozialistisches Übergangsprogramm entwerfen. Ihr Konzept des Internationismus, des revolutionären Krieges gegen das imperialistische Deutschland, um die proletarische Revolution in Deutschland zu unterstützen, stand in einem engen Zusammenhang mit ihrem Programm der entschiedenen Durchführung der Arbeiterdiktatur. Durch die westeuropäische Revolution, vor allem in Deutschland, wurde auch das ökonomische Chaos in Sowjetrußland beseitigt, wenn die Industrien in diesen Ländern der Sowjetmacht halfen, den großen Sprung nach vorn zu machen. Von dieser internationalistischen Position her konnten sie die kleinbürgerlichen Ansichten innerhalb der Partei kritisieren und die Gefahren der Verselbständigung der Partei von den Arbeitermassen aufzeigen:

> **"Es ist sehr leicht möglich, daß in der Mehrheit der K.P. und der Sowjetmacht die Tendenz zu einer Abweichung aufkommt, die sie ins Fahrwasser einer kleinbürgerlichen Politik neuer Art führt. Sollte diese Tendenz verwirklicht werden, so würde die Arbeiterklasse aufhören, die Führerin, die Trägerin der Hegemonie in der sozialistischen Revolution zu sein ... Im Falle der Ablehnung einer aktiv proletarischen Politik würden die Errungenschaften der Arbeiter- und Bauernrevolution anfangen, zu einem System des Staatskapitalismus und der kleinbürgerlichen Wirtschaftsverhältnisse zu erstarren."(26)**

25 L. Trotzki: **Arbeit und Disziplin werden die Sowjetmacht retten**, Berlin 1919, S. 10 u. 12.

Die linke Opposition versuchte, gegen Lenin selbst die Prinzipien aus "Staat und Revolution" zu verwenden, ohne den Gegensatz von politischer Rätekonzeption und staatskapitalistischen Wirtschaftsprogramm lösen zu können. Die Schriften Ossinskis (stroitelstvo socialisma), Bucharins (Ökonomie der Transformationsperiode) und Preobrashenskis (Die Rolle des Geldes in der proletarischen Diktatur) bleiben diesem Gegensatz verhaftet. Die Diskussion über eine revolutionäre Technologie, über das Verhältnis Wissenschaft und Arbeiterkontrolle, von Zentralisation der Wirtschaft und Dezentralisation der proletarischen Organe der Kontrolle (deren Wechselwirkung), über den Inhalt von zentralen Erziehungskampagnen, die zugleich als antibürokratische Kampagnen auf den Apparat zurückwirken, wird nur in schwachen Ansätzen geführt. Lenin kann deshalb in seiner Antwort an die linken Kommunisten formulieren, daß die Organisation der Gesellschaft nach den Kriterien des Staatskapitalismus im Verhältnis zur Lage nach der Oktoberrevolution einen gewaltigen Schritt vorwärts bedeute und daß ihre Kritik am System der staatskapitalistischen Organisation in Sowjetrußland beweise, daß sie das Problem des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht begriffen haben:

> "Was bedeutet das Wort Übergang? Bedeutet es nicht in Anwendung auf die Wirtschaft, daß in der betreffenden Gesellschaftsordnung Elemente, Teilchen, Stückchen, sowohl des Kapitalismus als auch des Sozialismus vorhanden sind .... Zählen wir diese Elemente auf:
> 1. die patriarchische Bauernwirtschaft, die im hohen Grade Naturalwirtschaft ist;
> 2. die kleine Warenproduktion
> 3. der privatwirtschaftliche Kapitalismus
> 4. der Staatskapitalismus
> 5. der Sozialismus." (27)

Hier sind die noch einmal all die Stufen der Akkumulation des Kapitals aufgezeichnet, die in ihrer Ungleichzeitigkeit in der russischen Gesellschaft wirken. Lenins konsequenter Schluß dieser Gesellschaftsbetrachtung ist, daß nicht zwischen der vierten und fünften Stufe ein qualitativer Unterschied bestehe, hier übernimmt er die Interpretation des Finanzkapitals durch Hilferding, sondern daß der Hauptkampf zwischen Kleinbourgeoisie, privatwirtschaftlichem Kapitalismus und Staatskapitalismus und Sozialismus entbrenne. Beide Organisationstypen stehen gegen das Wertgesetz der Warenwirtschaft. In dieser Situation kommt es darauf an, die Masse der Bauern zu neutralisieren und tendenziell für den Sozialismus zu gewinnen:

> "Solange in Deutschland die Revolution noch mit der Geburt säumt, ist es unsere Aufgabe, vom Staatskapitalismus der Deutschen zu lernen, ihn mit aller Kraft zu übernehmen, keine diktatorischen Methoden zu scheuen, um diese Übernahme noch stärker zu beschleunigen, als Peter die Übernahme der westlichen Kultur durch das barbarische Rußland beschleunigte, ohne dabei vor barbarischen Methoden des Kampfes gegen die Barbarei zurückzuschrecken."(28)

Es kam mir bei der Skizzierung des "russischen Marxismus" darauf an, zu kennzeichnen in welchem Grad der Marxismus in der konkreten geschichtlichen Situation durch die Klassenkämpfe zur revolutionären Wissenschaft wird oder in welchem Grad er verflacht zur allgemeinen ökonomischen, soziologischen und philosophischen Lehre. Die Durchführung der Rätedemokratie ist nicht nur abhängig vom Stand der Produktivkräfte, sondern auch von der Radikalität der Arbeiter und Wissenschaftler, vom Selbstbewußtsein der Avantgarde, die in den Phasen des Nachlassens der revolutionären Spontaneität der Massen diese Spontaneität neu entfachen müssen. Unter diesen Aspekten soll im nächsten Beitrag die westeuropäische, speziell die deutsche Rätebewegung, betrachtet werden. Die Kritik der Rätetheorien und Interpretationen der Rätebewegungen wird nach den Maßstäben der Kritik der bürgerlichen Ideologie durchzuführen sein, weil diese Theorien nicht zufällig die Vorurteile und Ideologien des Nachkriegsdeutschlands aufnehmen, um so die "Wahre Rätedemokratie" dem Kommunismus entgegenzustellen, das Konzept der "dritten Revolution" abzuleiten, oder die Versuche der Rätedemokratie anderer historischer Perioden zu konfrontieren mit der modernen Industriegesellschaft in der Bundesrepublik, um dann die Undurchführbarkeit zu konstatieren oder den Beginn eines totalitären Systems zu behaupten, flüchtet man sich nicht von vornherein in abstrakte Gesetze der 'Oligarchisierung' oder in den Zweifel, daß der 'Mensch als solcher' den Anforderungen dieser Rätedemokratie niemals gewachsen sein wird. In der Studentenrevolte in Deutschland und in den Generalstreiks in Frankreich und Italien werden die Strukturen der sozialistischen Gesellschaft durch die Aktionen aufgezeigt. In ihnen ist mehr Wahrheit enthalten als in allen Theorien über die Räte.

---

26 zitiert nach Daniels: **Gewissen der Revolution,** Berlin 1962, S. 110.

27 Lenin, Werke, Bd. 27, S. 327.

28 Lenin, ebd. 333.

Wolfgang Müller

Habermas und die Anwendbarkeit der Arbeitswerttheorie

Vor allem an zwei Punkten hält Habermas die Marxsche Theorie für revisionsbedürftig: die Kategorien von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen seien heute durch die allgemeineren von Arbeit und Interaktion zu ersetzen, und die "Arbeitswerttheorie"(1) sei in der Marxschen Fassung nicht mehr anwendbar, sondern bedürfe der Ergänzung durch eine zweite Mehrwertquelle, seitdem Technik und Wissenschaft zur ersten Produktivkraft angewachsen seien. Die Revision der Wertlehre hat Habermas zum ersten Mal vor bald 10 Jahren in einem Vortrag vor der Züricher Philosophischen Gesellschaft formuliert und kürzlich als offenbar festen Bestandteil seiner Marxrevision wiederholt(2), und zwar auch in praktischer Absicht auf dem Frankfurter Schüler- und Studentenkongreß im Juni 1968, wo er eine von ihm dem SDS zugeschriebene Grundüberzeugung durch den Hinweis auf die fehlende empirische Bestätigung der "Arbeitswerttheorie" zu erledigen suchte:

> "Zunächst spielt die Überzeugung eine Rolle, als sei bewiesen, daß der staatlich geregelte Kapitalismus vor grundsätzlich unlösbaren Problemen der Verwertung des Kapitals stehe. Marx hatte seine Krisentheorie aus Grundannahmen der Arbeitswerttheorie abgeleitet. Ich kenne keine empirische Untersuchung des gegenwärtigen Wirtschaftssystem, die auf einer Anwendung der Arbeitswerttheorie beruht. Deren Geltung müssen wir dahingestellt sein lassen."(3)

Wie die meisten der theoretischen Grundthesen Habermas' ist auch seine Revision der "Arbeitswerttheorie" bisher nicht in einem öffentlichen Diskussionszusammenhang der kritischen Erörterung unterworfen worden. Vielmehr besteht die Tendenz, diese und andere Grundannahmen zur nicht weiter in Frage gestellten Basis einer 'linken Schule" werden zu lassen(4). Der folgende Beitrag ist in der Absicht geschrieben, einige Anregungen zur Kritik an der Habermas'schen Revision der "Arbeitswertlehre" zu geben und damit zu einer Diskussion über weitere Thesen aufzufordern, die seit längerem zum Fundus einer linken Kapitalismuskritik in der Bundesrepublik zu werden scheinen. Auf dem hier zur Verfügung stehenden Raum können natürlich nur Ansätze vorgelegt werden; daher auch die vielfach bloß philologische Kritik anhand der Marxschen Texte - immer noch leidet die Diskussion über seine Kritik der politischen Ökonomie unter zahlreichen simplen, freilich in der Tradition tief verwurzelten Fehlinterpretation, die durch pünktliche freilich methodisch reflektierte Lektüre aufgeklärt werden können. Eine umfassende Kritik müßte den Marxschen Wertbegriff entfalten und zugleich die Geschichte seiner Mißverständnisse (die natürlich keineswegs als bloß geistesgeschichtliche aufzufassen sind) durch die Tradition hindurch verfolgen, auf die sich Habermas bezieht; weiterhin wäre die Bedeutung seines Revisionsversuches für seine Auffassung des Verhälsnisses von Politik und Ökonomie im heutigen Kapitalismus und für seine Neuinterpretation des Verhältnisses von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen im einzelnen zu klären. Damit ist eine Aufgabe formuliert, die in dem Sammelband "Die Linke antwortet Habermas" nur

---

1 Der Begriff ist in Anführung gesetzt, weil er nicht von Marx stammt, sondern vielmehr das Versteinerungsprodukt einer reduzierten Rezeption der Marxschen Kritik der Ökonomie ist; ähnliches gilt für "das Wertgesetz" und "die Wertlehre".

2 Der Vortrag erschien in ausgearbeiteter Fassung unter dem Titel "Zwischen Philosophie und Wissenschaft – Marxismus als Kritik" in seiner Aufsatzsammlung **Theorie und Praxis** (Neuwied und Berlin 1963, S. 162-214; im folgenden angeführt als **Theorie und Praxis**); seine Kritik an der Arbeitswerttheorie im Abschnitt "Die ökonomische Begründung der Welt als Krisenzusammenhang" (S. 188-200). Auf diese ausführlichste Darlegung werde ich mich im folgenden stützen. Habermas wiederholt seine Thesen in: "Technik und Wissenschaft als 'Ideologie'? " in: **Merkur**, Juli/August 1968, S. 608, vgl. 605 (jetzt auch in der Aufsatzsammlung gleichen Titels, Frankfurt (edition suhrkamp Nr. 287) 1968, S. 79 f, vgl. 73 f).

3 Zuerst in einer vom Autor erweiterten Fassung und unter dem Titel "Die Scheinrevolution und ihre Kinder" veröffentlicht in der **Frankfurter Rundschau** (5.6.1968), von dieser auch als kostenloser Sonderdruck verbreitet; jetzt in: **Die Linke antwortet Jürgen Habermas**, Frankfurt (Europ. Verlagsanstalt) 1968, S. 5 - 15, hier S. 9 f.

4 Vgl. z. B. J. Bergmann, "Technologische Rationalität und spätkapitalistische Ökonomie", in: **Antworten auf Herbert Marcuse**, hg. v. J. Habermas, Frankfurt (edition suhrkamp Nr. 263), S. 89 ff (S. 90: "Mithin ist die Arbeitswertlehre ... zur Erklärung sozial-ökonomischer Vorgänge im gegenwärtigen Kapitalismus kaum mehr tauglich."), oder C. Rolshausen: "Monopolkapital und Werttheorie", in: **Neue Kritik** Nr. 42/43 (Frankfurt 1967) S. 25 f. und erneut in: **Die Linke antwortet Habermas**, a.a.O., S. 144 f.

von einzelnen Autoren und auch von diesen nur programmatisch andeutend geleistet worden ist[5]. Die Habermas'sche Auffassung der Wertlehre ist stark von der Einschätzung der "Labour theory of value" durch die englische Linkskeynesianerin Joan Robinson beeinflußt. Es ist daher notwendig, einige der Grundannahmen Robinsons wenigstens kursorisch zu referieren und dem Marxschen Ansatz zu konfrontieren, um von Habermas nicht geklärte Voraussetzungen bei der Interpretation der "Arbeitswertlehre" auszusprechen. Habermas bezieht sich auf einige Kapitel des zuerst 1942 veröffentlichten Bändchens mit dem Titel "An Essay on Marxian Economics"[6]. Bereits das Einleitungskapitel dieser Arbeit läßt erkennen, daß der wesentliche Mangel der Robinson'schen Marx-Auffassung ihre naiv-positivistische Methode, oder besser Methodenlosigkeit ist, mit der sie alles dem gesunden Menschenverstand nicht Verdauliche als "Hegelian stuff and nonsense" eliminiert. In diesem ersten Kapitel werden dem mit der Marxschen "Terminologie" nicht vertrauten Leser auf knapp drei Seiten "definitions" präsentiert[7]:

> "Marx divides the net product of industry (!) into two parts: **variable capital** and **surplus**. Variable capital (v) is the wages bill. Surplus (s), which covers net profit, interest and rent, is the excess of net product over wages."

usw. (S.6). Robinson läßt erkennen, daß solche "Definitionen" für sie beliebige Veranstaltungen des forschenden Subjekts sind: "Whatever inward meaning the conception or value may have had for a student of Hegel, to a modern English reader it is purely a matter of definition." (S.13). Entsprechend dieser methodologisch nicht weiter reflektierten Einstellung ist für sie der Ausgangspunkt des Kapital und dessen erster und zweiter Band insgesamt "purely dogmatic" (S. 12, vgl. S. 14, S. 20 Anm. 1). Der innere Zusammenhang des 1. mit dem 3. Band, die Übergänge von der Ebene des Wertes und seiner quantitativen und qualitativen Analyse[8] über verschiedene Stufen zu den Erscheinungsformen der Marktpreise, also die strukturell-genetische und dialektisch-materialistische "Darstellung" des Kapital, sind von ihr in keiner Weise als Problem erkannt worden[9].

In einem 1954 veröffentlichten Aufsatz faßt Joan Robinson ihre Auffassung der Arbeitswertlehre und ihre Kritik wie folgt zusammen:

> "Die Werttheorie, mit der wir uns befassen, behandelt die normalen langfristigen Preise (die vorübergehenden Wirkungen wirtschaftlicher Störungen werden nicht berücksichtigt)."

In einem 1954 veröffentlichten Aufsatz faßt Joan Robinson ihre Auffassung der Arbeitswertlehre und ihre Kritik wie folgt zusammen:

> "Die Werttheorie, mit der wir uns befassen, behandelt die normalen langfristigen Preise (die vorübergehenden Wirkungen wirtschaftlicher Störungen werden nicht berücksichtigt)".

Der "normale Preis einer Ware" setzt sich zusammen aus Lohnkosten einschließlich der Kosten für Abnützung von Produktionsmitteln und aus Kapitalprofit gemäß der herrschenden Rate. Dies sei die "Marxsche 'Theorie der Produktionspreise'", tatsächlich "die Preistheorie von jedermann", mit "gutem Recht" werde sie "Arbeitswertlehre genannt". Allerdings: "Es gibt andere Teile der Marxschen Analyse, die nicht so leicht verdaulich sind" (gemeint ist vor allem Band I und II des Kapital, wo aus Gründen der "Darstellung" Werte und Preise gleichgesetzt sind); diese referiert sie kurz und durchaus falsch. Dem wirklichen Problem sei Marx mit einem "Wortdreh" ausgewichen; in seinem

---

5 Am umfassendsten von W. Abendroth, in: **Die Linke antwortet Habermas,** a.a.O., insbes. S. 135 f; vgl. schon seine beiläufige Bemerkung in: **Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie,** Neuwied und Berlin 1967, S. 478, Anm. 49.

6 J. Robinson: **An Essay on Marxian Economics,** London 1942 u.ö., im folgenden als **An Essay** zitiert nach dem Druck von 1952.

7 Eine ähnliche Aufgabe hat sie ihrem Vorwort zur englischen Übersetzung der **Akkumulation des Kapitals** von Rosa Luxemburg zugedacht (London 1951; gesondert in deutscher Übersetzung abgedruckt in: J. Robinson: **Über Keynes hinaus, Ausgewählte ökonomische Essays,** Wien usw. 1962, S. 75 ff).

8 Vgl. z. B. K. Marx: **Das Kapital,** Bd. 1, S. 54/64 (bei den Zitaten aus dem 1. Band des Kapital bezieht sich die vor dem Schrägstrich angegebene Seitenzahl auf die Volksausgabe, Berlin (Dietz Verlag) 1947 u.ö.; an zweiter Stelle steht die Seitenzahl der Werke **(MEW),** nach denen auch alle übrigen Stellen aus Arbeiten von Marx (mit Ausnahme der **Grundrisse**) angegeben sind).

9 Vgl. hierzu A. Schmidt: "Zum Erkenntnisbegriff der Kritik der politischen Ökonomie", in: **Kritik der politischen Ökonomie heute – 100 Jahre 'Kapital',** Frankfurt und Wien 1968, S. 30-43, sowie die dort wiedergegebenen Diskussionsbeiträge Schmidts; sowie J. Zelený: **Die Wissenschaftslogik bei Marx und Das Kapital',** Berlin (Akademie-Verlag) 1968, außerdem R. Rosdolsky: **Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen 'Kapital',** Frankfurt und Wien 1968, 2 Bände und K. Korsch, **Karl Marx,** Frankfurt und Wien 1967. Diese für das Verständnis der Marxschen Methode wichtigen Arbeiten werden im folgenden nur ausnahmsweise ausdrücklich angeführt.

"Wertbegriff sind die mystischen Elemente des Marxschen Gedankengutes konzentriert, die ihm über seine erklärbare Bedeutung hinaus einen Sinn verleihen."(10)

Die für den Marxschen Erkenntnisbegriff konstitutive Dialektik von Wesen und Erscheinung ist nach Joan Robinson bloße Metaphysik. Wenn sie von Wert spricht, meint sie grundsätzlich Preise, allerdings Produktions-, nicht Marktpreise; diese geben die Struktur von Angebot und Nachfrage wieder, jene die für die Produktion eines Gutes erforderliche Arbeitszeit usw. (Umgekehrt sind für Marx die im 3. Band des Kapital eingeführten Produktionspreise eigentlich Werte.) Eine Deckung von Wert und Preis tritt erst nach Überwindung der Knappheit bzw. bei überall elastischem Angebot und voller Mobilität ein. "Wenn diese Verhältnisse vorliegen, neigen die Preise dazu, sich in Marshalls Ausdrucksweise, auf dem 'normalen langfristigen Niveau' einzuspielen, oder, in Marxens Ausdrucksweise, den 'Produktionspreisen' zu entsprechen."(11) Das Wertgesetz bedeutet für Robinson daher im wesentlichen die durch "gerechte Preise" herbeigeführte Aufteilung der Ressourcen auf die Produktionsbereiche gemäß der Nachfrage(12) – eine Auffassung, die durchaus mit der zahlreicher marxistischer Ökonomen übereinstimmt.(13) Begriffe wie Wertschöpfung, Wertsumme usw. sind demnach auch für Robinson unmittelbar bezogen auf Summen von Preisgrößen je Zeiteinheit auf gesamtwirtschaftlicher Ebene oder in einzelnen Bereichen, obwohl sie hier infolge der Möglichkeit der Nichtübereinstimmung von "Werten" und "Preisen" bzw. Produktions- und Marktpreisen mit Verzerrungen rechnet. Damit entfernt sie sich jedenfalls nicht grundsätzlich vom gängigen Sprachgebrauch der akademischen Nationalökonomie, wonach etwa die Berechnungen des Sozialprodukts und aller kovarianten Größen sich auf die **Wertsumme** aller in einer Periode erzeugten Waren (Güter und Dienstleistungen) zu **Marktpreisen** beziehen.

Nach dem bisher Ausgeführten kann es nicht mehr überraschen, wenn Joan Robinson die Unterscheidung von Mehrwertrate und Profitrate als bloß definitorische Umständlichkeit Marx' erscheint:

> "The fact of exploitation makes profit possible, but there is no reason why the **rate** of exploitation should be treated as either logically or historically prior to the rate of profit. Logically, what is important is the total amount of surplus which the capitalist system succeeds in acquiring for the propertied classes, and there is no virtue in dividing that total by the amount of labour employed, to find the rate of exploitation rather than by the amount of capital, to find the rate of profit."(14)

Gerade die Zurückführung der für die Zirkulation typischen Bewußtseinsformen, von Zins, Unternehmereinkommen und Grundrente auf Profit, und wiederum des Profits auf den Mehrwert, ist für Marx der Weg von den Erscheinungen zur Wirklichkeit dieser Gesellschaft. Indem die Profitrate durch die Beziehung auf das gesamte eingesetzte Kapital berechnet wird, ist der Ursprung des Profits bereits verhüllt; in seiner Aufteilung in Zins, Unternehmerlohn und Rente wird diese Verhüllung vollendet(15).

Besonders folgenreich ist in unserem Zusammenhang die methodologische Harmlosigkeit von Joan Robinson im Hinblick auf die "Produktivität von Kapital und Wissenschaft".

---

10 J. Robinson: "Die Arbeitswertlehre" (engl. zuerst in: **Science and Society**, Frühjahr 1954), in: **Über Keynes hinaus, Ausgewählte ökonomische Essays**, Wien, Frankfurt, Zürich 1962, S. 63-73, hier 63-67. Vgl. hierzu und insgesamt zur Kritik Robinsons das Kapitel "Joan Robinsons Marx-Kritik" in dem in der vorigen Anmerkung angeführten Werk Rosdolskys (S. 626-652). – Werte und Preise gleichgesetzt: vgl. z. B. **Kapital** Bd. 1, S. 173/180, Anm. 37.

11 J. Robinson, "Die Philosophie der Preise", in: **Über Keynes hinaus**, a.a.O., S. 39-62, hier S. 50.

12 Ebda. S. 61.

13 Vgl. z. B. P.M. Sweezy, **Theorie der kapitalistischen Entwicklung**, dt. Ausgabe Köln 1959, S. 40 f. Die Vernachlässigung der Formbestimmungen und ihrer Veränderungen zugunsten der Untersuchung des Inhalts der Wertbestimmungen und ihrer Größenveränderungen ist eine einfache Formel, auf die man das verständnislose Zurückfallen vieler marxistischer Ökonomen hinter den Ansatz von Marx zusammenfassen kann. (Vgl. z. B. **Kapital** Bd. 1, S. 86/95, Anm. 32. Vgl. unten Anm. 29). Vgl. dagegen etwa Zelený (a.a.O. S. 138), der wohl ironisch bemerkt, das Wertgesetz "ist bekanntlich die Erfassung der gesetzmäßigen Entwicklung der immanenten Widersprüche der Waren- und der kapitalistischen Formen."

14 **An Essay** ..., S. 16.

15 Vgl. unten.

"Marx uses his analytical apparatus to emphasise the view that only labour is productive. In itself, this is nothing but a **verbal point.** Land and capital produce no **value**, for **value** is the product of labour-time. But fertile land and efficient machines enhance the productivity of labour in terms of real output . . . Whether we **choose to say** that capital is productive, or that capital is necessary to make labour productive, is **not a matter of much importance.** What is important is to say owning capital is not a productive activity. . . . Nowadays the divorce between ownership and enterprise is becoming more and more complete . . . Nowadays, therefore, it seems **simple to say** that **owning** property is not productive, **without entering into any logic-chopping disputes** as to whether land and capital are productive, and without **erecting a special analytical apparatus** in order to make the point. Indeed, **a language which compels us to say** that capital (as opposed to ownership of capital) is not productive rather obscures the issue. It is more cogent to say **that capital, and the** application **of science to industry, are immensely produktive,** and that the institutions of private property, developing into monopoly, are deleterious precisely because they prevent us from having as much capital, and the kind of capital, that we need."(16)

Zunächst erklärt Robinson die objektiven Marxschen Kategorien, deren dialektische Fortentwicklung von dem in der klassischen Ökonomie vorliegenden Stand sie nicht begriffen hat, für beliebige Nominaldefinitionen; sodann "wählt" sie den "analytischen Apparat", der sich im Hinblick auf seine "Anwendbarkeit" bei der "Wertberechnung" als "zweckmäßigeres" "Instrument"(17) erwiesen hat, nämlich für die praktischen Zwecke der entwickelten warenproduzierenden Gesellschaft. Gerade im unterschiedlichen Gewicht bei der Einschätzung dieses "verbal point" ist die fundamentale methodologische Differenz zwischen der bürgerlichen Wissenschaft der Ökonomie und ihrer Kritik durch Marx enthalten. Es wäre zu einfach zu sagen: nicht das Kapital, sondern die Arbeit ist produktiv, denn Kapital ist bloß die vergegenständlichte Arbeit der Vergangenheit; im Kapitalismus herrscht die tote über die lebendige Arbeit. Sondern der kritische Standpunkt ist für Marx erst dann erreicht, wenn nicht einfach die Unwahrheit dieser Verkehrung behauptet wird, sondern die Notwendigkeit dieser Verkehrung als notwendige Bewußtseinsform derjenigen Form der gesellschaftlichen Produktion, die ihre Produkte in der Warenform erzeugt, dargestellt wird. Es gehört gerade zum notwendigen Schein der kapitalistischen Warenproduktion, daß **alle Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit,** die zum größten Teil überhaupt erst in der Geschichte der kapitalistischen Produktionsweise entwickelt werden, **als dem Kapital angehörende Produktivkräfte erscheinen,** angefangen bei der Kooperation bis hin zur Wissenschaft; daß zumal die systematisch entwickelten "geistigen Potenzen" "Mächte des Kapitals über die Arbeit" werden(18), und zwar "unentgeltlich"(19).

"Da die lebendige Arbeit – durch den Austausch zwischen Kapital und Arbeiter – dem Kapital einverleibt ist, als ihm gehörige Tätigkeit erscheint, sobald der Arbeitsprozeß beginnt, stellen sich alle Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit als Produktivkräfte des Kapitals dar, ganz wie die allgemeine gesellschaftliche Form der Arbeit im Geld als Eigenschaft eines Dinges erscheint."(20)

Gegenüber dem "Fetischismus des Geldwesens"(21) ist die "Verdinglichung der gesellschaftlichen Produktionsbestimmungen und . . . Versubjektivierung der materiellen Grundlagen der Produktion"(22) hier jedoch entwickelter, beherrschender, komplizierter. So gut wie alle Formen der gesellschaftlich organisierten Arbeit stellen sich dar als Entwicklungsformen des Kapitals; daher stellen sich auch die "aus diesen Formen der gesellschaftlichen Arbeit entwickelten Produktivkräfte der Arbeit, daher auch Wissenschaft und Naturkräfte, als **Produktivkräfte des Kapitals**"

---

16 J. Robinson, **An Essay** ..., S. 17-19. Im Original sind nur die Wörter v a l u e und o w n i n g hervorgehoben. – Welche Folgen die ausschließliche Betrachtung der (privaten) **Eigentumsformen** des Kapitals im Unterschied von seinen **Funktionen** (als "Unternehmertätigkeit") hat, gerade heute angesichts zunehmender staatskapitalistischer Intervention, kann hier nicht ausgeführt werden.

17 Diese vier in Anführung gesetzten Begriffe werden von Habermas in entsprechendem Sinn verwendet.

18 **Kapital** Bd. 1, S. 444/446; vgl. K. Marx: **Theorien über den Mehrwert** (künftig angeführt als **Theorien**), Teil 1, Berlin (Dietz-Verlag) 1956, S. 355.

19 **Kapital** Bd. 1, S. 349/353 u.ö.

20 **Theorien** Teil 1, S. 353.

21 **Theorien** Teil 1, S. 353, vgl. **Kapital** Bd. 1, 1. und 2. Kapitel.

22 **Kapital** Bd. 3, S. 887; vgl. **Theorien** Teil 1, S. 354, auch **Deutsche Ideologie, MEW** Bd. 3, S. 74.

dar[23]. Dagegen Joan Robinson: "Es ist überzeugender zu sagen, daß sowohl Kapital als auch die Anwendung der Wissenschaft auf die Industrie unendlich produktiv sind."[24] Und Habermas:

> "So werden Technik und Wissenschaft zur ersten Produktivkraft, womit die Anwendungsbedingungen für Marxens **Arbeitswerttheorie** entfallen. Es ist nicht länger sinnvoll, die Kapitalbeträge für Investitionen in Forschung und Entwicklung auf der Grundlage des Wertes der unqualifizierten (einfachen) Arbeitskraft zu berechnen, wenn der wissenschaftlich-technische Fortschritt zu einer unabhängigen Mehrwertquelle geworden ist, gegenüber der die von Marx allein in Betracht gezogene Quelle des Mehrwerts: die Arbeitskraft der unmittelbaren Produzenten, immer weniger ins Gewicht fällt."(25)

Für Marx dagegen drückt sich in der Form des Werts der Ware auf elementarster Stufe die widersprüchliche Form aus, in der in einer warenproduzierenden Gesellschaft der gesellschaftliche Zusammenhang der Einzelarbeitern hergestellt ist. Der Wert und seine Form ist daher für ihn die Zentralkategorie jeder Gesellschaft, in der die Produktion des Arbeitsprodukts als Ware vorherrscht und von dieser Beziehung her sich tendenziell sämtliche Gegenständlichkeitsformen unterwirft. Die Entwicklung der in dieser Form enthaltenen Widersprüche verfolgt er auf den verschiedenen Ebenen, auf denen sie sich in immer entwickelteren Formen lösen, oder vielmehr bewegen[26]. Mit dieser Untersuchung der Formen überschritt **Marx** die Schranke, an der **Ricardo** im wesentlichen angehalten hatte[27]; jedoch vernachlässigt er demgegenüber keineswegs die quantitativen Beziehungen der Wertgrößen bzw. der ihnen entsprechenden Größen (z.B. Produktionspreise) auf weniger abstrakten, den Erscheinungen von Markt und Konkurrenz näheren Ebenen; auch verzichtet er nicht darauf, die wenigstens "in letzter Instanz"[28] bestehenden quantitativen Beziehungen zwischen Wert- und Preisgrößen zu klären. Doch ist die theoretisch aufhebbare Unmöglichkeit, mit einem gegebenen empirischen Material auf der Ebene der Preise (zumal angesichts fortgesetzter Inflationsbewegungen, wiederholter geplanter und planloser Entwertung usw.) diese Beziehungen exakt nachzuweisen, keineswegs ein grundsätzlicher Einwand gegen den Marxschen Wertbegriff. Noch weniger ist die mangelhafte Anwendbarkeit der "Arbeitswertlehre" bei der Berechnung der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung, also einem rein quantitativen Problem an der Oberfläche der Preise, ein ernstzunehmender Einwand gegen den Begriff des Wertes[29]. Die spezifische Form der Produktion, in der das Arbeitsprodukt vorherrschend als Ware erzeugt wird, ist in ihrer "Zelle", der Wertform der Ware mit allen ihren **möglichen**[30] Widersprüchen resümiert; solange diese Form der Produktion herrscht, muß der Reichtum mit dem "Maß der Werte"[31] gemessen werden, so widersprüchlich und "unzweckmäßig" dies auch angesichts des enormen "wirklichen Reichtums", der Masse der aufgehäuften bzw. sogar systematisch vernichteten Gebrauchswerte sein mag.

Für Joan Robinson ist wie für alle bürgerlichen Ökonomen Kapital nur ein Ding, angesammelter materieller Reichtum oder die Verfügung darüber als Geld, aber nicht mehr ein spezifisches, historisch entstandenes gesellschaftliches Verhältnis, Eigentum, das notwendig auf Nichteigentum und Lohnarbeit beruht, das entsteht und weiterwächst als Unterwerfung der lebendigen unter die tote Arbeit. Mit ihrem Kapitalbegriff läßt sich der bereits vergegenständlichte Reichtum aller Gesell-

---

23 **Theorien** Teil 1, S. 354. Unter der Überschrift "Produktivität des Kapitals" findet sich hier (S. 353-356) die umfassendste Herausarbeitung dieses Gesichtspunkts; im **Kapital** ist er an verschiedenen Stellen, meist nur kurz zusammenfassend zu finden, z. B. **Kapital** Bd. I, S. 349/353, Bd. 3, S. 835 f, obwohl er natürlich ein ganz wesentlicher Grundgedanke etwa des Abschnitts über die Produktion des relativen Mehrwerts ist, eben die "Personifizierung der Sache und Versachlichung der Person" (**Theorien** Teil 1, S. 354), die auf ihrer einfachsten Stufe in der Warenform des Arbeitsprodukts am Anfang des **Kapital** und auf immer weniger durchschaubaren Stufen im weiteren Gang der Darstellung untersucht wird.

24 **An Essay** ..., S. 19.

25 "Technik und Wissenschaft als Ideologie? " a.a.O., S. 608 bzw. 79 f; dazu erwähnt Habermas die Schrift des slowakischen Ökonomen E. Löbl: **Geistige Arbeit – die wahre Quelle des Reichtums,** Düsseldorf 1968. Vgl. auch **Theorie und Praxis,** S. 194.

26 "Bewegungsformen": vgl. z. B. **Kapital** Bd. 1, S. 109/118, 110/119, 119/128.

27 Vgl. Wenige Seiten weiter unten die Ausführungen zur Wertform und zum Doppelcharakter der Ware.

28 **Kapital** Bd. 1, S. 173 f./180 f. Anm. 37.

29 "The problem of finding a measure of real output – a measure which in the nature of the case must contain a certain arbitrary element – is not solved by reckoning in terms of **value**, for the rate of exchange between **value** and output is constantly altering." J. Robinson, An Essay ..., a.a.O., S. 20, vgl. Habermas zustimmend, **Theorie und Praxis** S. 194, Anm. 2.

30 Vgl. die Ausführungen gegen Ende dieses Aufsatzes.

31 Vgl. die folgenden Seiten.

schaftsformen erfassen, und daher ist es auch nicht erstaunlich, daß Robinson die tatsächliche Größengleichheit von Wert und Preis, und damit die Voraussetzung für die "Anwendbarkeit" der "Arbeitswerttheorie" erst in der "sozialistischen Wirtschaft" gegeben sieht, andererseits aber zeigen möchte "that no point of substance in Marx's argument depends upon the labour theory of value."(32) Die Arbeitswerttheorie ist für Robinson eine Theorie, die sich empirisch bei der Berechnung und Regelung von Preisgrößenproportionen bewähren kann, die man aber auch bei Nichtbewährung durch besser anwendbare ersetzen kann. Die an der Oberfläche der Zirkulation funktionierenden Kategorien der Kapitalverwertung sind für Joan Robinson so sehr zu den einzig denkmöglichen geworden, daß sie jeden gesellschaftlichen Arbeitsprozeß in den Kategorien einer "economy", nämlich des Verwertungsprozesses bzw. der Begriffe Geld, Kapital, Lohn, Preis usw. begreifen muß eine von Marx in vielen Einzelfällen und vor allem im Grundsätzlichen "kritisch" nachgewiesene Beschränktheit der bürgerlichen Ökonomie. Der in jeder menschlichen Gesellschaft notwendige Realprozeß der Gebrauchswerterzeugung erscheint ihr einzig in den Formen des Verwertungsprozesses, der in dieser spezifischen Gesellschaft zum einen der Realprozeß erst ermöglicht, diesen zum andern aber der Herrschaft seiner Kategorien unterworfen hält. Joan Robinson fehlen daher die Kategorien, die möglichen und die wirklichen Widersprüche zwischen dem Arbeitsprozeß und dem Verwertungsprozeß, deren historischen und "logischen" Ursprung ebenso wie deren Tendenzen zu begreifen. Insoweit Habermas sich ihr anschließt, gilt dieses Urteil auch für ihn.(33)

Habermas belegt seine von Robinson zumindest wesentlich angeregte These, daß die Marxsche Arbeitswerttheorie ungeeignet sei, den Einfluß zumal der wissenschaftlichen Vorbereitungsarbeiten auf die Wertbildung zu erfassen, mit einem angeblich apokryphen Zitat aus einer von Marx selbst nicht veröffentlichten Vorarbeit zum Kapital, den Grundrissen, das inzwischen einige Berühmtheit, nicht jedoch unbedingt angemessenes Verständnis gefunden hat. An dieser Stelle findet sich nach Habermas

> "eine sehr interessante Überlegung, aus der hervorgeht, daß Marx selbst einmal die wissenschaftliche Entwicklung der technischen Produktivkräfte als mögliche Wertquelle angesehen hat. Die arbeitswerttheoretische Voraussetzung, daß das 'Quantum angewandter Arbeit der entscheidende Faktor der Produktion des Reichtums sei' (S.592), schränkt er dort nämlich ein: 'In dem Maße, wie die große Industrie sich entwickelt, wird die Schöpfung des wirklichen Reichtums abhängig weniger von der Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit (!), als von der Macht der Agenzien, die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden und die selbst wieder in keinem Verhältnis steht zur unmittelbaren Arbeitszeit, die ihre Produktion kostet, sondern vielmehr abhängt vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fort-

---

32 **An Essay** ..., S. 22 f. (Die Verwirklichung der Arbeitswerttheorie erst im Sozialismus ist natürlich nicht der "Glaube" von Marx, sondern von Robinson. Vgl. auch die scharfe Kritik Rosdolskys an Robinsons zumindest oberflächlicher Aneinanderfügung unzusammenhängender Zitate – was zugleich ein Maßstab für Robinsons Unfähigkeit, Marx zu verstehen, ist – a.a.O., S. 640.)

33 Habermas' Mißverständnis für die umfassende Intention der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie wird auch aus folgender Äußerung deutlich: "Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts hatte sich in England und Frankreich die kapitalistische Produktionsweise so weit durchgesetzt, daß Marx den institutionellen Rahmen der Gesellschaft in den Produktionsverhältnissen wiedererkennen und zugleich die Legitimationsgrundlage des Äquivalententausches kritisieren konnte. Er hat die Kritik der bürgerlichen Ideologie in Form der **Politischen Ökonomie** durchgeführt: seine Arbeitswerttheorie zerstörte den Schein der Freiheit, mit dem das Rechtsinstitut des freien Arbeitsvertrages das dem Lohnarbeitsverhältnis zugrunde liegende Verhältnis sozialer Gewalt unkenntlich gemacht hatte." (Technik und Wissenschaft als Ideologie? a.a.O. S. 604 f bzw. S. 73 f). Die Aufdeckung der hinter den Kategorien Lohn bzw. Profit versteckten wirklichen Beziehungen mag die zentrale Intention Marx' sein – sie ist jedenfalls nicht die einzige; vielmehr wird sie erst möglich, indem systematisch der Zusammenhang von Vermittlungen von der "Oberfläche" zur "Kerngestalt" hergestellt wird. In der Darstellung des gleichen Zusammenhanges in seinem Buch **Erkenntnis und Interesse** (Frankfurt 1968, S. 81-83) zitiert Habermas einen berühmten Absatz aus dem Abschnitt über den Fetischcharakter der Ware (**Kapital** Bd. 1, S. 77 f/86 f), übersieht aber, daß Marx diese Sätze ausdrücklich auf die **Warenproduktion** bzw. die Geldform der Ware bezieht – über den Klassenantagonismus bzw. seine Verhüllung durch die Ideologie des gerechten Äquivalententausches sagt der 1. Abschnitt des **Kapital** noch nichts aus; es ist **nicht** das "Institut des freien Arbeitsvertrages, das der produktiven Tätigkeit die Warenform überstülpt" (**Erkenntnis u. Interesse**, S. 81), und die "Fetischisierung der wahren gesellschaftlichen Beziehungen" (ebda. S. 82) beginnt wieder erst mit der liberalen bürgerlichen Marktgesellschaft, noch wird sie mit der (angeblich später erst einsetzenden) "staatlichen Regelung" des Kapitalismus von einer anderen Legitimation ersetzt. Vielmehr könnte man behaupten, daß der arbeitsrechtlich bzw. sozialstaatlich mit "mehr Gerechtigkeit" organisierte Verkauf der Ware Arbeitskraft diese spezifisch verhüllte Form der Aneignung von Mehrarbeit in zeitgemäßer Weise befestigt.

schritt der Technologie, oder der Anwendung dieser Wissenschaft auf die Produktion.' (S.592) Diesen 'revisionistischen' Gedanken hat Marx dann freilich fallengelassen, er ist in die endgültige Fassung der Arbeitswerttheorie nicht eingegangen."(34)

Bereits eine genauere Lektüre des gesamten Abschnitts, aus dem der zitierte Satz stammt, scheint die Habermas'sche Auslegung in Frage zu stellen. Dieser Abschnitt umfaßt reichlich zwei Seiten und wird von Marx selbst in den "Referaten zu meinen eigenen Heften" mit dem Satz "Widerspruch zwischen der Grundlage der bürgerlichen Produktion (Wertmaß) und ihrer Entwicklung selbst. Maschinen etc." resümiert(35). Die **innere Widersprüchlichkeit** der auf der Warenform des Arbeitsprodukts beruhenden Produktion und die äußerste, schließlich zum Zusammenbruch dieser besonderen Produktionsform drängende Zuspitzung dieses Widerspruchs ist der Grundtenor des gesamten Abschnitts, ohne den jeder einzelne Satz nicht zu verstehen ist. Schon der Einleitungssatz verweist auf jenen Widerspruch, der als Einheit von Gebrauchswert und Wert in der Ware gegeben ist und der im Verhältnis zweier Waren seine einfachsten Formen entfaltet(36):

> 'Der Austausch von lebendiger Arbeit gegen vergegenständlichte d. h. das Setzen der gesellschaftlichen Arbeit in der Form des Gegensatzes von Kapital und Lohnarbeit – ist die letzte Entwicklung des **Wertverhältnisses** und der auf dem Wert beruhenden Produktion."(37)
>
> "Ihre Voraussetzung" (also der Warenproduktion) "ist und bleibt – die Masse unmittelbarer Arbeitszeit, das Quantum angewandter Arbeit als der entscheidende Faktor der Produktion des Reichtums. In dem Maße aber(38), wie die große Industrie sich entwickelt, wird die Schöpfung des **wirklichen**(39) Reichtums abhängig weniger von der Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit, als von der Macht der Agentien, die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden und die selbst wieder – deren powerful effectiveness – selbst wieder in keinem Verhältnis steht zur **unmittelbaren** Arbeitszeit, die ihre Produktion kostet, sondern vielmehr abhängt vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie, oder der Anwendung dieser Wissenschaft auf die Produktion. (Die Entwicklung dieser Wissenschaft, besonders der Naturwissenschaft und mit ihr aller andren, steht selbst wieder im Verhältnis zur Entwicklung der materiellen Produktion.) Die Agrikultur z.B. wird bloße Anwendung der Wissenschaft des materiellen Stoffwechsels, wie er am vorteilhaftesten zu regulieren für den ganzen Gesellschaftskörper. Der **wirkliche**(39) Reichtum manifestiert sich vielmehr – und dies enthüllt die große Industrie – im ungeheuren **Mißverhältnis**(39) zwischen der angewandten Arbeitszeit und ihrem Produkt, wie ebenso im qualitativen **Mißverhältnis**(39) zwischen der auf eine reine Abstraktion reduzierten Arbeit und der Gewalt des Produktionsprozesses, den sie bewacht."(40)

Was für Habermas eine Einschränkung der "arbeitswerttheoretischen Voraussetzung", ist für Marx der Ausdruck jenes Widerspruchs, der mit der "letzten Entwicklung ... der auf dem Wert beruhenden Produktion"(41) gegeben ist. Marx spricht selbst aus, daß der wirkliche Reichtum immer weniger Ergebnis der unmittelbar im Produktionsprozeß geleisteten Arbeit ist, daß aber unter Verhältnissen der Warenproduktion die Menge der dort unmittelbar angewandten Arbeit zum Maß des Reichtums, und damit des **Wert**-Reichtums gemacht wird. Der **wirkliche** Reichtum ist immer mehr das Ergebnis der bereits produzierten Produktivkraft und insbesondere der "Enormen Entwicklung of scientific powers"(42), d.h. aber auch der Aneignung dieser "allgemeinen Produktivkraft", der Beherrschung der technischen Prozesse, die den Austausch mit der Natur vermitteln, bzw. der dafür erforderlichen kooperativen Lebensformen des gesellschaftlichen Individuums.(43) Aber gerade diese Entwicklung des wirklichen Reichtums und der in der Warenproduktion unvermeidliche Zwang, diesen Reichtum als Wert zu messen, ist der Widerspruch den Marx in dem von Habermas herangezogenen Abschnitt herausarbeitet.

---

34 Theorie und Praxis, S. 191 f.

35 K. Marx, **Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie** (Rohentwurf) 1857-58, mit Anhang 1850-1859, Moskau 1939/41, Berlin (Dietz-Verlag) 1953 (künftig angeführt als **Grundrisse**), S. 963, vgl. S. XIV. – Die hier vorgetragene Interpretation bestätigt sich, wenn man den Abschnitt mit der angeführten Überschrift in den Zusammenhang verwandter Abschnitte in den **Grundrissen** stellt, z.B. S. 582-90, 631 ff.

36 Vgl. **Kapital** Bd 1, S. 52 ff/62 ff.

37 **Grundrisse** S. 592

38 **aber** im Zitat von Habermas (**Theorie und Praxis** S. 191) fortgelassen.

39 Keine Hervorhebung im Original.

40 **Grundrisse** S. 592.

41 **Grundrisse** S. 592.

42 **Grundrisse** S. 635.

43 "Denn der wirkliche Reichtum ist die entwickelte Produktivkraft aller Individuen. Es ist dann keineswegs mehr die Arbeitszeit, sondern die disposable Time das Maß des Reichtums." **Grundrisse** S. 596. Vgl. auch **Kapital** Bd. 3, S. 828.

„Das Kapital ist selbst der prozessierende Widerspruch dadurch, daß es die Arbeitszeit auf ein Minimum zu reduzieren strebt(44), während es andererseits die Arbeitszeit als einziges Maß und Quelle des Reichtums setzt. ... Nach der einen Seite ruft es also alle Mächte der Wissenschaft und der Natur, wie der gesellschaftlichen Kombination und des gesellschaftlichen Verkehrs ins Leben, um die Schöpfung des Reichtums unabhängig (relativ) zu machen von der auf sie angewandten Arbeitszeit. Nach der anderen Seite will es diese so geschaffenen riesigen Gesellschaftskräfte messen an der Arbeitszeit, und sie einbannen in die Grenzen, die erheischt sind, um den schon geschaffenen Wert als Wert zu erhalten."(45)

Marx ging es also keineswegs darum, der „unzweckmäßigen Indifferenz des werttheoretischen Instruments gegenüber dem Produktivitätszuwachs" durch einen „adäquateren Wertausdruck"(46) abzuhelfen. Der Wert steht von vornherein im Widerspruch zum Gebrauchswert (und als Wealth of the Nation, Volkseinkommen oder Jahressumme von „Gütern und Dienstleistungen" war er noch nie adäquater Ausdruck des wirklichen Reichtums, ja er bedeutete immer schon und historisch eher zunehmend Entbehrung und Armut des Volkes, wobei die Entbehrung zu messen ist am Maß ihrer objektiven Aufhebbarkeit). Die abstrakte Unterscheidung beider Eigenschaften der Ware, bzw. die Betrachtung des Gebrauchswerts als bloßer stofflicher Voraussetzung, als Träger des Werts findet Marx bei den klassischen Ökonomen vor und resümiert sie im 1. Abschnitt des 1. Kapitels des Kapital. Während aber seine Vorgänger (und zahlreiche seiner marxistischen Nachfahren) sich mit der Analyse der Größe des Werts begnügen und den Gebrauchswert aus der politischen Ökonomie verbannen, bezieht er in seinem Werk von Anfang an die Untersuchung des Gebrauchswertes mit ein, nämlich insoweit dieser formbestimmend ist(47). Erst indem er bewußt vom Doppelcharakter der Ware ausgeht, kann er die „ökonomisch falsche"(48) Auffassung, die Grenze jeder bürgerlichen Ökonomie und jedes Vulgärsozialismus, überschreiten und „mit klarem Bewußtsein die Arbeit, wie sie sich im **Wert** von derselben Arbeit, soweit sie sich im **Gebrauchswert** ihres Produkts darstellt"(49), unterscheiden. Wiederholt und nachdrücklich erklärt er den Nachweis der „zwieschlächtigen Natur der in der Ware enthaltenen Arbeit" für den „Springpunkt, um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht", für „das ganze Geheimnis der kritischen Auffassung"(50). Denn erst die bewußte Anerkennung dieses Doppelcharakters erlaubt die Untersuchung des Verhältnisses zwischen der konkret-nützlichen Arbeit als ewiger Naturnotwendigkeit des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur und der besonderen historischen Form ihrer Vergesellschaftung als abstrakt-menschlicher, wertbildender Arbeit. So wird der eigentliche Gegenstand der politischen Ökonomie die wirkliche, lebendige Arbeit, nämlich in ihrer konkreten, vom sich selbst verwertenden Wert unterjochten Form. Die Wertform des Arbeitsprodukts enthält der Möglichkeit nach bereits sämtliche Widersprüche, die die entwickelte Stufe dieser Form des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses charakterisieren; daher die ausführliche Analyse der **einfachen** Wertform, wie sie im Wertverhältnis zweier Waren erscheint: „Das Geheimnis **aller** Wertform steckt in dieser **einfachen Wertform**"(51). Umgekehrt ist die Vernachlässigung der Wertform zugunsten der Wertgröße bei den klassischen politischen Ökonomen nicht zufällig:

---

44 Im Original **stört** statt **strebt**.

45 **Grundrisse** S. 593. – In seinem Buch **Erkenntnis und Interesse** zitiert Habermas diesen Abschnitt (S. 70 f), um die Schranken der kapitalistischen Produktionsweise zu bezeichnen, revoziert also seine in **Theorie und Praxis** vertretene Auffassung; andrerseits bestätigt er sie, wenn er den Abschnitt **Grundrisse** S. 592 f dort ausführlich wiedergibt und ihn als "apokryphe Stelle" charakterisiert, die "in den parallelen Untersuchungen des **Kapitals**" nicht wiederkehrt (S. 66-68). Vgl. auch ebenda S. 66: Mit der "verwissenschaftlichten Produktion" wird "auch die Arbeitszeit und das Quantum aufgewandter Arbeit als Maß für den Wert der produzierten Güter (!) obsolet; der Bann des Materialismus, den die Knappheit der verfügbaren Mittel und der Zwang zur Arbeit über den Prozeß der Menschwerdung verhängen, wird gebrochen sein." Für Marx ist vielmehr die Arbeitszeit als einziges Maß des Werts der **Waren** charakteristisch für den Kapitalismus, auch bei Verwissenschaftlichung der Produktion.

46 Vgl. **Theorie und Praxis** S. 192.

47 Vgl. **Zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW** Bd. 13, S. 16. Vgl. auch Rosdolsky, K. Marx und das Problem des Gebrauchswerts in der politischen Ökonomie, a.a.O., als 3. Kapitel, S. 98 ff.

48 Vgl. K. Korsch, **Karl Marx**, a.a.O., S. 91. Zum folgenden ist das ganze Kapitel 6: Zur ökonomischen Theorie des Kapital (S. 87 ff) zu vergleichen.

49 **Kapital** Bd. 1, S. 85 f/94 f, Anm. 31.

50 **Kapital** Bd. 1, S. 46/56; Brief an Engels vom 8.1.1868, **MEW** Bd. 32, S. 11.

51 **Kapital** Bd. 1, S. 53/63.

„Die Wertform des Arbeitsprodukts ist die abstrakteste, aber auch allgemeinste Form der bürgerlichen Produktionsweise, die hierdurch als eine besondere Art gesellschaftlicher Produktion und damit zugleich historisch charakterisiert wird. Versieht man sie daher für die ewige Naturform gesellschaftlicher Produktion, so übersieht man notwendig auch das Spezifische der Wertform, also der Warenform, weiter entwickelt der Geldform, Kapitalform usw."(52)

Der Ausdruck „die Arbeitszeit als einziges Maß und Quelle des Reichtums setzen"(53) ist eine Umschreibung für die besondere Form der gesellschaftlichen Produktion, in der der wirkliche Reichtum nur in der Maske der Wertgröße, in der die konkrete Arbeit der Abstraktion qualitativ identischer, allgemein menschlicher Arbeit unterworfen ist. Diese Gleichgültigkeit gegenüber dem wirklichen Inhalt der Arbeit, zugleich die Enteignung der Produzenten und die Privatisierung des unbewußt immer noch, vielmehr zunehmend gesellschaftlichen Produktionsprozesses hatte nach Marx immerhin das Verdienst, „alle Mächte der Wissenschaft und der Natur wie der gesellschaftlichen Kombination und des gesellschaftlichen Verkehrs"(53) und damit auch die Voraussetzungen des Reichtums an Gebrauchsgütern ins Leben zu rufen - aber in dem Maß, wie sie zur Schranke dieser „so geschaffenen riesigen Gesellschaftskräfte"(53) wird, sie immer noch bloß als Werte wahrhaben will und dieser Erhaltung des Werts um seiner selbst willen die konkrete Wirklichkeit der bewußten, nützlichen Arbeit und damit auch höhere Formen ihrer bewußten gesellschaftlichen Kombination opfert, drängt sie auf eine andere, direkt und bewußt gesellschaftliche Form des menschlichen Lebenserhaltungsprozesses. Das ist die Marxsche Intention in dem Abschnitt über den Widerspruch zwischen der Grundlage und der Entwicklung der „bürgerlichen" Produktion, und dies ist die Grundintention seiner Kritik der politischen Ökonomie überhaupt. Wenn man Marx die Absicht unterstellt, eine „Theorie der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung"(55) formulieren und in diesem Sinn seine „für den Hochkapitalismus" „brauchbare" „Lehre" durch eine „zusätzliche Quelle der Wertbildung"(56) ergänzen möchte, wie es Habermas im Anschluß an Joan Robinson und übrigens durchaus in Übereinstimmung mit einer Tradition der marxistischen Ökonomie tut, so hat man den Autor des Kapital mißverstanden.

Daß Habermas die Rolle, die Marx Wissenschaft und Technologie als Produktivkraft einräumt, falsch einschätzt, läßt sich noch von einer anderen Seite her zeigen. Wenig nach der oben ausführlich zitierten Stelle sagt Habermas:

„Wie schon der Name des ‚Exploitationsgrads der Arbeit' zeigt, denkt Marx bei historischen Veränderungen der Mehrwertrate zunächst an jene physische Ausbeutung, die aus vorhandenen Arbeitskräften bei gleichbleibender Art der Arbeit einen wachsenden Anteil Mehrarbeit herauspreßt: an Beschleunigung der Arbeit und an Verlängerung der Arbeitszeit. Natürlich zieht er dann auch andere Methoden in Betracht: die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Rationalisierung der Arbeitsorganisation und eine Mechanisierung des Produktionsvorgangs. Aber auch diese Aneignung von Mehrarbeit begreift er noch nach dem groben Modell jener Ausbeutung: hier wie dort gilt die Mehrwertrate als eine Größe, die der Wertberechnung als ein naturgeschichtliches Datum zugrunde gelegt werden muß. So wenig etwa der physische Zwang, unter dem einst das Arbeitstempo beschleunigt worden sein mag, im Wertgesetz anders als eine ökonomisch selbst nicht weiter ableitbare Erhöhung der Mehrwertsrate zum Ausdruck gelangt, so wenig findet jene Arbeit, die die Methoden zur Rationalisierung entwickelt, einen adäquaten Wertausdruck. Der Wertausdruck des Gesamtkapitals ändert sich erst, wenn die angewandten Methoden Kapital beanspruchen - wie es bei fortschreitender Mechanisierung der Produktion allerdings der Fall ist."(57)

Es muß hier davon abgesehen werden, die aus dieser Stelle (und anderen) erkennbaren Mißverständnisse der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie im einzelnen zu erörtern: hier ist nur das hervorzuheben, was sich auf die Einschätzung der Wissenschaft bezieht. Die Rate des Mehrwerts bzw. der Exploitationsgrad der Arbeit bezeichnet das Verhältnis der Mehrarbeit zu jener Arbeit, die der Arbeiter zur fortgesetzten Erhaltung seiner „Rasse" leistet; die Verminderung der notwendigen gegenüber der vom Standpunkt des Arbeiters überflüssigen Arbeit ist das

52 Kapital Bd. 1, S. 86 f/95, Anm. 32; vgl. Nachwort zur 2. Auflage, ebda, S. 11 f/19 f.
53 **Grundrisse** S. 593.
54 ibid
55 Vgl. den Titel des Dritten Abschnittes in der von W. Hofmann besorgten Textsammlung **Wert- und Preislehre** (Sozialökonomische Studientexte, Bd. 3, Berlin 1964, S. 81): Die Vollendung der Arbeitswertlehre zur Theorie der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung: Karl Marx.
56 **Theorie und Praxis** S. 193.
57 **Theorie und Praxis** S. 192.

wesentliche Interesse des Kapitals und praktischer Handlungsantrieb seiner einzelnen Agenten. Aber als Kategorie erscheint im Bewußtsein des Kapitalisten bzw. seines Ökonomen nicht die Mehrwertrate, sondern die diese verhüllende Profitrate, in der der (zudem noch zwischen den verschiedenen Kapitalien auszugleichende) Gewinn auf das **gesamte** eingesetzte Kapital, also nicht nur auf seinen „variablen" Teil, bezogen ist. Die Vorgänge im Produktionsprozeß selbst erscheinen dem auf Verkauf ausgerichteten Kapitalagenten gebrochen in den Formen der Zirkulation, in der er als Konkurrent durch gewandte Wahrnehmung der „Chancen" und der „Konjunktur" des Marktes oder sogar dessen partielle Beherrschung anderen Konkurrenten den Gewinn abzujagen glaubt, und dies bei „glücklichem" Verkauf oder aufgrund seiner Vorzugsstellung auch wirklich tut ! im Durchschnitt aller Marktvorgänge heben sich jedoch die Gewinne gegenseitig auf, sofern freilich Äquivalententausch nd nicht z.B. ein durch Verschlechterung der Terms of Trade gegenüber den nichtentwickelten Ländern verzerrter Weltmarkt angenommen ist. Von dieser Durchschnittsannahme geht Marx aus; so kann er den wirklichen Inhalt des Profits auch als Kategorie aussprechen, indem er den Gewinn nicht auf das gesamte Kapital, sondern als Mehrwert auf den auf jeder einzelnen Stufe zum Ankauf von Arbeitskraft ausgegebenen Kapitalteil bezieht; der jeweils konstante Kapitalteil ist dagegen das Resultat vorausgegangener Akkumulation, Vermehrung des Werts um Mehrwert. (Die weitere Verselbständigung der Formen des Mehrwerts bleibt hier außer Betracht.) Die Untersuchung der Rate des Mehrwerts und ihrer quantitativen Veränderung bewegt sich also auf einer Ebene der Abstraktion, die hinter jenen an der Oberfläche erscheinenden Bewegungen liegt, die sich als Zwangsgesetze der Konkurrenz bzw. als individuelle Motivation im Bewußtsein des einzelnen Kapitalagenten bemerkbar machen[58]. Diese „sinnlich nicht wahrnehmbare"[59] Ebene der Bewegung ist von dem Phänomen der „volkswirtschaftlichen Wertschöpfung" zu unterscheiden, die nur die Ebene der Preise zum Ausdruck bringen kann. Allein für sie könnte Habermas' Forderung nach einem „adäquaten Wertausdruck" auch für die Produktivkraft Wissenschaft sinnvoll gestellt werden - eine Forderung, die a limine die Frage nach dem „wirklichen Reichtum" ausschließt.

Wenn man von diesem grundsätzlichen Einwand absieht und Habermas' Bedenken auf jene Ebene bezieht, auf der nach Marx die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion im Unterschied zu ihren äußeren Erscheinungsformen sich offenbaren, so wäre folgendes zu bemerken.

Habermas wendet ein, daß auch die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Rationalisierung und Mechanisierung (Marx: „Produktion des relativen Mehrwerts") nach dem Muster der „physischen Ausbeutung", also der Verlängerung des Arbeitstags zur Ausdehnung der Mehrwert schaffenden Arbeit (Marx: „Produktion des absoluten Mehrwerts") aufgefaßt werde; jene technischen und wissenschaftlichen Arbeitsleistungen, die die Mechanisierung und Rationalisierung des Arbeitsvorganges möglich machen, gingen nur insoweit in den „Wertausdruck des Gesamtkapitals" ein, als sie bei ihrer Anwendung tatsächlich Kapital beanspruchen, „wie es bei fortschreitender Mechanisierung der Produktion allerdings der Fall ist"[60]. Offenbar denkt Habermas an jene Kapitalkosten, die bei der Aufstellung produktiverer Maschinensysteme entstehen und den Anteil des konstanten Kapitalteils gegenüber dem variablen erhöhen[61]. Darin ist jedoch sehr wohl jedenfalls ein Teil der „Arbeit, die die Methoden zur Rationalisierung entwickelt"[62], als Wertgröße enthalten. Die Arbeit der Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler, die unmittelbar in der Vorbereitung und Überwachung der Produktion von Produktionsmitteln beschäftigt sind, geht dort als Aufwand für variables Kapital in den „Wertausdruck" ein[63] und

58 Vgl. **Kapital** Bd. 1, S. 331/335.

59 **Kapital** Bd. 1, S. 331/335 u.ö. Vgl. auch zusammenfassend das 48. Kapitel des 3. Bandes des **Kapital**: Die trinitarische Formel (insbes. S. 835 f).

60 **Theorie und Praxis** S. 192; vgl. S. 191: "Das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate würde mithin die Einführung arbeitssparender Maschinen erst dann spezifisch berücksichtigen, wenn in den Wertausdruck für das aufgestockte konstante Kapital auch der darin umgesetzte 'advance in technical knowledge' (Robinson) explizit einginge."

61 "Marx hat nie behauptet, daß die Ausbeutungsrate sich mit dem Kapitaleinsatz pro Kopf der beschäftigten Arbeiter verändere" usw. (Rosdolsky a.a.O. S. 639). Es ist in diesem Zusammenhang nicht möglich, Mißverständnisse dieser Art, etwa auch die Vorstellung von "arbeitssparenden" Maschinen im Kapitalismus, im einzelnen zu erörtern.

62 **Theorie und Praxis** S. 192.

63 Vgl. z.B. **Kapital** Bd. 1, S. 441/443.

erscheint daher auf der nächsten Stufe nur noch unter dem Namen des konstanten Kapitals. Ähnliches gilt für Lizenzgebühren, Patentkosten usw. sowie überhaupt für die immens angewachsene, immer stärker monopolistisch organisierte Forschung der Großindustrie (die natürlich immer die etwa möglich gewordene Erweiterung der gesellschaftlichen Produktivkärfte an ihren privaten Verwertungs- und Herrschaftsinteressen messen: gewisse Erfindungen werden z.B. deshalb **nicht** verwertet, weil ihre Anwendung die bestehende herrschaftliche Struktur des Produktionsprozesses aufbrechen müßte - nach der einen Seite ruft das Kapital alle Mächte der Wissenschaft und der Natur ins Leben, nach der anderen Seite will es diese so geschaffenen riesigen Gesellschaftkräfte einbannen in die Grenzen, die erheischt sind, um den schon geschaffenen Wert als Wert zu erhalten.(Vgl. oben.)

Anders ist es freilich mit jenen wissenschaftlichen Leistungen, die nicht direkt oder indirekt (z.B. über die von der Produktionsindustrie bezahlte Auftragsforschung) in die Kalkulation des Kapitals eingehen, sondern ihm umsonst zur Verfügung stehen. Dies galt immer schon für jene in der menschlichen Geschichte angesammelte technische Erfahrung in der Beherrschung der Naturprozesse, die als allgemeines Wissen dem Kapital verfügbar war[64]. Mit der Entstehung der kapitalistischen Produktionsweise, die fast ausnahmslos unter stetig wachsender Intervention der Staatsmacht sich durchsetzte und ausdehnte, wurde auch die Erzeugung und Verbreitung technisch anwendbaren Wissens und der entsprechenden Arbeitsfähigkeiten systematisch organisiert: Volksschulen zur Qualifizierung des für Lohnarbeit und Militärdienst bestimmten Volkes, Akademien, Universitäten und insbesondere technische Lehranstalten zur Erzeugung verwertbaren Wissens bzw. seiner menschlichen Träger samt den notwendigen Hilfsmitteln wie Bibliotheken und Laboratorien wurden durch mehr oder weniger aktives Eingreifen des Staates geschaffen. Freilich war der Zusammenhang mit dem kapitalistischen Verwertungsprozeß nur ausnahmsweise bewußt organisiert, was einige luxurierende Freiräume ermöglichte, die sich allerdings vielfach langfristig durch die schöpferische Entfaltung der wissenschaftlichen Entwicklung bezahlt machten. Die **systematische** Zusammenfassung der Wissenserzeugung und der Ausbildung mit dem Verwertungsprozeß und vor allem streng gemäß seinen je vorherrschenden Interessen ist das eigentlich Neue in der Epoche des späten staatsmonopolistischen Kapitalismus. Immer systematischer versucht heute der Staat die Erzeugung und Vermehrung des allgemeinen technologischen Wissens zu organisieren, und zwar mit einem deutlichen Schwergewicht in jener Richtung, die den Tendenzen des Verwertungsprozesses insgesamt (Rückgang der primären Konsumgütererzeugung, systematische Kapitalvernichtung) und den Interessen einzelner vorherrschender Monopolzweige entspricht; die Verwertung kostet die einzelnen Kapitalien „keinen Deut"[65]. Welchen Stellenwert heute die umfassende Qualifikation der gesellschaftlichen Arbeitskraft, also die Erzeugung der Wissensträger und -anwender, erhalten hat, zeigt deutlich der sogenannte Bildungsnotstand der Bundesrepublik: infolge des dauernden Zustroms hochqualifizierter Arbeitskraft aus der DDR sind erst in den Jahren nach 1961 die staatlichen „Versäumnisse" bei der Erweiterung der Bildungseinrichtungen katastrophal bemerkbar geworden. „Die Verwertung kostet die **einzelnen** Kapitalien keinen Deut": in dieser Formulierung ist angedeutet, daß sich das Kapital als solches immer schon seinen Staat etwas hat kosten lassen, und daß heute die staatlich organisierte Steigerung des gesellschaftlichen Wissensniveaus die Summe der Einzelkapitalien, vermittelt über die Steuern bzw. einen Abzug am Mehrwert, durchaus einiges kostet. Insgesamt und durchschnittlich kostet die Produktivkraft Wissenschaft die einzelnen Kapitalien also sehr wohl einen Deut - jedoch kann sie von diesen nur recht unterschiedlich verwertet werden: einerseits ist sie vielfach gerade deswegen nicht verwertungswürdig, weil sie allgemein zugänglich ist und also keine monopolistischen Differentialgewinne verheißt (anders als bei den konzerneigenen Forschungsergebnissen bzw. -geheimnissen); Außenseiter mit kurzfristigen Gewinnerwartungen mögen hier hineinstoßen. Andererseits ist dieses allgemein zugängliche Wissen vielfach nur bei enormem Kapitalaufwand und also nur von sehr wenigen Großkonzernen verwertbar (etwa beim Reaktorbau). Es liegt auf der Hand, daß diese Veränderung im Verwertungsprozeß noch wenig erforscht ist und hier eine der Hauptaufgaben einer Kritik des Kapitalismus in seinem entwickeltsten Stadium, dem monopolistischen, angegeben ist.

64 Vgl. **Kapital** Bd. 1, S. 349/353, 404 f/407 f m. Anm. 108, 444 f/446, Bd. 3, 113 f u.ö.
65 **Kapital** Bd. 1, S. 404/407.

Wenn Habermas auf die immer mehr vorherrschende Rolle von Technik und Wissenschaft als „erster Produktivkraft"[66] hinweist, so hat er in diesem allgemeinen Sinne zweifellos recht. Jedoch wird diese Feststellung erst dann interessant, wenn sie in ihrem Zusammenhang mit dem Kapitalverwertungsprozeß **spezifiziert** wird, wenn also zwischen der direkten, im „Wertausdruck" erscheinenden Industrieforschung und der vom Staat organisierten und finanzierten Entwicklung des allgemeinen Wissens unterschieden wird. Letztere wird immer mehr zum entscheidenden Anstoß für die Erschließung neuer technologischer Wissenszweige und Produktionsverfahren, wie die Kern- und die Raumforschung deutlich genug zeigen - aber darin äußert sich nur auf zeitgemäßer Stufe jener Widerspruch zwischen Arbeits- und Verwertungsprozeß, letzten Endes zwischen Gebrauchswert und Wert, der diese ganze Produktionsweise spezifiziert - auch noch auf der Stufe der „hochindustriellen Gesellschaft". Die **Vergesellschaftung** der Arbeit hat unerhörte Höhen erreicht, aber immer noch soll sie unterworfen bleiben den Formen **privater** Aneignung. Daß dieser Widerspruch nicht nur besteht, sondern auch aufhebbar ist, daß also der in gewisser Hinsicht unentbehrliche Begriff der „modernen Industriegesellschaft" auch einen durchaus verhüllenden Charakter hat, läßt sich gut an den Formen zeigen, in denen sich das Problem der Produktivkraft Wissenschaft in der DDR stellt. Auch hier entwickelte sich bisher diese Produktivkraft vergleichsweise unkontrolliert, wurden etwa die Ausgaben für die Wissenschaften im Staatshaushalt unter dem Titel der gesellschaftlichen Konsumtion erfaßt. Jedoch stellt sich hier die Aufgabe einer bewußten Integration der Wissenschaft in den Produktionsprozeß grundsätzlich anders: insofern dieser nicht mehr vom Widerspruch zwischen Arbeits- und Verwertungsprozeß geprägt ist, handelt es sich nur noch um die Aufgabe der planmäßigen Verschmelzung von Wissenschaft und materieller Produktion, etwa in Form der Aufgabe, den in einem bestimmten Gebrauchswert enthaltenen Aufwand an wissenschaftlicher Arbeit zu berechnen und entsprechend die Organisation der wissenschaftlichen Arbeit optimal auf den übrigen Arbeitsprozeß abzustimmen[67] (daß diese sehr komplizierte Aufgabe in der DDR in den Kategorien des Verwertungsprozesses gestellt wird, daß man dort oft nicht recht weiß, was man tut, und daher mit einer auf die Dauer sich nicht folgenlosen Sorglosigkeit die „sozialistische Warenproduktion" zu einer Periode sui generis verfestigt, steht auf einem anderen Blatt). Die Entwicklung der Produktivkraft Wissenschaft ist einer, vielleicht der wichtigste Aspekt der planmäßigen Ausnutzung und Entfaltung des gesellschaftlichen Arbeitsfonds; diese Aufgabe stellt sich in der Übergangsphase zum Kommunismus nicht mehr getrennt nach den Bedürfnissen der einzelnen Kapitalien (im Wertausdruck erscheinende Industrieforschung) und der Sicherung und Fortsetzung des Verwertungsprozesses insgesamt (vom Staat organisierte, nicht direkt am Maßstab des Wertes gemessene Ausbildung und Forschung). Wenn Habermas also meint, daß die „Arbeitswerttheorie" nicht mehr geeignet sei, diese staatlich organisierte Leistung adäquat auszudrücken, so ist dieser Einwand an das gesellschaftliche System weiterzugeben, das einfach nicht mehr umhin kann, die Entwicklung des allgemeinen Wissens zunehmend gesellschaftlich zu organisieren, aber immer noch den Wert zum Maß des Reichtums machen muß.

Abschließend soll versucht werden, einige Andeutungen dafür zu geben, inwiefern die Habermas'sche Auffassung der Arbeitswertlehre und deren Loslösung vom Begriff des Verwertungsprozesses in einer verengten Rezeption der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie begründet sein könnte. Habermas führt seine Revision der Arbeitswerttheorie durch eine Herleitung des Marxschen Begriffs der Kritik aus der praktisch orientierten Analyse der Welt als Krisenzusammenhang ein. Das praktische Interesse muß sich an der Objektivität der Krisentendenzen ausweisen; begründet sind diese in der zunehmenden Mächtigkeit der den Menschen entfremdeten Wesenskräfte ihrer gesellschaftlichen Arbeit. Systematisch entwickelt findet Marx deren Kategorien in den Schriften der Politischen Ökonomie vor, die er daher, als ersten Schritt seiner Kritik, gewissermaßen literarhistorisch aufarbeitet; die Pariser Manuskripte sind das früheste Zeugnis dieser Aneignung, bei der er im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital, dem scheinbaren Austausch von Äquivalenten, d.i. der Mehrwertaneignung, die dieser Gesellschaft spezifische Form der ideologisch gerechtfertigten bzw. verhüllten Herrschaft entdeckt [68]. Das voll entfaltete

66 "Technik und Wissenschaft als Ideologie" a.a.O., S. 608 bzw. 79.

67 Vgl. H. Seickert: "Zu einigen Problemen der Produktivkraft Wissenschaft", in: **Probleme der Politischen Ökonomie, Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften**, Bd. 10, Berlin (DDR) 1967.

68 **Theorie und Parxis** S. 179 ff.

Niveau seiner Kritik erreicht Marx jedoch erst, als er jene einfachsten, abstraktesten Kategorien an den Anfang seiner Analyse stellt, die in der Geschichte der klassischen politischen Ökonomie erst auf deren höchster Entwicklungsstufe formuliert und in gewissen Grenzen auch analysiert worden sind[69]. Das Kapital beginnt nicht mit den Kategorien von Lohnarbeit und Kapital, sondern mit der der Ware:

> „Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine ‚ungeheure Warensammlung', die einzelne Ware als seine **Elementarform**. Unsere Untersuchung beginnt daher mit der Analyse der Ware."(70)

In dem in ihr enthaltenen Gegensatz von Gebrauchswert und Wert, genauer: in den Formen, die beide im Verhältnis von Ware zu Ware entwickeln, entdeckt Marx als einfache Wertform die Zelle jener Geldform, die zuerst den Grundwiderspruch des Arbeitsproduktes als Ware wie einen Fetisch mächtig und undurchschaubar macht. Habermas stellt fest: „Marx beginnt mit dem Nachweis des Fetisch-Charakters der Ware" [71], und er zitiert einige Sätze aus dem Abschnitt über den Fetischcharakter der Ware im 1. Kapitel des Kapital, aber er vermittelt diese berühmten Sätze nicht mit der Analyse des Werts und seiner Form, die sie in gewisser Weise nur resümieren und auslegen sollen (wie eine darauf bedachte Lektüre des Fetisch-Abschnitts sogleich erkennen läßt, insbesondere im 2., 3. und 7. Absatz). Der Begriff des Werts taucht bei Habermas erst bei der Einführung der „Mehrwerttheorie" auf, von der er dann auch sagen kann:

> „An dem Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital ist Marx kritisch, eben im Hinblick auf eine praktische Auflösung des vorgefundenen Krisenzusammenhangs, ... deshalb interessiert, weil er in ihm den Ursprung jener Dialektik der Selbstverstellung entdeckt zu haben glaubt, die es den Menschen verwehrt, sich selbst als die Subjekte ihrer Geschichte, die sie doch sind, zu erkennen und ins Recht zu setzen."(72)

Vielmehr entdeckt Marx den Ursprung der „Verdrehung"[73] schon im Wertausdruck der Ware, bei dessen Analyse bereits die aus dem Fetischabschnitt bekannte metaphorische Ausdrucksweise begegnet:

> „Daher das Rätselhafte der Äquivalent(wert)form, das den bürgerlich rohen Blick des politischen Ökonomen erst schlägt, sobald diese Form ihm fertig gegenübertritt im Geld. Dann sucht er den mystischen Charakter von Gold und Silber wegzuklären, indem er ihnen minder blendende Waren unterschiebt."(73)

Die Geldform ist die erste, noch relativ durchschaubare der „bürgerlichen Formen des Arbeitsprodukts", der noch zahlreiche weitere folgen, die von Marx in systematischer Vermittlung „enthüllt" werden, darunter auch die des Arbeitslohns, in der der Preis der Arbeitskraft und damit der Mehrwert untergeht[74].
Habermas fährt nach dem zitierten Satz fort:

> „Marx behauptet nun, daß die Krisen des kapitalistischen Systems mit Notwendigkeit aus dem Verwertungsprozeß des Kapitals, eben aus jenem fundamentalen Verhältnis hervorgehen, welches mit der Aneignung von Mehrwert gesetzt ist."(75)

---

69 Über "die wissenschaftlich richtige Methode" vgl. "Einleitung 1857", in **Grundrisse** S. 21 ff.

70 **Kapital** Bd. 1, S. 39/49; vgl. schon **Zur Kritik der Politischen Ökonomie** (1859), **MEW** Bd. 13, S. 15, und wieder "Randglossen" zu A. Wagner" (1881/82), **MEW** Bd. 19. S. 368 f (auch in **Kapital** Bd. 1 – Volksausgabe Berlin 1947 u.ö. – S. 846 f); weitere Hinweise bei Zelený, 4. Kapitel: Das Problem des Ausgangspunktes, a.a.O., S. 51-56.

71 **Theorie und Praxis** S. 186.

72 **Theorie und Praxis** S. 188 f.

73 **Kapital** Bd. 1, S. 63/72

74 "Die Herren Ökonomen haben bisher das höchst Einfache übersehen, daß die Form: **20 Ellen Leinwand = 1 Rock** (die einfache, einzelne oder zufällige Wertform, vgl. **Kapital** Bd. 1, S. 53 ff/63 ff) nur die unentwickelte Basis von **20 Ellen Leinwand = 2 Pfd. St.**, daß also die **einfachste Warenform**, worin ihr Wert noch nicht als Verhältnis zu allen anderen Waren, sondern nur als **Unterschiednes** von ihrer eignen Naturalform ausgedrückt ist, das **ganze Geheimnis der Geldform** und damit, in nuce, **aller bürgerlichen Formen des Arbeitsprodukts** enthält." Brief Marx' an Engels, 22.6.1867, **MEW** Bd. 31, S. 306.

75 **Theorie und Praxis** S. 188.

Als **Möglichkeit** sind jedoch die Krisen durchaus schon mit dem Geld bzw. mit der Warenzirkulation gegeben, nämlich mit der Auflösung der unmittelbaren Identität von Austausch und Eintausch, wie sie beim unmittelbaren Produktenaustausch gegeben ist, in den Gegensatz von Verkauf und Kauf:

> „Daß die selbständig einander gegenübertretenden Prozesse eine **innere Einheit** bilden, heißt ebensosehr, daß ihre innere Einheit sich **in äußeren Gegensätzen** bewegt. Geht die äußerliche Verselbständigung der innerlich Unselbständigen, weil einander ergänzenden, bis zu einem gewissen Punkt fort, so macht sich die Einheit gewaltsam geltend durch eine -**Krise**. Der der Ware immanente Gegensatz von Gebrauchswert und Wert, von Privatarbeit, die sich zugleich als unmittelbar gesellschaftliche Arbeit darstellen muß, von besonderer konkreter Arbeit, die zugleich nur als abstrakt allgemeine Arbeit gilt, von Personifizierung der Sache und Versachlichung der Personen - dieser immanente Widerspruch erhält in den Gegensätzen der Warenmetamorphose seine entwickelten **Bewegungsformen**. Diese Formen schließen daher die **Möglichkeit** aber auch nur die Möglichkeit der Krisen ein."(76)

Was von Marx zusammenfassend als Fetischismus der Warenform charakterisiert wird, hat er zuerst in den drei „Eigentümlichkeiten" der Äquivalentform sichtbar gemacht(77), die in dem eben zitierten Abschnitt resümiert werden; bei der Analyse der wirklichen, einfachen Warenzirkulation erscheint dieser Fetischismus auf seiner nächsten Stufe, nämlich als krisenhafte Bewegungsformen des dem Arbeitsprodukt als Ware immanenten Widerspruchs. **Diese** Begründung der „Welt als Krisenzusammenhang" unterscheidet sich deutlich von jener orthodox-ökonomischen, auf die sich Habermas bei seiner Kritik stützt: sie setzt den Ursprung der Krise tiefer an und bringt sie zugleich in eine Beziehung zu den Bewußtseinsformen, in denen die wirklichen Bewegungen des Grundwiderspruchs auf den verschiedenen Ebenen sich äußern.

Hat diese Interpretation Folgen für die Habermas'sche Auffassung, daß sich die Welt als krisenträchtiger Zwangszusammenhang nicht länger als geschlossenes ökonomisches System konstruieren läßt, seitdem es im Kapitalismus eine wachsende Selbstvermittlung durch immer mehr zunehmende staatliche Krisensteuerung gibt? Würde diese umfassendere Ableitung der Krisen und die zugleich mit der Warenproduktion behauptete Vorherrschaft der abstrakt-allgemeinen über die konkrete Arbeit, „die Personifizierung der Sache und Versachlichung der Person"(78), nicht die Vermutung nahelegen, daß unter der verdrehenden Macht solcher Verhältnisse auch nur ein spezifisch beschränkter Begriff von „Politik" möglich ist, den die (von Habermas behauptete) Sprengung seines „klassischen Abhängigkeitsverhältnisses von der Ökonomie"(79) keineswegs in seinem Wesen verändern würde? Wieweit hat sich Habermas seine Einwände gegen Marxens Kritik der Politischen Ökonomie von einer methodologisch wenig reflektierten, vielfach einzelwissenschaftlich verengten Orthodoxie vorgeben lassen? Ist nicht z.B. seine Auffassung des „Gesetzes" vom tendenziellen Fall der Durchschnittsprofitrate deutlich von der Interpretation eines Bortkiewicz und seiner Nachfolger geprägt? (80). Hat die „Ideologie des Äquivalententauschs" ihre legitimierende Kraft wirklich verloren? (81) Ist nicht überhaupt eine umfassende Diskussion der Habermas'schen Einschätzung des Verhältnisses von Politik und Ökonomie bzw. der historischen Veränderungen vom „liberalen" zum „staatlich geregelten" Kapitalismus notwendig? Hat Marx denn die Illusionen der englischen Freihändler über den Nachtwächterstaat geteilt, oder ist seine vom sich selbst verwertenden Wert und dessen spezifischen Formen ausgehende „Darstellung"

---

76 **Kapital** Bd. 1, S. 118 f/127 f; vgl. **Theorien**, Teil 2, Siebzehntes Kapitel: Ricardos Akkumulationstheorie. Kritik derselben (Entwicklung der Krisen aus der Grundform des Kapitals), S. 467 ff, insbes. S. 495 ff u. 504 ff.

77 **Kapital** Bd. 1, S. 61-64/70-73.

78 **Kapital** Bd. 1, S. 119/128.

79 **Theorie und Praxis** S. 202.

80 Vgl. **Theorie und Parxis** S. 189 ff. Zwar erwähnt Habermas dort (S 190 mit Anm. 1) die Einwände Rosdolskys gegen die Interpretation der Bortkiewicz folgenden angelsächsischen Marxisten, jedoch gibt er dann doch deren Auffassung ohne überzeugende Begründung den Vorzug. (Der von Habermas angeführte Aufsatz Rosdolskys jetzt in dessen Buch **Zur Entstehungsgeschichte** usw., a.a.O., S. 467-483 als Anhang.) Schon die ersten Seiten der Darstellung im 3. Band des **Kapital** deuten die für Marx entscheidende Seite dieses "in jeder Beziehung wichtigsten Gesetzes der modernen politischen Ökonomie" (**Grundrisse** S. 634) an, z.B.: "Die progressive Tendenz der allgemeinen Profitrate zum Sinken ist also nur **ein der kapitalistischen Produktionsweise eigentümlicher Ausdruck** für die fortschreitende Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit." (**Kapital** Bd 3, S. 223, vgl. 222, 225 f u.ö., und Grundrisse 631-43, bes. 633, 635 f).

81 Vgl. oben Anm. 34.

nicht ein überlegter und überlegener Ausgangspunkt gewesen, der die Rolle des Staates bloß vorläufig ausklammerte? Inwieweit beruht Habermas' Bezugsrahmen Arbeit/Interaktion auf einer Marx verfehlenden Rezeption des Begriffs der Arbeit? Trifft seine Kritik an der Einleitung von 1857, wonach Marx „die Produktion als die unabhängige Größe nur durch eine terminologische Ausflucht zu retten vermag"[82]? In welchem Zusammenhang steht diese Einverleibung der Distribution in den durch Interaktion vermittelten Handlungszusammenhang mit seiner These vom zunehmend weiten Spielraum sozial-demokratischer Eingriffe in den Verwertungsprozeß des Kapitals?

Diese Fragen (in deren Natur es liegt, daß sie nur dem mit Marx wie mit Habermas vertrauten Leser unmittelbar verständlich sind) sollen andeuten, daß das Verhältnis von Habermas zur Marxschen Theorie und ihrer entwickelten Gestalt in der Kritik der Politischen Ökonomie noch gründlicher Erörterung bedarf. Die hier vorgelegten Überlegungen sollen dazu eine erste Anregung sein.

---

82 Erkenntnis und Interesse, Frankfurt 1968, S. 72-75, Anm. 70.

Die in dieser Ausgabe begonnene Kritik der "Frankfurter Schule" wurde fortgesetzt mit den Beiträgen

Renate Damus: Habermas und der 'heimliche Positivismus' bei Marx
Claus Rolshausen: Technik und Wissenschaft als Ideologie

in der Ausgabe Nr. 4 (Dezember 1969) der SOZIALISTISCHEN POLITIK.

SOPO 6/7 (Juni 1970) erscheint als Doppelheft und enthält unter anderem Beiträge zu folgenden Themen:

Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital
Produktive und unproduktive Arbeit als Kategorien der Klassenanalyse
Neuere Imperialismustheorien
Brasilien: Der beschleunigte Ausverkauf (Teil II)
Zur Rolle der Nationalbourgeoisie in Syrien
Kuba: 10 Millionen Tonnen
Klassenkämpfe in Frankreich seit Mai 1968
Diskussion zur Konjunkturanalyse in SOPO 5

H. C. F. Mansilla

Bolivien, Debray und revolutionäre Strategie

Die Aufmerksamkeit für den Komplex der Beziehung der Dritten Welt zu den Industrieländern und für die revolutionären Bewegungen in der Dritten Welt hat nicht zuletzt durch die Erscheinung der Guerilla-Bewegung 1967 in Bolivien erheblich zugenommen und darüber hinaus eine ganze Reihe wichtiger Fragen über diese Problematik von neuem gestellt. Die bolivianische Guerilla hat zunächst eine lebhafte Diskussion entfacht über die Übertragbarkeit des kubanischen Modells auf andere Länder Lateinamerikas und über Probleme der revolutionären Strategie und Taktik. Wir brauchen in diesem Zusammenhang nur das vielbeachtete Buch von Regis Debray: "Revolution in der Revolution?" zu erwähnen. Ohne auf Spekulationen einzugehen, in wie weit "Revolution in der Revolution?" als die quase-offizielle Position der kubanischen Revolutionäre auf dem Gebiet der Strategie zu betrachten ist, möchten wir bloß feststellen, daß diese Schrift die Vorstellungen vieler lateinamerikanischer Revolutionäre und Guerilla-Kämpfer widerspiegelt. Die breite Unterstützung, die der Schrift und deren Verfasser in Kuba zuteil wurde, spricht auch dafür, daß eine weitgehende Übereinstimmung zwischen Debray und den kubanischen Führern stattgefunden hat. Die folgenden Ausführungen sollen nur den Stellenwert von "Revolution in der Revolution?" als repräsentative Theorie (im Sinne von zusammenhängender Klärung) eines bedeutenden Teiles der lateinamerikanischen revolutionären Bewegung auf dem Gebiet der Strategie bestimmen. Debrays Buch hat diesen Stellenwert nicht so sehr wegen der Originalität der dort dargelegten Gedanken, die bereits von bedeutenderen revolutionären Strategen konzipiert wurden, sondern wegen der Systematik und Stringenz der Darstellung erhalten. Wenn wir uns jetzt am Werk Debrays bei der Betrachtung der **Focus-Theorie** der Guerilla-Bewegung aufhalten, so geschieht dies, weil sie am klarsten bei Debray zutage getreten ist. Wir behaupten keineswegs, daß "Revolution in der Revolution?" den genannten Bewegungen als Brevier gedient hat. Bekanntlich hat Guevara Debrays Buch erst im bolivianischen Guerilla-Lager in Händen gehabt, und viele Guerilla-Bewegungen, darunter die von Debray kritisierten, sind lange vor der Niederschrift dieses Buches entstanden. Aber viele der Guerilla-Bewegungen in Lateinamerika und gerade die bolivianische, haben die Strategie entwickelt, die von Debray beschrieben ist, und sind so organisiert, wie er es dargestellt hat. In diesem Sinne schrieb Debray:

> "Sicherlich ist er (dieser Text; Mansilla) das Ergebnis eines langen Dialogs mit den lateinamerikanischen Genossen, wobei ich ihnen vor allem zuhörte. (...) Er versucht (...) nichts anderes, als einem dringenden Erfordernis gerecht zu werden: Nämlich ganz einfach das zu verstehen, was sich täglich vor unseren Augen in Lateinamerika abspielt."(1)

Wir kritisieren also einige bedeutende Aspekte der lateinamerikanischen Bewegung, insbesondere im Hinblick auf die allgemeine Strategie, wenn wir Debrays Werk kritisch betrachten. Hier sei auch ausdrücklich erwähnt, daß unsere Kritik weder die Intention der Guerilla-Bewegung noch das Ethos der Guerilleros in Frage stellt; beides steht eigentlich außerhalb unserer Diskussion.

Einerseits warnt Debray vor mechanistischen Übertragungen des kubanischen Modells auf andere Länder Lateinamerikas und hält die Berücksichtigung der spezifischen Erfahrung einer Situation zur Aufstellung eigener Verhaltensregeln für oberstes Prinzip des Guerilla-Krieges. Andererseits bleibt er in gewissem Ausmaß gegenüber seinen eigenen Ansprüchen nicht konsequent. Nun scheint es uns, daß viele Guerilla-Bewegungen eine bemerkenswerte Parallelität zu dieser Inkonsequenz aufweisen. Es handelt sich, allgemein gesagt, doch um eine Übertragung des kubanischen Modells oder des Modells, das in Südostasien erfolgreich gewesen ist, auf Länder Lateinamerikas, in denen, wie wir annehmen die politischen, sozio-ökonomischen und geographischen Bedingungen oft erheblich anders sind als in den Ländern in denen die Modelle entstanden sind. Diese Problematik entstammt der nicht zu unterschätzenden Mannigfaltigkeit, d.h. den spezifischen Unterschie-

1 R. Debray: Revolution in der Revolution?, München 1967, p. 8.

den der Länder der Dritten Welt untereinander innerhalb des Rahmens der allgemeinen Unterentwicklung. Obwohl wir keineswegs die allgemeinen Aspekte der Unterentwicklung – niedriges Pro-Kopf-Einkommen, vorindustrielle Gesellschaftsstufe, Monokultur, politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von den wenigen reichen Industrieländern und deren Implikationen für den revolutionären Kampf – zu vernachlässigen oder zu bagatellisieren versuchen, so scheint uns dennoch, daß gerade die Differenzen von Land zu Land weder von Debray noch von den Führern einiger lateinamerikanischer Guerilla-Bewegungen in genügendem Maß reflektiert worden sind.

Die Stagnation der Guerilla-Bewegungen in Kolumbien und Venezuela und deren zumindest vorläufige Zerschlagung in Peru, Bolivien, Brasilien und Nordargentinien haben ihre Ursachen nicht nur in Imponderabilien, in Geschehnissen kontingenten Charakters, die tatsächlich nicht genau vorauszusehen waren (wie vorzeitige Entdeckung, Verrat durch die KP, Desertionen: im bolivianischen Fall), Imponderabilien, die keineswegs geringzuschätzen sind, nicht nur in Rückschlägen, die jede revolutionäre Entwicklung, besonders am Anfang, zu verzeichnen hat, sondern auch in dem sich Nicht-Wiederholen einmaliger günstiger Umstände bei der kubanischen Revolution und vor allem in der Nicht-Berücksichtigung der Andersartigkeit der betroffenen Länder. Uns scheint, daß Debray nicht recht hat, wenn er behauptet:

> "Gemessen an der äußerst kurzen Zeitspanne, Prolog für die großen Kämpfe von morgen, fallen diese wenigen Rückschläge, die die revolutionäre Bewegung in Südamerika erlitten hat, wirklich kaum ins Gewicht."(2)

Es kann, und mit gewissem Recht, als vermessen erscheinen, wenn wir ein so kategorisches Urteil über ein historisch gesehen noch so junge Entwicklung, die gerade ihre erste Anlaufszeit durchmacht, fällen, wenn wir eine von Debray divergierende Beurteilung der genannten Rückschläge vornehmen. Einige dieser Rückschläge, wohlgemerkt nicht alle, sind entstanden bei dem Versuch, das kubanische Modell in Ländern anzuwenden, deren allgemeine Bedingungen ganz anders liegen als in Kuba. Das Ausmaß der Rückschläge in Argentinien und Brasilien als gering zu bezeichnen hieße deren besondere Qualität zu verschweigen, wenn sie in einem Atemzug mit den anderen Fällen erwähnt werden.

Bevor dieser Vorwurf der Nicht-Differenzierung und der quasi-mechanischen Übertragung des kubanischen Modells durch einige Anmerkungen zur sozialen Entwicklung dieser Länder konkretisiert wird, ist es notwendig, das Werk Debrays genauer zu betrachten, da es für uns nichtkontroverse Aspekte enthält. Wenn wir auch seiner Befürwortung des kubanischen Modells sehr kritisch gegenüberstehen, kann man doch, aus der Sicht des kritischen Marxismus, seine Ausführungen über die Rolle der kommunistischen Parteien, über die Degradierung der Guerilla-Bewegungen zum bewaffneten Arm einer morschen Parteibürokratie und über einige strategische Fehlentwicklungen ("bewaffnete Selbstverteidigung") nur bejahen. Wie Debray sehr richtig bemerkt hat, sind die kommunistischen Parteibürokraten sehr eifrige Befürworter, und zwar unter Führung der jeweiligen Nationalbourgeoisien, obwohl alle Versuche dieser Art kläglich gescheitert sind. Obendrein aber qua Verwalter der heiligen Schriften des Sozialismus, maßen sie sich die politische Führung der Guerilla-Bewegungen an, der die militärische Führung ihrem Anspruch nach völlig untergeordnet sein sollte. Diese Forderung der Parteien, die keinen Bezug zur Praxis haben und eigentlich nur dazu taugen, die Interessen der Großmacht Sowjetunion zu vertreten, ist, nach den Worten Fidel Castros, schimpflich und lächerlich (3). Was die Kritik der "Selbstverteidigung" anbelangt, hat Debray die Schlüsse gezogen, die das Scheitern einer von Anfang an unhaltbaren Position geboten hat.

Debrays Befürwortung des kubanischen Modells ist in eine geschickte Argumentation eingebettet. Zuerst wendet er sich gegen die einfache Übernahme des genannten Modells und insistiert auf einer differenzierten Behandlung eines jeden Falles. Dabei betont er durchgängig, daß das kubanische Modell nicht gut bekannt ist und daß man es oft mißdeutet hat, was in vielen Fällen nur zu wahr ist. Er reinigt sozusagen das kubanische Modell von Mißdeutungen, hebt es von anderen Wegen des bewaffneten Kampfes ab, um dann dieses "gereinigte" Modell desto nachdrücklicher für die lateinamerikanischen Länder zu empfehlen. So meint er zum Beispiel bei der Erläuterung einer qualitativ neuen Dimension des Kampfes nach dem Triumph der kubanischen Revolutionäre:

2 ibid., p. 21.
3 F. Castro, Vorwort zu: E. Che Guevara: Bolivianisches Tagebuch, München 1968, p. 14.

"Wenn wir sagen, daß die kubanische Revolution kein Äquivalent auf dem Kontinent haben wird, weil sie eine Veränderung der Kräfteverhältnisse bewirkt hat, vergessen wir allzu leicht, was es eigentlich ist, das nicht mehr wiederholt werden kann. Das ABC der kubanischen Revolution wird vergessen."(4)

"(...) man kann (...) eine (...) Bewegung feststellen, die sich allmählich überall bei den Kombattanten und Vorkämpfern abzuzeichnen beginnt: Voll Neugier wenden sie sich wieder der kubanischen Erfahrung zu, um lieber ihr 'Wie', (...) um die militärischen und politischen 'Details', das innere Räderwerk dieser Erfahrung zu begreifen."(5)

"Die kubanische Revolution liefert den amerikanischen Bruderländern eine Antwort, die noch im Detail an ihrer Geschichte analysiert werden muß."(6)

Hier sei nebenbei bemerkt, daß die Begriffe "kubanische Revolution", "kubanisches Modell" bei Debray und in unserem Versuch, die Problematik einer Nachahmung in den Ländern Lateinamerikas zu erhellen, **sich ausschließlich auf die Methode zur Zerschlagung der bestehenden Gesellschaftsordnung und zur Erlangung der Macht beziehen und keineswegs auf den Aufbau des Sozialismus in Kuba nach der Machtübernahme,** der u.a. durch das Fehlen einer bürokratischen Diktatur und durch die zentrale Sorge um die menschliche Emanzipation gekennzeichnet ist und somit bahnbrechenden und beispielhaften Charakter besitzt.

Debray stellt die Berücksichtigung der Besonderheiten der jeweiligen Länder und Situationen als fundamentales Prinzip seiner Methodik auf, so daß es zunächst unhaltbar erscheint, ihm Undifferenziertheit und einen gewissen Mechanizismus vorzuwerfen. Eine genauere Untersuchung seines Buches "Revolution in der Revolution? " und seiner Aufsätze "Probleme der revolutionären Strategie in Lateinamerika" und "Der Castrismus: der lange Marsch Lateinamerikas" ergibt jedoch, daß die postulierte differenzierte Analyse im reduzierten Rahmen des Politisch-Militärischen bleibt und das differenzierte Vorgehen der Guerilla-Bewegungen sich im taktisch-militärischen Bereich erschöpft. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Debrays Postulat der Differenzierung eigentlich nur die ohnehin notwendigen Korrekturen technisch-militärischer Natur bei der Applizierung des Modells betrifft und keineswegs die Möglichkeit impliziert, einige bedeutende Aspekte der Guerilla-Methode neu zu durchdenken. **Uns scheint es, daß Debrays Theorie unter anderem eine grössere Homogenität der lateinamerikanischen Länder voraussetzt als sie tatsächlich vorhanden ist.** In den beiden oben erwähnten Aufsätzen untersucht er die Situation von elf lateinamerikanischen Ländern, wobei die Untersuchung und die dabei aufgedeckten Unterschiede von Land zu Land fast ausschließlich dem Bereich des Politisch-Militärischen entstammen. Das Postulat, daß die notwendig gewordene Revolution in einem Land durch den Weg des Guerilla-Krieges nach dem kubanischen Modell stattzufinden hat, kann nicht nur durch politisch-militärische Argumente begründet werden, sondern vor allem durch genauere sozioökonomische, geographische, historische und außenpolitische Analysen, die man bei Debray, wenn nicht immer, so doch meistens vermißt. Solche Analysen würden zeigen, daß innerhalb des Rahmens der allgemeinen Unterentwicklung, die, wie gesagt, keineswegs zu bagatellisieren ist, wirklich qualitative Differenzen in der sozioökonomischen Entwicklung und in der geographischen Konfiguration der betreffenden Länder existieren, die den Modus des revolutionären Kampfes bestimmen werden.

Um das Ausmaß des Problems nur anzudeuten, möchten wir auf die radikal verschiedenen Ausgangsschwierigkeiten hinweisen, denen eine solche Befreiungsbewegung gegenübersteht, einerseits in den tropischen, Monokultur betreibenden, politisch und wirtschaftlich rückständigen Ländern des karibischen Raums und andererseits in den halbindustriellen, verhältnismäßig entwickelteren Ländern wie Argentinien oder Uruguay (und, im geringeren Ausmaß, Brasilien, Mexiko und Chile), die durch eine differenzierte Gesellschaftsstruktur (starke Mittelschichten) gekennzeichnet sind und in denen die Stadtbevölkerung gegenüber dem flachen Land eine bereits heute überlegene Rolle spielt. Verallgemeinernd läßt sich sagen, mit allen Einschränkungen, die eine allgemeine Aussage notwendigerweise impliziert, daß der Befreiungskampf in Form des Guerilla-Krieges in den Ländern

---

4 Debray, op. cit., p. 12.
5 ibid., p. 12 - 13.
6 ibid., p. 23.

der ersten Gruppe eine günstigere Ausgangsbasis hat, zumal viele dieser Länder von verhaßten Diktatoren beherrscht werden, als in den Ländern der zweiten Gruppe, für die andere Modi zur unerläßlichen Umgestaltung der Gesellschaft gesucht werden müssen. Vielleicht werden die Geschehnisse in Chile (Möglichkeit einer Volksfront) und die Entwicklung in Mexiko (Agitation und Koordination des Kampfes durch vorwiegend studentische "politische Brigaden") auch einige Beiträge zur revolutionären Strategie leisten. Zudem herrschen in den entwickelteren Ländern, insbesondere in Argentinien, Chile und Uruguay, geographische Bedingungen, die die hier behandelte Form des Guerilla-Krieges kaum ermöglichen. Denn in diesen Ländern stellen die Gebiete, wo der überwiegende, wenn nicht ausschließliche Teil der Bauernbevölkerung lebt, Steppen oder Savannen dar, die nur spärlich kleine Wälder kennen. Sie werden von einem einigermaßen dichten Netz von Verkehrswegen durchzogen und in den meist großen Latifundien werden relativ moderne Arbeitsmethoden der kapitalistischen Wirtschaft angewandt. Die Landarbeiter dieser Gebiete verfügen über einen höheren Lebensstandard als die Landbevölkerung des karibischen Raumes und der Pazifik-Küste. Die entwickelteren Länder Lateinamerikas sind etwas anderes als Nur-Agrarstaaten mit einer minimalen, allmächtigen Feudalaristokratie und Millionen ärmster Bauern. Sie verzeichnen auch viele Großstädte europäischen Zuschnitts, die, was hier relevant ist, eine relativ entwickelte Industrie, einen bedeutenden Dienstleistungsbereich und eine ausgedehnte staatliche und private Bürokratie beherbergen. Das bedeutet, daß sich in den Städten eine zahlreiche Arbeiterklasse und eine beträchtliche Mittelschicht gebildet haben, die bekanntlich in solchen unterentwickelten Ländern eine relativ privilegierte Stellung innehaben. Hier wird nicht übersehen, daß die industrielle Entwicklung in der Dritten Welt erstens unzureichend und einseitig, zweitens völlig abhängig von den Interessen der kapitalistischen Industriekonzerne ist, und daß sie drittens oft den Charakter einer Deformation an der sozioökonomischen Struktur eines Landes aufweist (z.B. ist dieser Charakter in Mexiko und Brasilien stark ausgeprägt.) Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß Klassenzusammensetzung und wirtschaftliche Infrastruktur dieser entwickelteren Länder qualitativ verschieden sind von den restlichen Ländern Lateinamerikas. Für eine Guerilla-Bewegung, die nach dem Focus-Modell operiert, ergeben sich zwei fundamentale Fragen, die Debray nicht berücksichtigt hat: 1. das Problem der Unterstützung solch einer revolutionären Bewegung durch eine Klassenkonstellation, in der elende Bauern und Landarbeiter, noch dazu solche, die in Guerilla-geeigneten Gebieten wohnen, eine Minderheit darstellen; 2. das Problem des technisch-militärischen Vorgehens in Gebieten, die infrastrukturell und wirtschaftlich völlig anders sind als die Gebiete, für die das hier behandelte Guerilla-Modell konzipiert wurde. In Argentinien und Uruguay z.B. leben rund 40% der Gesamtbevölkerung in der jeweiligen Hauptstadt und in deren Umgebung. Allein in Buenos Aires gehören von sieben Millionen Einwohnern 3,5 Mio zum Industrieproletariat, 3 Mio zu den Mittelschichten und etwas mehr als eine halbe Million zum Lumpenproletariat der Favelas. (Die paar Tausend Mitglieder der Oberschicht bleiben hier unberücksichtigt.) Die prozentualen Anteile gelten mit einigen Modifikationen (Mittelschicht wird geringer, je kleiner die Stadt) für die meisten Großstädte der entwickelteren Länder Lateinamerikas. Wenn wir hier vom Industrieproletariat absehen, das infolge seiner Lage besondere Probleme für die revolutionäre Strategie stellt, so bleiben in diesen Ländern beträchtliche Bevölkerungssektoren des Mittelstandes, die nicht mehr eine 'quantite negligeable' sind, wie beispielsweise in den Ländern Südostasiens und des karibischen Raumes, und von denen nicht zu erwarten ist, daß sie sich gegenüber einer Guerilla-Bewegung positiv verhalten würden. Dank der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder haben die revolutionären Bewegungen dort Probleme, die entfernt an diejenigen der Industrienationen des Nordens erinnern.

Auch im engeren politischen Bereich ist eine Differenzierung notwendig, der Debray wenig Wert beimißt. Wir nehmen an, daß der Kampf gegen eine bei überwiegenden Teilen der Bevölkerung verhaßten Tyrannei sich qualitativ vom Kampf gegen ein halbliberales, halbdemokratisches Regime unterscheidet. Keineswegs impliziert dies, daß die letztgenannten Regierungsformen nicht repressiv seien oder daß sie die Volksinteressen vertreten; aber die Modi ihrer Repression und Ausbeutung sind sehr vermittelt, und sie erlauben einen politischen Spielraum für Oppositionsparteien, für eine oppositionelle Presse, für die Aktivität der Gewerkschaften, der den eventuellen Widerstand breiter Volksschichten abfängt. Unter solchen Umständen wendet sich das Unbehagen gegen die jeweilige Regierungspartei oder gegen korrupte Persönlichkeiten der Staatsführung, kaum aber gegen das System schlechthin. Bei der Betrachtung dieses letzten Komplexes im kubanischen Fall erkennt

man, daß dort eine besonders günstige Konstellation für die Guerilla-Bewegung vorhanden war. Nach wenigen Jahren hatte sich die Regierung Batista zu einer tyrannischen und unberechenbaren Macht entwickelt. Mehr und mehr soziale Kräfte, einschließlich der Bourgeoisie, wandten sich von der Willkür der Batista-Clique ab und betrachteten die Guerilla-Bewegung, die im Gegensatz zu späteren lateinamerikanischen Guerillas kein sozialistisches Programm von vornherein postulierte, mit Wohlwollen und unterstützten sie in vielfältiger Form. Eine amerikanische Intervention war unter jenen Umständen nicht sehr wahrscheinlich. Heutzutage ist eine stillschweigende Intervention in Form von massiver militärischer Hilfe und Entsendung von Beratern an der Tagesordnung. Obwohl Debray anerkennt, daß gerade der Triumph der kubanischen Revolution die lateinamerikanischen Möglichkeiten für Guerilla-Bewegungen verändert und erschwert hat, geht er auf die konkreten Faktoren der Veränderung und der Erschwerung nicht ein und verwertet sie nicht für die Aufstellung einer revolutionären Methodik, die der nach-kubanischen Situation tatsächlich gerecht wäre. Die bloße Forderung nach mehr Mut und Opferbereitschaft, die unbewußt eine Verwertung dieser neuen Faktoren ersetzen soll, wird keine entscheidende Schlacht gewinnen helfen.

Eine ausführliche Analyse der lateinamerikanischen Situation muß die Grundlage sein, der die politisch-militärischen Postulate, wie diejenigen Debrays, erst dann entwachsen. Auf sie kann keine revolutionäre Theorie verzichten. Und solch eine Theorie kann nicht darin bestehen, einzelne Phänomene als Illustrationen eines im voraus fixierten Postulats, das selber von der historischen Kontingenz unabhängig ist, zu begreifen. In diesem Sinne erscheint uns bedenklich, alle Rückschläge der Guerilla-Bewegungen bloß als einkalkulierte Risiken zu betrachten und sie obendrein als quasi-notwendige Bereicherung der Erfahrung zu rationalisieren.(7)

Ein weiteres Problem der revolutionären Strategie stellen die Verteilung und Dichte der Bevölkerung dar, insbesondere der Bauernbevölkerung. Eine gewisse Bevölkerungsdichte in den Zonen, wo die Guerillas operieren oder unmittelbar in ihrer Nachbarschaft, ist unerläßlich zur Unterstützung, zur Vergrößerung der Guerilla und für die revolutionäre Aktion derselben, die, wie die Durchführung von Agrarreformen und der Schutz der Bauern vor Repressalien der etablierten Macht, vorwiegend exemplarischen Charakter besitzt. Denn es hat keinen Sinn, in Gebieten zu operieren, die, strategisch-geographisch betrachtet, gute Bedingungen für den Guerilla-Krieg aufweisen, die aber völlig unbewohnt sind, oder in Gebieten mit einer Bauernbevölkerung, die aber strategisch-geographisch für solch ein Unternehmen nicht geeignet sind. Bekannt sind die diesbezüglichen Erfahrungen der bolivianischen Guerillas, die einen permanenten circulus vitiosus durchzumachen hatten(8). Eine annehmbare Kombination günstiger Faktoren ist zum Beispiel in Vietnam vorhanden, wo sich bebaute Zonen und Dörfer wie unzählige Inseln in einem Urwald-Ozean befinden, in Kuba, in der Gegend der Sierra Maestra, wo sich in den Tälern Bauernhöfe verschiedener Größe finden, oder in Guatemala bei den Kaffee- und Bananenplantagen.

Solche Faktoren gehören zu den Bedingungen, die eine Guerilla-Bewegung von vornherein berücksichtigen muß und nicht zu denen, die erst durch den Kampf geschaffen werden können. Obwohl auch ein kleiner Versuch der hier befürworteten differenzierten Analyse der Länder Lateinamerikas den Rahmen dieser Ausführungen sprengen würde, sei kurz vermerkt, daß die Länder, in denen ein Partisanenkrieg nach kubanischem Modell am ehesten möglich ist, diejenigen sind, die Kuba geographisch-strukturell und sozioökonomisch (vor der kubanischen Revolution) am meisten ähneln. Dabei handelt es sich um die Länder Mittelamerikas, der karibischen Zone und um die Andenländer. Länder wie Chile, Argentinien, Uruguay werden dafür am wenigsten geeignet sein, während Brasilien, Mexiko, Venezuela, Costa Rica eine mittlere Position einnehmen dürften. Das bedeutet, wie schon erwähnt, keineswegs die Behauptung, daß in den zuletzt genannten Ländern eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht unbedingt notwendig wäre. Das besagt natürlich nichts über den Ausgang eines solchen Unternehmens. Maos Diktum, daß der Befreiungskrieg qua Volkskrieg mit Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung auf die Dauer siegen wird, scheint uns überholt, insbesondere wenn ein Befreiungskrieg sich gegen die erstarkte Macht des amerikanischen Imperialismus durchsetzen muß, der die modernsten Mittel der Technik zu seinem Gunsten gebrauchen oder mißbrauchen kann, und wenn solche Kämpfe in starker Isolierung geführt werden. Die

7 Cf. Debray, op. cit., p. 22.
8 Cf. Guevara, op. cit., p. 141 passim.

Forderung nach der Schaffung vieler Vietnams in der Dritten Welt hat durchaus seine rationale Rechtfertigung, um diese Isolierung zu durchbrechen und die vielleicht entscheidende Zersplitterung der Kräfte und Hilfsquellen des amerikanischen Imperialismus zu bewirken. Man darf aber nicht vergessen, daß die pervertierte Intelligenz des Imperialismus auch sehr viel gelernt hat, und, wenn es ihm auch unmöglich wäre, eine solche vom ganzen Volk getragene Befreiungsbewegung zu zerstören, könnte es ihm doch gelingen, den Sieg und den Aufbau der neuen Gesellschaft zu verhindern. Was Lateinamerika betrifft, muß die Frage nach den Möglichkeiten ähnlicher Bewegungen neu gestellt werden, nachdem sich durch den Sieg der kubanischen Revolution die Ausgangsbedingungen grundlegend geändert haben.

Das stetige Sinken der Preise für Rohstoffe auf dem Weltmarkt, die zunehmende Unfähigkeit der korrupten Regierungen, eine dem ganzen Volk adäquate wirtschaftliche und soziale Entwicklung auf lange Sicht zu gewährleisten, die wachsende Verschlechterung der Lebensbedingungen breiter Volksmassen (teilweise durch die Bevölkerungsexplosion verursacht) und der Übergang von liberaldemokratischen Regimes zu offen faschistischen Militärdiktaturen haben die objektiven und subjektiven Bedingungen für den Ausbruch einer sozialen Revolution beträchtlich vermehrt. Die Leistung der kubanischen Revolution verstärkte in hohem Grad die prinzipielle Überzeugung von der Möglichkeit und Notwendigkeit, die Gestaltung der Gesellschaft selbst in die Hand zu nehmen, um aufzuhören, Objekt ausländischer Interessen zu sein. Aber gerade in der Verhinderung einer sozialrevolutionären Bewegung erblickte der Imperialismus seine vornehmste Aufgabe (siehe das Exempel Vietnam). Die ungeheure Popularität des kubanischen Vorbilds veranlaßte die Ideologen des Imperialismus zu der in ihrem Sinne richtigen Annahme, daß die geeignete Bekämpfung der bewaffneten Befreiungsbewegungen darin besteht, diese rücksichtslos im Keim zu ersticken, und die notwendigen prophylaktischen Maßnahmen zu treffen: Modernisierung der Armeen im Hinblick auf Anti-Guerilla-Kriegführung, Errichtung starker militärischer Regierungen anstelle schwacher liberaldemokratischer, Scheinreformen, etc.

Das alles geschah in Bolivien, so daß die Guerilla-Bewegung mit erhöhten Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Relevant in diesem Zusammenhang ist die innere Entwicklung Boliviens seit der großen Revolution von 1952, weil sie auf dem sozioökonomischen Gebiet die Fragwürdigkeit des sogenannten "Dritten Weges" unter Führung der angeblich demokratischen Nationalbourgeoisie aufweist, und weil sie in bezug auf die Agrarfrage die erhöhten Schwierigkeiten einer möglichen Unterstützung der Guerilla-Bewegung durch die Bauernbevölkerung aufdeckt.

Die Revolution vom April 1952 wurde vom Proletariat der Minenarbeiter getragen, die kurz danach (Oktober 1952) die Verstaatlichung der Bergwerke erzwangen. Die revolutionäre Nationalbewegung (MNR), die die Macht übernahm, war jedoch nicht nur eine Partei, in der das Minenproletariat vertreten war, sondern ein Sammelbecken für alle bürgerlich-demokratischen, antiimperialistischen Kräfte. Mittels einer geschickten Taktik ist es dem rechten Flügel der MNR nach wenigen Jahren gelungen, Einfluß und Forderungen des linken Gewerkschaftsflügels in den Hintergrund zu drängen (1955/60). Der rechte Flügel strebte nach Entmachtung der Feudalaristokratie, nach der Schaffung eines starken Mittelstandes, aber er konnte keine radikale Umwälzung akzeptieren, die z. B. das Prinzip des Privateigentums in Frage gestellt hätte. Die unüberwindbaren Interessengegensätze innerhalb der sehr heterogenen Regierungspartei MNR führten zu deren Zerfall als Einheitspartei (1960). Während die Rechte die Regierungsgewalt in der Hand behielt, zog sich die eindeutig benachteiligte Linke zu den Minengebieten zurück, wo sie ihrer revolutionären Tradition nach Selbständigkeit bewahren konnte, bis 1965 und 1967 die Armee unter Anwendung brutalster Gewalt diese Gebiete besetzte.

Das Bemühen der Regierungspartei MNR um die Bildung einer nationalen Bourgeoisie als Antrieb für die Entwicklung der Industrie und des Handels scheiterte sehr bald, und dieser Versuch entartete in das Entstehen einer wahren Lumpenbourgeoisie (nach Fanon), die sich durch Korruption größten Ausmaßes, durch trübe Geschäfte mit einer fast grenzenlosen Inflation und durch nie zurückbezahlte Kredite für fiktive Investitionsvorhaben bereicherte. Als die revolutionäre Nationalbewegung (MNR) 1952 die alte Aristokratie von der Macht verdrängte, die Bergwerke verstaatlichte (Oktober 1952), die Agrarreform durchführte (August 1953) und die Armee auflöste (April 1952), war sie tatsächlich revolutionär. Aber als der linke Flügel der Partei in die Untätigkeit und

später in die Opposition getrieben wurde, verwandelte sich die MNR nach und nach in ein Instrument der Klasse der Neureichen, die anstelle der Feudalaristokratie und der Minenbesitzer die dominierende Rolle im Staate usurpiert hatte. Ihre wirtschaftliche Basis ist indes äußerst schwach gewesen auf Grund der allgemeinen und von ihr nicht behobenen Unterentwicklung von Industrie und Handel. Das Sinken der Zinnpreise auf dem Weltmarkt nach dem Ende des Korea-Krieges verschlimmerte die ökonomische Not des Staates so sehr, daß die Regierung sich gezwungen sah, amerikanische Hilfe anzunehmen. Als Gegenleistung übernahm die Regierung die undankbare Aufgabe, die revolutionäre Demokratie in den Minen abzubauen, der Wiedereinführung der Armee (ab 1956) und dem Erlaß einer Schutzgesetzgebung für ausländische Investitionen, insbesondere für das Erdöl, zuzustimmen, dem die spezielle Vorliebe der Amerikaner galt. Da der Traum der nationalen Industrie bald verflogen war, vermochte die bolivianische Lumpenbourgeoisie ihre beherrschende Rolle nur dadurch auszuweiten, daß sie sich in den Dienst der amerikanischen Politik stellte. Sie war selbstverständlich mit der revolutionären Nationalbewegung (MNR) nicht auf Gedeih und Verderb verbunden. Sie begrüßte das Wiederaufrichten der Armee, versöhnte sich mit den Resten der alten Aristokratie und bereitete eine präventive Konterrevolution gegen die politisierten Massen (speziell Minen- und Fabrikarbeiter) vor, die ihr früheres antiimperialistisches und demokratisches Versprechen beim Wort genommen hatten. Der Militärputsch vom November 1964 stellt die konsequente Folge dieser Politik dar. Die MNR hatte sich selbst überflüssig gemacht, indem sie am Ende die gleiche Linie wie die traditionellen Parteien vertrat; sie war bloß unzuverlässig wegen ihrer als ideologisches Moment gehegten Sympathie für die Linke. Nach zwölfjähriger Herrschaft (April 1952 – November 1964) war sie total verbraucht und diskreditiert. Die Inkarnation der Partei, der Staatspräsident Víctor Paz Estenssoro, wurde von der Linken als Verräter angesehen, und die traditionellen Rechte konnte ihm die revolutionären Maßnahmen gegen die alte Oberschicht niemals verzeihen. So wurde sein Sturz allseitig gefeiert. Die ihm folgende Militärregierung (unter General René Barrientos) kann die Repression fortschrittlicher Kräfte durchführen, ohne durch alte linke Reminiszenzen gehemmt zu werden. Sie bemüht sich mit allen Mitteln darum, die politische Landschaft im Sinne einer nationalchristlichen, amerikafreundlichen und scharf antikommunistischen Ideologie gleichzuschalten.

Das Scheitern des reformistischen Versuches der revolutionären Nationalbewegung (MNR) in Bolivien und der reaktionäre Kurs des heutigen Regimes lassen uns die Alternative des Dritten Wegs als unrealistisch erscheinen. Die gemäßigten Reformen, die die Entwicklungshilfe-Spezialisten in Bolivien nach 1954 und in den anderen Ländern im Zug des Programms "Allianz für den Fortschritt" so beredt vorgeschlagen haben, wie Besteuerungsreform, Aufteilung der Latifundien durch Schaffung von Minifundien, Sanierung der öffentlichen Finanzen, Schaffung eines "korrekten" Beamtentums, etc., wirken als Palliative, die die Grundlagen des Regimes unberührt belassen. Denn bedauerlich sind nicht so sehr die Schönheitsfehler der Staatsverfassung, die Korruption der Beamten, die Exzesse der Militärs, sondern vielmehr jene Sozialstruktur, die all das überhaupt möglich macht.

Die bolivianische Agrarreform verteilte fast restlos (Ausnahme: Viehzucht-Ländereien in den östlichen Provinzen) die Latifundien an die Bauern und schuf so eine Klasse ländlicher Kleineigentümer. Für die Mechanisierung der Landarbeit und Erhöhung der Produktion ist diese Maßnahme nicht gerade förderlich gewesen. Für die neuen Landeigentümer wurde jedoch eine heiß und lange gehegte Sehnsucht erfüllt: sie bekamen eigenes Land. Auf Grund ihres Stolzes als Eigentümer und ihres Gefühls der Dankbarkeit gegenüber der Regierung werden sie sich gegenüber einer Guerilla-Bewegung ganz anders verhalten als vietnamesische oder kubanische Kleinpächter und landlose Bauern. Fidel Castro führte eine Agrarreform in den Gebieten der Sierra Maestra durch, über die seine Bewegung allmählich Einfluß gewann, und die Hilfe für seine Bewegung und die Zufuhr neuer Kämpfer stammte im bedeutenden Ausmaß von jenen Bauernmassen, die sich selbst überzeugen konnten, daß die Guerilla-Bewegung das Ende ihrer Ausbeutung bedeutete. So leicht wird die Aufgabe der bolivianischen Guerilla-Bewegung in bezug auf die Bauernfrage nicht sein. Daß es für die Bauern vorteilhaft wäre, ihren abstrakten und nichtsbringenden Besitzer-Stolz gegen konkrete Vorzüge der gemeinschaftlichen Arbeitsweise (wie Mechanisierung, erzieherische und kulturelle Vorteile) zu tauschen, würde erst das Werk einer etablierten sozialistischen Regierung sein.

Hiermit wollten wir die grundlegende Euphorie umreißen, in der sich die revolutionäre Bewegung hinsichtlich der Strategie befindet. Das unbedingte Insistieren auf dem hier behandelten Guerilla-Modell seitens der Epigonen Debravs, die nicht einmal seinen kritischen Geist besitzen, als dem einzig möglichen Weg der Revolution in Lateinamerika, läßt die Konzeption neuer Wege verkümmern und seine Rolle als bloßes Mittel zum Aufbau einer menschlicheren Gesellschaft in den Hintergrund treten. Seine Hypostasierung zur Aufgabe schlechthin aller fortschrittlichen Kräfte könnte in den Wahnsinn ausarten, der unüberlegt junge Idealisten in Guerilla-Bewegungen antreibt, die keine Chance zum Überleben haben.

Angesichts aller Schwierigkeiten, welche die Befreiungsbewegung der Dritten Welt zu überwinden hat, könnte deren Ideal, die Dritte Welt im Sinne von Vernunft und Freiheit umzugestalten, als eine Utopie erscheinen. Die totale Mobilisierung des Imperialismus gegen die endgültige Befreiung der Dritten Welt, die den historischen Inhalt der gegenwärtigen Periode ausmacht, zeigt jedoch an, wie real die Möglichkeit dieser Befreiung ist.

Revolution und Räte I

A.J. Ryder:
The German Revolution. A Study of German Socialism in War and Revolt.
London: Cambridge University Press, 1967.
304 Seiten, Leinen 63 sh.

Helmut Neubauer (Hg.):
Deutschland und die Russische Revolution.
Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz: Kohlhammer, 1968.
112 Seiten, kartoniert 10,80 DM.

Peter Lösche:
Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903 - 1920.
Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Band 29.
Berlin: Colloquium Verlag, 1967.
306 Seiten, Leinen 48,– DM.

Wilfried Gottschalch:
Parlamentarismus und Rätedemokratie.
Rotbuch 10.
Berlin: Wagenbach, 1968.
126 Seiten, kartoniert 4,50 DM.

Dieter Schneider, Rudolf Kuda:
Arbeiterräte in der Novemberrevolution. Ideen, Wirkungen, Dokumente.
Frankfurt/M.: edition suhrkamp, Bd. 296, 1968.
173 Seiten, kartoniert 3,– DM.

Eric Ertl:
Alle Macht den Räten?
Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt, 1968.
120 Seiten, kartoniert 7,– DM.

Man kann sich mit dem deutschen Revolutionsversuch von 1918/19 unter zwei Aspekten beschäftigen: Unter dem historischen und dem aktuell-politischen. Noch immer fehlt eine befriedigende Gesamtdarstellung der revolutionären Ereignisse (1), noch immer ist die politische Frage von 1918 - Sozialismus und Demokratie - ungelöst (2). Um mit dem ersten zu beginnen: angesichts der fehlenden gültigen Darstellung der sogenannten „Novemberrevolution" kann jedes Buch, das diesen Zeitraum beschreibt, auf Interesse rechnen. A.J. Ryder beschränkt seine Studie über die deutsche Revolution allerdings nicht auf die eigentlichen Revolutionsmonate, sondern er beschreibt einen Zeitraum, der durch das Erfurter Programm der SPD (1891) und dem Spaltungsparteitag der USPD in Halle (1920) begrenzt wird. Dieses Verfahren ist durchaus sinnvoll und einer Momentaufnahme der Revolution vorzuziehen, weil dadurch die Entwicklungstendenzen herausgearbeitet werden können und es deutlich wird, daß die konterrevolutionäre Haltung großer Teile der SPD-Führung, allen voran Friedrich Eberts, keinesfalls als „Verrat" in den kritischen Novembertagen gewertet werden kann, sondern lediglich die konsequente Fortführung einer Politik darstellt, deren Ursachen vor dem Ersten Weltkrieg zu suchen sind.
Wenn auch die Konzeption richtig ist - und sie ist nicht neu, wie die Bücher Arthur Rosenbergs zeigen -, so enthält das Werk eine Reihe von Mängeln. Ryder schildert den historischen Ablauf gleichmäßig, ohne

1 Vgl. Allan Mitchell im bibliographischen Anhang seines Buches: Revolution in Bayern. München 1967 S. 305. Dieses Buch soll in der nächsten Ausgabe von **Sozialistische Politik** besprochen werden.

2 Selbst die **Frankfurter Allgemeine Zeitung** scheint es dunkel zu ahnen: „Denn vieles in dem Schicksal des Landes geht aus von den Schwüren und den Gebresten damals. Dieses Schicksal ist auf uns gekommen (!) und muß von den Geschlechtern, die aneinander gebunden sind, als eine gemeinsame Last getragen werden". Vgl. F.A.Z. vom 5.11.1968.

auf bestimmte Aspekte näher einzugehen, so daß die Darstellung an der Oberfläche bleibt. Das in der Revolution zentrale Problem des Verhältnisses von Gewerkschaften zu den Räten, an dem sich die Enttäuschung großer Teile der Arbeiterschaft über die traditionellen Organisationen zeigen läßt, wird kurz in einer Anmerkung erwähnt (S. 216 Anm. 1). Die Rolle der Gewerkschaften beim „Eindämmen" der Revolution wird ebenfalls nur unzureichend angedeutet (S. 166 Anm. 2 und S. 276). Darüberhinaus ist Ryder zu „berlinozentrisch": Bayern und die übrigen Reichsteile werden auf nur zehn Seiten abgehandelt (S. 210 - 214 u. S. 142 - 148).

Da sich Ryder sehr stark an älterer Literatur orientiert, bietet die Arbeit kaum neue Interpretationen, wenn man auch hin und wieder auf gelungene Formulierungen stößt (3). Wichtige neuere Literatur ist nicht einmal in die Bibliographie aufgenommen, geschweige denn im Text verarbeitet. So erscheint zwar Kolbs Arbeit über die Arbeiterräte (4), von Oertzens Buch über die Betriebsräte sucht man jedoch vergebens, ebenso wie das Werk von Elben über das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution (5), um nur zwei Beispiele herauszugreifen. Ein ideologisches Vorwort (6) tut ein übriges, um den Eindruck entstehen zu lassen, daß hier die Chance vertan wurde, eine brauchbare und zuverlässige Gesamtdarstellung der deutschen Revolution von 1918 zu geben.

Von den Problemen der Jahre 1918/19 beschäftigen zwei Historiker und Politikwissenschaftler in jüngster Zeit besonders: die Rolle der Räte und das Verhältnis Deutschlands zur russischen Revolution. Beide Themen waren Gegenstand der Tagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, die vom 18. bis 20. Oktober 1967 in München stattgefunden hat und deren Referate bis auf zwei jetzt bei Kohlhammer unter dem Titel „Deutschland und die Russische Revolution" erschienen sind. Walter Tormin und Erich Matthias untersuchten in ihren Vorträgen die Rückwirkung der russischen Revolutionen des Jahres 1917 auf Deutschland, wobei sich Tormin besonders mit dem Bolschewismusbild beschäftigte (S. 54 - 66). Bis zur Februarrevolution waren die Bolschewiki in Deutschland kaum bekannt und selbst führenden Sozialdemokraten waren die innerrussischen Auseinandersetzungen zwischen Bolschewiki und Menschewiki oft ein Buch mit sieben Siegeln. Nach der Februarrevolution genossen die Bolschewiki vor allem als radikale Friedenspartei bei Sozialdemokraten beider Richtungen große Sympathien, doch weigerte sich die SPD charakteristischerweise, dieselbe konsequente Friedensagitation im eigenen Land zu betreiben oder gar den imperialistischen Weltkrieg in einen klassenkämpferischen Bürgerkrieg zu verwandeln. Nach Vertreibung der Konstituante am 19.1.1918 durch die Bolschewiki änderte sich die Einstellung der SPD zum Bolschewismus sehr schnell und gerann bald zu einem emotionsgeladenen Antibolschewismus, der den Kautskyianismus der Vorkriegszeit als Integrationsideologie ablöste.

Die Ausführungen Tormins basieren zum großen Teil auf der detaillierten Untersuchung Peter Lösches über den Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie. Lösche will „den politischen Gehalt zeitgeschichtlicher Literatur auf ihre Motive und Ziele hin und ihre sozialen Grundlagen betrachten". (S. 3), wobei letzteres weitgehend ein Desiderat bleibt, weil, wie Lösche bedauert, sozialgeschichtliche Monographien zu diesem Bereich fehlen.

Eng mit der Frage des russischen Einflusses auf die deutsche Revolution verbunden ist das Problem der Räte, dem Lösche ein eigenes Kapitel widmet (S. 214 - 235). Lange Zeit galt es in der bürgerlichen Geschichtsschreibung für ausgemacht, daß Räte und Bolschewismus ein und dasselbe seien (7), obwohl sich bolschewistische Parteiauffassung und parteilose Räte widersprechen und dieser Widerspruch nach 1917 folgerichtig zugunsten der Parteidiktatur gelöst wurde. Der schon erwähnte Walter Tormin versuchte in seiner 1954 erschienenen Schrift „Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie" die angebliche Alternative

---

3 z.B. zum Verhältnis SPD - Räte - USPD: "It is, however, one of the many ironies of the German revolution that the workers' and soldiers'councils gave more support to the Majority Socialists, who did not believe in them, than to the Independents, who did". (S. 268)

4 Eberhard Kolb: **Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918/19**, Düsseldorf 1962. Peter von Oertzen: **Betriebsräte in der Novemberrevolution**, Düsseldorf 1963.

5 Wolfgang Elben: **Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution. Die Politik der Staatssekretäre und der militärischen Führung vom November 1918 bis Februar 1919,** Düsseldorf 1965.

6 z.B.: „In Berlin, where I spent nearly four years, I was struck, as everyone must (?) be, by the ideological wall (since reinforced by a concrete one) that splits the city, a small but particularly significant section of the great divide which now runs across the world. Western visitors to Berlin are likely to be puzzled, as I was, by the nomenclature which describes East Berlin as the Democratic Sector, and Soviet-occupied Germany as a Democratic Republic. The conflicting meanings attached to one word, democracy stand for the difference between two ideologies, eastern and western socialism, for semantics, like other sciences, has been made the servant of politics. Yet both have, basically, a common origin, and their divergence dates mainly from the dissolution of the pre-1914 liberal-Marxist synthesis - aprocess begun by the first world war and completed by the revolutions in Russia and Germany". (S. XIII)

7 vgl. z.B. Meinecke: „Dies Neue konnte (in den Tagen um den 9. November 1918) nur zweierlei Gestalt tragen, entweder Demokratie oder Bolschewismus sein ...", zit. nach W. Tormin: **Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie"**, Düsseldorf 1954 S. 136 Anm. 1.; ferner K.D. Erdmann in: Bruno Gebhardt: **Handbuch der Deutschen Geschichte.** 8. Aufl. Stuttgart 1959 (Neudruck 1960) S. 86, wonach Deutschland vor der Frage gestanden habe, „ob sich in der sozialistischen Gesamtbewegung die westdeutsche Idee des Parlamentarismus und der Demokratie oder die Lenin'sche Idee (!) des Rätestaates als die stärkere erweisen werde".; vgl. auch Karl-Heinz Luther: Die nachrevolutionären Machtkämpfe in Berlin. November 1918 bis März 1919, in: **Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands,** Bd. VIII. Tübingen 1959 S. 197, der von der „Propagierung des bolschewistischen Rätegedankens" spricht.

Ebert-Politik oder Bolschewismus zu durchbrechen, indem er für einen dritten Weg plädierte. Er zeigte, daß die Rätebewegung in Deutschland spontan und unabhängig von bolschewistischer Beeinflussung entstanden war, wie auch in Rußland die Räte (Sowjets) sich 1905 auf Grund einer organisatorischen Lücke (keine Gewerkschaften, keine Parteien) spontan gebildet hatten, wie Oskar Anweiler zur selben Zeit in seiner Dissertation nachwies (8). Außerdem gab es bei den Rätekonzeptionen eine große Variationsbreite, als deren Pole Tormin Rätediktatur und soziale Demokratie nennt (S. 126). Letztere zu verwirklichen sei eine reale Chance gewesen, die die Mehrheitssozialdemokraten verspielt hätten.

Die Identifikation des Rätesystems mit dem Bolschewismus wurde schon während der Revolution vollzogen. „Ablehnung oder Anerkennung des Rätesystems bedeutete für die beiden Flügel der deutschen Arbeiterbewegung zugleich Verneinung oder Nachahmung des bolschewistischen Beispiels." (Lösche, S. 214) Damit war für die SPD die Rätefrage erledigt, obwohl sie in den Räten über eine solide Mehrheit verfügte. Die USPD war mit den eigenen Flügelkämpfen so sehr beschäftigt, daß sie ihre Rätekonzeption oder die der Revolutionären Obleute (R. Müller, E. Däumig) nicht kraftvoll genug vertreten konnte.
Tormins Ansatz wurde durch die materialreichen Studien von Kolb und von Oertzen weitergeführt und vertieft (9). Kolb zeigt u.a., mit welch unsauberen Mitteln die Mehrheitssozialdemokratie versuchte, die Räte zu diskreditieren (S. 183 ff.). Obwohl sich Kolb eingestandenermaßen (S. 404) nur um die historische Beschreibung bemühte, blieb ihm der Vorwurf der „Parteilichkeit" nicht erspart (10).
Von Oertzen legt das Schwergewicht auf die wirtschaftliche Seite des Räteproblems, wobei er auch ausführlich die Ereignisse in Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet berücksichtigt. Von Oertzen geht über Kolbs selbstgesteckte Grenze hinaus, wenn er nach den „Möglichkeitsbedingungen der modernen Rätebewegung" (S. 343) fragt. Der letzte Abschnitt seines Buches liest sich wie eine Aufforderung an die außerparlamentarische Opposition, sich zu diesem Punkt etwas Konkretes einfallen zu lassen:

> „Unter solchen Umständen müßte der soziale Konflikt in Gestalt der Rätebewegung wieder akut werden, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt würden: Die gesellschaftlichen Führungsschichten können eine soziale, ökonomische oder politische Krise nicht verhindern; die Autorität der traditionellen Parteien und Gewerkschaften wird im Zuge dieser Entwicklung noch stärker erschüttert, als sie es ohnehin schon ist; die aufkommende oppositionelle Bewegung entwickelt eine umfassende Räteprogrammatik; diese Programmatik ist so überzeugend, daß sich in ihrem Zeichen wesentliche Teile der Intelligenz mit der Mehrheit der Arbeitnehmerschaft zu einer einheitlichen Rätebewegung verbünden. Das sind die abstrakten Möglichkeiten. Ob die hier vorausgesetzten Tatsachenbedingungen in Wirklichkeit eintreten können oder werden, das zu erfragen, ist nicht mehr Aufgabe dieser Untersuchung". (S. 345)

Eine Antwort vermutet man in den Büchern von Gottschalch und Ertl. Gottschalch gliedert seine knappen Ausführungen in drei Abschnitte. Zunächst gibt er eine kurze Kritik des Parlamentarismus. Ursprünglich sei die Forderung nach parlamentarischer Demokratie eine Kampfparole des Bürgertums gegen den Absolutismus gewesen. Die Gewaltenteilung habe ihre soziale Bedeutung gehabt (Exekutive: König und Adel;Legislative: Bürgertum und Adel; Rechtsprechung: Bürgertum). Mit dem Sieg des Bürgertums sei diese soziale Differenzierung fortgefallen und der Parlamentarismus sei zu einem demo-autoritären System geworden. (S. 15 ff.) Im zweiten Kapital folgt eine kurze Übersicht über „Versuche der Rätedemokratie" (Pariser Kommune, Deutschland und Jugoslawien). Seltsamerweise fehlt Rußland. Auch Polen und Ungarn werden nicht erwähnt. In einem dritten Abschnitt versucht Gottschalch Möglichkeiten und Grenzen der Rätedemokratie aufzuzeigen. Gottschalch verspricht sich von der Rätedemokratie einen Abbau oligarchischer Tendenzen, denn „gerade der stufenförmige Aufbau der Rätedemokratie (erleichtert) die Kontrolle von unten, da das Kommunikationsgesetz dichter ist" (S. 38). Das ist m. E. eine zu optimistische Sicht. Der Räteversuch in Polen 1956 - 58, der allerdings nur auf die wirtschaftliche Seite und auch hier nur unvollkommen beschränkt blieb, hat gezeigt, daß die Betriebsvollversammlung mangels Interesse oft nicht beschlußfähig war und sich eine Entscheidungskonzentration im Präsidium des Arbeiterrates ergab (11). Besonders kritisch wird es, wenn man auf periodische Wahlen verzichten zu können glaubt und sich allein auf das Prinzip des „recall", des jederzeitigen Abberufens der weisungsgebundenen Vertreter verläßt (12), anstatt beides miteinander zu verbinden. Beizupflichten ist Gottschalch, wenn er die Frage der Sachverständigen

---

8 Inzwischen in Buchform erschienen: O. Anweiler: **Die Rätebewegung in Rußland 1905-1921.** Leiden 1958; vgl. ferner seine Einleitung zu: **Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur. Dokumente der Weltrevolution Bd. 2,** hrsg. von Frits Kool und Erwin Oberländer. Olten und Freiburg i. Breisgau 1967 S. 11-80.

9 vgl. Anm. 4. Eine ausführliche Besprechung dieser Bücher findet sich in Reinhard Rürup: Rätebewegung und Revolution 1918/19, in: **Neue Politische Literatur 3 (1967).** S. 303-315 und Udo Bermbach: Das Scheitern des Rätesystems und die Demokratisierung der Bürokratie 1918/19, in: **PVS Sept. 1967** S. 445-460.

10 Karl Erich Born in der **Hist. Zeitschr. 200 (1965)** S. 148: „Der größte Mangel des Buches liegt darin, daß der Autor Partei nimmt". Er habe „die sehr ernsten grundsätzlichen Motive, welche die SPD-Führung veranlaßten, sich für die parlamentarische Demokratie und gegen die Räte, die ja notwendig (?) eine Konkurrenz der parlamentarischen Vertretungen sein mußten, zu entscheiden" übersehen. Born wirft Kolb also nicht vor, parteilich zu sein, sondern vielmehr, die falsche Partei ergriffen zu haben.

11 vgl. André Babeau: **Les Conseils Ouvriers en Pologne.** Paris 1960 S. 149.

12 „Die Wahlen der Arbeiter- und Betriebsräte erfolgen nicht auf bestimmte Zeit, sondern auf jederzeitigen Widerruf". Aus dem (abgelehnten) Antrag der USPD-Fraktion auf dem II. Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands vom 8.-14. April 1919, abgedruckt bei D. Schneider/R. Kuda, a.a.O. S. 111-113 (112).

Agitation—Selbstorganisierung

das politische buch

Berlin 15
Litzenburger 99
883 25 53 **KEIN KLAUZWANG**

Profite gehen nicht in die eigene Tasche

LESERAUM
für Schüler und Genossen

Basis- und Agitationsarbeit

★

Sozialisierung — Kollektivierung

in einem Rätesystem zu einem Scheinproblem erklärt: sicherlich wird auch das Rätesystem Sachverständige brauchen, aber die politische Entscheidung, wie der Sachverstand genutzt werden soll, muß an der Basis fallen und kann auch von sogenannten „Nichtfachleuten" geleistet werden.

Den größeren Teil des Bändchens nimmt ein Lesebuch ein, daß sich auf den Gottschalch-Text bezieht, so daß man keinesfalls ein umfassendes Bild von der Rätebewegung bekommt. Es fehlen z.B. so profilierte Rätetheoretiker wie Richard Müller und Ernst Däumig.

In bezug auf Dokumente wird man bei Dieter Schneider und Rudolf Kuda besser bedient. Dem gut 100 Seiten umfassenden Dokumententeil wird eine etwa halb so lange Einleitung vorausgeschickt, die sich ausschließlich mit der wirtschaftlichen Seite des Räteproblems beschäftigt. In einem mit „Konklusionen und Modelle" überschriebenen Abschnitt stellen sich die Autoren die Frage, welche Rolle das wirtschaftliche Rätesystem heute spielen kann. Sie gehen von 3 Grundsätzen aus (S. 50):

1. Einflußnahme der Arbeitnehmer auf allen Stufen des Wirtschaftslebens;
2. Demokratisierung der wirtschaftlichen Willensbildung innerhalb der einzelnen Stufen;
3. Demokratisierung des wirtschaftlichen Zielsystems.

An diesen Grundsätzen prüfen sie zwei praktizierte und zwei mögliche Modelle von wirtschaftlicher Mitbestimmung. Die Minderheitsmitbestimmung nach dem Betriebsverfassungsgesetz von 1952 vermag offensichtlich nicht zu genügen. Sie sichert vielmehr den organisierten Kapitalismus ab (S. 52). Ebenso ist die qualifizierte Mitbestimmung nach dem Gesetz von 1951 unzureichend, weil sie in bezug auf den Wirtschaftszweig (nur Montanbereich), die Rechtsform (nur Einheits- und Kapitalgesellschaften) und die Unternehmensgröße (über 1000 Arbeiter) beschränkt ist. Die paritätische Mitbestimmung würde zwar die formale Unterlegenheit der Arbeitnehmer abschaffen, läuft aber Gefahr, sich selbst zu paralysieren, weil immer noch auf kapitalistischer Produktionsweise beruhend. Es bleibt das Rätesystem als einziges sozialistisches Modell übrig. Da einer geschlossenen Übernahme des Rätesystems momentan gewichtige Hindernisse politischer und psychologischer Art gegenüberstehen, können nur einzelne Elemente der wirtschaftlichen Rätedemokratie übernommen werden, z.B. „ein direktes Kontrollrecht der Arbeitnehmer in der Form der jederzeitigen Abberufbarkeit von Mitbestimmungsfunktionären durch qualifizierte Mehrheiten". Ziel bleibt jedoch das integrale Rätesystem.

Keineswegs die gleiche Klarheit der Konzeption erreicht die Arbeit von Eric Ertl. Ihre Stärke liegt in der historischen Schilderung, obgleich die Darstellung der polnischen und ungarischen Räte zu summarisch ausgefallen ist, wie Ertl selbst eingesteht. Außerdem hat sich ein Fehler eingeschlichen. Wenn Laufenberg, Richard Müller, Eisner und Kautsky mit den Plänen von Cohen und Kaliski in Verbindung gebracht werden, die eine Verbindung von Parlament und Rätesystem anstrebten, dann sind es doch zu verschiedenartige Leute, die hier unter einen Hut gebracht werden sollen. Das gilt besonders für Richard Müller, bei dem der Weg zur Nationalversammlung bekanntlich über seine Leiche gehen sollte. Nachdem die Nationalversammlung einmal beschlossene Sache war, hat er sie allerdings in nicht ganz freiwilliger Einsicht in die Notwendigkeit in seine Rätekonzeption aufgenommen (13).

Ertls Buch weist einige Gemeinsamkeiten mit der Broschüre Gottschalchs auf. Auch bei Ertl steht am Anfang eine temperamentvolle und polemische Auseinandersetzung mit dem Parlamentarismus. Für Ertl ist es ähnlich wie für Gottschalch Ziel der Räte, „die These von Robert Michels, jede Organisation führe notwendigerweise zur Oligarchie und zur Herrschaft der Gewählten über ihre Wähler, als nur für den Kapitalismus gültig zu erweisen" (S. 110). Und wie Gottschalch nicht sicher ist, ob eine rätedemokratische Organisation der Gesellschaft funktionieren wird (S. 41), so läßt auch Ertl die Frage offen:

> „Die Frage, ob sich die Utopie einer herrschaftlosen Gesellschaft, der direkten Rätedemokratie, im gegenwärtigen Zeitpunkt verwirklichen ließe, ist nur empirisch, nicht theoretisch zu entscheiden. Auch der Gegenbeweis ist nicht erbracht: ‚Die Dimension der Demokratisierung sozialstaatlich verfaßter Industriegesellschaften ist nicht von vornherein limitiert durch eine sei es theoretisch einsehbare, sei es empirisch erwiesene Undurchdringlichkeit und Unauflöslichkeit der irrationalen Beziehungen sozialer Macht und politischer Herrschaft." (14) (S.113)

Frank Dingel

13 vgl. Richard Müller: **Was die Arbeiterräte wollen und sollen!** Berlin o.J. (1919) S. 24.

14 s. Jürgen Habermas: **Strukturwandel der Öffentlichkeit.** Neuwied 1962 S. 255.

Theo Pinkus (Hg.):
Gespräche mit Georg Lukács.
Hans Heinz Holz, Leo Kofler, Wolfgang Abendroth.
Reinbek: Rowohlt Verlag, 1967.
135 Seiten, kartoniert 8,80 DM.

Absicht des Herausgebers ist es, einen vorläufigen Abriß des Werkes des ungarischen Philosophen und Literaturhistorikers Georg Lukács einer breiteren Leserschaft zugänglich zu machen, sowie auch vorgreifend den „Produktionsprozeß" Lukács zu zeigen, der bei weitem noch nicht abgeschlossen ist. Dem philosophischen Kern seines Werkes, Ethik und Ontologie, konnte sich Lukács erst jetzt in hohem Alter widmen; eine **marxistische Ethik** und eine **Ontologie des gesellschaftlichen Seins** (3 geplante Bände) sollen die Gesamtausgabe bei Luchterhand abschließen.

Aber weder ein Abriß des schon vorhandenen Werkes, noch ein Vorgriff in das geplante werden von den **Gesprächen** geleistet. Obwohl Lukács' drei Gesprächspartner eine gewisse Arbeitsteilung sich vorgenommen hatten (1. Gespräch: Lukacs-Holz: Sein und Bewußtsein, Zusammenhang der ästhetischen Konzeption mit ihren geschichtsphilosophischen Veraussetzungen, Realismus-Begriff; 2. Gespräch: Lukács-Kofler: Gesellschaft und Individuum, Gesellschaftstheorie und Ideologiekritik, Fortwirken des deutschen Irrationalismus in der Gegenwart; 3. Gespräch: Lukács-Abendroth: Grundlegendes zu einer wissenschaftlichen Politik, Zusammenhang von Theorie und Praxis, Verhältnis von Weg und Ziel), haftet den **Gesprächen** der Eindruck der totalen Improvisiertheit und des Mangels an Systematik an. Die Gesprächsform des Buches impliziert geradezu diese Mängel, die eigentümlicherweise durch den „fulminanten" (S. 6) Redner Lukács intensiviert werden, dem ein kleiner Anstoß genügt, um einen erstaunlichen Assoziationsprozeß in Gang zu setzen, der nun nicht mehr anzuhalten ist und der oft zur Literaturkritik führt, Lukács' ureigenstem Gebiet. Der Versuch, alle denkbaren Probleme der modernen Industriegesellschaft, einschließlich Außenpolitik, in sehr knappem Raum zu behandeln, bringt es mit sich, daß eben keins in befriedigender Weise behandelt wird. Der allgemeine Tenor der **Gespräche** ist der eines kritischen Marxismus, der sich vom institutionellen Marxismus des Ostblocks abzuheben versucht. Innerhalb dessen aber wird die Spezifität der Lukács'schen Position wegen des Mangels an präziser und ausführlicher Diskussion nicht ersichtlich. Deshalb eignen sich die **Gespräche** kaum zu einer Einführung ins Denken des ungarischen Theoretikers.

Von den Gesprächspartnern hat nur Wolfgang Abendroth eine eigenständige, kritische Position gegenüber Lukács eingenommen; er macht die obligate Verurteilung der Frankfurter Schule (z.B. S. 53, 80 f) nicht mit und zwingt Lukacs zur Klärung der eigenen Position. Ein großer Teil der **Gespräche** umfaßt die Diskussion über Positivismus und Neopositivismus, dessen Trennung von Theorie und Praxis, die Bedeutung der naturwissenschaftlichen Forschung für die sozialpolitische Entwicklung und eine Kritik des Stalinismus und der „Überwindung des Stalinismus durch Stalinsche Methode" (S. 123), d.h. die Diskussion über Themata, um die sich die inkriminierte Frankfurter Schule und andere dem Marxismus nahestehende Philosophen (wie die von Lukács angegriffenen Satre und Marcuse) mehr Verdienst erworben haben als Lukács selber.

H.C.F. Mansilla

rororo

Ernesto Che Guevara
Brandstiftung oder Neuer Friede?
Reden und Aufsätze
Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Sven G. Papcke
rororo aktuell 1154. DM 2,20

Aufzeichnungen aus dem kubanischen Befreiungskrieg 1956-1959
Mit einem einleitenden Text von Fidel Castro
Rowohlt Paperback Band 71. DM 7,80

Roger Garaudy
Marxismus im 20. Jahrhundert
rororo aktuell 1148. DM 2,20

G. und D. Cohn-Bendit
Linksradikalismus - Gewaltkur gegen die Alterskrankheit des Kommunismus
rororo aktuell 1156/57. DM 3,80

Jindřich Zelený:
Die Wissenschaftslogik bei Marx und „Das Kapital".

Berlin (DDR): Akademie-Verlag 1968, auch als Lizenzausgabe in der Europäischen Verlagsanstalt, Frankfurt/Main 1968. Dt. Ausgabe besorgt und übersetzt von P. Bollhagen.
333 Seiten, gebunden 16,– MDN/12,– DM.

Renate Damus hat in ihrer Besprechung des Rosdolskyschen Kommentars zu den „Grundrissen" (1) zu Recht eine Schwäche dieses Buches hervorgehoben: wie viele bürgerliche oder neulinke Interpreten, die sich vor allem auf die sogenannten Frühschriften (2) beziehen, hat auch Rosdolsky bloß abstrakt die Herkunft wesentlicher Marxscher Kategorien aus der Logik Hegels hervorgehoben. Das hat ein relatives Recht, solange es darum geht, die undialektische Verflachung der Marxschen Methode aufzubrechen; in diesem Sinn ist schon Lenins berühmte Bemerkung über die Notwendigkeit des Studiums der Logik zu verstehen. Und zweifellos ist diese Aufgabe noch außerordentlich aktuell, insbesondere gegenüber einer erstarrten marxistischen Ökonomie, die nicht mehr die reflektierende Kritik der verdinglichten Bewußtseinsformen der sogenannten industriellen Gesellschaft, und zwar auch noch auf dem heutigen, höchst formalisierten Entwicklungsstand als den methodisch wesentlichen Ausgangspunkt erinnert. Der Graben zwischen marxistischer Philosophie und Ökonomie (nicht nur in Westeuropa) ist ein Symptom für das Zurückfallen hinter den umfassenden Ansatz, mit dem Marx diese gesamte Gesellschaft an ihren Bewußtsein- und Wirklichkeitsformen kritisierte (3).
Mit dem Buch von Zelený liegt nun zum ersten Mal eine Arbeit vor, in der der Versuch unternommen wird, die Marxsche Auffassung der Rationalität als neuen, spezifischen Typs an seinem Hauptwerk, dem „Kapital", herauszuarbeiten, und sie sowohl mit der mechanistisch-quantitativen Wissenschaftsauffassung der bürgerlichen Neuzeit wie mit der Hegelschen Kritik an dem überlieferten starren Dualismus von Denkformen und Sein zu konfrontieren; zugleich versucht Zelený, die von Marx angewendeten formallogischen Ableitungsverfahren (z.B. in der Beziehung von Profitrate zu Mehrwertrate) dem heute erreichten Stand der mathematischen Logik gegenüberzustellen und sie in deren Sprache zu übersetzen. Aus dieser, bereits 1962 in tschechischer Sprache veröffentlichten Untersuchung ergab sich als Fortsetzung und zweiter Teil die **detaillierte Untersuchung der einzelnen Etappen der Marxschen Hegel-Kritik**, die zugleich eine Auseinandersetzung mit wichtigen in Westeuropa in den letzten 20 Jahren erschienenen Arbeiten zu dieser Frage ist und diese an Gründlichkeit sämtlich überragt.

(1) In: **Politologie** Nr.4 (Dez. 1968), S.68 f.
(2) Vgl. unten Anm. (5).
(3) Diese Kluft wird, ähnlich wie die ohne weitere Erörterung zwischen nomologischen und hermeneutischen Wissenschaften bestehende, gewöhnlich nur bei Überbrückungsversuchen sichtbar; so z.B. auf dem Frankfurter Colloquium im Herbst 1967, vgl. jetzt das Protokoll **Kritik der politischen Ökonomie heute, 100 Jahre „Kapital"**, hg. W. Euchner u. A. Schmidt, Frankfurt/Wien 1968, insbes. S. 48 ff, 268 ff.

(Zumal für die in der Bundesrepublik verbreitete anthropologisch-existentialistische Marx-Rezeption dürfte Zelenýs Arbeit von besonderem Interesse sein.) Das wesentliche Ergebnis dieses zweiten Teils (S. 185-295) ist, daß Marx seine Auseinandersetzung mit Hegel im wesentlichen erst 1847 abschließt, daß er also erst mit der Deutschen Ideologie den methodologischen Stand erreicht, der noch für die Einleitung von 1857, für Zur Kritik und für Das Kapital charakteristisch ist. Von entscheidender Bedeutung ist daher für Zelený die genaue Analyse des Übergangs von den Pariser Manuskripten zum Elend der Philosophie und zur Deutschen Ideologie.

> „Das ist überhaupt das Experimentum crucis für die neuere Literatur über Marx und auch für die umfassendere Diskussion zwischen der sogenannten humanistischen und szientistischen, der sogenannten existentialen und essentiellen Tendenz im modernen Marxismus, da diese Diskussionen ebenfalls mit verschiedenen Interpretationen des jungen Marx operieren." (4).

In der Deutschen Ideologie radikalisiert Marx gegenüber den Philosophisch-Ökonomischen Manuskripten seinen Humanismus, indem er den Begriff der Selbstentfremdung des Menschen nur noch in ironischer Distanzierung gebraucht und durch eine exaktere Begrifflichkeit überwindet, die den konkret-historischen Charakter des Menschen bzw. der Geschichtlichkeit und der Wirklichkeit herausarbeitet. Das bedeutet zugleich die Überwindung des eschatologischen Moments der Pariser Manuskripte, der historisch undifferenzierten Wiedergewinnung des „wahren" und „wirklichen Wesens" des Menschen durch seine Selbstentfremdung hindurch. In der Geschichte schafft die menschliche Tätigkeit neue, noch nicht dagewesene Inhalte und Formen. Naturalismus und Humanismus fallen nicht mehr zusammen. Das gegebene Substrat der Erkenntnis ist für Marx in der Deutschen Ideologie ebenso wie in der Einleitung von 1857 die entwickelte bürgerliche Gesellschaft und ihre „Anatomie", die politische Ökonomie; das Kapital ist das reale, sich selbst bewegende Subjekt, das sich das Denken durch die „Darstellung", vom Abstrakten zum Konkreten aufsteigend, aneignet, das aber davon unabhängig existiert. Darin besteht wesentlich die materialistische „Umstülpung" der Dialektik (S. 293).

Damit besteht für Zelený das Problem des Verhältnisses des Marx der sogenannten Frühschriften (5) zum

(4) Zelený S. 283. Mit diesem Zitat sei zugleich angedeutet, daß die Übersetzung ins Deutsche durch Peter Bollhagen an Mängeln des Ausdrucks leidet, die sich gelegentlich bis zu offensichtlich unzutreffenden (z.B. S. 77 m. Anm. 7) oder mißverständlichen Übertragungen steigern; auch an Druckfehlern fehlt es nicht. Der häufig schwerfällige Duktus der Sprache mag dem Original zuzuschreiben sein.
(5) Dieser in der Bundesrepublik verbreitete Begriff entspricht dem Titel der üblicherweise gebrauchten Auswahlausgabe von S. Landshut (Kröner-Verlag), die neben einer fragwürdig zusammengestellten Auswahl aus den Pariser Manuskripten die Deutsche Ideologie in einer Weise fragmentiert bietet, die vielleicht erst die schroffe Trennung des jungen vom reifen Marx ermöglicht hat.

späten Marx der „ökonomischen" Schriften nach der gerade in Westdeutschland geläufigen Interpretation nicht mehr. Der ausgereifte Versuch einer materialistisch-dialektischen „Darstellung" ist jene Kritik der Politischen Ökonomie, wie sie im Kapital vorliegt; hier kann die „neue logische Konzeption von Marx" an der Darstellung ihres Gegenstands, an der materialen Analyse der sich selbst entwickelnden Struktur der bürgerlichen Gesellschaft studiert und mit anderen logischen Formen verglichen werden. Eine Gegenüberstellung der Marxschen und der Ricardoschen Parallеltexte zeigt, daß Marx die Auffassung eines fixen Wesens aufgibt und die Untersuchung der Beziehung zwischen Wesen und Erscheinung über die Feststellung bloß quantitativer Veränderungen auf die Analyse der Formen und ihrer sich entwickelnden Beziehungen ausdehnt. Trotzdem bestimmt Marx die quantifizierbaren Regelmäßigkeiten mit größerer Exaktheit als Ricardo; dabei bedient er sich der zu seiner Zeit üblichen mathematischen Verfahren (dieser Frage ist das ausführliche 8. Kapitel gewidmet), doch bleiben diese untergeordnetes Moment der „dialektisch-materialistischen strukturell-genetischen Analyse", wie der von Zelený eingeführte, recht schwerfällige Begriff lautet. Implizit also, ohne Bezugnahme auf die „wissenschaftstheoretischen" Diskussionen in Westdeutschland und in Frankreich, ist damit ein wesentlicher Beitrag zu der Kritik an jenem mit oder ohne methodologische Begründung ablaufenden Wissenschaftsbetrieb geleistet, in dem wissenschaftliche Theorien nur noch an der Oberfläche empirisch überprüfbarer Regelmäßigkeiten gebildet werden dürfen. Indem Zelený die substantiell-attributive Struktur des wissenschaftlichen Denkens der bürgerlichen Neuzeit einer spezifischen Auffassung der ontologischen Struktur der Wirklichkeit zuordnet, gibt er wesentliche Grundlagen für eine **historisch fundierte** Kritik an dem Alleingeltungsanspruch des aus den Naturwissenschaften erwachsenen positivistischen Wissenschaftsbegriffs. Gerade die kritische Durchdringung des scheinbar starren Gegenübers von Denkformen und Wirklichkeit, jedoch ohne dessen identitätsphilosophische Auflösung, bezeichnet die wesentliche Leistung der Marxschen Analyse des Werts, jener sich selbst entwickelnden Substanz, an die nicht mehr wie an das fixe Subjekt vom selbstherrlich Urteilenden Prädikate angeheftet werden.

Gegenüber Marx' eigenen, vergleichsweise und aus verschiedenen Gründen wohl notwendig knappen Äußerungen über seine Methode stellt Zelenýs Untersuchung des Verhältnisses von „theoretischer Darstellung und wirklicher Geschichte" eine wesentliche Vertiefung dar, die auch die Bemerkung Engels' und Lenins aufarbeitet. Im Aufweis des inneren Zusammenhangs von dialektisch-logischer und historischer Ableitung (6), des scheinbar äußerlichen Folgens der Begriffe, Kategorien, Denkformen aus anderen und der inneren Bewegung des historischen Ablaufs, gibt Zelený eine Interpretation des abbildenden Charakters des Denkens, die die verbreiteten naturalistischen Auffassungen weit hinter sich läßt, obwohl vielfach die gewohnten Begriffe beibehalten sind, und die andererseits auch nicht der idealistischen Identifizierung verfällt.

(6) Vgl. **Kapital** Bd. 1, 1. und 2. Kapitel.

> „Marx ... betont, daß das menschliche Denken, um eine solche Wirklichkeit (von dialektisch-ontologischer Struktur) richtig zu erfassen wie z.B. die kapitalistische Produktionsweise, eine große Aktivität entwickeln und einige spezifische Bewegungsformen anwenden muß, die nicht einfach bloße parallele Verfolgung der wirklichen Bewegungsformen sind. Diese Betonung der Aktivität, der relativen Selbständigkeit in der Bewegung des menschlichen Denkens und des spezifischen Charakters seiner Bewegungsformen in Beziehung auf die wirklichen Formen ergibt sich durchaus nicht aus der Preisgabe, sondern vielmehr umgekehrt aus der Treue zur materialistischen Abbildtheorie in ihrer dialektischen Fassung." (S. 101)

Wesentliche Ergebnisse der vorhergehenden Ausführungen werden von Zelený in dem ausführlichen Kapitel über die Rolle der Kausalbeziehungen bei Marx und über die Beziehung von Kausalität und Widerspruch weitergeführt. Auch hier wird die eigene Stellung Marx', insbesondere gegenüber Ricardo als Vertreter der „galileo-newtonschen Wissenschaftsauffassung" und gegenüber deren Kritiker Hegel herausgearbeitet. Mit der Auffassung des Wesens als Selbstentwicklung verliert das Kausalitätsverhältnis von Ursache und Wirkung seine einzigartige Bedeutung; es wird andererseits nicht dem Begriff der Vermittlung einfach subsumiert. Vielmehr behalten gerade bei der Analyse des Kapitalismus kausalanalytische Verfahren (bzw. was diesen auf formalisierterer Ebene heute entspricht) ihr relatives Recht, nämlich wo die relative Stabilität von Erscheinungen ihre Basis in der Wirklichkeit hat (in ihrer Reinheit freilich sind sie erst Produkt des abstrahierenden Denkens). Darin kommt das im Vergleich zu Hegel positivere Verhältnis Marx' zu mathematischen Verfahren zum Ausdruck. Der eigentliche Unterschied zwischen den Typen wissenschaftlichen Denkens, die in dem von Zelený untersuchten Zusammenhang vor allem durch Ricardo und Marx vertreten sind, ist aber sicher die Auffassung des Gegensatzes. Während Ricardo, im Unterschied zu späteren Ökonomen (7), immerhin zur abstrakt-äußerlichen Gegenüberstellung der etwa in der Ware enthaltenen Gegensätze vordringt, beginnt für Marx die eigentliche Analyse erst im Verhältnis und in der Bewegung der Widersprüche, in ihrer Bloßlegung als Polarität, als inneres Verhältnis von Gegensätzen, als ihr Übergang ineinander bis zu ihrer Identifizierung, dieser jedoch als Einheit von Gegensätzen. Andererseits bezieht er diese Bewegung auf den äußeren, erscheinenden Gegensatz, und die Bewegung des Denkens kann beiden Richtungen folgen. Die Interpretation der Wirklichkeit als Selbstentwicklung schließt also für Marx deren innere Widersprüchlichkeit ein; in der Analyse erscheint „das komplizierte Bild einer sich selbst entwickelnden Struktur vor uns, deren Grundlage der immanente Widerspruch der Ware ist. Dieser Grundwiderspruch

(7) Vgl. auch etwa die erste der drei Forderungen Poppers an ein 'empirisches' Theoriensystem, daß dieses nämlich synthetisch sein, d.h. „eine nicht widerspruchsvolle, 'mögliche' Welt darstellen" müsse. Die methodologische Forderung präformiert tiefgreifend die Auffassung von der Struktur der Wirklichkeit (K.F. Popper, Logik der Forschung, Tübingen 1966(2), S. 13).

entwickelt sich" mit den verschiedenen Stufen der Durchsetzung der Warenproduktion (S. 136).
Hat dieser Grundwiderspruch heute seine bewegende Kraft verloren, weil es ein sozialistisches Lager gibt, in dem der Weg zur völligen Abschaffung der Warenproduktion eingeschlagen worden ist? Mit dieser Frage wird eine Schwäche des Buches von Zelený angesprochen, deren Vermeidung allerdings vielleicht außerhalb der ihm verfügbaren Reichweite lag. Der Bezug auf die „wirklichen Lebensverhältnisse", aus denen jedesmal die Kritik ihrer „verhimmelten Formen" (8) zu entwickeln ist, beschränkt sich auf wenige Andeutungen. Danach entspricht der von Zelený analysierte Marxsche Typus der Rationalität einer ersten Phase der kommunistischen Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft, in der diese als „klassischer Kapitalismus" von dem sich selbst verwertenden Wert als mächtigstem Subjekt bewegt wurde; dieser Bewegung folgt das Kapital in seiner logischen Struktur. Dagegen sind die Bewegungformen der „historischen Materie" heute bereits wesentlich andere; sie sind „von den durch die Bewegung des Kapitals bestimmten Unterschieden ... wie auch von der revolutionären Negation dieser Bedingungen bei Aufrechterhaltung der alten Grundformen der materiellen Praxis" (9). Diese sibyllinischen Äußerungen scheinen Parallelen zu Auffassungen von Marcuse und Habermas zu enthalten, wonach der von Marx analysierte Grundwiderspruch im Zeitalter der Koexistenz und der Krisenregelung sistiert sei; ebenso die von Zelený hervorgehobene Aufrechterhaltung der alten Grundformen der Praxis. Er folgert daraus die Notwendigkeit, den heute herrschenden neuen Typus der Rationalität mittels jenes von Marx entdeckten „konsequenten dialektisch-materialistischen Verfahrens" (S. 325) zu untersuchen und zugleich sich der Vergänglichkeit der konkreten Form der Marxschen Kritik der bürgerlichen Ökonomie bzw. ihrer logischen Struktur bewußt zu sein. Diese Forderung würde jedoch erst dann einleuchtend und durchführbar, wenn die Entmachtung des Subjekts Kapital, und weiterhin seines Grundverhältnisses, der Produktion des Arbeitsproduktes als Ware, in einer Analyse der wirklichen Lebensverhältnisse, z.B. der Rolle des Weltmarkts und seiner Einflüsse auf die nichtkapitalistischen Länder, gründlich bejegt würde. Bekanntlich wird auch die Auffassung vertreten, daß die revolutionäre Negation der vehement weitergehenden Bewegung des Kapitals immer noch auf der Tagesordnung steht.
Die Kritik an der Arbeit Zelenýs kann in den folgenden Fragen zusammengefaßt werden: Läßt sich der „tiefere Kern der Marxschen Methode, die praktisch-materialistische Auffassung der Wirklichkeit und der Theorie", von ihren „konkreten Formen in der Kritik der bürgerlichen politischen Ökonomie" (S. 325) lösen, wird damit nicht die Untersuchung der Formen zur Methodologie verselbständigt? Ist die „Darstellung" des „Kapitals im allgemeinen" für seine heutige internationale Existenzweise nicht mehr gültig?

Wolfgang Müller

---

(8) Vgl. **Kapital** Bd. 1, MEW Bd. 23, S. 392 f, Anm. 89.
(9) Zelený, S. 324f, vgl. 294f.

K.Paul Hensel:
Die sozialistische Marktwirtschaft in der Tschechoslowakei.
Stuttgart: Gustav Fischer Verlag, 1968.
379 Seiten, kartoniert 28,– DM.

Das Buch gibt anhand der wichtigsten Gesetze und theoretischen Artikel über die Wirtschaftsreform - die z. Teil auch im Dokumentenanhang aufgenommen sind - einen systematischen Überblick über das neue ökonomische System in der CSSR.
Die Verfasser unterscheiden in ihrer Beschreibung zwischen ordnungspolitischer Steuerung, unter der vor allem das organisatorische Grundgefüge, die Unternehmensverfassung, das System der Pläne, die Geld- und Kreditverfassung, die Marktverfassung, die Außenhandelsverfassung verstanden werden, und prozeßpolitischer Steuerung, in der z.B. in der Einkommenspolitik, der Zins- und Preispolitik die aktive Rolle des Geldes unterstrichen wird. Von den ordnungspolitischen Maßnahmen wurden bisher realisiert:

> „Erstens: Dezentrale Planung der Wirtschaftsprozesse, zentrale Planung der volkswirtschaftlichen Entwicklung.
> Zweitens: Rechtlich besteht staatliches und genossenschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln, wobei auch die Unternehmungen staatlichen Eigentums über eine weitgehende ökonomische Selbständigkeit verfügen, die allerdings durch die Generaldirektoren sowie sonstige bürokratische Eingriffe beschränkt ist.
> Drittens: Sowohl für die staatlichen wie auch für die genossenschaftlichen Unternehmen gilt das Prinzip der betrieblichen Ergebnisrechnung, das Bruttoeinkommensprinzip; ausgenommen hiervon sind die Banken.
> Viertens: Das System der Geld- und Kreditversorgung ist beherrscht durch die zentrale Kreditkontingentierung sowie zentral festgelegte Kreditzinsen.
> Fünftens: Auf den Märkten wird Wettbewerb angestrebt, es dürften jedoch monopolistische Formen - vor allem des Angebots vorherrschen.
> Sechstens: Es herrscht ein System staatlicher Rest- und Limitpreise; bei letzteren können sich innerhalb einer gewissen Bandbreite Marktpreise bilden. Für einige Güter ist völlig freie Marktpreisbildung zugelassen." (S. 128f.).

Indem aber das Schwergewicht von den Verfassern auf die prozeßpolitische Steuerung des Wirtschaftssystems gelegt wird, sind die entscheidenden Mechanismen des neuen ökonomischen Systems noch nicht in Kraft, seine rudimentäre Existens gerät ständig in Widerspruch mit den Gegnern der technokratischen Reform. Waren zunächst die Stalinisten besorgt, ihren Anteil an der zentralisierten Macht zu verlieren, und verhinderten unter Novotny die Einführung des NÖS durch verschiedene Preisstops, wurden nach dem Januar auch unter den Anhängern einer Konzeption von Arbeiterräten in Gewerkschaften, Universitäten Stimmen laut, die vor einem Machtzuwachs der Manager warnten. Auf diese politische Geschichte und Vorgeschichte geht das Buch leider gar nicht ein. Es beschränkt sich auf die Widersprüche, die das Modell selbst aufweist; ihre Lösung heißt allerdings nur: vollkommene Dezentralisierung:

„Es ist kein Verfahren zentraler Preisplanung bekannt, das es ermöglichte, solche Preise hervorzubringen, durch die die gesamtwirtschaftlichen Knappheitsgrade der einzelnen Güterarten genau bezeichnet werden und die zugleich den notwendigen Leistungs- und Anpassungszwang bewirken, um die einzelwirtschaftlichen Pläne kurz- oder langfristig in befriedigender Weise zu einem gesamtwirtschaftlichen Plansystem zu koordinieren. Diese Funktionen können nur durch Wettbewerbspreise und auch nur annähernd durch sie richtig bewirkt werden." (S. 148).

Die scheinbar immanente Kritik greift also zunächst die Punkte an, in denen das NÖS dem kapitalistischen Wirtschaftsprozeß nicht vollständig gleicht. Die Möglichkeit der Konvergenz technokratischer Entscheidung, die durch der Sache immanente Zwänge hervorgebracht wird, geht hier noch in dem traditionellen Modell der Konkurrenzwirtschaft unter, was aber nicht bedeutet, daß die spezifisch notwendigen Sachzwänge hiermit nicht vorbereitet werden. Von den Verfassern wird nicht das Fehlen einer marxistischen Analyse beklagt, sondern der dazu notwendige Mut lobend hervorgehoben:

„Man hat sich nicht gescheut, westliche wirtschaftswissenschaftliche Einsichten für die eigenen Zwecke zu verarbeiten." (S. 25).

Und dies zum ersten Mal in einer Sprache, die nach Ansicht der Verfasser die Basis für die wissenschaftliche Analyse ist: eine Sprache, die auf jedes marxistische Vokabular verzichtet.

Die Frage, die abschließend gestellt werden muß, ist die nach dem Charakter des Systems in der CSSR, das die Sowjetunion zu der Intervention veranlaßt hat: Nach der Lektüre dieses Buches befand sich die CSSR auf dem besten Wege zu einem dem Kapitalismus ähnlichen System. Dieser Schluß abstrahiert jedoch von dem politischen Prozeß, der die Arbeiter aus ihrer politischen Lethargie hätte reißen können. Mit der Errichtung von Arbeiterräten war nicht notwendig - wie vielleicht intendiert - ein Mechanismus der Integration geschaffen. Die Duldung der Pressefreiheit war nicht nur Instrument konterrevolutionärer Intellektueller: In welchem sozialistischen Land außer Kuba kann man sonst Che Guevara, Wolf Biermann, Isaak Deutscher, P.M. Sweezy und übrigens auch Adorno und Habermas bekommen?

Sybille Plogstedt

Paul A. Baran, Erich Fried, Gaston Salvatore:
Intellektuelle und Sozialismus.
Klassenlage der Intellektuellen, Verhaltensmuster zwischen Arbeiterschaft und linker Intelligenz über die Organisation von Zukunft.
Rotbuch 2.
Berlin: Wagenbach, 1968.
124 Seiten, kartoniert 4,50 DM.

Die drei Beiträge über Situation, Aufgaben, Verhalten, Organisation und Strategie der westlichen sozialistischen Intelligenz sind zum Teil recht divergierend. Da die Autoren selbst der Schicht der Intellektuellen angehören, klären sie gleichzeitig ihr eigenes Selbstverständnis.
Baran, dessen Aufsatz bereits 1961 erschien, versucht eine Definition des Begriffs Intellektuelle auf Grund ihrer Funktion und Stellung in der Gesellschaft, kommt dabei aber zu einer recht bedenklichen Bestimmung des intellektuellen Engagements.
Aktueller sind die Beiträge von Erich Fried und Gaston Salvatore. Auf fast 60 Seiten hat Fried in kurzen Abschnitten Beispiele zum Verhalten von Arbeitern und progressiven Intellektuellen zusammengetragen, die zu Nachdenken und Änderung anregen sollten, ebenso wie einige Vergleiche aus der Geschichte der Arbeiterbewegung und aus den sozialistischen Staaten. Gaston Salvatore schreibt - nach dreijähriger politischer Arbeit im Berliner SDS - über die zukünftige Organisation und Strategie der antiautoritären Intelligenz. Nur in festen, flexiblen Organisationen und Strategien, bei enger Verbindung zum antiimperialistischen Kampf in der Dritten Welt, sieht er Chancen für die Revolution und den Kampf gegen den Kapitalismus in den westlichen Metropolen. Zu bedenken wäre hier, ob Salvatore nicht doch zu schnell seine Primärerfahrungen im revolutionären Kampf in Chile auf europäische Verhältnisse überträgt, bzw. ob die geforderte Verbindung nicht letzlich Leistung des Intellekts bleiben muß.
Salvatore geht schon davon aus, daß Aufklärung bei uns heute keine Chance mehr hat:

„Die antiautoritäre Intelligenz ist zwar fähig, geschichtliche Tendenzen zu denken oder radikalgesellschaftliche Perspektiven zu vermitteln, mit der Festigung des Manipulationssystems jedoch hat Wissenschaft ihre Rolle - Aufklärung als Kampf - verloren." (S. 90)

Hier wäre zu untersuchen, wie weit nicht andererseits gerade bestimmte wissenschaftliche Bereiche und Institutionen neue Freiheitsräume bieten können für Aufklärung und Veränderung. Barans älterer Beitrag spricht gerade den engagierten Intellektuellen, im Gegensatz zu den intellektuellen Arbeitern, den Sozialtechnikern des Systems, die notwendige Avantgarde-Rolle zur Veränderung der Gesellschaft zu. Baran macht allerdings das Engagement der Intellektuellen weniger fest an gesellschaftlichen Widersprüchen, bzw. ihrer Klassenlage - wie es fälschlich auf dem Buchdeckel heißt - sondern recht idealistisch an der Tradition der Aufklärung und des Humanismus:

„Aber es ist dieses Festhalten am Humanismus, das Bestehen auf dem Grundsatz, daß die Forderung nach dem menschlichen Fortschritt keiner wissenschaftlichen oder logischen Begründung bedarf, was man die axiomatische Grundlage jeder sinnvollen intellektuellen Anstrengung nennen könnte, und ohne deren Anerkennung sich niemand für einen Intellektuellen halten, noch als solcher angesehen werden kann." (S. 20)

Da Baran aber die gefährliche Ausdehnung von Reaktion und Unterdrückung zumal in der US-Gesellschaft sehr wohl sieht, kann seine Schlußfolgerung nur ein resignativer Appell an die engagierten Intellektuellen sein, die

„privaten, selbstsüchtigen Interessen zu überwinden und sie den Interessen der ganzen Gesellschaft unterzuordnen ... (und zu hoffen), daß unser Land ebenfalls eine Quote an Männern und Frauen hervorbringen wird, die die Ehre des Intellektuellen (!) gegen die Raserei herrschender Interessen ... und der Unmenschlichkeit verteidigen werden." (S. 24).

Die fehlende gesellschaftliche Praxis, die Trennung zwischen geistiger und manueller Arbeit, d.h. die den Intellektuellen immanente Entfremdung, sieht Baran aufgelöst in dem gesellschaftspolitischen Engagement des Intellektuellen, in seiner Funktion als Gesellschaftskritiker und 'Störer' der herrschenden Klassen. Nach Marx soll er erbarmungsloser Kritiker des Bestehenden sein,

„erbarmungslos in dem Sinne, daß die Kritik weder vor ihren eigenen Ergebnissen, noch vor dem Konflikt mit den vorhandenen Mächten zurückschreckt." (Marx-Zitat S. 22)

Salvatore sieht eben diese Möglichkeit von Aufklärung 1968 in dem verfestigten westlichen Kapitalismus nicht mehr gegeben. Über die Verbindung mit dem Kampf in den „Ländern der Volksrevolution" sollen die antiautoritären Intellektuellen in den Metropolen zu eigener revolutionärer Praxis gelangen, bzw. umgekehrt. Dabei sieht Salvatore selbst die - immer wieder erfahrbare - Schwierigkeit der Vermittlung:

„Solange diese Vermittlung gefühlsmäßig bleibt, bloße anthropologische Unmittelbarkeit, die nicht auf die wirklichen Verhältnisse achtet, auf die Bedingungen des eigenen Kampfes in den Metropolen, verfällt sie der Gefahr, den bloßen Willen zum Motor der Geschichte zu machen (Marx)." (S. 90)

Als Voraussetzung jeder revolutionären Strategie in den Metropolen sieht er daher die Organisierung der einzelnen. Wegen der Verschleierung der Hauptwidersprüche im Produktionsbetrieb beginnt der langwierigere Kampf an den Nebenwidersprüchen des Überbaus. Die revolutionären Subjekte sind also zuerst die antiautoritären Intellektuellen. Die verkürzte Dialektik von Theorie und Praxis soll durch ständige revolutionäre Praxis zur Verbreiterung der Freiheitsräume, Schaffung von 'Gegenmilieus' bei gleichzeitigem Entwurf verbindlicher Strategien überwunden werden.

„Es wird unerläßlich sein, eine Organisation zu schaffen, in der sich die Entstehung eines Gegenmilieus (d.h. aktuelle Erfüllung des Emanzipationsanspruchs) mit einem effektiven Kampf um die Verbreiterung des Lagers und gegen die Gewalt der Repression verbindet." (S. 92-93)

Der Emanzipationsanspruch darf nicht auf den Bereich der Wissenschaft beschränkt bleiben. Salvatore sieht in der heutigen Übergangsperiode zwei weitere Gefahren der Antiautoritären:

„erstens einer pauschalen Negation gegenüber allem Bestehenden und zweitens einer Ungewißheit in der Vorstellung von dem, was man wirklich wünscht, einer Unfähigkeit zu träumen, einer Ablehnung, der Phantasie zu folgen." (S. 95).

Positive Möglichkeiten und Gefahren antiautoritärer Organisationsformen und Strategien werden erwähnt. Die größte Gefahr sieht Salvatore dabei in der mangelnden Koordinierung und der Isolierung der einzelnen Gruppen. Er fordert daher eine neue Rahmenorganisation, was der SDS nicht mehr sein kann.

„Es ist unerläßlich, daß man eine Plattform bildet, auf der alle Sektionen des antiautoritären Lagers vertreten sind und alle allgemeinen Fragen und Stellungnahmen auf nationaler und internationaler Ebene erfaßt werden."(S. 115).

Die zu leistende politische Arbeit soll dann auf zwei Ebenen geschehen: In den informalen Gruppierungen des Alltags bis hin zur bürgerlichen Familie müssen Interessen und Widersprüche aufgedeckt werden

„...nicht mit revolutionären Losungen...sondern mit der Anregung zur Diskussion über die Möglichkeiten der Beseitigung eines bestimmten Widerspruchs und über die Chance, hier mit der Instrumentalisierung der informalen Gruppen anzusetzen." (S. 117).

Parallel dazu muß Aufklärungsarbeit durch das antiautoritäre Lager stattfinden.
Salvatores Ziel ist es, ein Strategiemodell für di heutige Übergangsperiode zu entwickeln. Er ist dabei, wenn er konkrete Aufgaben und Erfahrungen anspricht, anregend und kritisch. Die für ihn primäre Notwendigkeit der Verbindung mit der Revolution in der Dritten Welt bleibt aber letzlich der Einsicht des Lesers überlassen oder Appell. Die Kulturrevolution im Überbau (Erste Welt) und die Revolution im Produktionsbereich (Erste und Dritte Welt) sollen gleichzeitig durchgeführt werden (S. 123). Das bedeutet gleichzeitig Aufhebung von Entfremdung. In die Vorstellung des nicht entfremdeten zukünftigen Lebens fließen dann allerdings auch - wie recht häufig - romantisierende Elemente ein.

Bärbel Gafert

Mao Tse - tung
„ Lenin unserer Zeit "

Mao Tse-tung:
Selected Works I–IV.
Peking: Guozi Shudian, 1961 (Band IV),
1965 (Bände I–III).
348, 468, 340 und 460 Seiten,
kartoniert je Band ca. 6,– DM.

Mao Tse-tung:
Ausgewählte Werke I.
Peking: Guozi Shudian, 1968.
414 Seiten, kartoniert 5,05 DM.

Stuart Schram (Hg.):
The Political Thought of Mao Tse-tung.
New York: Praeger, 1963.
320 Seiten, Leinen ca. 20,– DM.

Tilemann Grimm (Hg.):
Mao Tse-tung, Ausgewählte Schriften.
Frankfurt am Main: S. Fischer, 1963.
396 Seiten, Paperback 14,– DM.

Tilemann Grimm (Hg.):
Das Rote Buch
Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung.
Frankfurt am Main: Fischer Bücherei Nr. 857, 1967.
144 Seiten, kartoniert 2,80 DM.

Jerome Ch'en:
Mao and the Chinese Revolution.
London: Oxford University Press, 1965.
420 Seiten, Leinen 42 s.

Stuart Schram:
Mao Tse-tung.
Harmondsworth (Middlesex): Penguin Books,
1. Auflage 1966, 2. (rev.) Auflage 1967.
372 Seiten, kartoniert 5,20 DM.

Tilemann Grimm:
Mao Tse-tung.
Reinbek: rowohlts monographien, 1968.
180 Seiten, kartoniert 2,80 DM.

In der beispiellosen Massenbewegung der Großen Proletarischen Kulturrevolution erklomm Mao Tse-tung den Gipfel seiner Popularität. Die glühende Verehrung des Führers und das „lebendige Studium und die lebendige Anwendung" seiner Lehren wurden von der maoistischen Führung als Mittel der revolutionären Aktion eingesetzt, 1966, um die Aktion zu rechtfertigen, 1967 und 1968, um die rebellierenden Massen zu sammeln, ihre Energien zu konzentrieren und einen Nenner bereitzustellen, auf den alle Fraktionen und Kontrahenten sich einigen konnten. Im Herbst 1967 erreichte die Kampagne zum Studium der Gedanken Mao Tse-tungs ihren Höhepunkt. Zum 50jährigen Jubiläum der russischen Oktoberrevolution kennzeichnete Lin Piao die Lehre Maos als höchste Stufe des zeitgenössischen Marxismus-Leninismus. Marxismus heiße heute Lehre Mao Tse-tungs, Vorsitzender Mao sei der Lenin unserer Zeit. Die handlich gebundenen Worte des Vorsitzenden sind der Katechismus der revolutionären Massen geworden. Erste Besitzer der Roten Bücher wurden die jugendlichen Avantgardisten der Kulturrevolution, ihre Roten Garden. Bald trug sie jeder in der Brusttasche, der nicht der Opposition zu Mao verdächtigt werden wollte. In riesigen Auflagen wurden die Bücher gedruckt. In den Städten Chinas besaß sie jeder, Dutzende von Millionen gingen in alle Welt. Die Form des Marxismus, die unter dem Namen „Gedanken Mao Tse-tungs" heute propagiert wird, wird nicht nur dazu beitragen, die revolutionäre chinesische Gesellschaft nach dem Sturm der Roten Garden, nach Fraktionskämpfen und Machtergreifungen wieder zu einen, sondern auch, mit den Worten Stuart Schrams in der Far Eastern Economic Review (vol. 53, Nr. 5), eine „dem wirtschaftlichen Fortschritt unentbehrliche Geisteshaltung schärfen":

> „Eine sorgfältige Lektüre der zahllosen ‚philosophischen' Beiträge von Arbeitern und Bauern, die in der letzten Zeit in der chinesischen Presse veröffentlicht wurden, enthüllt, was ihre Autoren vom Studium des maoschen Gedankengutes gelernt haben: findig zu sein, alle Seiten eines Problems zu betrachten, ihre Einfälle experimentell zu erproben und hart zu arbeiten. Sie haben sich mit anderen Worten bestimmte, im Westen gewohnte Eigenschaften angeeignet, die selten sind in Gesellschaften, wo traditionell das Ideal eher die Übereinstimmung mit der Natur als deren Umformung gewesen ist und eher Sicherheitsbedürfnis als Erfolg".

Eine Gesamtausgabe der Werke Mao Tse-tungs gibt es nicht. Der Pekinger Fremdsprachenverlag (Guozi Shudian, P.O.Box 399, Peking) hat eine vorzügliche vierbändige Übersetzung der chinesischen Originalausgabe der Ausgewählten Werke herausgebracht (Mao Tse-tung: Selected Works I–IV). Den Bänden I bis III liegt die zweite chinesische Auflage vom April 1960, dem Band IV die erste chinesische Auflage vom September 1960 zugrunde. Die Aufsätze, Reden, Telegramme usw. sind chronologisch geordnet. Band I umfaßt den Ersten und Zweiten Revolutionären Bürgerkrieg (1924–1927 und 1927–1937), Bände II und III die Zeit des Widerstandskrieges gegen Japan (1937 - 1945), Band IV den Dritten Revolutionären Bürgerkrieg (1945-1949). Die Änderungen, die Mao an den persönlich ausgewählten Texten vornahm, kommen teilweise vollständigen Revisionen gleich, im Gegensatz zu der kritischen und an Hand der Originalquellen übersetzten Auswahl Stuart Schrams (The Political Thougt of Mao Tse-tung). Der Historiker wird die von Schram eruierten Quellen heranziehen müssen. Der aktuellen Diskussion jedoch genügt die derzeitige Pekinger Version. Ihr fünfter Band, der die Zeit nach 1949 umfassen soll, liegt noch nicht vor. In Einzelausgaben sind allerdings in englischer und deutscher Sprache erhältlich Maos wichtige Reden „Die Frage des genossenschaftlichen Zusammenschlusses in der Landwirtschaft" (Juli 1955) und „Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke" (revidierte Fassung der Rede vom Februar 1957), dazu seine Rede vor der Landeskonferenz der Kommunistischen Partei Chinas über Propagandaarbeit, seine Gespräche mit Gästen aus Asien, Afrika und Lateinamerika und schließlich seine Aufsätze „Woher kommt das richtige Denken" und „Völker der Welt, vereinigt euch und schlagt die US-Aggressoren und alle ihre Lakaien".
Eine der englischen Fassung an Qualität gleichkommende Übersetzung des ersten Bandes der Pekinger Ausgabe ins Deutsche liegt seit kurzem vor (Mao Tse-tung: Ausgewählte Werke I). Einzelne Aufsätze der Zeit 1937 bis 1949 sind gleichfalls bereits in deutscher Sprache verfügbar.
Tilemann Grimm und seinem Bochumer Sinologenkollektiv gebührt ein goldener Mao-Knopf für das Verdienst, die deutsche Mao-Diskussion mit wissenschaftlich qualifizierten und wohlfeilen Ausgaben fundiert zu haben. Die von Grimm ausgewählten und aus der Pekinger Originalausgabe auszugsweise übersetzten Schriften zeigen im Gegensatz zu der erwähnten Auswahl Schrams, den „offiziellen" Mao, dargestellt mittels eines „modernen politischen Lesebuches" (Tilemann Grimm, Hg.: Mao Tse-tung, Ausgewählte Schriften). Grimm und seinen Leuten ging es darum, das „Typische" und „Wesentliche" wiederzugeben, bezogen auf die Gestalt des Schriftstellers und die für den Gang der Geschichte entscheidenden Äußerungen des Parteiführers. Anders als in der Pekinger Ausgabe sind die Auszüge thematisch zusammengefaßt; ein wohlwollender Kommentar ist ihnen vorangestellt.

Dem des Englischen mächtigen Interessenten seien allerdings die erwähnte vierbändige englische Ausgabe Pekings und Stuart Schrams Quellenedition von 1963 empfohlen.

Eine kritische und eigens übersetzte Ausgabe des „Roten Buches" haben Grimm und seine Mitarbeiter als Fischer-Taschenbuch vorgelegt. Die erste Auflage der Worte (Mao chu-hsi yü-lu) erschien 1964, zusammengestellt aus bereits in der Zeitung der Befreiungsarmee für den internen Dienstgebrauch abgedruckten Zitaten, die Rolle der Armee bei der kulturrevolutionären Mobilisierung der Massen gegen den etablierten und revisionistischen Partei- und Staatsapparat vorbereitend. Die Gedankensplitter des Roten Buches entstammen nach der Zählung Grimms 118 verschiedenen und teils bislang unbekannten Aufsätzen, Anmerkungen und Erklärungen Maos aus den Jahren 1926 bis 1964. Grimm geht sorgfältig ihrer Herkunft nach und improvisiert einleitend einige treffende analytische Bemerkungen zur Kulturrevolution. Kulturrevolution heiße Umerziehung zu einem neuen und wachen Bewußtsein von der Notwendigkeit ununterbrochener Revolution, heiße konkret die breiten Massen von den Grundthesen Mao Tse-tungs überzeugen, sie dahin bringen, daß sie „die Gedanken Mao Tse-tungs in den Griff bekommen", so daß „die ideologische Revolutionierung des chinesischen Volkes vorangetrieben wird", wie Lin Piao im Dezember 1966 im zweiten Vorwort zum Roten Buch schreibt.
Tilemann Grimm zum Dritten: in Rowohlts Monographienserie stellt er Mao Tse-tung in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten dar. Grimm zeichnet ein Portrait, das dem Laien in mancherlei Hinsicht neue Aspekte zeigt, die jedoch im wesentlichen, wie der Autor selber einräumt von Jerome Ch'en (Mao and the Chinese Revolution) und Stuart Schram herausgearbeitet wurden. Grimms Biographie ist in ihrer Prägnanz und einsichtigen Interpretation die beste unter den deutschsprachigen. Robert Payne (Mao Tse-tung, Hamburg 1950) ist veraltet. Georg Paloczi-Horvaths aus sekundären Quellen gespeistes Elaborat (Der Herr der blauen Ameisen, Frankfurt am Main 1962) darüber hinaus schädlich und überflüssig.
Jerome Ch'en hat, vorzüglich bibliographiert, Mao Tse-tung aus dem revolutionären Kontext heraus darzustellen versucht, doch tritt die Person gegenüber der Historie in den Hintergrund. Maoistische Theorie und Praxis, die revolutionäre Aktion mit dem China des 20. Jahrhunderts verbindet Stuart Schram in seiner Biographie, der derzeit besten (Stuart Schram: Mao Tse-tung). Der in Paris lehrende Historiker, mit Hélène Carrère d'Encausse Autor des vorzüglichen „Marxisme et l'Asie" (Paris 1964), hat als einziger das literarische Werk Maos systematisch und kritisch geprüft. Aus der Biographie des Parteiführers läßt Schram die Geschichte der chinesischen Revolution erstehen, plastisch, gut dokumentiert und in der zweiten Auflage bis in die Kulturrevolution hinein fortgeführt. Schram sagt voraus, Maos sinifizierter Marxismus werde im chinesischen und weltweiten Rahmen einer ähnlichen Entwicklung erliegen wie der Marxismus in Europa. So wie die Integration des Proletariats in die amerikanische und europäische Gesellschaft den marxistischen Protest gegen die bestehende Ordnung überholt habe, so würde die Einordnung Chinas in die Weltgemeinschaft das maoistische Aufbegehren gegen die imperialistische Vorherrschaft dämpfen. Und so wie die Beseitigung der Ungerechtigkeit und nicht Repression der revolutionären Bewegung des Marxismus in den Gesellschaftsordnungen des Westens am wirksamsten begegnet sei, so sei die wirksamste Antwort auf die maoistische Herausforderung nicht militärisches Containment, sondern die gerechte Beteiligung des chinesischen Volkes an den Ressourcen der Welt. Der von Schram empfohlene Prozeß schrittweisen Wandelns an Stelle gewalttätiger Behandlung der Widersprüche entspricht allerdings kaum maoistischer Perspektive. Evolutionäres und pragmatisches Denken verwurzelte gerade den Revisionismus in den Apparaten von Partei und Staat, gegen den die Maoisten die Kulturrevolution lancierten als neuen revolutionären „Wellenberg". Seine Auswirkungen auf Bewußtsein und produktiven Elan der chinesischen Massen abzuschätzen wäre heute noch verfrüht.

Dietmar Albrecht

Ist der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln?

Lesen Sie, was Mao über den Krieg denkt. Ein Mann, der zu den erfolgreichsten Theoretikern und Praktikern des Krieges in unserem Jahrhundert zählt. Ob in Asien, Südamerika oder Afrika – überall wird nach seinen Parolen und Erfahrungen gekämpft.
Dagegen rennen selbst modernst ausgerüstete Armeen oft vergeblich an. Das Rätsel dieses Erfolges ist keins, wenn man Maos Buch »Vom Kriege« gelesen hat. Hier erhält der Leser erstmals einen umfassenden Einblick in Mao Tse-tungs ausgewählte kriegswissenschaftliche Schriften.

Mao Tse-tung
Vom Kriege

Die kriegswissenschaftlichen Schriften
Mit einem Geleitwort von Brigadegeneral Heinz Karst. 352 Seiten. Kartoniert **14 DM**
In jeder Buchhandlung

Bertelsmann
Sachbuchverlag

Hans Henle:
Der neue Nahe Osten.

Hamburg: Holsten Verlag, 1966.
392 S., Leinen 22,80 DM.

Henles Beitrag hat vorwiegend historisch-dokumentarischen Charakter; er enthält wenig theoretische Erkenntnisse. Der Autor verarbeitet eine Fülle historischen Faktenmaterials, wenngleich er sich an keiner Stelle der Mühe unterzieht, seine Quellen anzugeben, was für Henles Schriften schlechthin charakteristisch ist. Problematisch erscheinen Henles Interpretationen der von ihm behandelten historischen Epochen. Beispielsweise begreift er die Mehmet-Ali-Ära als "Staatssozialismus"(19), während es sich um eine im Anschluß an Napoleons Ägypten-Expedition 1798 entstandene frühkapitalistische Periode handelt, deren Entfaltung durch Napoleons Beseitigung der feudalen Mamelucken-Herrschaft begünstigt wurde. Dennoch ist Henles Arbeit vorzüglich geeignet, dem Laien einen bündigen Überblick über die Daten der modernen arabischen Geschichte zu vermitteln, von denen der Autor gründliche Kenntnisse hat. Verdienstvoll ist das Kapitel über Ägypten. Henle geht hier ausführlich auf Nassers Militärputsch vom 23. Juli 1952 ein. Er zeigt, daß Nasser und seine militärische Elite damals keine klaren Zielsetzungen hatten; sie handelten primär aus einer allgemeinen Unzufriedenheit heraus. Als später unter dem neuen Regime Arbeiter Lohnstreiks veranstalteten, wurde Nasser "von einer Panik ergriffen"(55). Er ließ seine Truppen aufmarschieren und die Streikführer hängen. Die Furcht der nasseristischen militärischen Elite vor dem Proletariat findet ihre ideologische Verschleierung in der nationalistischen und antikommunistischen Doktrin vom arabischen "Sozialismus". Henle skizziert einige Züge dieses neuartigen Sozialismus, für den er offensichtlich Sympathie hegt (cf. S. 265 ff). Doch findet er sich gezwungen zu betonen – im Anschluß an den italienischen Marxisten Romano Ledda (bei Henle falsch: Gedda) –, daß Nassers Regime seines kleinbürgerlichen Klassencharakters wegen die Kluft zwischen dem Volk und dem Staatsapparat nicht aufzuheben vermochte (290). Henle wirft westlichen Autoren zu recht vor, die politische und soziale Entwicklung Ägyptens als das "Werk des bösen Nasser"(64) zu begreifen und aus Denkfaulheit auf eine wissenschaftliche Analyse zu verzichten; doch verfällt er in einen ähnlichen Fehler. Er konzentriert die Diskussion auf die Person Nassers, mit der er sympathisiert, und versäumt darüber, eine soziologische Analyse der von ihm angedeuteten Verhältnisse zu geben. Wie alle bürgerlichen Ökonomen reduziert auch Henle die Unterentwickeltheit auf "Armut", "Kapitalmangel" etc. (238). Er erkennt nicht, daß das Problem nicht der Mangel an Kapital ist, sondern die Verschwendung des volkswirtschaftlichen Überschusses. So ist der luxuriöse Lebenstil der parasitären Feudal- und Kompradorenklassen neben der imperialistischen Ausplünderung der größte Hemmschuh für die ursprüngliche Kapitalakkumulation in den unterentwickelten Ländern. Die Nichtanwendbarkeit des kapitalistischen Entwicklungsmodells auf den Nahen Osten führt Henle auf einen psychologischen Faktor zurück. Das kapitalistische System sei "mit dem Odium belastet, das System der Bedrücker zu sein"(265). Selbst dem oberflächlichen Kenner einiger Wachstumstheorien erscheint diese These nichtig und banal. P.A. Baran, J. Robinson, M. Dobb u.a. haben ihre These der Nichtanwendbarkeit kapitalistischer Entwicklungsmodelle auf Länder der "Dritten Welt" durch die Analyse der "objektiven Möglichkeiten" untermauert. Auch das Fehlen von "Wagemut, Unternehmerinitiative, Sparsinn ..."(267) hält Henle in diesem Zusammenhang für relevant und versäumt dabei wieder, die objektiven Voraussetzungen mit zu reflektieren. Ebenso vergißt er, daß eine psychologisierende, vulgär-ökonomische Erklärung, die vor allem auf Sombart zurückgeht, zum Fundament einer Rassentheorie geworden ist, die die bürgerliche Ökonomie – besonders bei Röpke – heute kennzeichnet. (Cf. W. Röpke: "Unterentwickelte Länder", in: Ordo, V/1953) Im 15. Kapitel geht Henle auf die Bemühungen ein, den Islam mit dem Sozialismus zu verquicken. Die These, die im Islam "eine Verherrlichung der Kaufmannsethik", "eine religiös verbrämte Form des Kapitalismus"(359) sieht, hält er für überholt. Er nimmt den islamisch interpretierten "Sozialismus" ernst; ihm geht nicht ein, daß dieser "Sozialismus" eine neue Variante des Antikommunismus ist, denn er soll dazu herhalten, den Marxismus zu "widerlegen". Diese Versuche dokumentieren sich in einer Fülle arabischer Schriften von islamischen Pfaffen und Antikommunisten, die Henle wahrscheinlich nicht kennt. Henle erwähnt auch – was noch zu belegen ist –, daß die Moslems ihre alten Philosophen, wie Avicenna u.a., nunmehr als Materialisten interpretieren, um den islamischen "Sozialismus" theoretisch zu untermauern. Es erfordert indes keine Philologie der Lesearten, um Avicenna als Materialisten darzustellen, weil er in der Tat einer war, weshalb er – wie die arabische Philosophie überhaupt – von der islamischen Orthodoxie verfolgt wurde (s.a. E. Bloch: Avicenna und die Aristotelische Linke, Frankfurt, 1963).

Bei allen Einwänden bleibt Henles Arbeit eine brauchbare Einführung in die Geschichte des "neuen Nahen Ostens", zumal der Verfasser mit der Zusammenstellung des historischen Faktenmaterials viel Kleinarbeit vorgeleistet hat. Der interessierte Leser vermißt aber weiterführende Literatur zu den jeweils behandelten Problemen. Die Bibliographie, weil allgemein gehalten und geographisch geordnet, erfüllt diese Aufgabe nicht.

Bassam Tibi

Heinz Hartmann:
Moderne amerikanische Soziologie.
Neuere Beiträge zur soziologischen Theorie.
Stuttgart: Enke Verlag 1967.
418 S. Kart. 28.50 DM
Wilbert E. Moore:
Strukturwandel der Gesellschaft.
München: Juventa Verlag 1967 (= R. Grundfragen der Soziologie 4)
208 S. Kart.

Über den gegenwärtigen Einfluß der amerikanischen Sozialwissenschaft auf die deutsche braucht kaum etwas gesagt zu werden; er ist so umfassend wie ihre gegenwärtige Thematik selbst. Entsprechend groß war auch das Interesse, das den von Heinz Hartmann herausgegebene Sammelband erwartete.

Die 19 Aufsätze und Buchauszüge spiegeln nicht den letzten Stand der amerikanischen Forschung, es sind aber grundlegende Texte, die häufig Ausgangspunkt weiterer Diskussionen wurden. Kein Beitrag ist vor 1945 geschrieben, der jüngste stammt aus dem Jahr 1960. Hartmann hat sie zu folgenden Themenbereichen zusammengestellt: 'Methodische Grundprobleme' (dazu P.F. Lazarsfeld und R.K. Merton), 'Soziales Handeln' (T. Parsons, G.C. Homans, H.A. Simon, P.M. Blau, A.M. Rose, R. Dubin), 'Status und Rolle' (R. Linton, R.K. Merton, W.J. Goode), 'Soziales System' (T. Parsons u. R.F. Bales, A.W. Gouldner, R.F. Bales, J.G. March u. H.A. Simon, K. Davis u. W.E. Moore), 'Sozialer Wandel' (S.M. Lipset u. H.L. Zetterberg, L.A. Coser, P.A. Sorokin). Den Abschluß bildet ein Aufsatz von E.A. Shils über 'Die Zukunft der Soziologie als Wissenschaft'.

Jedem Text ist eine wissenschaftliche Kurzbiographie des Verfassers beigegeben.

Hartmann selbst hat eine ausführliche Darstellung zur Nachkriegsentwicklung der amerikanischen Soziologie beigesteuert, — von der Studienanfänger aber nicht eine Einführung in Soziologie überhaupt erwarten sollten, weil gewisse Kenntnisse zum Verständnis der behandelten Gegenstände unumgänglich sind. Liest man das Buch nicht um einzelner Aufsätze willen, sondern als Lehrbuch zu wichtigen Problembereichen, empfiehlt sich ohnehin der Beginn mit den abgedruckten Texten.

Es ist müßig, zu den ausgewählten 20 Autoren weitere zu benennen, die nicht herangezogen wurden, obwohl sie Bedeutsames z.B. zur Gruppendynamik, zur Rollentheorie etc. beigetragen haben; irgendwo muß ein Schnitt gemacht werden, und die Auswahl von Hartmann kann mit einem Vorbehalt als repräsentativ gelten.

Die Mehrzahl der Verfasser sind verständlicherweise Funktionalisten, daneben sind Psycho-Soziologen wie Homans und P.M. Blau vertreten, ferner werden die Neopositivistische Schule und der Symbolische Interaktionismus berücksichtigt. Es fällt dann doch besonders auf, daß die sozialkritische Richtung in der amerikanischen Soziologie, — so gering ihre Basis im Vergleich zu den herrschenden Schulen auch sein mag, — nicht aufgenommen worden ist. Das bleibt auch dann ein Mangel, wenn man Soziologie wie der Herausgeber nicht als 'Aufklärungswissenschaft', sondern als 'empirische Sozialforschung' versteht (Vf.). Denn immerhin bedauert auch Hartmann angesichts der partialisierten Forschungspraxis der positiven Soziologie in den USA, daß sowohl Theoriebildung (37 ff.) wie Analyse größerer Gesellschaftssysteme (82) im Argen liegen, und dazu hätten die engagierten Sozialwissenschaften doch einiges beizutragen.

Freilich führten sie auf eine Ebene, wo gesellschaftliche Konflikte nicht mehr im integrativen Rahmen von Anomieforschung behandelt würden. Kritische Wissenschaft, die zu systemgefährdenden Konsequenzen führt, kann offenbar vom "Standpunkt der Soziologie als positiver Erfahrungswissenschaft"(51), wie ihn Hartmann vertritt, auch nicht berücksichtigt werden.

Folglich fehlen Leute wie C.W. Mills, Hans Gerth, I.L. Horrowitz etc. Es wird allerdings kurios, wenn in seiner Einleitung unter dem Rubrum 'Dialektiker und Humanisten' Horrowitz und P.L. van den Berghe als einzige 'Dialektiker' erwähnt werden, der Name Herbert Marcuse aber weder hier noch sonstwo auf den 90 Seiten auftaucht. Rührend, wenn nicht zynisch mutet es an, wenn sich dann der Herausgeber auch noch Sorgen um die "Chance der Sozialkritik in den Vereinigten Staaten" macht und eine "Verbindung mit dem aufklärerischen Impuls in der amerikanischen Soziologie" empfiehlt, was für Hartmann freilich nur bedeuten kann, "daß sie ihre oppositionelle Grundhaltung verlassen und sich in die Gesellschaft hineinstellen muß."(52)

Hartmanns eigene Kritik an der herrschenden Soziologie der USA erfolgt in homöopathischen Dosen; oft zitiert er nur andere Stimmen, ohne kenntlich zu machen, ob er diese Kritik teilt oder nicht. So, wenn er auf die vorwiegend ahistorische Betrachtungsweise der amerikanischen Soziologie zu sprechen kommt oder den neuen Evolutionismus in der strukturell-funktionalen Schule erwähnt. (54 f.)

Man mag es schon für einen Gewinn halten, wenn einige Funktionalisten sich von der synchronischen Analyse lösen und wieder diachronisch sehen lernen. Aber was soll man vom 'allgemeinen Evolutionismus' des Herrn Parsons halten, wenn dessen Analyse der Gesamtentwicklung sozialer Systeme vom primitivsten Stadium an bloß auf die Ermittlung von Komplexen universal-evolutionärer Erscheinungen zielt, die zu neuen Stufen der Anpassungsfähigkeit eines Systems führen — wobei eben die gesteigerte Anpassungsfähigkeit als solche bewertet wird, "nicht im Hinblick auf bestimmte Zustände oder Vorgänge, denen es sich anzupassen gilt." (72)

Die Insistenz der Funktionalisten, das 'Überleben' des Sozialsystems zum jeweiligen Ausgangspunkt ihrer Überlegungen zu machen, hat sie — wie Hartmann schließlich einräumt, "zu einer Reihe echter Irrtümer verleiten lassen"; dazu gehören der Organizismus, die zeitweilig behauptete Erklärung der Ursache aus der Wirkung etc. (77)

Bleibende, d. h. weniger historisch bedingte als immanente, Schwächen sind die Präponderanz in der Erfor-

schung von Kleingruppen gegenüber größeren Sozialsystemen, – wobei hier wiederum anzumerken ist, daß in den Interaktionsanalysen die Betonung einseitig auf den Beziehungen zwischen Einzelpersonen liegt, die Beziehungen zwischen Gruppen aber vernachlässigt werden (86), – ferner die mangelhaft entwickelte umfassende Theorie (87 f.), das problematische Verhältnis der allgemeinen Theorie zur Axiomatik (41), überhaupt die weitgehende Ausklammerung erkenntnistheoretischer Bemühungen in der Theoriebildung. (42)

Um den solcherart "festgefahrenen Funktionalismus" wieder mobil zu machen, rät Hartmann zur Ergänzung der Intrasystem-Theorie durch eine Intersystem-Theorie, was den besonderen Vorteil habe, "daß sie den Funktionalismus dauerhaft und unverrückbar auf dynamische Analyse festlegt und damit zu echter Theoriebildung anhält." (86)

Einstweilen muß bezweifelt werden, ob der Funktionalismus zu mehr 'Dynamik' als in Parsons 'allgemeinem Evolutionismus' in der Lage ist; wenn aber, dann höchstens zu dem Zweck, die sich der Herrschaftskontrolle entziehenden emanzipatorischen Kräfte der Gesellschaft unauffällig aber langfristig an die Kette legen zu können.

Gegenwärtig scheint es mit Ansätzen in dieser Richtung noch erhebliche Schwierigkeiten im eigenen Lager zu geben. Wilbert E. Moore hielt es für nötig, sein Buch über 'Social Change' (zuerst 1963) mit dem beschwichtigenden Einleitungskapitel zu versehen: "Der Wandel ist etwas Normales", (13 ff.) – um gleich darauf seine Leser, mit Wechselbadtherapie operierend, in der ersten Zwischenüberschrift mit dem 'Chaos der Gegenwart' zu schrecken (13 ff.). Wenn der beunruhigte Leser dann durch einige Gemeinplätze wieder eingeschläfert ist, wird er behutsam mit dem System der 'Spannungsbewältigung' (tension management) vertraut gemacht (27 ff.).

Zwar ist Moore inzwischen realistischer geworden (im Vergleich etwa zu dem rigiden Funktionalismus in seinem Schichtungsaufsatz, der auch bei Hartmann abgedruckt ist), und er kann mit dem Begriff von Gesellschaft als einem System der Spannungsbewältigung mehr von den gesellschaftlichen Widersprüchen bzw. disfunktionalen Elementen erfassen als der äquilibristische Ansatz des klassischen Funktionalismus, – z. B. wenn er zu den möglichen Verkaufsformen des Systemwandels horribile dictu "auch die der Zerstörung" zählt (29); aber er leiht seine verbesserte Sehschärfe als Technokrat einem Gesellschaftssystem, dem er damit nur beim Erkennen und rechtzeitigen Ausweichen vor den grundlegenden Widersprüchen (nicht bei ihrer Aufhebung) behilflich sein will. Die historische Möglichkeit der Zerstörung eines Systems gilt fürs eigene nur als Hypothese, denn wie er zusammenfassend versichert, können die "wahrhaft bedrohlichen Wandlungen ... sehr wohl Widerstand finden und unterdrückt werden" (44).

Dazu paßt dann das fromme Bild, das er von der kapitalistischen Betriebsorganisation malt, in dem ein institutionalisierter Interessenkonflikt für Wandel sorge:

> "Wenn der Schatzmeister oder der kaufmännische Direktor einer Gesellschaft das Interesse am Gewinn und an den Beziehungen zu den Aktionären besonders in den Vordergrund stellt, so wird der für die Öffentlichkeitsarbeit Zuständige 'für seinen Wahlkreis stimmen' – nämlich im Namen der Verantwortung, die die Gesellschaft gegenüber der Gemeinde trägt; der Personalchef wiederum wird für die 'Entwicklung des menschlichen Potentials' der Arbeitnehmer sprechen, und der für Absatzfragen zuständige Direktor wird die Interessen der Verbraucher vertreten." (100)

Solchen Schmus würde ihm hier nicht mal mehr ein Betriebswirt im ersten Semester abnehmen. Vielleicht aber äußert sich hierin bloß jene eigene Sorte amerikanischer Naivität, die mit Ignoranz so eng verbunden ist. Wie die statusfixierte akademische Soziologengilde im allgemeinen alle Außenseiter ignoriert, so Wilbert E. Moore hier konkret das, was Sozialkritiker wie C.W. Mills, David Riesman, Vance Packard und viele andere z. B. zu diesem Thema gesagt haben. Es ist die gleiche naiv affirmative Position, wie sie deutlich wird, wenn er der "totalitären Lenkung in kommunistischen Ländern" die "pluralistische Dezentralisierung in den westlichen Demokratien" gegenüberstellt (182). Es wundert dann schon gar nicht mehr, wenn "die Frage der ungleichen Verteilung der Macht" nicht im Rahmen eines konsistenten Herrschaftsbegriffs erörtert, sondern bloß als "Sonderfall des allgemeinen Problems der Ordnung" dargestellt wird. (142)

Was er unter diesen Perspektiven über "Wandlungen kleinen Formats" (81 ff.) oder 'in Gesellschaften' (118 ff.), über die 'Modernisierung' in der Dritten Welt (148 ff.) zu sagen hat, ist meist weder sehr originell noch als nützliche Zusammenfassung besonders empfehlenswert.

In Summa: ein Buch, zu dem man vielleicht einem Politologen mittleren Semesters raten könnte, der sich partout nicht davon abbringen läßt, einmal wissenschaftliche Hilfskraft in der CDU-Bundestagsfraktion zu werden.

Rudi Schmidt

—.20

Verlag und Vertrieb

SOZIALISTISCHE POLITIK

1000 Berlin 33
Ihnestr. 21

Hiermit bestelle ich die SOPO im Abonnement ab Nr. . . .
zu DM 8,– (Studenten, Schüler, Lehrlinge u.a. gegen Bescheinigung)
DM 12,–
Kündigungsfrist: 6 Wochen vor Jahresende

Hiermit bestelle ich die folgenden Ausgaben als Einzelexemplare zu DM 3,– (zuzüglich Porto)

1 2 3 4 5 6

Vorname _____ Name (Bitte deutlich schreiben!)

Postleitzahl _____ Ort _____ Straße _____

Datum _____ Unterschrift _____

Lieferung erfolgt sofort nach Eingang der Zahlung auf das PSchK Berlin West 62010 SOZIALISTISCHE POLITIK.

Rufen Sie uns an, besuchen Sie uns, lassen Sie sich von unserem Vertreter beraten oder verlangen Sie ein schriftliches Angebot (nach Ihren präzisen Angaben).

POSTKARTE

verlag + druck westberlin

walter barthel · 1 berlin 31 · pfalzburger straße 20 ☎ 86 29 14

Bisher erschienene Ausgaben der SOZIALISTISCHEN POLITIK

1/69 (April) 2. Aufl. — J. Agnoli: Parlamentarismus-Diskussion / O. K. Flechtheim: Politik der Zukunft I / E. Hobsbawm: Imperialismusdebatte / W. Müller: Arbeitswerttheorie bei Habermas / B. Rabehl: Rätedemokratie

2/69 (Juni) 2. Aufl. — E. Altvater: Krise der europäischen Währungen / O. K. Flechtheim: Politik der Zukunft II / P. Gibbon, F. Unger: Nordirland / ISO: Palästina-Problem / U. Kadritzke: Studentenbewegung in der empirischen Sozialforschung / B. Tibi: Fanons Gewalttheorie

3/69 (Okt.) 2. Aufl. — B. Blanke: Faschismus-Diskussion / S. Herkommer: Politisierung technischer Intelligenz I / P. Hess: Kapitalistisches Wachstum / H. Hüppauff: Fordstreik und der Mythos der Militanz / F. Unger: New Left in Großbritannien / Literatur zur technischen Intelligenz

4/69 (Dez.) — A. Blechschmidt: Zum BRD-Imperialismus / R. Damus: Habermas und der 'heimliche Positivismus' bei Marx / D. Haensch: Zerschlagt die Kleinfamilie? / S. Herkommer: Politisierung technischer Intelligenz II / C. Rolshausen: Technik und Wissenschaft als Ideologie / A. Schubert: KP Kubas / F. Unger: Zur Übergangsgesellschaft / B. Tibi: Militär und Nationalismus in den arabischen Ländern

5/70 (März) — E. Altvater: Zur Konjunkturlage Westdeutschlands Anfang 1970 / E. Hildebrandt: Septemberstreiks 1969 / W. D. Gudopp: Elemente des 'linken Antikommunismus' / P. R. Schilling: Brasilien: Der beschleunigte Ausverkauf / A. Schubert: Warenzirkulation und die Formen des Geldes

Ausführlicher Index zu SOPO 1-4/69 über den Verlag zu erhalten.

WIR DRUCKEN:

Bücher
Broschüren
Zeitschriften
Prospekte
Plakate
Werbematerial
Briefbogen
Dissertationen
Formulare
Durchschreibeblocks (z.B. Lieferscheine, Rechnungssätze, Werkstattzettel — mit oder ohne Einmal-Kohlepapier)

OFFSET-DRUCK (Formate bis 50 x 70 cm)

OFFSET-DRUCKPLATTEN (bis 65 x 80 cm)

IBM-COMPOSER-SATZ (Schreibsatz)

KLEBEBINDUNGEN / KLAMMERHEFTUNGEN

FALZARBEITEN

ARBEITEN AN DER REPRO-KAMERA (Formate bis 80 x 80 cm)

verlag + druck westberlin